



तमसा ज्ञानं जयते

SANTINIKETAN
VISHWACHARAN
LIBRARY

940-3

5

VORWORT

Bei der Durchsicht der Aktenbestände des belgischen Ministeriums des Äußern zu Brüssel wurde seinerzeit unter der Bezeichnung P 6016 eine große Anzahl mechanisch vervielfältigter Berichte aus den Jahren 1897 bis 1914 aufgefunden, deren sich die belgische Regierung bedient hatte, um ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wechselseitig über die Berichterstattung ihrer Kollegen auf den anderen Gesandtschaftsposten zu unterrichten. Aktenmäßig bezeichnete das belgische Ministerium des Äußern diesen Schriftverkehr als „correspondance politique“. Er verdankte seine Entstehung dem Generaldirektor Arendt, der 1897 die politische Abteilung des belgischen Außenministeriums leitete. Einem Schreiben vom 17. März 1897 an den Minister, dem gegenüber er die Notwendigkeit der Versendung eines Zirkulars begründen mußte, entnehmen wir die Grundsätze, nach denen die Auswahl der „circulaires“ oder „extraits“ erfolgte.

„Ich möchte“, heißt es dort, „die Gelegenheit benutzen, Ihnen, Herr Minister, die Grundsätze darzulegen, nach denen ich bei der Herstellung der politischen Korrespondenz zu verfahren mich bemühe.

1. Auszuschließen sind tatsächliche Neuigkeiten in eigentlichem Sinne. Der Telegraph unterrichtet darüber jedermann.

2. Was uns unmittelbar angeht, sind die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit. Der Friede Europas hängt davon ab. Das studiere ich in den Depeschen ganz besonders.

3. Unsere Vertreter auf Posten zweiten Ranges, Belgrad, Bukarest, Athen, geben uns sonst nicht veröffentlichte und

wenig bekannte Auskünfte, die an Ort und Stelle geschöpft sind, einen tatsächlichen Wert besitzen, und die unsere Gesandten mit großer Freude aufnehmen. Aber ich bestrebe mich, nur Dinge zu schreiben, die ein dauerndes Interesse im Verlauf der Ereignisse behaupten. Auf diese Auswahl richte ich meine ganze Aufmerksamkeit.“

Die Art der Bearbeitung der Zirkulare war nicht immer gleichmäßig. Anfangs wurden nur wenige Berichte zu Zirkularen verwendet, häufig auch mehrere Berichte verschiedener Herkunft zu einem Gesamtüberblick über eine bestimmte Frage vereinigt. Bald darauf wird das Verfahren bevorzugt, einen, mitunter auch mehrere Berichte desselben Gesandten als Grundlage für ein Zirkular zu nehmen. Während anfangs die verschiedenen, zu einer Mitteilung zusammengefaßten Berichte gelegentlich nicht unerheblich umgeändert wurden, zeigt sich nun das Bestreben, den ausgewählten Bericht möglichst unverändert zu lassen. Kürze wird vor allem angestrebt, alles Entbehrliche fortgelassen und alles unterdrückt, was durch seinen vertraulichen Charakter zur Weitergabe nicht geeignet erscheint. Wo der Originalbericht die Quelle für eine vertrauliche Mitteilung nennt, wird ein allgemeiner, unverfänglicher Ausdruck dafür eingesetzt. Aus den Zirkularen verschwindet ferner alles, was man im Brüsseler Ministerium als eine rein persönliche Meinungsäußerung des berichtenden Gesandten über Personen und Dinge, oder was man als von anderer Seite nicht genügend bestätigt ansah. Die Zirkulare wachsen in ihrer Bedeutung dadurch wesentlich über den Wert der Originalberichte hinaus, zumal da das belgische Ministerium häufig in Einzelfällen erwog, ob die von seinen Gesandten mitgeteilte Beurteilung politischer Vorgänge auch als objektiv genug gelten konnte, um zu einem Zirkular verwendet zu werden. So war beispielsweise Ende November 1908 nach einem Gesandtschaftsbericht aus Rom vom 20. November, der eine scharfe Kritik der Ährenthalschen Politik enthielt, ein Zirkularentwurf hergestellt worden. Arendt verhinderte am 27. November die Vervielfältigung dieses Zirkulars mit der an den Bearbeiter gerichteten Bemerkung: „Der Ton dieses Berichts, der eine nicht objektive Würdigung darstellt,

scheint mir für eine Mitteilung an unsere Gesandtschaften nicht geeignet, obwohl Sie die Stellen ausgesucht haben, die unter diesem Gesichtspunkt am wenigsten zur Kritik herausfordern.“

Die somit von größter Vorsicht bestimmten Grundsätze der Bearbeitung verleihen diesem amtlichen politischen Schriftwechsel zwischen dem belgischen Ministerium des Äußern und seinen Gesandtschaften einen besonderen Wert. Natürlich wurden manche wertvollen Bemerkungen der Originalberichte durch eine derartige Überarbeitung verwischt, das Anekdotische tritt in den Hintergrund, temperamentvolle, subjektive Urteile verschwinden oder werden wesentlich gemildert. Der hierdurch entstehende Verlust wird aber überreichlich ausgeglichen durch den Gewinn an objektiver Zuverlässigkeit und vor allem dadurch, daß die Zirkulare in der vorliegenden Form von den für die Außenpolitik verantwortlichen amtlichen Stellen sozusagen dienstlich abgestempelt wurden. Betrachten wir die Zirkulare in ihrer Gesamtheit, so ergeben sie ein deutliches Bild davon, wie ein zu neutraler unparteiischer Stellungnahme verpflichtetes Ministerium die politischen Ereignisse der letzten 18 Jahre vor dem Beginn des Weltkrieges aufgefaßt, und in welchem Lichte es sie seinen Vertretern im Auslande dargestellt hat. Sie zeigen, daß Deutschland während dieses ganzen Zeitraums von belgischer Seite — und die Diplomaten des kleinen Landes waren im allgemeinen gut unterrichtet — niemals als Störenfried des europäischen Friedens angesehen worden ist. Vielmehr erscheint in ihnen der Weltkrieg als ein unabwendbares Verhängnis, dem selbst die Friedensliebe des deutschen Kaisers einen hinreichend festen Damm nicht entgegenzusetzen vermag.

Die Veröffentlichung der vorliegenden, nahezu 18 Jahre umfassenden Zirkulare bildet nach mehreren Richtungen hin eine unparteiische Ergänzung der im Jahre 1915 vom Auswärtigen Amt in Berlin herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke 1905—1914“¹⁾. Diese beschränkten sich auf im ganzen 119 nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte und nur von den

¹⁾ In französischer Ausgabe unter dem Titel „Documents Diplomatiques 1905—1914“ erschienen.

Gesandtschaften in Berlin, London und Paris erstattete Originalberichte. Die Zirkulare hingegen umfassen sämtliche Gesandtschaften und auch den Zeitraum von 1897 bis 1904; sie schaffen dadurch eine breitere Grundlage für die Beurteilung der politischen Vorgänge, die zum Weltkriege hingeführt haben.

Für die hier vorliegende Herausgabe der Zirkulare sind nur solche Stücke ausgewählt worden, die Deutschlands Stellung inmitten der europäischen Politik kennzeichnen. Die Auswahl selbst ist ohne jede Tendenz erfolgt. Als Hauptgrundsatz ist dabei festgehalten worden, überall möglichst nur die Sprache der Dokumente zu Worte kommen zu lassen. Die geschichtlichen Einleitungen in deutscher Sprache, die vorausgeschickt werden, stellen nur eine Zusammenfassung des wesentlichsten Inhalts der Zirkulare dar, wobei auf eine möglichst wortgetreue Verdeutschung der zitierten Stellen Wert gelegt wurde. Herausgeber und Bearbeiter haben hierbei strengste Objektivität angestrebt und jeder Versuchung widerstanden, den belgischen Dokumenten etwa eine nicht in den Stücken selbst enthaltene deutsch-freundliche Auslegung zu geben.

Die Zirkulare selbst sind nach den vorliegenden Originalstücken, die in Brüssel als Makulatur aufgefunden wurden, ohne irgendwelche Abänderungen oder Überarbeitungen wörtlich zum Abdruck gebracht. Nur gelegentlich, wo es wichtig erschien, sind seinerzeit die Originalberichte, nach denen die Zirkulare hergestellt waren, zum Vergleich herangezogen worden.

Die Beigabe einer deutschen Übersetzung schien entbehrlich, da ohnehin die weitere Auswertung der mitgeteilten inhalts- und bedeutungsreichen Schriftstücke dem Publikum überlassen bleiben muß.

Berlin, den 5. November 1918.

Bernhard Schwertfeger

Die Thronbesteigung König Eduards VII. und das starke Anwachsen des Chauvinismus in Frankreich leiteten 1901 eine weltgeschichtliche Zeitspanne ein, die nach manchem Hin und Her der anfangs hauptsächlich von Frankreichs tatkräftigem Außenminister Delcassé beeinflussten politischen Konstellationen schließlich auf eine Annäherung Frankreichs an England sowie Englands an Rußland hinauslief. Immer deutlicher wird Frankreichs Absicht, freie Hand in Marokko zu gewinnen, immer deutlicher das Bestreben des englischen Monarchen, das innere Gefüge des Dreibundes Deutschland-Österreich-Ungarn-Italien zu erschüttern, das aufstrebende Deutschland als gefährlichsten Gegner Großbritanniens so weit zu vereinsamen, daß es bei einem etwaigen Kriegsausbruch sich einer übermächtigen Koalition gegenüber befindet.

Wir verfolgen den Gang der Dinge an der Hand der belgischen Zirkulare, mit denen das Brüsseler Ministerium des Äußeren seine Gesandtschaften wechselseitig auf dem Laufenden erhielt.

Mitten in eine neue Phase der Marokkovorgänge versetzt uns gleich das erste Zirkular, das nach einem Bericht aus Tanger vom 13. Januar 1905 bearbeitet wurde, aber nicht zur Ver- Anl. 1.
sendung gelangt ist. Es schildert den Dauerzustand der Unruhe in Marokko und weist darauf hin, Deutschland habe nicht die gleiche Veranlassung wie England, die französische Tätigkeit in Marokko wohlwollend zu betrachten. Mit Hartnäckigkeit sei Delcassé jeder amtlichen Unterhaltung zwischen Paris und Berlin über die Marokkofrage bisher ausgewichen. Der französische Minister des Äußeren scheine zu fürchten, man könne eine französisch-deutsche Einigung als eine endgültige Besiegelung des Frankfurter Vertrages ansehen.

Drei weitere Berichte aus Tanger vom 5., 6. und 12. Februar
Anl. 2. 1905 wurden in Brüssel zu einem Zirkular vom 2. März verwendet, das die Übergehung Deutschlands bei dem neuesten französischen Sonderschritt in Fëz hervorhebt und mitteilt, die deutsche Kolonie in Tanger habe sich um Schutz an Deutschland gewendet. Graf Bülow habe beruhigend geantwortet und für den Notfall Hilfe zugesagt.

Den großen Eindruck, den die Ankündigung der deutschen Kaiserreise nach Tanger dort bei Eingeborenen und Fremden
Anl. 3. hervorrief, schildert ein nach einem Bericht vom 24. März 1905 hergestelltes Zirkular vom 7. April. Nicht nur die deutsche, sondern auch die englische und spanische Kolonie beschlossen die Errichtung von Triumphbogen. Auch in der französischen Kolonie herrschte unverkennbare Freude über den Besuch, dessen geplante Einzelheiten mitgeteilt werden. Ein Berliner
Anl. 4. Bericht vom 8. April — Zirkular vom 17. April — läßt dem deutschen Standpunkte in der Marokkofrage volle Gerechtigkeit widerfahren. Für Deutschland sei diese eine internationale, es kämpfe lediglich für den Grundsatz der offenen Tür. Der friedliche Charakter des Dreibundes, den der deutsche Kaiser in einem Trinkspruch auf den König von Italien betont hat, wird nachdrücklich hervorgehoben.

Aber nunmehr lenkt die Brüsseler Berichterstattung ihr Hauptaugenmerk einem anderen Gegenstande zu, der dauernd im Vordergrund des Interesses bleibt, der persönlichen Politik des Königs von England.

Durch sein Verhalten bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für die am 22. Januar 1901 verstorbene Königin Viktoria war es dem deutschen Kaiser bereits gelungen, einen Umschwung in der Stimmung Englands gegen Deutschland hervorzurufen¹⁾. Bei der Überreichung des Hosenbandordens hatte der König von England den Wunsch ausgedrückt, daß die beiden Nationen zukünftig Hand in Hand marschieren möchten in dem edlen Ziel, den Frieden zu sichern und gemeinsam zum Fortschritt und zur Zivilisation der Welt beizutragen. Die russische Presse

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 1897—1904 (Wilhelm Köhler) S. 15.

war damals durch die Londoner Vorgänge so beeinflußt, daß sie bereits von einer deutsch-englischen Allianz sprach. Eine solche bezeichnete der Brüsseler Gesandte zu Berlin allerdings als eine innere Unmöglichkeit; Deutschland könne nicht gleichzeitig mit England und Rußland in guten Beziehungen bleiben¹⁾.

Daß die günstigen Wirkungen des Kaiserbesuches in England nicht andauerten, sondern bald durch die Rivalität der beiden Großstaaten im Welthandel und zur See wieder überschattet wurden, stellte das Brüsseler Ministerium mit großer Aufmerksamkeit und Sorge fest. So hatte man im Dezember 1902 in Brüssel mit deutlicher Front gegen England zum Ausdruck gebracht, daß jetzt die englische Presse nicht einmal mehr die Höflichkeitsrücksichten gegen den deutschen Kaiser beobachte²⁾. In Berlin erkenne man, daß die englische Abneigung in der deutschen Weltpolitik wurzele, die Deutschland aber treiben müsse, um seine starke Bevölkerung zu ernähren.

Der Besuch König Eduards VII. in Paris im Frühjahr 1903 und der Gegenbesuch des Präsidenten Loubet zu London im Juli 1903 waren schon deutliche Symptome einer Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen gewesen, zumal Eduard VII. seinen Gegenbesuch beim deutschen Kaiser bis in den Sommer 1904 aufschob, nachdem er bereits in Lissabon, Rom, Paris und Wien gewesen war. Eduard VII. kam dann endlich nach Kiel, da er sich trotz der Annäherung an Frankreich mit Deutschland zunächst noch nicht offen verfeinden wollte. Die Herzlichkeit des Besuches bedeutete wenig, denn irgendein politisches Ergebnis hatte er nicht gezeitigt. Die Presse beider Länder begleitete die Vorgänge mit frostigen Kommentaren. Baron Greindl hob in seinem Berichte vom 1. Juli 1904 besonders hervor, daß das in England mit Mißtrauen verfolgte Anwachsen der deutschen Flotte nur der Sicherheit des deutschen Welthandels diene und keinerlei aggressiven Charakter trage. (*La marine n'est pas destinée à attaquer, qui que ce soit, mais à mettre l'Allemagne en garde contre toute agression*

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 1897—1904, S. 15 ff.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 1897—1904, S. 17.

et à lui permettre de traiter des affaires mondiales avec les plus grandes Puissances maritimes sans trop d'inégalité.)¹⁾

Das Frühjahr 1905 lenkte aufs neue die Aufmerksamkeit der belgischen Diplomatie auf König Eduard VII.

- Die mehrwöchige Frühjahrsreise des englischen Monarchen gab ihm Gelegenheit, Frankreich zweimal zu durchqueren, Algier zu besuchen, den Präsidenten der Republik und Delcassé mehrmals zu sehen und die entente cordiale mit Frankreich zu befestigen. Das englische, damals sehr deutschfeindliche Publikum sah darin mit Genugtuung eine antideutsche Kundgebung, es fürchtete den Krieg und erblickte gern in seinem Könige einen Friedensfürsten (Londoner Bericht vom 4. Mai 1905, Zirkular vom 13. Mai). Die damalige Friedensliebe Englands kennzeichnet ein Londoner Bericht vom 15. Mai 1905 (Zirkular vom 3. Juni) als aus der Erkenntnis der Mängel der englischen Armee und ihres Offizierkorps erwachsen.
- Anl. 5.
- Anl. 6.

- Nach einer entscheidenden Sitzung des französischen Minister-rates vom 6. Juni 1905 kam es zu Delcassés Rücktritt. Der daraufhin vom belgischen Gesandten zu Paris erstattete Bericht vom 18. Juni 1905 (Zirkular vom 1. Juli) zeigt lebhaftes Beunruhigung über Deutschlands Haltung, das offenbar die englisch-französische Annäherung zu sprengen suche und auch vor Anwendung von Gewaltmitteln vielleicht nicht zurückschrecken werde. Delcassés Rücktritt erscheine Deutschland bedeutungslos, solange Frankreich seine deutschfeindliche auf Isolierung Deutschlands abzielende Politik fortsetze. Zwei Tage später wußte der Gesandte aus Paris bereits zu melden, es sei eine leichte Entspannung eingetreten (Zirkular vom 1. Juli). Der deutsche Botschafter habe sich mit dem Präsidenten der Republik ausgesprochen; in Paris sei man bereit, über den friedlichen und nicht deutschfeindlichen Charakter der französisch-englischen Annäherung alle irgend möglichen Erklärungen zu geben. England halte eine neue Konferenz nicht für nützlich und behalte sich freie Entschließung vor. Auf den gleichen Ton war der Pariser Bericht vom 8. Juni gestimmt gewesen. Rouvier
- Anl. 7.
- Anl. 8.

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 1897—1904, S. 122/123.

werde als Nachfolger Delcassés dessen Arbeit in der Marokkofrage in verbesserter Form, aber ohne Gefährdung der bisher erzielten Ergebnisse und ohne Lockerung der geschlossenen Verbindungen fortsetzen. Dieses Zirkular wurde erst am 4. Juli bearbeitet; Anl. 9. offenbar hatte man in Brüssel noch die weitere Entwicklung abwarten wollen.

Diese zeigte alsbald, daß man der deutschen Politik in den beiden letzten Zirkularen Unrecht getan hatte. Deutschland habe offenbar die Absicht, der Republik einen Ausweg in Ehren zu lassen. Eine freundschaftliche Einigung stehe bevor; man wünsche diese in Berlin, nachdem Delcassé beseitigt sei (Pariser Bericht vom 3. Juli 1915). Damit ruht die Brüsseler Anl. 10. Berichterstattung über die marokkanische Angelegenheit bis zum Herbst. Sie trat vorläufig in den Hintergrund; das östliche Europa nahm das allgemeine Interesse in Anspruch.

Ganz überraschend hatten die Kaiser von Deutschland und Rußland am 24. Juli eine Begegnung bei Björkö in den finnischen Gewässern gehabt. Niemand hat davon gewußt, allgemein schiebt man dem deutschen Kaiser die Initiative daran zu, der einer Annäherung zwischen Rußland, Japan, England und Frankreich entgegenzuwirken und Rußland bei seinem bevorstehenden Friedensschlusse mit Japan zu stützen suche (Pariser Bericht vom 24. Juli 1905). Einen ähnlichen Stand- Anl. 11. punkt vertritt ein Berliner Bericht vom 29. Juli unter Mit- Anl. 12. teilung von Einzelheiten und ein weiterer vom 28. September, Anl. 13. der im Besuche des russischen Ministers des Äußeren Witte in Berlin und Rominten gleichfalls Zeichen einer Annäherung Rußlands an Deutschland und damit einer allgemeinen Entspannung erblickt.

Tittonis, des italienischen Außenministers, Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow gaben dem belgischen Gesandten zu Berlin am 7. Oktober Anlaß, sich über Anl. 14. die politische Gesamtlage zusammenhängend auszusprechen. Offenbar habe Tittoni die Absicht gehabt, mit seinen Dreibundkollegen einen Gedankenaustausch über die Mittel zur Erreichung der eigentlichen Ziele des Bundes, d. h. zur Aufrecht-

erhaltung des allgemeinen Friedens einzuleiten. Das sei verständlich, denn die Lage habe sich in der letzten Zeit sehr verändert. „Die Tripelallianz bietet naturgemäß nicht mehr dieselben Garantien wie ehemals.“ Wenn einerseits die Mächte Mitteleuropas für eine gewisse Zeit vor einem kontinentalen Zweifrontenangriff infolge der russischen Rückschläge bewahrt sind, so ist diese Gefahr nicht endgültig beseitigt, sondern nur zurückgewichen, und wenn sie wiederkommt, wird die Widerstandskraft nicht mehr dieselbe sein. Ungarns separatistische Neigungen schwächten Deutschlands Hauptverbündeten. Aber auch der Zweibund sei erschüttert. In Frankreich sei er anfangs nur so populär gewesen, weil man von ihm die Revanche erhofft habe. Diese sei ausgeblieben und der Enthusiasmus in Paris verraucht; in Petersburg aber habe man mit wenig Freude die Annäherung Frankreichs an England gerade in dem Augenblick wahrgenommen, wo Rußland mit Japan im Kampfe lag. „Die alte Konstellation der Mächte ist aus der Ordnung gekommen, und man sucht tastend eine neue zu schaffen. Der dauernde Isolierungsfeldzug gegen Deutschland hat als ersten Akt die englisch-französische Annäherung, als zweiten den Bündnisvertrag zwischen England und Japan gezeitigt. Der dritte Akt ist der Versuch einer englisch-russischen Annäherung, vorbereitet durch die Londoner Presse, die zu erweisen trachtet, daß der englisch-japanische Vertrag sich nicht gegen Rußland richtet und eine Entente zwischen dem Zarenreiche und England durchaus nicht hindert.“ Deutschland wehre sich gegen die ihm zugedachte Isolierung und knüpfe jetzt die traditionelle Freundschaft mit Rußland wieder an.

Die ganze Größe der Gefahr, in der Europa während der marokkanischen Krise des Jahres 1905 schwebte, zeigt sich schließlich in einem ausführlichen Berichte des Pariser Gesandten

Anl. 15. Leghait vom 14. Oktober 1905 (Zirkular vom 24. Oktober), der die inneren Zusammenhänge und die Berechtigung der von den verschiedenen Mächten verfolgten Politik ganz unparteiisch zu würdigen sucht und schließlich zu dem Ergebnis gelangt, das deutsche Einschreiten in Marokko sei nicht nur den Handelsinteressen aller Nationen nützlich, sondern es habe auch Frank-

reich von der Gefahr befreit, in die es Delcassés Verblendung hätte führen können. Der neuen Marokkokonferenz könne man nicht ohne Sorgen entgegensehen, denn die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte seien nicht geeignet, ein gegenseitiges Verständnis auf einem so schwierigen Gelände zu erleichtern.

Dieser Bericht machte in Brüssel großen Eindruck, und der Minister des Äußeren gab dem Gesandten zu Paris Anweisung, die weitere Politik Rouviers genau zu verfolgen, während die Gesandten zu London und Petersburg die Bemühungen anderer Mächte um die Gunst Rußlands beobachten sollten¹⁾. Der Londoner Gesandte glaubte übrigens nicht daran, daß England sich Frankreich gegenüber zu einer Waffenhilfe gegen Deutschland verpflichtet hätte; über eine moralische und diplomatische Unterstützung Delcassés wäre es sicher nicht hinausgegangen (Bericht vom 12. Oktober 1905). Die Veranlassung zu diesem Anl. 16. Bericht waren einige Aufsätze im *Matin* gewesen, die von einem gewissen Lauzanne gezeichnet waren, aber zum Teil Delcassé selbst zugeschrieben wurden, der aber die Autorschaft entrüstet ablehnte. Ein Berliner Bericht vom 13. Oktober nimmt gleich- Anl. 17. falls zu der Frage Stellung und betont, daß man in Deutschland aus den Enthüllungen im „*Matin*“ nur entnehmen könne, wie es für Deutschland und für die Ruhe der Welt die höchste Zeit gewesen sei, den zwischen London und Paris angesponnenen Plänen entgegenzuwirken.

Eine scharfe Beleuchtung der Grundlagen der damaligen englischen Politik dürfen wir aus einem Berichte vom 23. Oktober 1905 über eine Wahlrede von Sir Edward Grey (Zirkular Anl. 18. vom 28. Oktober) entnehmen. Als die drei Leitsätze der britischen Staatsmänner galten damals: die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und die Entente mit Frankreich. Bessere Beziehungen mit Rußland

¹⁾ „Il serait utile d'encourager M. Leghait à nous tenir très exactement au courant de ce qu'il apprendra sur les dispositions de M. Rouvier, sur la politique qu'il se propose de suivre. — Il serait bon de prier nos ministres à Londres et à St. Pétersbourg de chercher à nous renseigner sur les tentatives faites par les autres puissances pour se rapprocher de la Russie et gagner ses faveurs.“ (Ohne Datum und Unterschrift.)

schiene n wünschenswert und auch zufriedenstellendere gegenüber Deutschland, soweit letztere nicht der englisch-französischen Freundschaft schaden könnten. Alle Antipathien des englischen Volkes vereinigten sich zur Zeit auf Deutschland, alles Unangenehme sage man dem Kaiser und seinem Kanzler nach. Der Londoner Gesandte bezeichnet diesen Seelenzustand des englischen Publikums als sehr bedauerlich, denn der geringste, in normalen Zeiten leicht zu beseitigende Anlaß könne sich zu größten Formen auswachsen.

Der Bericht des belgischen Gesandten zu Paris vom 24. Oktober 1905, der die Antwort auf die oben erwähnte Aufforderung der Brüsseler Zentralstelle bildet, ist bereits in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 11 mitgeteilt. Das Zirkular vom 28. Oktober enthält seinen Inhalt in gekürzter und gemäßigter Form. Rouvier wird den Frieden zu bewahren suchen, der Algeciraskonferenz sieht man mit Sorge entgegen. Dabei wird sich Englands Haltung klären.

Anl. 19.

Die Enthüllung des Moltke-Denkmals in Berlin hatte dem deutschen Kaiser zu einer Ansprache Anlaß gegeben, über die der belgische Gesandte zu Berlin am 27. Oktober 1905 seiner Regierung berichtete¹⁾. Der Monarch glaubt fest, daß die englische Politik zu Paris, Tokio, Petersburg und Washington das Hauptziel verfolgt, Deutschland zu vereinsamen. Unüberwindliches Mißtrauen herrscht überall in deutschen Kreisen gegen England, das bestrebt sei, einen Kontinentalkrieg zu entfachen, an dem es nicht selbst teilzunehmen brauche, von dem es aber dennoch Gewinn haben würde. Wenn viele Engländer ihrerseits von Deutschland angegriffen zu werden fürchteten, so sei dem entgegenzuhalten, daß Deutschland zu einem solchen Angriff gar nicht imstande sei. Vor allem gegen die englischen Kolonien könne es niemals etwas unternehmen. Ein Konflikt würde die deutsche Kriegs- und Handelsflotte und den deutschen Außenhandel vernichten. England sei gegen Schläge gesichert, Deutschland aber sehr verwundbar.

Anl. 20.

¹⁾ Veröffentlicht in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 12. Das Zirkular vom 9. November ist gekürzt und gemildert.

Das Übermaß der Presseanwürfe gegen Deutschland wird, nach einem Londoner Bericht vom 28. Oktober, auch von Anl. 21. dortigen besonnenen Männern scharf verurteilt. Denn nur Deutschland ist zur Zeit wirklich kriegsbereit. Das gibt zu denken.

Ein Londoner Bericht vom 30. Oktober (Zirkular vom 11. November) sieht Englands Lage insofern als jetzt etwas günstiger an, weil Deutschlands Werben um Rußland scheinbar erfolglos ist. Daraus könne England Nutzen ziehen. Nach Zeitungsgerüchten solle der Kaiser dem Zaren für den Fall einer Revolution in Polen seine Hilfe, auch seine Unterstützung im Baltischen Meer und bei einer etwaigen Aufteilung Österreich-Ungarns seine guten Dienste angeboten haben. Das alles sind gegenstandslose Gerüchte, aber England kann nur erfreut sein, wenn eine Annäherung des durch seinen Krieg geschwächten Rußlands an Deutschland vermieden wird. Ein siegreiches Rußland wäre für England eine gefährliche Bedrohung in Indien und Persien geworden. In Frankreich werde man eine Annäherung zwischen England und Rußland nicht ungern sehen, sie werde aber nicht die Bedeutung haben wie die Entente zwischen Großbritannien und Frankreich.

Auch die ausführlichen Darlegungen des Petersburger Berichtes vom 8. November 1905, die offenbar auf die erwähnte Aufforderung der Brüsseler Zentralstelle zurückgehen und am 30. November zu einem Zirkular verwendet wurden, zeigen, Anl. 23. daß eigentlich Rußland kein Interesse daran habe, mit Deutschland wieder in ein näheres Verhältnis zu kommen, denn ein solches würde nur Englands Empfindlichkeit reizen und die englisch-japanische Allianz befestigen, die der wertvollen Unterstützung der Vereinigten Staaten sicher sei. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und England seien kühl, wie es bei einer Wiederaussöhnung zu sein pflege. Immerhin ist in dem Zirkular deutlich erkennbar, daß England um Rußland wirbt; dafür spricht auch die für Frühjahr 1906 angekündigte Reise des Königs nach Petersburg.

Sehr viel deutlicher wird das Urteil der belgischen Diplomatie über den wahren Charakter der englischen Politik gegen Deutsch-

land in einem Berliner Bericht vom 18. November 1905¹⁾, der sich mit der neuen deutschen Flottenvorlage beschäftigt. Die Verstärkung der deutschen Flotte im Budget von 1906 erscheint Anl. 24. in dem Zirkular vom 8. Dezember angesichts der Haltung Englands als eine dringende Notwendigkeit. „Die neue Organisation der britischen Seestreitkräfte hat die Notwendigkeit eines Flottenbesitzes noch stärker hervortreten lassen, nicht zum Zwecke eines Angriffes auf England, woran niemand denkt und was übrigens unausführbar ist, sondern einzig zur eigenen Verteidigung.“

„Deutschland kann auf dem Kontinent nur durch Frankreich oder Rußland angegriffen werden, Im Fall eines Konfliktes mit ihnen wird das Kriegsschicksal sich durch die Landheere entscheiden, und eine Seeschlacht wird, auf welcher Seite auch der Sieg sei, keinerlei Einfluß auf die Friedensbedingungen haben. England allein ist also eine Gefahr für Deutschland und nötigt es, eine Flotte zu unterhalten, deren Größe über die Notwendigkeiten hinausgeht, seine Handelsinteressen in den exotischen Ländern zu schützen. Unglücklicherweise ist die Haltung — nicht allein der englischen Presse — sondern auch die der englischen Minister nur dazu angetan, dieses Mißtrauen zu nähren.“

Interessant sind die vom Brüsseler Ministerium des Äußeren veranlaßten Weglassungen des Zirkulars aus dem von Greindl erstatteten Originalbericht. Der Satz: „Trotz der offiziellen Dementis zweifelt hier kein Mensch daran, daß die aggressive Politik des Herrn Delcassé durch England ermutigt worden ist“, fehlt, und statt der Kennzeichnung der Anspielungen Balfours als „böswillige“ (malveillantes) ist nur von „gewissen Anspielungen“ die Rede. Der Schlußabsatz, in dem Greindl in Abrede stellt, daß Deutschland der englischen Politik jemals entgegengewirkt habe, fehlt im Zirkular. Trotzdem läßt dieses deutlich erkennen, daß man auch in Brüssel England und nicht Deutschland die Schuld an dem Wetttrüsten zur See zuschob.

¹⁾ Abgedruckt in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 13.

Mißtrauen gegen England zeigt auch ein Londoner Bericht vom 18. November 1905, der den Wettlauf der Mächte um Anl. 25. Einfluß auf Rußland kennzeichnet und einen Erfolg Englands dabei von seiner Loyalität gegen die anderen Mächte abhängig macht.

Inzwischen ergreift in Deutschland die Besorgnis vor einem englischen Angriff immer weitere Kreise. Bei der Besprechung der kaiserlichen Thronrede zur Reichstagseröffnung am 28. November 1905 spricht Greindl es offen aus — Bericht vom 2. De- Anl. 26. zember 1905 — daß die öffentliche Meinung in Deutschland pessimistisch sei. „Von allen Seiten außerhalb der offiziellen Kreise hört man von einem englischen Angriff als von einer Sache sprechen, die in einer mehr oder weniger entlegenen Zukunft sicher sei.“

Die Besprechung der vom Fürsten Bülow im Reichstage Anfang Dezember gehaltenen Rede gibt Greindl Gelegenheit, Anl. 27. seine Auffassungen von Deutschlands Stellung zur Kriegsfrage ausführlich darzulegen. „Die ungeheure Mehrheit der Nation würde einen Krieg nur annehmen, wenn sie durch einen Angriff dazu gezwungen würde,“ schreibt er am 11. Dezember 1905. „Sie ist mit der politischen Teilung Europas zufrieden, strebt nicht nach Erwerb neuen Gebietes und wünscht nicht, durch Abenteuer aufs Spiel zu setzen, was sie schon besitzt. Man könnte sogar sagen, daß dies die Ansichten aller Deutschen ohne Ausnahme sind. Die geringfügige Gruppe der Alldeutschen ohne Ansehen und Einfluß braucht man wirklich nicht zu rechnen. Sie macht nur durch ihre Broschüren und Zeitungen einigen Eindruck im Auslande; letztere geben ihr den Anschein einer Bedeutung, die sie nicht besitzt!“ Die große Reichstagsrede des Abgeordneten Bebel, der die Reise des Kaisers nach Tanger als eine Herausforderung, die Flottenverstärkung als eine weitere an die Adresse von England und die Sozialdemokratie als einzig wirklich friedliche Partei in Deutschland bezeichnete, nennt Greindl den einzigen Mißklang (note discordante).

Die Besprechungen des französischen Gelbbuches und des deutschen Weißbuches über die Marokkoangelegenheit in den Berichten des belgischen Gesandten zu Paris vom 19. De- Anl. 28.

zember 1905 und vom 11. Januar 1906 — Zirkulare vom 29. Dezember 1905 und vom 13. Januar 1906 — zeigen die große Wirkung des Gelbbuches auf das französische Publikum, lassen aber bei aller Würdigung des französischen Standpunktes doch auch dem deutschen Gerechtigkeit widerfahren. Das ist um so bedeutungsvoller, als nicht zu verkennen ist, daß der Eindruck des deutschen Weißbuches, das Deutschlands bisherige Marokkopolitik energisch unterstreicht, im allgemeinen ein ungünstiger gewesen ist.

Anl. 29. Eine freundlichere Wendung in der europäischen Gesamtlage scheint sich nach Greindls Bericht vom 24. Dezember 1905 aus dem Ministerwechsel in England zu ergeben, wo der Liberale Campbell-Bannerman an Balfours Stelle getreten war. In offiziellen Kreisen glaubte man, das liberale Kabinett werde eine sehr freundschaftliche Haltung zu Frankreich annehmen und sich auch Rußland zu nähern suchen, ohne daß diese beiden Tendenzen eine Feindseligkeit gegen Deutschland einzuschließen brauchten. Die auf eine Annäherung der beiden Länder hinwirkenden Strömungen werden hüben und drüben von den Regierungen wohlwollend begrüßt.

Anl. 31. Eine größere Entspannung der Lage zeigt auch ein Pariser Bericht vom 16. Januar 1906 — Zirkular vom 20. Januar —, der den Stand der Dinge bei Beginn der Konferenz von Algéciras schildert. Über die beabsichtigte Haltung der beiden hauptbeteiligten Mächte sei noch nichts durchgesickert, aber es stehe zu hoffen, daß keine der beiden einseitig auf ihrem Standpunkte beharren werde. Nach einer Äußerung des Marquis Visconti Venosta darf Frankreich im äußersten Falle auf wirksame Unterstützung durch England rechnen. Aber der italienische Staatsmann glaubt nicht an kriegerische Absichten Deutschlands. Wenn Deutschland wirklich ernsthaft an den Krieg gedacht hätte, fügt der belgische Gesandte hinzu, so würde es nicht bis jetzt gewartet und die Schwäche Frankreichs ausgenutzt haben, dem die Zeit für Ausgestaltung seiner Verteidigung zugute kommt.

Anl. 32. Der eine Woche später aus London erstattete Bericht vom 23. Januar — Zirkular vom 29. Januar — betont, daß man

in der englischen politischen Welt keine Nervosität zeige wie auf dem Kontinent. Man glaube an eine friedliche Lösung der marokkanischen Frage, zumal die englische Unterstützung Deutschland von einem Angriff auf Frankreich abhalten werde. Auch das liberale Kabinett Campbell-Bannerman sei entschlossen, nötigenfalls Frankreich zu unterstützen; es werde aber, da der Krieg in England unpopulär sei, Frankreich eher im Sinne der Nachgiebigkeit zu beeinflussen suchen. Immerhin wird doch der machiavellistische, Balfour zugeschriebene, Plan erwähnt, wonach Frankreich unter der Hand zum Kriege mit Deutschland angestachelt worden sei, damit letzteres zum Vorteile Englands geschwächt werde.

Daß England damals bereit war, Frankreich in einem etwa ausbrechenden Kriege gegen Deutschland zu unterstützen, wissen wir ja auch aus dem Londoner Gesandtschaftsbericht vom 14. Januar 1906 („Belgische Aktenstücke 1905—1914“, Nr. 15), von dem ein Zirkular nicht aufgefunden worden ist.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß um dieselbe Zeit, Mitte Januar 1906, der englische Militärattaché, Oberstleutnant Barnardiston, seine Besprechungen mit dem belgischen Generalstabschef Ducarne begann, die auf eine aktive Unterstützung des etwa von Deutschland angegriffenen Belgiens durch Landung englischer Truppen in belgischen oder französischen Häfen abzielten. Diese zweifellos einen erheblichen Verstoß gegen den Geist wahrer Neutralität darstellenden Besprechungen des belgischen Generalstabschefs mit dem Militärattaché einer, aber eben nur einer der garantierenden Mächte, sind in keinem einzigen Zirkular erwähnt, obwohl Greindl, der Berliner Gesandte, mehrfach — und zwar mit strenger Verurteilung für die Handlungsweise des Engländers — in seinen Berichten von ihnen spricht. Einzig und allein Greindl, der Vertrauensmann der belgischen Diplomatie, erfuhr anscheinend von den Besprechungen, und zwar erstmalig Ende März 1906; keinem seiner Kollegen scheint davon Kenntnis gegeben worden zu sein.

In den gefährlichen letzten Wochen der Algeciraskonferenz tritt auf einmal in der belgischen Berichterstattung der persön-

liche Anteil König Eduards VII. in einer Reihe auf Stärkung Frankreichs berechneter Maßnahmen deutlicher zutage. König Eduard kam Anfang März nach Paris und stieg in der englischen Botschaft ab. Obwohl das Inkognito durchaus bewahrt werden sollte, besuchte er nicht nur den Präsidenten der Republik, sondern empfing auch beim Frühstück Loubet und Delcassé. Hierin sah der belgische Gesandte in Paris eine auffallende, gegen Deutschland gerichtete Kundgebung, die ihm weder nützlich noch klug schien. Auch in diplomatischen Kreisen wurde sie stark verurteilt. „Im ganzen fürchtet man“, berichtet

Anl. 33. er am 6. März 1906 nach Brüssel¹⁾, „hierin ein Symptom des englischen Wunsches sehen zu müssen, die Lage so weit zu verschlimmern, daß der Krieg unvermeidlich wird.“

Die in Paris zur Schau getragene Ruhe in den offiziellen Kreisen scheint den dortigen belgischen Gesandten nicht zu überzeugen. Denn zwei Tage später — am 8. März 1906 — berichtet er über den Sturz des Ministeriums Rouvier und bringt ihn in unmittelbaren Zusammenhang mit der Demonstration

Anl. 35. König Eduards zugunsten von Delcassé. Am 15. März glaubt er die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß der neue französische Minister des Äußeren sich der englischen Beeinflussung etwas mehr entziehen werde, ohne indes irgendwelche Unterlagen für diese Ansicht mitteilen zu können.

Rußlands immer schärfer sich gestaltende Wendung gegen Deutschland kommt in einem Petersburger Berichte vom Anl. 36. 22. März und in einem solchen aus Berlin vom 11. April 1906

Anl. 37. deutlich zum Ausdruck. Graf Lamsdorff, der russische Minister des Äußeren, stand nach seinen, in dem ersteren Berichte mitgeteilten Äußerungen durchaus auf der Seite Frankreichs, fand seine marokkanischen Ansprüche ebenso gemäßigt wie gerecht, während der deutsche Kaiser persönlich unnachgiebig sei. Bourgeois, der neue französische Minister des Äußeren, sei indes für eine Annäherung an Deutschland und ein sehr geschickter Staatsmann. In jedem Falle könne Frankreich auf die Unterstützung durch Rußland zählen.

¹⁾ Der Bericht ist in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 16 abgedruckt.

Die Spannung zwischen Rußland und Deutschland kommt besonders auch darin zum Ausdruck, daß Deutschland sich an der neuen russischen Anleihe nicht beteiligt, was auf eine Anweisung der deutschen Reichsregierung zurückzuführen ist. Der Berliner Gesandte, der darüber am 11. April berichtet, Anl. 37. unterläßt aber nicht, hinzuzufügen, daß Deutschland wohl auf eine gewisse Dankbarkeit Rußlands wegen seiner wohlwollenden Neutralität im russisch-japanischen Kriege hätte rechnen dürfen. Es habe Rußland dadurch einen „ungeheuren Dienst“ erwiesen. Die russische Presse aber habe sich ganz im Gegenteil unmittelbar nach dem Friedensschluß in der feindseligsten Art gegen Deutschland gekehrt. Ganz besonders übel hätten die für Deutschland peinlichen Weisungen des Grafen Lamsdorf an den Grafen Cassini über die marokkanische Hafenpolizei gewirkt. Nunmehr überlasse es Deutschland den Franzosen und Engländern, Rußland Geld zu leihen.

Bald zeigte die Unterbringung eines großen Teiles der russischen Anleihe in England, daß die englisch-russische Entente bevorstand. „Man behauptet aus gut unterrichteter Quelle, daß der Minister des Äußeren offiziös die Hochfinanz der Hauptstadt zur Unterstützung der Anleihe angehalten habe, in dem politischen Zweck, die Beziehungen mit Rußland zu verbessern.“ (Bericht aus London vom 28. April 1906.) Anl. 38.

Kurz darauf trat der persönliche Einfluß des englischen Königs auf die äußere Politik von neuem stark hervor. Sein fünftägiger Besuch zu Paris in den stürmischen Maitagen vor den französischen Wahlen machte einen gewaltigen Eindruck. 50 000 Soldaten genügten damals kaum, um die Ordnung und Sicherheit in der französischen Hauptstadt zu gewährleisten. Der belgische Gesandte, der am 7. Mai darüber berichtet, spricht Anl. 39. von der Absicht des Königs, die von ihm erstrebte Entente als ein Friedenswerk ohne jeden aggressiven Charakter gegen Deutschland hinzustellen. Aber er fügt bezeichnenderweise sofort hinzu, wenn das wirklich die Absicht gewesen sei, hätte der König sie mühelos in Algeciras erreichen können. Der anfangs mißtrauische Bourgeois stehe bereits wieder unter dem „Charne“ der entente cordiale, die für Frankreich einen großen

Vorteil bedeute, und dann schildert der belgische Gesandte zum erstenmal die ganze Gefahr der von Eduard VII. angestrebten Isolierung Deutschlands. „Man gefällt sich darin, der Anwesenheit des englischen Königs zu Paris noch einen anderen Zweck unterzulegen, und man scheint Gründe für die Annahme zu haben, daß er danach strebt, durch die Zwischenschaltung Frankreichs eine ernsthafte Annäherung zwischen Großbritannien und Rußland herbeizuführen. Dieser neue Dreibund, befestigt durch die englisch-japanische Allianz und durch die Freundschaft, die Italien mehr und mehr Frankreich und England erweist, wird bereits von denjenigen ins Auge gefaßt, die in der Zukunft ein bald sich vollendendes Ereignis für eine neue und lange europäische Friedensperiode erblicken, weil Deutschland, trotz seiner schlechten Laune über die Vorgänge, sich nicht wirksam dem Zuge der Ideen entgegenzustellen vermag, der tatsächlich auf diese neue politische Kombination hinführt.“

„Wenn diese als sicheres Friedensunterpfand angesehen wird, so sehen andere in ihr eine gar zu deutliche Betonung des Willens nach Vereinzelung Deutschlands, als daß dieses nicht suchen sollte, sich mit allen möglichen Mitteln von dem Eisenring zu befreien, in den man es einzwängen will. Das hieße in der Tat ihm, wenn auch mit Sicherstellungen oder sogar ernsthaften pazifistischen Ideen eine Lage aufzwingen, gegen deren erste Symptome es bereits seit mehr als einem Jahre so energisch protestiert hat.“ Eine englisch-russische Entente schien dem Gesandten schon damals nicht unmöglich, aber die geringe Beständigkeit des Pariser und Petersburger Kabinetts stand einer schnellen Erledigung entgegen. In der Angelegenheit der Halbinsel Sinai unterstützte Frankreich die englischen Ansprüche zu Konstantinopel und auch Rußland trat ihm bei, während Italien sekundierte. Der Berliner Gesandte stellt bei diesem

Anl. 40. Anlaß fest — Bericht vom 10. Mai 1906 —, daß sich wiederum dieselbe Mächtegruppierung zeige wie auf der Algeciraskonferenz, wenn es auch verfrüht sei, von einer neuen Tripelallianz Frankreich-England-Rußland zu sprechen. Dazu sei Rußland noch zu sehr mit inneren Schwierigkeiten beschäftigt.

Die Reise des deutschen Kaisers nach Schönbrunn erscheint dem Gesandten als natürliche Folge dieser Vorgänge. Jener wolle damit zeigen, daß auch er über Freundschaften verfüge, auf die er im Notfalle zählen könne.

Dieser Besuch Kaiser Wilhelms gibt am 16. Mai dem Berliner Anl. 41. Gesandten Gelegenheit zu einem Berichte, der — an die Angriffe ungarischer Blätter gegen Deutschland anknüpfend — zu einer vollen Würdigung der deutschen Politik gelangt. Greindl leitet die an sich eigentlich unverständliche Haltung der ungarischen Presse aus einer allgemeinen Pressekampagne her, die Deutschlands Isolierung zum Ziel habe. „Unter den Mitteln, die der Isolierung Deutschlands dienen sollen, ist eins der am meisten verwendeten und eins der wirksamsten der Feldzug der Presse. Seit Jahren unterstellt man Deutschland systematisch machiavellistische Machenschaften, die es niemals unternommen, und ehrgeizige Pläne, an die es niemals gedacht hat. Durch Wiederholung dieser Falschheiten hat man es fertiggebracht, die deutsche Politik als eine Bedrohung der europäischen Ruhe anzusehen, und vergißt, daß sie uns 35 Jahre des Friedens verschafft hat, und daß die Gefahr nicht von Deutschland kommt, das mit seinem Besitz zufrieden ist, sondern von den Mächten, die bestrebt sind, die europäische Karte zu ändern.“ Greindl weist die Unbegründetheit der ungarischen Presseäußerungen nach und schließt damit, daß man diese Bewegung nur bedauern könne. „Der Dreibund hat während langer Zeit den Frieden in Europa garantiert. Es ist zweifelhaft, ob die neue Gruppierung der Mächte, die man zu vollenden sucht, dieselbe Sicherheit bietet.“

Bald wird es aus den Brüsseler Berichten deutlich, daß alle Versuche englischer Staatsmänner, zu einer Annäherung an Rußland zu gelangen, auf den Wunsch zurückgehen, Deutschland zu isolieren. „Im ganzen scheint es,“ so sagt ein Londoner Bericht vom 22. Mai 1906, „daß der herrschende Gedanke bei Anl. 42. den einer Annäherung an Rußland geneigten englischen Staatsmännern hauptsächlich der ist, die Isolierung Deutschlands zu vervollständigen und aufrecht zu erhalten.“

Über die Einzelheiten einer politischen Verständigung zwischen

Rußland und England, die auf eine Abgrenzung der Interessengebiete hinausläuft, unterrichtet uns ein Zirkular, das die Brüsseler Regierung nach einem Petersburger Bericht vom Anl. 43. 22. Mai 1906 herstellen ließ. Danach hatten einige englische Zeitungen, besonders der Standard, Verhandlungen zwischen Rußland und England über die Türkei, Persien, Afghanistan und den Tibet angekündigt. Der belgische Gesandte zu St. Petersburg hält alle diese Nachrichten für verfrüht. Die inneren Schwierigkeiten Rußlands seien so groß, daß eine internationale Betätigung, die über seine Haltung auf der Algeciraskonferenz hinausgehe, unmöglich sei. Die Unterstützung Englands in der Sinaifrage¹⁾ sei eine notwendige Folge des Bündnisses mit Frankreich gewesen. Immerhin bedeute sie das Symptom einer Entspannung der bis zum russisch-japanischen Frieden von Portsmouth sehr unfreundlichen Beziehungen. Eine solche komme auch in der freundlichen Aufnahme der russischen Anleihe auf dem Londoner Markt zum Ausdruck. Bis zu einer Quadrupelallianz unter Mitheranziehung Italiens gegen das lediglich auf Österreich-Ungarn gestützte Deutschland sei noch ein weiter Schritt. Die auf der persönlichen Freundschaft des Kaisers mit dem Zaren beruhenden Beziehungen der beiden Staaten hätten trotz der offensichtlichen Unterstützung Frankreichs durch Rußland im Marokkokonflikt die Probe überdauert. Das beweise der Ersatz des Grafen Lamsdorff durch den deutschfreundlichen Iswolski als Minister des Äußeren. Man habe diesen daher schon lange als Anwärter für den Berliner Botschafterposten genannt. Den Abschluß einer englisch-russischen Entente könne er noch nicht zustande gebracht haben.

Deutlicher treten die auf Deutschlands Einkreisung abzielenden Bestrebungen Englands in einem Berliner Bericht vom Anl. 44. 8. Juni zutage, der zunächst einen die Festigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses bestätigenden Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wiedergibt und die inneren Beweggründe zur Reise des deutschen Kaisers nach Schönbrunn fast mit denselben Worten klarlegt, wie der Bericht vom 10. Mai 1906 (Anlage 40). Die deutschfeindliche Haltung der ungarischen

¹⁾ Siehe S. 16.

Presse wird dann aufs neue dargelegt, und der Telegrammwechsel der Monarchen mit dem Könige von Italien als ziemlich bedeutungslos hingestellt. „Der Wunsch des deutschen Kaisers, das Vorhandensein des Dreibundes zu unterstreichen, ist um so mehr verständlich, als dieser durch die nicht an ihm beteiligten Mächte dauernd in die Bresche geworfen wird (battue en brèche) und die Treue Italiens mindestens zweifelhaft geworden ist.“ —

„Die Politik des Herrn Delcassé hat den Sturz des alten französischen Ministers des Äußeren überlebt. Sie hat zu Algeciras triumphiert und findet in den Pariser inspirierten Blättern ihre Fortsetzung. Trotz der freundschaftlichen Reden englischer Staatsmänner anlässlich des Besuches der deutschen Bürgermeister und trotz der Besserung der offiziellen Beziehungen scheint die Haltung der britischen Regierung sich seit dem Eintritt des liberalen Ministeriums nicht geändert zu haben. Sir E. Grey versichert, es bestehe keine Vereinbarung zwischen England und Rußland, aber offenbar bereitet man eine Annäherung vor, und diese ist bereits wenigstens bis zur Hälfte vollendet. Was sollte sonst der angekündigte wechselseitige russische und englische Flottenbesuch bedeuten?“

„Hat man wegen der Festigkeit des russischen Kredits den bisher für russische Anleihen verschlossenen englischen Markt ihnen soeben geöffnet? Was kann England von einem Lande fürchten oder hoffen, das für lange Jahre durch militärische Zusammenbrüche und durch eine Revolution gelähmt ist, deren Ausgang niemand voraussehen kann? Wie man mit Recht gesagt hat: der beherrschende Gedanke der einer Annäherung an Rußland geneigten englischen Staatsmänner scheint hauptsächlich zu sein, die Isolierung Deutschlands zu vervollständigen und aufrechtzuerhalten.“ Greindl unterstreicht den Ernst seiner Mitteilungen noch durch den Zusatz, die dem deutschen Staatssekretär des Äußeren gegebenen Zusicherungen, von denen er in seiner Reichstagsrede vom 23. Mai¹⁾ gesprochen habe, änderten

¹⁾ Der Staatssekretär v. Tschirschky hatte erklärt, der italienische Botschafter habe ihm die beruhigendsten Erklärungen über die Bündnistreue Italiens gegeben.

nichts an dieser Lage. Diese Zusicherungen hatten sich auf Italien bezogen.

Wie stand es mit Italien? Diese Frage mußte angesichts *der aus den bereits mitgeteilten Zirkularen sich ergebenden Lage in Brüssel besonders interessieren*. Denn augenscheinlich hing die Sicherung des europäischen Friedens wesentlich mit davon ab, und wir wissen ja, daß Belgien alles mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgte, was irgendwie damit zusammen-

Anl. 45. hing. Ein Zirkular vom 30. Juni verwendet einen Bericht aus Rom vom 20. Juni 1906 zur Orientierung der belgischen Gesandten. Es wird anerkannt, daß die italienischen Minister stets das Festhalten Italiens am Dreibunde betont hätten. Aber man macht doch gelegentlich in Italien schon darauf aufmerksam, daß die amtlichen Dokumente über den Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bund niemals veröffentlicht worden seien. Niemand kenne daher den Umfang der Verpflichtungen Italiens; vielleicht seien auch bei der Erneuerung 1902 gewisse Einschränkungen eingetreten. Angesichts der vielen gegen Italien wegen seiner Haltung auf der Algeciraskonferenz erhobenen deutschen Vorwürfe sei es nützlich, den eigentlichen Sinn des vor 20 Jahren hauptsächlich zur Verteidigung des 1870 geschaffenen Besitzstandes geschlossenen Dreibundes genauer zu betrachten. Als sein Hauptzweck ist immer die Aufrechterhaltung des Friedens angesehen worden.

Neuerdings ist Italien bei zwei Anlässen eigene Wege gewandelt, einmal während der Konferenz von Algeciras, sodann in der Frage der deutsch-englischen Spannung. Das Zirkular sagt wörtlich: „Die Spannung der Beziehungen zwischen Deutschland und England ist kein Geheimnis; zur Zeit ist sie glücklicherweise gemildert, und man kann erraten, warum. Diesen Streitpunkt hat Italien nicht mit zu übernehmen vermocht und gewünscht, und mehr noch, es hat gerade in dem Moment seine Herzlichkeitsbeweise gegen England vermehrt, wo das Londoner Kabinett die Entente cordiale mit der französischen Regierung knüpfte. Seitdem war es sicher, daß die Allianz die Italiener, ihrer Meinung nach, nicht dazu verpflicht-

tete, Deutschland auf seinem anti-englischen Feldzuge Gefolgschaft zu leisten.“ Auch England, meint das Zirkular, habe den Frieden gewollt, und seine Entente mit Frankreich sei eine mächtige Waffe. Italien glaube nicht, sich alten Verpflichtungen zu versagen, wenn es sich dieser Politik anschließe, die stets auf Frieden und Abwehr gerichtet sei und jeder Angriffsmöglichkeit zu begegnen suche.

Der überaus glänzende Empfang der auf Einladung des englisch-deutschen Freundschaftskomitees nach London gereisten fünfzig deutschen Journalisten bildet den Inhalt eines Zirkulars, das nach einem Berliner Bericht vom 2. Juli 1906 zusammen- Anl. 47. gestellt ist. Zweifellos hat dieser Besuch den Erfolg gehabt, durch Anbahnung persönlicher Beziehungen innere Gegensätze zu mildern. Es steht zu hoffen, daß zukünftige Auseinandersetzungen in der Presse beider Länder weniger scharf sein werden. Aber — und das ist das Wesentliche an dem belgischen Urteil — die gegenseitige Spannung hat tiefere Gründe, persönliche Zuvorkommenheit und freundschaftliche Trinksprüche können sie nicht verschwinden machen.

Ungleich schärfer nahm ein Londoner Gesandtschaftsbericht vom 23. Juni Partei, von dem das Brüsseler Ministerium gleichzeitig mit dem soeben besprochenen, nämlich am 10. Juli 1906, Anl. 46. einen Auszug hat herstellen lassen. Den tatsächlichen Erfolg der Journalistenreise bezeichnet der Londoner Gewährsmann darin als beinahe gleich null. „Der Standpunkt der öffentlichen Meinung ist festgelegt. Die englische Presse hat sich derart in Angriffen gegen den Kaiser, seine Regierung und sein Volk ausgelebt (abusé), daß das Publikum mißtrauisch bleibt. Deutschland ist der große Nebenbuhler auf dem Weltmarkt, als Militär- und in Zukunft vielleicht auch als Seemacht. Aus diesem Grunde glaubt sich jeder gute Bürger verpflichtet, es zu verabscheuen, weil er sich sagt, daß dies für den Augenblick die einzige Nation ist, von der er, seit der Schwächung Rußlands und der Entente mit Frankreich, etwas zu fürchten hat.“

Eine Sensationsnachricht der Wiener Allgemeinen Korrespondenz, die bald dementiert, aber von der Rossija wieder aufgenommen wurde, gab den belgischen Diplomaten Anlaß,

sich über die Deutschland im Verein mit Österreich angedichteten Absichten eines aktiven Eingreifens in die inneren Angelegenheiten Rußlands ausführlich zu äußern. Der Berliner Anl. 48. Bericht vom 20. Juli 1906 tritt nachdrücklich für Deutschland ein, dem eine gewisse Presse seit Jahren alle möglichen ehrgeizigen Pläne und geheimen Treibereien andichten wolle, von denen gar nicht gesprochen werden könne. „Man ist in Berlin diesen Intrigen gegenüber so abgestumpft, daß man gar nicht mehr darauf achtet.“

Sehr wahrscheinlich hätten die beiden Kaiser von Deutschland und Österreich bei ihrer neulichen Begegnung von den Gefahren der russischen Revolution gesprochen, deren ansteckende Gefahr ja auch niemand verkennen dürfe. Aber die deutschen Sozialisten seien davon abgerückt, wie Bebels Rede in Jena beweise, und in der Tat gebe die Sterilität der Duma allen Leuten zu denken, die an die schöpferische Kraft der revolutionären Idee geglaubt hätten. Weder zu Wien noch zu Berlin habe man ein politisches Interesse an der beschleunigten Herbeiführung des Augenblicks, wo Rußland wieder eine aktive Rolle zu spielen beginnen könne. Der russische Zusammenbruch hat den Bündnisplan Delcassés zum Scheitern gebracht, und aus demselben Grunde kann sich die nicht zu lösende mazedonische Frage noch weiter hinausschleppen, ohne eine Gefahr für die Allgemeinheit zu bilden. Auf Rußland ist kein Verlaß.

„Mag es aus der Krisis durch die Wiederherstellung des Absolutismus oder durch die Einrichtung eines geregelten parlamentarischen Regimes hervorgehen, immer wird es seine herkömmliche panslawistische und Erobererpolitik wieder aufnehmen. Denn diese gefällt dem Volke und das ancien regime hat sie eher gemäßigt als angestachelt.“

Demgegenüber, so betont das Brüsseler Zirkular mit aller Deutlichkeit, haben weder Deutschland noch Österreich-Ungarn einen ausreichenden Grund, die ungeheuren Kosten und Gefahren eines Einschreitens in Rußland auf sich zu nehmen. „Sie haben im Gegenteil sehr starke Gründe, ihre Kräfte für die Garantie ihrer eigenen Sicherheit aufzusparen. Die gegen-

wärtigen Beziehungen zwischen den Großmächten verpflichten sie dazu.“

Wie wenig Freunde Deutschland schon damals in der Welt besaß, und wie besonders auch die russische Presse die politische Atmosphäre Europas durch unbegründeten Argwohn gegen seinen westlichen Nachbar vergiftete, zeigt ein Zirkular vom 23. August, das auf einem Berliner Berichte vom 10. August Anl. 49. beruht. Die Rjetschy hatte von neuem auf eine Intervention Deutschlands in Rußland angespielt. Die deutsche Freundschaft sei für Rußland gefährlich und habe mit einem für Rußland ungünstigen Handelsvertrage erkaufte werden müssen. Das Brüsseler Zirkular stützt sich auf einen gegen diese Behauptungen gerichteten Artikel der Kölnischen Zeitung vom 9. August 1906 und fügt bezeichnend hinzu: „Durch Verbreitung lügnischer Berichte sucht man gegen Deutschland Stimmung zu machen.“

Die Reise des russischen Außenministers Iswolski im Oktober 1906 nach Paris erscheint in der Brüsseler Berichterstattung (Petersburger Bericht vom 20. Oktober 1906) als ein Anl. 50. wichtiger Schritt zur Ausgestaltung der russisch-französischen Beziehungen, die durch Rußlands Annäherung an England und durch den russischen Versuch, die Freundschaftsbeziehungen zu Deutschland intimer zu gestalten, erweitert werden.

In diese verhältnismäßig friedliche Stimmung hinein fällt am 22. Oktober 1906 der Kabinettswechsel in Frankreich. Bourgeois, der stets mit Deutschland gute Beziehungen aufrechtzuerhalten bestrebt war und als aufrichtiger Pazifist gelten konnte, weicht vom Platze, da er sich nicht mit in die Abenteuerpolitik Clémenceaus hineinziehen lassen will. Clémenceaus Auftreten wird vom belgischen Gesandten in Berlin sofort als eine Gefahr für den Frieden Europas erkannt. „Als Journalist“, heißt es im Bericht vom 25. Oktober 1906, „hat Anl. 51. Clémenceau mehr als einmal in der Aurore und in der Dépêche de Toulouse seine deutschfeindlichen Gesinnungen und seinen Wunsch offenbart, die Revanche vorzubereiten. Erst unlängst, während seiner Rundreise im Süden, hat er die chauvinistische Saite ertönen lassen. Er ist ganz unter dem Einfluß von England.“

Nun habe er sich von Mitarbeitern zweiten Ranges umgeben lassen und sei dadurch der einzige Schiedsrichter (arbitre) der französischen Politik.

Der Berliner Gesandte fügt vorsichtig hinzu: „Ich höre die Hoffnung aussprechen, das Gefühl der Verantwortlichkeit werde Clémenceau beruhigen und ihn davon abhalten, die von ihm selbst verurteilte Politik Delcassés wieder aufzunehmen,“ aber nur, um dann mit Nachdruck dabei zu beharren: „trotzdem bedeutet das neue französische Ministerium eine Verringerung der Sicherheit für alle Welt.“

Diese Auffassung machte sich also das Brüsseler Ministerium des Äußeren durchaus zu eigen, wenn es auch die sehr scharfen Urteile des Berliner Gesandten über Clémenceau an die anderen Auslandsstellen nicht mit weitergab. Greindl hatte wörtlich berichtet: „Als Schriftsteller, Redner und Minister hat er keinerlei staatsmännische Qualität gezeigt. Er ist völlig unter dem Einflusse Englands, trotz der Entrevue von Cronberg immer verdächtig. Im allgemeinen gut unterrichtete Leute legen dieser Vorliebe für England einen Grund unter, den ich nicht zu wiederholen wage, aus Furcht, mich zum Echo einer Verleumdung zu machen.“ Es handelt sich hier um das Gerücht, Clémenceau stehe im englischen Solde, das Greindl in seinem Berichte vom 13. Mai 1908 erwähnt¹⁾.

Den Geist der Gewitterschwüle atmet auch ein weiterer Bericht Anl. 52. vom 25. Oktober aus Berlin, in dem der belgische Gesandte sich über den Abgang des Grafen Goluchowski und seinen Ersatz durch Aehrenthal ausspricht. Für Österreich-Ungarn ist bei den dauernden Mißhelligkeiten zwischen den beiden Hauptteilen der Monarchie der Friede eine gebieterische Notwendigkeit. Das europäische Gleichgewicht ist nicht gesichert, und es tut not, es durch eine Entente derjenigen Mächte zu befestigen, die mit der politischen Teilung des Kontinents zufrieden sind. Ungarn grollt Deutschland, obwohl es lange ein warmer Anhänger des Bundes mit Deutschland gewesen ist. „Verschiedenartige, mißvergnügte Völker umfassend und auf

¹⁾ Siehe „Belgische Aktenstücke 1905—1914“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 46. (Berlin, 13. Mai 1908.)

drei Seiten von slawischen Staaten umschlossen, bedurfte Ungarn in noch höherem Grade als Österreich einer Hilfe, die seinen Länderbestand gewährleistet. Die Gefahr ist durch die gegenwärtige Lage Rußlands beseitigt, aber nur für eine Zeitlang. Entweder Rußland rafft sich zusammen und nimmt seine herkömmliche Politik wieder auf, oder es wird zur Beute der Revolution und wird dann noch panslawistischer sein als unter der Herrschaft der Autokratie.“

Sind nun neue internationale Verabredungen aus Iswolskis Reise nach Frankreich erwachsen, die eine grundlegende Verschiebung der Gleichgewichtslage bringen könnten? Der belgische Gesandte zu Paris glaubt in seinem Bericht vom 27. Oktober, in dem er Iswolskis Abreise aus Paris meldet, diese Frage verneinen zu sollen. Der russische Staatsmann wird auch vermeiden haben, die Empfindlichkeit Deutschlands zu reizen. „Das hindert die Verbündeten nicht, jeder für sich Freundschaften zu pflegen, und es ist ziemlich wahrscheinlich, daß eine solche mit England in Iswolskis Unterhaltungen zu Paris als mächtiger Faktor für die kommenden Ereignisse hat angesehen werden müssen!“

In Marokko schien der Frieden Europas zuerst wieder auf die Probe gestellt werden zu sollen. Das Brüsseler Ministerium unterrichtet zuerst seine Gesandten durch ein Zirkular nach einem Berichte aus Tanger vom 6. November 1906. Danach Anl. 54. erforderten die dortigen Verhältnisse und die wachsende Anarchie europäische Schutzmaßnahmen. Frankreich bewahrte zum großen Erstaunen der Bevölkerung eine abwartende Haltung, während Deutschlands Wunsch betont wird, zur friedlichen Entwicklung seines Handels in Marokko zu gelangen. Die Ende November und Anfang Dezember von spanischer und französischer Seite erfolgende Flottendemonstration in Tanger wird in Berlin durchaus ruhig beurteilt (Berichte vom 27. November und 7. Dezember 1906), da man annimmt, diese Anl. 56. Staaten würden sich in den Grenzen der ihnen in Algeciras übertragenen Vollmachten halten. Daß bei der Flottendemonstration wenig positiver Nutzen herauskommt und die Verhältnisse in Marokko gar nicht so arg zu sein scheinen, deutet ein

Anl. 58. Bericht aus Tanger vom 24. November an, der erst am 20. Dezember in Brüssel zu einem Zirkular verwendet wurde.

Anl. 57. In einem Berichte aus Paris vom 7. Dezember 1906, der die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer über die Marokkoaffäre sachlich und ruhig schildert, wird Deutschlands Haltung dahin gekennzeichnet, daß es die Vorgänge in Marokko mit aufmerksamen Augen verfolge, um nach den Umständen zu handeln, wenn etwa Komplikationen Frankreich und Spanien über das Ziel hinausführen sollten, das sie sich offiziell vorgenommen hätten. Jaurès rechnet mit dieser Möglichkeit und deutet in seiner Rede zum ersten Male in der französischen Öffentlichkeit die Besorgnis an, „durch die entente cordiale mit England könne Frankreich unbewußt zum Mitschuldigen englischer Begehrnisse werden, und zwar zum Schaden französischer Interessen“. Jaurès befürchtet, daß Frankreich, einmal in Marokko festgelegt und zu Abenteuern durch die englische offiziöse Presse fortgerissen, seine volle Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit nicht wieder zurückgewinnen werde, die es gegenüber den englischen Mächtschaften bewahren müsse, und daß also der Zweck dieser Entente cordiale verfehlt sei. Und bezeichnend fügt der Pariser Gesandte hinzu: „Obgleich man sich immer sehr mit England einig zeigt, so beginnt doch das Gefühl eines gewissen Mißtrauens sich in der öffentlichen Meinung bemerkbar zu machen.“

Rußland gegenüber konnte sich die englische Politik damals schon viel unbefangener ergeben, denn hier gab es ganz bestimmte Verabredungen zu treffen und vor allem Interessenskreise gegeneinander abzugrenzen. Ein gleichfalls aus dem Dezember 1906 stammendes, auf einen Londoner Bericht vom

Anl. 55. 20. November zurückgehendes Zirkular unterrichtet uns darüber. Danach sprach man in den Londoner politischen Kreisen damals von Greys Absicht, mit der russischen Regierung verschiedene Fragen zu erörtern, die bisher London und Petersburg getrennt hätten. So seien Vereinbarungen über den Tibet, Persien und Afghanistan möglich und zumal über Persien erwünscht, wo Rußland bisher eine für England sehr unbequeme Politik der friedlichen Durchdringung getrieben und allmählich

an den Persischen Golf heranzukommen versucht habe. Jetzt würden Rußlands Mißerfolge es wohl zum Eingehen auf Englands Wünsche geneigter machen. Auch ohne Abschluß eines Vertrages könnten die Kabinette von London und St. Petersburg sich wechselseitig zufriedenstellend einigen.

Das Jahr 1906 schloß also in der belgischen Berichterstattung mit dem noch nicht ganz deutlichen Eindruck eines überall behutsam tätigen Englands, das Schritt für Schritt die Mächte des Zweibundes seinen Zwecken gefügig zu machen suchte.

Ganz überraschend deutlich tritt in der belgischen Berichterstattung mit dem erneuten Besuche König Eduards VII. und seiner Gemahlin zu Paris im Februar 1907 die Auffassung hervor, daß der englische König in Person mit seinen Reisen hochpolitische Zwecke verfolgt, die auf Vertiefung und Erweiterung der entente cordiale gerichtet sind und ihre Spitze gegen Deutschland richten.

Zunächst schildert der belgische Gesandte zu Paris am 4. Februar 1907¹⁾ den verblüffenden Eindruck, den der plötzliche Besuch des englischen Königspaares auf die französische Regierung gemacht habe. Allgemein legt man dem Besuche eine große politische Bedeutung bei, ist sich nur noch nicht im klaren, was dessen eigentliche Absicht sein mag. „Seit einigen Jahren hat die Regierung der Republik die Annäherungsversuche Englands günstig und beinahe enthusiastisch aufgenommen, das sehr diskret Herrn Delcassé und seinen Nachfolgern alles Verdienst an der entente cordiale gelassen hat, und diese Übereinkunft wurde durch die große Mehrheit der Franzosen als eine für die Aufrechterhaltung des französischen Prestiges und für den Schutz seiner Interessen sehr wertvolle moralische und materielle Unterstützung angesehen. Daß Herr Clémenceau ans Ruder kam, war die Krönung des englischen Einflusses. Das Londoner Kabinett glaubte in ihm einen seiner Politik durchaus ergebenen Mann und einen Charakter zu finden, der Ansehen und Energie genug besaß, um

¹⁾ Veröffentlicht in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 21.

sich durchzusetzen. Es scheint, daß man sich in den dahingehenden Hoffnungen ziemlich getäuscht hat. Andererseits haben¹⁾ viele Symptome erkennen lassen, daß die französische öffentliche Meinung hinsichtlich der Vorteile der entente cordiale mißtrauisch wurde und daß sie den Wunsch zu zeigen begann, Frankreich von der britannischen Einmischung zu befreien. Seit kurzem besteht eine noch stumpfe und schüchterne, aber doch schon deutlich gegen die Politik²⁾ gerichtete Opposition, die sich in die Bahn Englands hineinziehen zu lassen strebt. Die Ratschläge und Pläne dieser Macht scheinen nicht mehr so selbstlos wie zu Anfang, und daher bildet sich jetzt eine Partei, die geneigt ist, das Joch dieses fremden Einflusses abzuschütteln, um Frankreich eine größere und ehrenvollere Freiheit des Handelns zurückzugeben, immer unter Aufrechterhaltung ausgezeichneter, freundschaftlicher Verbindungen zu dem Nachbarn jenseits des Kanals. Man darf glauben, daß die englischen Absichten in Afrika und vor allem seine Haltung gegen den Kongostaat dem jetzt sich offenbarenden Gefühle des Mißtrauens nicht fremd gewesen sind.“

„Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht erstaunlich, daß König Eduard hat selbst kommen wollen, um mit den Regierungsmitgliedern der Republik zu sprechen und den Einfluß wieder zu befestigen, den er sich entschlüpfen zu sehen fürchtet. Man fragt sich, was der Erfolg dieser neuen Bemühung sein wird, und ob man sie nicht als einen zu starken Druck ansehen wird, der dann geeignet wäre, den Tendenzen wieder mehr Gewicht zu geben, die sich gegen jede fremde Einmischung wehren.“

Ich habe diesen Pariser Bericht hier fast wörtlich wiedergegeben, da er ganz den Gedankengängen entspricht, die seinerzeit der Generaldirektor Arendt im Brüsseler Ministerium des Äußeren als für die Abfassung von Zirkularen maßgebend niederschrieb: „Was uns unmittelbar angeht, das sind die

¹⁾ Hier fehlt aus dem Bericht der bezeichnende Satz „ganz abgesehen von der Ernüchterung über die von Herrn Clémenceau gespielte Rolle“.

²⁾ Im Originalbericht war von der gegen die „Verblendung“ (l'aveuglement) gerichteten Opposition die Rede.

Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit. Davon hängt der Friede Europas ab.“ (Siehe Einleitung S. V.) Alle Einzelvorkommnisse stellt der Pariser Gesandte in den leitenden Zusammenhang der großen Politik und gibt dadurch seiner an allen Verschiebungen des europäischen Gleichgewichts stark interessierten Regierung die Mittel an die Hand, selbst zu urteilen und ein zuverlässiges Gesamtbild erstehen zu lassen. Jetzt schon steht es fest: König Eduard in Person ist der Träger einer Politik, die dem europäischen Frieden gefährlich werden kann.

Etwas farbloser ist der Bericht des belgischen Gesandten zu London vom 5. Februar 1907, den man in Brüssel am 16. Februar zu einem Zirkular verwendete. Er betont gleichfalls die Plötzlichkeit der Reise, teilt Urteile der deutschen und französischen Presse mit — die englische schwieg sich aus — und erörterte ausführlich die Aussichten der Tunnelverbindung unter dem Kanal. Sein eigenes Urteil hielt er zurück.

Von dem Berichte des belgischen Gesandten Leghait in Paris an den belgischen Minister des Äußeren de Favereau vom 6. Februar 1907 ist kein Zirkular versendet worden. Da er über die Tätigkeit des englischen Königs sehr deutlich urteilt, ist er zur Ergänzung als Anlage 60a abgedruckt worden (siehe Anl. 60a. S. 143). Er schließt mit der charakteristischen Frage: „Wird es Eduard VII. gelingen, alle zu überzeugen, daß der von ihm mit so viel Nachdruck bei der Werbung um die Freundschaft eines starken Frankreichs verfolgte Zweck völlig uneigennützig ist und nur die Schaffung eines zur Aufrechterhaltung des Friedens fähigen europäischen Gleichgewichts im Auge hat?“

Sehr eindrucksvoll ist der Bericht des belgischen Gesandten vom 10. Februar 1907 aus Paris, dessen voller Wortlaut in Anl. 61. Deutschland bereits durch die Wiedergabe in den „Belgischen Aktenstücken“ (unter Nr. 24) bekannt geworden ist. Ein Vergleich des Zirkulars mit dem Wortlaut des Berichts zeigt besonders anschaulich, wie das Brüsseler Ministerium bei der Herstellung seiner Zirkulare verfuhr. Der Tatsacheninhalt wird im allgemeinen ungekürzt wiedergegeben, doch läßt das Zirkular die Mitteilung aus, das englische Königspaar habe

Künstler, Theater und Restaurants besucht wie gewöhnliche Sterbliche. Es heißt dann ohne Auslassungen oder Änderungen: „In den amtlichen Kreisen hat es der König anscheinend verstanden, die Bande der Freundschaft der beiden Länder dadurch noch fester zu knüpfen, daß er die Friedfertigkeit seiner Politik betonte und die Gründe darlegte, aus denen die entente cordiale als Garantie des europäischen Gleichgewichts die Grundlage dieser friedlichen Politik zu bilden bestimmt sei.“

„In seinen Unterhaltungen mit Clémenceau und mit dem Kriegsminister hat der König auf der Notwendigkeit bestanden, die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs stark zu erhalten.“

„Dem Fürsten Radolin hat er die beruhigendsten Versicherungen gegeben und ihm gesagt, seine Reise habe nur den Zweck, die Königin zu zerstreuen, die seit sehr langer Zeit nicht mehr nach Paris gekommen sei.“ Den im Zirkular nun folgenden Satz, der mit dem Hinweis auf den Kongo endet, hat das Brüsseler Ministerium selbst formuliert und sodann nach der Feststellung, das englisch-französische Einvernehmen sei ebenso vollkommen wie je, den wichtigen Zusatz weggelassen, das durch den Erfolg der Wahlen berauschte Deutschland dürfe das nicht vergessen. Im Originalbericht folgte nun die sehr wichtige Stelle: „Man wird sich nicht verhehlen dürfen, daß diese Taktik, die scheinbar den Zweck verfolgt, den Krieg zu vermeiden, leicht ein großes Mißbehagen in Berlin auslösen und den Wunsch hervorrufen kann, alles zu versuchen, um aus der Umklammerung herauszukommen, mit der die englische Politik Deutschland einschnürt“ (on ne saurait se dissimuler que cette tactique, qui a pour but apparent d'éviter la guerre, risque d'amener un grand mécontentement à Berlin et de provoquer le désir de tout tenter pour sortir de l'étreinte dans laquelle la politique anglaise resserre l'Allemagne). Dafür heißt es im Zirkular nur: „Diese Taktik, die als augenscheinlichen Zweck hat, den Krieg zu vermeiden, kann leicht Mißvergnügen in Berlin hervorrufen.“

Sodann folgt, wie im Originalbericht, der das Mißtrauen auch der belgischen Regierung gegen England beweisende Satz: „Man fragt sich, welchen Zweck nun wirklich die britische

Regierung verfolgt,“ worauf aber der ins Persönliche gehende Zusatz des Originalberichtes über die schlechte Laune Kaiser Wilhelms II. ebenso ausgelassen wird, wie der Hinweis des Originalberichtes auf die geringe Sympathie zwischen den beiden Monarchen.

Nach der wichtigen Feststellung: „Es gibt Gründe zu glauben, daß die französische Regierung diesen letzten englischen Besuch ebenso gern vermieden gesehen hätte“, fehlt im Zirkular der außerordentlich bezeichnende Zusatz „und daß sie einsieht, etwas zuviel von der Verantwortung für die englisch-deutsche Antipathie auf den Rücken zu nehmen.“

Die Würdigung Frankreichs als Friedensfreund findet sich fast wörtlich aus dem Originalbericht übernommen. „Frankreich, das aufrichtig den Frieden und die Verbesserung seiner Beziehungen zu Deutschland wünscht, wird große diplomatische Anstrengungen zu machen haben, um in Berlin zu beweisen, daß die entente cordiale nichts für Deutschland Mißfälliges haben kann, und daß sie nicht geschlossen worden ist, um seine Expansion zu hindern. Man fühlt hier so gut, daß man sich in einer heiklen Lage befindet,“ — hier fehlt aus dem Originalbericht der ernste Zusatz: „und zu einem gefährlichen Spiel fortgerissen wird“ (*et entraîné à un jeu dangereux*) — „daß alle offiziellen oder ernsthaften Presseorgane über diese Lage Stillschweigen beobachten und keins von ihnen sich über diese Kundgebung der englischen Freundschaft zu freuen wagt.“

Das Zirkular erwähnt dann noch, daß Pichon in der Kammer den Nutzen und die Festigkeit des Bündnisses mit Rußland vertreten habe und schließt damit, man begreife, daß leicht Gereiztheiten entstehen könnten. Den Nachsatz des Originalberichtes, Klugheit sei geboten, namentlich in einem Augenblick, wo das konservative Deutschland triumphiere und möglicherweise leicht gegen das radikale und sozialistische Frankreich fortgerissen werden könnte, verschweigt das Zirkular.

Die Gegenüberstellung des besprochenen Zirkulars vom 18. Februar mit dem Originalbericht vom 10. Februar, aus dem es entstanden ist, zeigt das Bestreben der belgischen Regierung, in den wechselseitigen Mittheilungen an die Gesandten alles

auszuscheiden, was als zu temperamentvoll, nicht genügend verbürgt oder als persönlich kompromittierend erscheinen kann. Trotzdem bleibt unverkennbar, daß man in Brüssel den erneuten Besuch König Eduards als einen wohlerrwogenen Schritt auf dem Wege zur Einkreisung Deutschlands angesehen hat.

Anl. 62. Inzwischen gingen die englischen Werbungen um Rußland weiter. Sie zielten zunächst darauf ab, die Abgrenzung der Interessensphären in Asien in eine feste Form zu bringen. Von englischer Seite ging der neue Vorstoß aus. So betont das nach einem Petersburger Bericht vom 7. März 1907 hergestellte Zirkular ausdrücklich. Iswolski hatte sich bei seiner Reise nach Paris und Berlin, von der im Zirkular vom 8. November 1906 (Anlage 50) berichtet wurde, einer Einladung nach London unter dem Vorwande zu entziehen gewußt, daß er schleunigst nach St. Petersburg zurückkehren müsse. „In Wahrheit fürchtete der Minister des Zaren, daß seine Reise nach England als eine Art von Verpflichtung ausgelegt werden könnte, sich in eine Transaktion einzulassen, deren mögliche Folgen im voraus zu begrenzen ihm klug erschien.“ Seitdem seien die Verhandlungen über diesen Gegenstand durch den britischen Botschafter Sir Arthur Nicholson bei der russischen Regierung wieder aufgenommen worden und hätten nun zu einem Einvernehmen geführt, dessen Einzelheiten mitgeteilt werden. Ein feierlicher Vertrag wurde nicht geschlossen.

Anl. 63. Rußlands gute Beziehungen zu England scheinen auch seine Auseinandersetzungen mit Japan, von denen ein Zirkular vom 30. März auf Grund eines Petersburger Berichtes vom 13. März zu melden weiß, vorteilhaft beeinflußt zu haben. Die Unterzeichnung der russisch-japanischen Konvention steht bevor, sie folgt unmittelbar dem englisch-russischen Abkommen über die asiatische Politik. Dies Zusammentreffen soll aber nur ein zufälliges sein, wie eine „autorisierte“ Stelle erklärt hat. „Es wäre somit verfrüht, darin bereits das Anzeichen einer demnächstigen Quadrupelallianz zwischen England, Rußland, Frankreich und Japan zu sehen, wie die englische Presse und die japanischen Zeitungen mit sichtlichem Gefallen ankündigen indem sie sie als Unterpfand eines langjährigen Friedens im

äußersten Orient betrachten und alle Ehre daran auf König Eduard VII. häufen.“ Ob diese Auffassung richtig ist, läßt das Zirkular offen; immerhin zeigt es den englischen König wieder im Hintergrunde der Weltpolitik.

In Marokko nehmen die Dinge durch die Ermordung des französischen Arztes Dr. Mauchamp zu Marrakesch eine unerwartete Wendung. Zwei Zirkulare unterrichten uns auf Grund von Berichten aus Tanger vom 24. und 29. März 1907 über die Vorgänge, die durch eine Unvorsichtigkeit des Dr. Mauchamp selbst hinreichend erklärt werden. Anl. 64, 65.

Eine weiter fortschreitende Entspannung zwischen Rußland und England ist unverkennbar. Bereits weiß ein Zirkular nach einem Londoner Bericht vom 28. März 1907¹⁾ zu melden, der Zwischenfall der Doggerbank, die englischen Sympathien für Japan und die erbitterte Nebenbuhlerschaft in Persien seien überwunden; vielleicht komme es bald zum Schauspiel einer englisch-russischen Entente. Alle Kräfte der englischen Diplomatie seien auf die Isolierung Deutschlands gerichtet. König Eduards persönlicher Anteil an dem überherzlichen Empfang eines russischen Geschwaders in Portsmouth wird in hellen Farben geschildert. Anl. 66.

Die Monarchenbegegnung zu Carthagena am 8. April wurde als bedeutungsvolles Glied in der Kette der von England ausgehenden Bestrebungen in den Brüsseler Zirkularen eingehend gewürdigt. Bis zum letzten Moment hatte man in Madrid geglaubt, — so schildert ein Bericht aus der spanischen Hauptstadt vom 8. April 1907 die Vorgänge — die Begegnung werde nicht zustande kommen, König Eduard habe sie aber durchgesetzt und ihren feierlichen Charakter besonders unterstrichen. Anl. 67.

Dabei habe das konservative Kabinett in Spanien befürchtet, durch diesen Besuch vielleicht in der marokkanischen Angelegenheit weiter engagiert zu werden, als ihm lieb sei. Offensichtlich habe Eduard VII. mit seinem Besuche beim König Alfons einen dreifachen Zweck verfolgt: eine Unterstützung für die Haager Konferenz zu gewinnen, eine Aussprache ein-

¹⁾ Siehe „Belgische Aktenstücke 1905—1914“ Nr. 25. Das Zirkular hat keine Kürzungen vorgenommen.

zuleiten über die französische Besetzung von Udschda, die zu einer gewissen Einigung zwischen Frankreich und Deutschland in Marokko führen könnte, gegen die Eduard durch seine Besprechungen mit Spanien ein Gegengewicht schaffen will, und schließlich die Vorherrschaftsfrage im Mittelmeer. Hierfür ist es von größter Bedeutung, wenn Eduard für Englands Flotten in jeder Lage einen Rückhalt in den spanischen Häfen schaffen kann. Alle diese Dinge sind noch nicht spruchreif, „aber — so sagt das Zirkular — niemand könnte darüber erstaunen, den König Eduard mit Schaffung einer Allianz der iberischen Länder beschäftigt zu sehen, die doch eine Verlängerung des befreundeten Frankreichs bilden“.

Anl. 68. Mit der politischen Tragweite des Besuches von Carthagena beschäftigt sich ein Madrider Bericht vom 16. April 1907. Spanische Regierungsmitglieder hatten ihm offiziös jede Bedeutung abgesprochen und ihn lediglich als einen Akt der Courtoisie hingestellt. Demgegenüber hatten die spanischen Blätter seine große Tragweite betont. Der offiziöse Bericht der „Epoca“ geht auf eine Anregung des deutschen Botschafters Radowitz zurück, der auf den Gegensatz zwischen den Äußerungen der Regierungsmitglieder und der Haltung der spanischen Presse hingewiesen und eine offiziöse Klarstellung erbeten hatte. Das Brüsseler Zirkular verhehlt nicht, daß zwischen der lauten Betonung der Harmlosigkeit der Vorgänge von Carthagena und den Tatsachen ein Gegensatz bestehe. „Gestern war es die Schaffung eines Oberbefehls der britischen Streitkräfte im Mittelmeer, der dem Bruder des Königs, Herzog von Connaught, übertragen wurde, morgen wird es die Begegnung von Gaeta sein. Schließlich zeigt sich auf englischer Seite allzu deutlich eine gewisse Genugtuung, als daß die Begegnung von Carthagena nicht den in sie gesetzten Hoffnungen entsprochen haben sollte.“

Anl. 69. Daß der englische Einfluß für die Haltung der Franzosen in Marokko mindestens mit bestimmend zu sein scheint, deutet ein Zirkular vom 30. April 1907 an, das sich auf einen Bericht von Tanger vom 15. April stützt.

Inzwischen setzte König Eduard VII. seine Versuche, mit den Mittelmächten einzeln und nach und nach zu einem Ein-

verständnis zu gelangen, erfolgreich fort. Die schon im Madrider Bericht vom 16. April 1907 erwähnte Zusammenkunft von Gaeta zwischen ihm und dem König Victor Emmanuel hatte am 8. April stattgefunden. Wenn auch das Brüsseler Zirkular vom 30. April, gestützt auf einen Bericht aus Rom vom 21. April, Anl. 70. behauptet, ohne den Lärm, den die Wiener und Berliner Presse über den Besuch von Gaeta erhoben habe, würde dieser fast unbemerkt geblieben sein, so ist doch aus der Wiedergabe der von italienischer hoher Seite gefallenem Äußerungen deutlich zu erkennen, daß eine starke Annäherung an England so zu sagen in der Luft lag. Die Bemerkung eines römischen Blattes, Italien würde sich unter keinen Umständen durch seine Verbündeten in einen Krieg gegen England mit hineinziehen lassen und die Regierungen zu Berlin und Wien seien davon verständigt worden, wird besonders unterstrichen. Auch ein Zirkular vom 3. Mai — Bericht aus Rom vom 19. April —, das den Besuch Anl. 71. König Eduards als den Akt einer unabweisbaren Höflichkeit gegen den König von Italien hinstellt, kann doch nicht umhin hervorzuheben, daß nach allgemeiner Ansicht der Presse der König von England durch seinen Besuch von Gaeta der deutschen Politik habe einen Streich spielen wollen; ob das wirklich stimme, könne man nicht wissen. Wir werden sehen, daß ein Jahr später dem belgischen Gesandten ausdrücklich mitgeteilt wurde (Zirkular vom 24. April 1908, Bericht aus Rom vom Anl. 102. 31. März 1908), König Eduard habe in Gaeta versucht, Italien wenn nicht vom Dreibunde loszureißen, so doch mindestens der englisch-französischen Freundschaft zu nähern.

Das auf die entgegenkommende Haltung Deutschlands in der Marokkopolitik hinweisende Zirkular vom 4. Mai 1907 Anl. 72. (Berliner Bericht vom 9. April) erweist, daß man auch in Brüssel Frankreichs Auftreten in Marokko für etwas provokatorisch hielt.

Nach Ostasien und in die innersten Entstehungsgründe des französisch-japanischen Bündnisses führt uns ein Berliner Bericht vom 13. Mai 1907 (Zirkular vom 3. Juni). „Angesichts Anl. 73. eines Vertrages, dessen Nutzen nicht klar zutage liegt, fragt man sich natürlich, ob er nicht irgendeinen Hintergedanken

birgt. Internationale Abmachungen sind jetzt an der Mode. Sie vollziehen sich alle unter Ausschluß von Deutschland und zwischen Mächten, die aus einem oder dem andern Grunde Deutschland feindlich gesinnt sind: England-Japan, England-Frankreich, England-Rußland, Frankreich-Japan.“ Sodann folgt eine scharfe Verurteilung der deutschen Politik gegen Japan, die Japan um die Erfolge des Vertrages von Schimonoseki gebracht und in ihm ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland erweckt habe. Dieses sei durch Deutschlands wohlwollende Neutralität gegen Rußland im russisch-japanischen Kriege noch gesteigert worden. Die Erregung der deutschen Presse sei vielleicht übertrieben, aber begreiflich, denn russische und französische Blätter bemühten sich, das französisch-japanische Abkommen als einen neuen Erfolg des vom König von England persönlich geführten Isolierungsfeldzuges gegen Deutschland hinzustellen. „Seit Jahren sprechen die führenden englischen Blätter unaufhörlich von den Angriffsabsichten Deutschlands. Diese These muß wohl ihren Lesern gefallen, da sie sie trotz ihrer Unwahrscheinlichkeit immer wieder entwickeln. In Wirklichkeit wird die ganze innere und äußere Politik des (englischen) Reiches durch die Furcht vor einem Angriff beherrscht.“

Deutlicher noch, ja sogar mit unverkennbarer Schärfe kommt die Verurteilung der englischen Machenschaften gegen Deutschland in dem bereits in den „Belgischen Aktenstücken 1905 bis 1914“ unter Nr. 30 mitgeteilten Berichte des belgischen Gesandten zu London, Grafen Lalaing, vom 24. Mai 1907 zum Ausdruck. Hierin kennzeichnet er den Vergiftungsfeldzug, den Herr Harmsworth, nunmehr Lord Northcliffe, in seiner Presse gegen Deutschland führt.

Es ist sehr bezeichnend, wie das Brüsseler Außenministerium diesen auf den Ton schärfster Kritik gestimmten Bericht in Anl. 74. seinem Zirkular vom 6. Juni an die anderen Gesandten weitergibt. Nachdem der böse Satz, „diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und viel gelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volkes“, wörtlich mitgeteilt ist, folgt nunmehr die Abmilderung des Urteils: „Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche

Politik befolgt, die usw.“ in die Fassung: „Die Sympathien des amtlichen Englands neigen zu einer Politik, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt.“ Sodann aber hat man in Brüssel das ganz persönlich auf König Eduard zugeschnittene Urteil stehen lassen, daß er es nicht verschmäht habe, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; es sei eine augenscheinliche Gefahr, so die öffentliche Meinung zu vergiften, wie die erwähnte unverantwortliche Presse es tue.

Hiernach ist es klar, daß man in Brüssel nunmehr ganz deutlich in König Eduard den unermüdlich mit der Einkreisung Deutschlands beschäftigten Drahtzieher hinter den Kulissen erkannte.

Auch das mit dem französisch-japanischen Abkommen sich nochmals beschäftigende Zirkular vom 3. Juli 1907 auf Grund Anl. 75. eines Pariser Berichtes vom 8. Juni zeigt aufs neue die Unermüdlichkeit der englischen Regierung in dem Bestreben, den deutschen Einfluß zu beseitigen und den Frankreichs und der Gruppe der Alliierten und Freunde Englands zu befestigen. Hier wird bereits von einem Einverständnis Rußlands, Englands, Japans und Frankreichs über die Dinge im äußersten Orient gesprochen und der daraus sich für Frankreich und Japan ergebende Gewinn ins Auge gefaßt. An eine Landung von Japanern im Hafen von Marseille im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich vermag der belgische Berichterstatter einstweilen nicht zu glauben.

Ein Zirkular vom 24. August 1907 nach einem Bericht aus Anl. 86. Tokio vom 3. Juli behandelt nochmals den zwischen Frankreich und Japan geschlossenen Vertrag. Der französische Botschafter hatte anläßlich seiner Unterzeichnung ein Festmahl gegeben, dem von Diplomaten nur der russische Gesandte und der englische Geschäftsträger beiwohnten. In einer Ansprache betonte der französische Botschafter Gerard den friedlichen Charakter der geschlossenen Übereinkunft; sie stehe mit den Allianzen und Ententen der beiden Mächte ebenso in Übereinstimmung, wie mit der Gesamtheit der bereits geschlossenen oder bevorstehenden Übereinkünfte zwischen Rußland und Japan. Auch der Vicomte Hayashi wies auf den friedlichen Charakter der

Übereinkunft hin, die für niemanden eine Bedrohung darstelle und nur geeignet sei, Konfliktsursachen zu beseitigen.

Das Zirkular fügt dann noch hinzu, daß in der Presse von einer Übereinkunft zwischen Deutschland und Japan die Rede gewesen sei. Der hiernach befragte japanische Minister des Äußeren habe erklärt, Deutschland verfüge nicht über Besitzungen im äußersten Orient; es liege daher kein Anlaß vor, ein derartiges Abkommen zu schließen. Wenn gleichwohl Deutschland Besorgnisse wegen des gepachteten Geländes von Kiautschau hege, seien die Japaner — nach der Äußerung des Viscomte Hayashi — bereit, ihm die Sicherheit dafür zu geben, daß Japan durchaus nicht die Absicht habe, Rechte anzutasten, die China dem Deutschen Reiche eingeräumt habe. — 7 Jahre später hat man darüber in Japan anders gedacht!

Anl. 76. Sehr deutlich nimmt das Zirkular vom 6. Juli 1907 — auf Grund eines Berliner Berichts vom 22. Juni — gegen König Eduard Partei. Dieser hat in sehr herzlichen Worten den Deutschen Kaiser eingeladen, ihn zu besuchen. Nun beraten Kaiser und Kanzler in Kiel darüber, was zu geschehen hat. „Der Kaiser hat deutlich seinen starken Wunsch einer Annäherung an England bezeugt. Er hat in diesem Sinne zahlreiche Schritte getan, die bis jetzt noch keinerlei Erfolg gehabt haben. Das deutsche Volk ist von denselben Gefühlen beseelt. Es hat das durch den Empfang bewiesen, den es vor kurzem den englischen Journalisten und in der letzten Woche dem Lord-Mayor von London bereitet hat. Wenn man in Kiel noch berät, so geschieht es vielleicht, um zu zeigen, daß man keine Annäherung um jeden Preis wünscht und daß man sich nicht bemüht, auf den ersten Ruf des Königs von England gelaufen zu kommen, der persönlich in der ganzen Welt eine Politik leitet, als deren Endziel die Isolierung Deutschlands erscheint.“

Anl. 77. Wie man in Italien zu den geschilderten Vorgängen steht, zeigt uns ein Bericht des belgischen Gesandten aus Rom vom 21. Juni (Zirkular vom 6. Juli). Danach regt man sich in den Regierungs- und Parlamentarierkreisen Roms wenig darüber

auf, fragt sich nur, welche Vorteile denn die geschlossenen Übereinkünfte für Frankreich und England haben könnten. Denn niemand bedrohe die Verbindungen Großbritanniens mit seinen mittelländischen Besitzungen oder die Frankreichs mit Algier und Tunis. „Daher wird man dazu geführt zu glauben, daß die abgeschlossenen (intervenues) Abkünfte hauptsächlich auf die Verärgerung irgendeiner anderen Macht abzielen.“ Daß auch Italien dem Mittelmeer-Abkommen beitrete, sei wenig wahrscheinlich, denn das sähe wie ein Hilferuf an die Adresse von Mächten aus, gegen die es formelle und auf Gegenseitigkeit beruhende Verpflichtungen für den Kriegsfall eingegangen sei.

Ein Madrider Bericht vom 19. Juni 1907 (Zirkular vom Anl. 78. 6. Juli) bringt bereits die Bestätigung der auf den Monarchenbesuch von Carthago gefolgten Entente zwischen England und Spanien, die ausdrücklich als eine Ergänzung der bereits vor der Algeciraskonferenz bestehenden Übereinstimmung zwischen Frankreich und Spanien bezeichnet wird. An die Großmächte gerichtete Noten beschränken sich auf die Mitteilung, Spanien und England einer-, Spanien und Frankreich andererseits hätten sich ihren Besitzstand am Atlantischen und Mittelländischen Meer verbürgt. Militärische Konventionen seien nicht unterzeichnet worden. Die erhebliche Erhöhung der Marinekredite in Spanien folge aus den bei Carthago übernommenen Verpflichtungen; es müsse jetzt nach Portugals Beispiel der englischen Politik Gefolgschaft leisten.

Der ganze für Deutschland außerordentlich bedenkliche Zusammenhang der auf den König Eduard zurückzuführenden Ereignisse des Frühjahrs 1907 findet eine unparteiische Würdigung in einem nach einem Berliner Bericht vom 22. Juni Anl. 79. am 6. Juli hergestellten Zirkular. Der Bericht selbst ist in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 35 bereits gedruckt. Das Zirkular ist wesentlich gekürzt, betont, daß Deutschlands Interessen durch die mitgeteilten Abmachungen nicht berührt würden, teilt dann aber bezeichnenderweise die scharfe Verurteilung der ganzen sich daraus ergebenden, gegen Deutschland gerichteten politischen Tendenz durch Greindl

wörtlich mit. Offenbar sei alles, wenn keine Geheimklauseln vorhanden seien, nur auf die Isolierung Deutschlands berechnet. „Diese gegen eingebildete Gefahren getroffenen Vorsichtsmaßregeln müssen bei den Völkern den Gedanken wecken und nähren, daß Deutschland die angriffslustige Macht sei, gegen deren Unternehmungen die anderen Mächte sich zusammen schließen müßten.“

„Der Schaden wäre ja nicht groß, wenn diese Verträge nur überflüssig wären, aber sie schaden der Sache des Friedens, der sie zu dienen vorgeben, weil sie in den deutschfeindlichen Kreisen die Überzeugung entstehen lassen, der Augenblick für die Verwirklichung ihrer Pläne nahe heran.“

Anl. 80. Ganz auf denselben Ton ist ein Zirkular vom 11. Juli 1907 gestimmt, das auf einem Pariser Bericht vom 17. Juni beruht. Der Bericht selbst ist als Nr. 33 in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ gedruckt. Einige Auslassungen des Zirkulars sind sehr charakteristisch. So fehlt die Kennzeichnung des „französisch-japanischen Arrangements“, das der belgische Gesandte Leghait „lediglich als ein geschicktes englisches Manöver“ bezeichnete, und die sehr eindringliche Bemerkung des Originalberichts: „England bereitet sein Gelände in bewunderungswürdiger Weise vor. Aber hat Frankreich, das sich seiner Politik anschließt, alle nötigen Sicherheiten dafür, daß es nicht eines Tages ihr Opfer wird?“ Vor allem hat das Zirkular den wichtigen Schlußabsatz unterdrückt: „Um sich augenblicklich vielleicht nur gegen eingebildete Gefahren zu sichern oder die Stellung der Lenker seiner inneren Politik zu befestigen, läßt Frankreich eine Darkesschuld auf sich, die ihm an dem Tage schwer erscheinen wird, wenn England enthüllen wird, zu welchem Zwecke es die um sich gruppierten Kräfte benutzen will.“

Offenbar schien es dem Brüsseler Außenministerium zu heikel, diese für England so schwer belastenden Ausführungen des Pariser Gesandten an seine anderen Kollegen weiterzugeben; dennoch bleibt das Zirkular noch eindringlich genug, wenn es hervorhebt, man frage sich, welches die Drohungen seien, die so große Abwehrmittel erforderten, und es fehle nicht an Leuten,

die befürchteten, daß man durch derartige Friedenssicherungen den Krieg heraufbeschwöre. Und ganz deutlich wird ausgesprochen, man müsse an ein viel engeres Band als die entente cordiale zwischen Frankreich und England glauben, das geheim bleiben werde, bis die Umstände zur Bekanntgabe der Abmachungen zwängen.

Noch größere Erfolge sollte König Eduard VII. im Sommer 1907 auf dem Wege seiner planvollen Einkreisungspolitik ernten. Ein Zirkular vom 11. Juli unterrichtet nach einem Pariser Bericht vom 18. Juni über den Besuch der Königspaare von Anl. 81. Norwegen und Dänemark in Paris. Sie seien mit größtem Pomp empfangen worden. An sich hätten ja solche Besuche keine große Bedeutung, aber man frage sich doch, wie diese plötzlichen Freundschaftsdemonstrationen zu erklären seien. Vielleicht habe König Eduard seinen Schwiegersohn und seinen Schwager zu dem Besuche veranlaßt. „Sicher ist, daß König Eduard nichts versäumt hat, um das Prestige Frankreichs zu erhöhen und ihm Freundschaften bei den fremden Regierungen und Höfen zu sichern. Er wünscht, daß diese Bindungen jetzt mit einem gewissen Eklat in die Erscheinung treten, und zweifellos will er zeigen, daß die nordischen Höfe der deutschen Politik keine Gefolgschaft leisten. Das ist eine der Phasen der Entwicklung, die er mit bewunderungswürdigem Geschick leitet, um nach und nach zum Vorteil der neuen Gruppierung, deren Mittelpunkt er ist, alles abzusprengen, was vielleicht noch unter deutschem Einfluß stehen könnte.“

Der Besuch Etiennes, des Vizepräsidenten der französischen Kammer, in Kiel beim Kaiser und in Berlin gibt Anlaß, auf eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen hinzuweisen, deren Tragweite aber nicht überschätzt werden dürfe. „Korrekte Beziehungen zwischen Berlin und Paris“, meint das nach dem bereits in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 36 veröffentlichten Berliner Bericht vom 1. Juli 1907 hergestellte Zirkular vom 19. Juli, „sind das Anl. 82. Maximum des Erreichbaren.“ Für eine wahrhafte und dauernde Annäherung würde nötig sein, nicht mehr an die Revanche zu denken und „es gibt längst keinen Franzosen mehr, der

nicht die Hoffnung darauf in der Tiefe seines Herzens bewahrte¹⁾.“

Ausführlich beschäftigt sich ein Pariser Bericht vom 2. Juli Anl. 83. 1907 (Zirkular vom 20. Juli) mit den Beziehungen Frankreichs und Englands zu Deutschland. Das Pariser Kabinett wünscht lebhaft eine Entspannung und erwartet Entgegenkommen, obwohl es sich Rechenschaft darüber geben muß, daß die Politik, in die es sich eingelassen hat, nicht dazu angetan ist, Gefühle des Vertrauens und der Freundschaft jenseits des Rheins auszulösen. Deutschland wünscht jetzt offenbar eine Annäherung an Frankreich, will auch seine bisherige schwierige und gefährliche Marokkopolitik aufgeben, um Frankreichs moralische und finanzielle Unterstützung in Sachen der Bagdadbahn zu erlangen. Damit würde Deutschland zugleich eine Sprengung der durch England bewirkten Einschnürung bewirken. In Frankreich ist man vorläufig noch nicht in der Lage, in diesem Sinne zu wirken, sieht aber die ganze Lage optimistischer an als früher und glaubt, auch die englische Politik der letzten Jahre ruhiger auffassen zu müssen. Immerhin betont der Bericht doch sehr deutlich die Größe der von Eduard VII. erreichten Erfolge: Sicherheit der englischen Besitzungen im Mittelmeer; keine Notwendigkeit mehr, dort starke Seekräfte zu halten; Möglichkeit, sie im Notfall in der Nordsee zu versammeln. „Indem es solcher Art Freundschaften schloß und sozusagen eine Liga zur friedlichen Verhinderung der deutschen Machterweiterung schuf, konnte sich Großbritannien nicht verhehlen, daß es einen schrecklichen Ausbruch des Mißvergnügens beim deutschen Volke und seiner Regierung heraufbeschwor.“ Nunmehr versucht der englische König durch eine Einladung des Deutschen Kaisers sein Werk abzuschließen. Dieser Besuch wird als ein großer Triumph der englischen Diplomatie angesehen. —

Daß die französisch-spanischen Beziehungen tatsächlich eine gewisse Wärme erhalten haben, folgert ein Madrider Bericht

¹⁾ Im Originalbericht stand: „Es gibt keinen Franzosen, selbst nicht unter den Klügsten und Friedliebendsten, der nicht die Hoffnung darauf in der Tiefe seines Herzens bewahrte.“

vom 25. Juni 1907 (Zirkular vom 20. Juli) aus den beim Empfang des neuen französischen Botschafters Revoil in Madrid gewechselten Reden.

Auf der anderen Seite scheint sich aus der Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Zaren vor Swinemünde eine mehr nach Deutschland gerichtete Schwenkung der russischen Politik und eine gewisse Abkehr von Frankreich zu ergeben (Zirkular vom 10. August 1907 nach einem Petersburger Bericht vom 2. August). Ein ausführlicher Petersburger Bericht vom 7. August (Zirkular vom 5. September) spricht sich genauer darüber aus, warnt aber davor, den mitgeteilten Zeitungsstimmen eine zu große Bedeutung beizulegen; die Interessen, die zum Abschluß des russisch-französischen Bündnisses geführt hätten, seien noch immer maßgebend.

Auch ein Berliner Bericht vom 30. August (Zirkular vom 17. September) weist auf eine gewisse Entspannung hin, die sich aus den verschiedenen Besuchen der Souveräne und Staatsmänner in der letzten Zeit ergeben habe. Besonders schienen sich die russisch-deutschen Beziehungen gebessert zu haben.

In Marokko entwickeln sich die Dinge im Sinne einer Überschreitung des Frankreich durch die Mächte erteilten Mandats. Jedenfalls scheint ein derartiger Wunsch Frankreichs vorzuliegen (Zirkular vom 17. September 1907 auf Grund eines Berichts aus Tanger vom 23. August).

Der Besuch des Herzogs von Connaught, des Bruders König Eduards VII., im Oktober 1907 in Wien, wo er das seinen Namen tragende Husarenregiment Nr. 4 besichtigte, gab dem belgischen Gesandten zu Wien Anlaß zu verschiedenen Bemerkungen. Der Herzog stieg in der englischen Botschaft ab und nahm auch eine Einladung zum Frühstück in der französischen Botschaft an. Die politische Bedeutung des ganzen Besuches wurde dadurch erhöht, daß der österreichische Botschafter zu London eigens dazu nach Wien kam.

Nach dem Zirkular vom 22. Oktober 1917 (Bericht vom 30. September) ging der Besuch selbst auf eine Verabredung zurück, die König Eduard bei seiner Begegnung mit dem Kaiser

Franz Joseph in Ischl am 15. August getroffen hatte. „Der König wünscht gute Beziehungen mit allen Mächten und, hauptsächlich Deutschlands wegen, mit Österreich-Ungarn. Dieses sucht seinerseits bei allen Anlässen England wegen Mazedoniens und vor allem in Rücksicht auf Bosnien und die Herzegowina zu schonen.“ Der Bericht führt weiter verschiedene Einzelheiten für das Entgegenkommen des Wiener Kabinetts an und erwähnt auch die Rücksichtnahme des englischen Königs auf Wien. Die mitgeteilte Anekdote über ein Gespräch des Königs mit Clémenceau in Marienbad¹⁾ ist bezeichnend. Danach habe sich der Monarch selbst dazu bekannt, daß er die englische auswärtige Politik selbst leite, ohne die Einmischung seines konstitutionellen Ministers zu dulden.

Eine gewisse Entspannung scheint sich trotzdem und anscheinend besonders durch den bevorstehenden Besuch des deutschen Kaiserpaares in London anzubahnen und sogar die Wirkungen des nunmehr veröffentlichten englisch-russischen Übereinkommens zu übertreffen. So glaubt wenigstens das nach einem

Anl. 91. Berliner Bericht vom 29. September 1907 hergestellte Zirkular vom 30. Oktober annehmen zu müssen, obwohl es Deutschland nicht gleichgültig sein könne, das über Asien beruhigte England nun seine ganze Aufmerksamkeit und gegebenenfalls alle seine Kräfte anderen Weltteilen zuwenden zu sehen. Aber die Aufrechterhaltung des Friedens stehe ihm höher, und in diesem Sinne könne es sich, wie alle Welt, nur über das Zustandekommen eines Vertrages freuen, der den Ausgangspunkt für Konflikte zwischen zwei Großmächten beseitigt. Daß man in Rußland keineswegs allgemein mit dem Abkommen zufrieden ist und sogar England in Verdacht hat, bei der Einleitung des russisch-japanischen Krieges die Hände mit im Spiel gehabt zu haben, deutet ein Petersburger Zirkular vom 9. November 1907 (Bericht

Anl. 93. vom 8. Oktober) deutlich genug an.

Für die Wirkungen des deutschen Kaiserbesuches in London eröffnen die vorher erscheinenden Hetzartikel, besonders der

Anl. 92. „Times“, ungünstige Aussichten (Zirkular vom 31. Oktober

¹⁾ Am 21. August 1907.

nach einem Londoner Bericht vom 11. Oktober)¹⁾. Und in der Reise des spanischen Königspaares über Paris nach London im November erblickt der belgische Gesandte zu Paris die Absicht der drei in Frage kommenden Höfe, „über die Festigkeit der von der britischen Diplomatie so geschickt geschmiedeten Freundschaftskette“ keinerlei Zweifel bestehen zu lassen (Zirkular vom 12. November). Daß man in Deutschland die aus der Anl. 94. Kaiserreise nach England zu erhoffenden politischen Wirkungen nur gering einschätzt, zeigt ein Zirkular vom 18. November 1907 (Berliner Bericht vom 28. Oktober). Im günstigsten Falle kann Anl. 95. sie eine „Entspannung“ (détente) fördern.

Über den Besuch selbst berichtet ein Zirkular vom 4. De- Anl. 96. zember auf Grund eines Londoner Berichts vom 12. November. Wie auf Befehl hatten sämtliche Zeitungen jeden peinlichen Ton vermieden und hauptsächlich auf die nahe Verwandtschaft des Kaisers mit der königlichen Familie und auf seine sympathische Persönlichkeit hingewiesen. Es handelt sich aber nur um eine vorübergehende Waffenruhe. Nach der Abreise des Kaisers wird die antideutsche Haltung der Presse wieder einsetzen.

Eine genaue Schilderung des Kaiserbesuches bringt das nach einem Londoner Berichte vom 14. November hergestellte Zirkular Anl. 97. vom 6. Dezember. Danach hatte sich der Empfang ohne besondere Wärme, aber immerhin ohne jeden peinlichen Zwischenfall abgespielt, worüber die ganze amtliche Welt unverhohlene Freude empfand. Auch die Rede des Kaisers zu Windsor hatte gefallen, und der herzliche Ton in der Begrüßungsrede des Königs Eduard war nicht unbemerkt geblieben. Die in den Straßen versammelte Menge hatte die feierliche Auffahrt der Fürstlichkeiten in den Straßen mit Neugierde, aber jedenfalls ohne Feindseligkeit begrüßt. Nichts hatte die Feierlichkeiten gestört.

Das Interview des Herrn von Schoen anläßlich des Kaiserbesuches in London wird in dem Zirkular als geschickt gekenn-

¹⁾ Abgedruckt unter Nr. 38 in den „Belgischen Aktenstücken 1905 bis 1914“. Die Kennzeichnung einer Bemerkung in dem Aufsatz der „Times“ als „perfidement“ ist im Zirkular ausgelassen.

zeichnet. Er hatte zum Ausdruck zu bringen versucht, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer korrekt gewesen seien, da keine politische Frage sie scheide. In Berlin hege man den Wunsch, daß sie sich ebenso herzlich gestalten möchten, wie die Beziehungen zwischen beiden Höfen. Deutschland suche übrigens keinerlei Entente anzuknüpfen, die anderen Mächten Unbehagen verursachen könnte. Herr von Schoen habe damit gleich die Kritiken derjenigen widerlegt, die in dem kaiserlichen Besuche einen ersten Versuch zur Sprengung der englisch-französischen Entente oder der englisch-russischen Annäherung sehen wollten.

Anl. 98. Der Berliner Bericht vom 19. November (Zirkular vom 4. Dezember) ist auf denselben Ton gestimmt. Er hofft, daß durch den Besuch gewisse Mißverständnisse beseitigt sind. Beide Nationen zeigten Zurückhaltung. Die Engländer wollten es offenbar mit ihren neuen französischen und russischen Freunden nicht verderben, und „in Deutschland hat man gute Gründe, kein Übermaß von Sicherheit zu erwecken, das die Lage nicht bestätigt“. Die in den Tischreden zu Windsor zum Ausdruck gebrachten Friedenswünsche seien zweifellos von deutscher Seite aufrichtig gemeint gewesen. „Der Kaiser hat es während einer Regierungszeit von 19 Jahren bewiesen. Es steht zu wünschen, daß der König von England von denselben Gefühlen bewegt wird.“

Anl. 99. Ein Berliner Bericht vom gleichen Tage (Zirkular vom 5. Dezember 1907) weist auf die neue deutsche Flottenvorlage hin, die nicht Angriffsplänen und Landungsabsichten ihre Entstehung verdanke. Die Notwendigkeit von Mehrforderungen für die Flotte müsse sehr groß sein, wo die Gesamtlage Sparsamkeit erheische.

Das Erscheinen des französischen Gelbbuches gibt dem Pariser Gesandten am 10. November Anlaß zu einem Rückblick auf die einzelnen Phasen der für Frankreich schwierigen und peinlichen Zeit nach der Konferenz von Algeciras. Das hiernach angefertigte Zirkular vom 6. Dezember 1907 kommt zu dem Ergebnis, daß Deutschland mit der Konferenz von Algeciras nur die französisch-englische Entente habe auflösen, daß

Anl. 100.

England, als es dorthin ging, nur sich dagegen habe stemmen wollen. Das französische Gelbbuch sei etwas reichlich auf Entschuldigung des französischen Handelns zugeschnitten. „Man beschwört die Entente cordiale, aber man vergißt, daß diese Entente nicht das Werk Frankreichs ist, und daß letzteres, das man mit offenen Armen aufnahm, nur das Werkzeug Englands und einen Hauptteil des Räderwerks seiner Politik bildet.“

Ein vier Tage später erstatteter Bericht des Pariser Gesandten — Zirkular gleichfalls vom 6. Dezember — schließt die Marokko- Anl. 101. frage des Jahres 1907 mit der Mitteilung des französischen Vertrauensvotums für Clémenceau in der Kammer wirkungsvoll ab.

Der Gleichgewichtszustand in der europäischen Weltlage ist nach den Erschütterungen der Marokkokrise zunächst also scheinbar wiederhergestellt. Noch besteht der Dreibund der Mittelmächte zu Recht, noch bildet er — nach der Ansicht der belgischen Diplomatie — einen starken Hort des Friedens. Insonderheit Italien hat alle Veranlassung, sich der festen Anlehnung an Deutschland und Österreich-Ungarn zu freuen, denn der Dreibund hat es lange Zeit hindurch gegen jede Gefahr geschützt, ihm das Vertrauen zu sich selbst zurückgegeben und ihm gestattet, sich ganz seiner volkswirtschaftlichen Entwicklung hinzugeben. Ein Zirkular vom 24. April 1908 nach einem aus Rom erstatteten Bericht vom 31. März bringt das klar zum Anl. 102. Ausdruck, nachdem es die Versuche König Eduards, Italien vom Dreibunde abzusprengen, mindestens aber es der englisch-französischen Freundschaft anzunähern, hinreichend deutlich gekennzeichnet hat. Italien findet beim Dreibunde durchaus seine Rechnung. Bisher hat dieser das Land gegen Frankreich geschützt, jetzt deckt er es gegen Österreich-Ungarn, dessen Übermacht an der italienisch-österreichischen Grenze so stark ist, daß Italien im Kriegsfall in die schlimmste Lage geraten müßte. Löse sich der Dreibund auf, so werde Italien gezwungen sein, zu starken Rüstungen seine Zuflucht zu nehmen. In urteilsfähigen Kreisen Italiens beginnt man das zu begreifen.

Aber es zeigt sich doch bereits deutlich — und das ist der Sinn der ganzen Reihe von Zirkularen, die wir an uns haben vorüberziehen lassen — daß die europäische Gleichgewichtslage nur eine höchst zweifelhafte geworden ist. Nach wie vor erscheint der Deutsche Kaiser als starker Hort des Friedens; er sucht das Ansehen des Dreibundes zu heben, wo er kann, aber überall begegnet er der zielbewußten, unermüdlichen Tätigkeit König Eduards VII., der in seinem auf Einkreisung Deutschlands gerichteten Streben nicht ermattet. Nur die starke Kriegsbereitschaft Deutschlands verbürgt vorläufig noch den Frieden Europas.

ANLAGEN

1.

BRUXELLES, 27. 1. 1905¹⁾.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 13 janvier 1905, N° 12.)

Le Ministre de France s'est embarqué avant hier sur le navire de guerre le «du Chayla» en destination de Laraches d'où il continuera par terre son voyage jusqu'à Fez. Il n'emmène qu'une suite peu nombreuse parmi laquelle un seul officier et quelques spahis.

Les membres des colonies étrangères supportent mal l'état constant d'inquiétude auquel ils sont exposés. Un Espagnol vient d'être assassiné dans sa maison, aux portes de la ville, par des indigènes. Les Ministres d'Angleterre et d'Allemagne ont reçu à l'adresse de leurs Gouvernements de nouvelles pétitions collectives rédigées par leurs ressortissants alarmés.

La Légation d'Allemagne n'ayant pas les mêmes raisons que celle de la Grande-Bretagne pour suivre avec bienveillance l'œuvre française au Maroc accueille assez volontiers les démarches de ce genre. Le Gouvernement Impérial voit, semblerait-il, avec déplaisir la persistance avec laquelle M. Delcassé a jusqu'à présent évité toute conversation officielle entre Paris et Berlin au sujet de la question marocaine. **Le Ministre des Affaires Etrangères de la République semble craindre qu'un arrangement franco-allemand ne puisse être interprété comme une consécration définitive du traité de Francfort²⁾.**

¹⁾ Dieses Zirkular — vom 27. 1. 1905 — wurde nach einer Bemerkung des Generaldirektors Arendt zurückgehalten, um weitere Urteile abzuwarten, und ist dann nicht verwendet worden.

²⁾ Hier, wie in der Folge, stammen die Hervorhebungen durch fetten Druck vom Bearbeiter.

BRUXELLES, 2. 3. 1905.

(Extraits de rapports de Tanger des 5, 6 et 12 février 1905.)

La réception de la mission française à Fez a eu lieu avec le cérémonial ordinaire, et comme Fez est dégarni de troupes en ce moment, la cérémonie n'a pas été particulièrement brillante. C'est là du reste le programme que le Gouvernement marocain tente ouvertement d'appliquer; il prétend traiter en toutes choses la France sur le même pied que les autres pays.

La désignation de notables appelés à conseiller le Sultan n'a été rendue publique qu'après le départ de la mission française de Larache. En cela le Maghzen s'est montré plus habile que lors du renvoi des instructeurs étrangers, mesure publiée trop tôt, ce qui permit au Ministre de France de la faire avorter.

Mais il y a d'autres difficultés auxquelles ce dernier doit faire face.

La Légation d'Allemagne annonce qu'immédiatement après la réception de M. Saint René par le Sultan, Sa Majesté a fait chercher l'agent consulaire allemand avec lequel Elle s'est entretenue. On affirme ici que le Cabinet de Paris n'a pas notifié l'accord anglo-français au Gouvernement allemand et n'a pas engagé de conversation officielle avec la Chancellerie Impériale au sujet des projets français au Maroc. Dans ces circonstances le représentant de l'Allemagne semble n'avoir pas à tenir compte de l'accord du 8 avril 1904 et il profite de toutes les occasions pour affirmer qu'en principe la Légation de France est en toutes choses exactement sur le même pied que les autres. Par exemple, il s'agissait hier de savoir s'il⁴ fallait charger d'une démarche collective le Ministre de France actuellement à Fez, point de vue soutenu par les Légations de Russie et d'Angleterre, ou bien adresser directement une note collective au Gouvernement chériffien, et tout au plus la faire appuyer ultérieurement par M. Saint-René. Cette dernière proposition émanant de la Légation d'Allemagne, a été adoptée; c'est d'ailleurs la marche suivie chaque fois qu'un Ministre étranger

se trouve auprès du Sultan; le cas s'est présenté lorsque la Mission belge était à Fez.

Les membres de la colonie allemande avaient adressé au Gouvernement impérial une pétition au sujet de l'insécurité régnant dans la région de Tanger. La Légation d'Allemagne vient de recevoir la réponse du Comte de Bülow avec prière d'en communiquer le texte aux intéressés. Ce document déclare qu'actuellement il ne semble pas y avoir lieu de concevoir des inquiétudes quant à la sécurité des sujets allemands au Maroc; mais que si les vies et les intérêts de ceux-ci venaient à se trouver en péril l'Allemagne se chargerait immédiatement de prendre les mesures nécessaires.

3.

BRUXELLES, 7. 4. 1905.

(Extraits d'un rapport de Tanger du 24 Mars 1905.)

L'annonce de la visite de S. M. Guillaume II porte à son comble la joie que les indigènes témoignaient déjà de voir l'Allemagne se révéler ici l'adversaire de la pénétration française. Les Arabes déclarent que l'Empereur est envoyé par Allah pour les délivrer du péril français.

Quant au Maghzen auprès de qui l'influence allemande relègue aujourd'hui toutes les autres dans l'ombre, il est sorti de son apathie coutumière et a fait commencer immédiatement des travaux d'embellissement et de réparation assez considérables pour faire honneur à son hôte.

Les colonies anglaise et espagnole, surtout cette dernière, montrent une allégresse presque égale à celle de la colonie allemande; toutes les trois ont décidé d'élever des arcs de triomphe.

Les manifestations espagnoles ont pour but de protester contre les revendications françaises en même temps que contre l'insécurité persistante dont on prétend rendre la Légation de la République responsable.

Bien des membres de la colonie française sont assez près

d'envisager avec faveur la visite impériale. Sans trop l'avouer ils font un grief à leur Légation de n'avoir pas encore su leur ouvrir l'ère des concessions et des entreprises. C'est en* vue de cet espoir qu'au lendemain des accords de 1904 un flot de Français avaient envahi la ville de Tanger.

La Légation d'Allemagne a prié le Maghzen de confier l'organisation des honneurs militaires pour l'arrivée de l'Empereur au Caïd Mac Lean ce qui ne saurait être agréable aux instructeurs de la garnison qui sont tous Français. Le Sultan désirait que le Caïd actuellement à Tanger revint à Fez, mais il paraîtrait que Lord Lansdowne ne serait pas favorable à ce retour dont M. S^t René Taillandier prendrait naturellement ombrage.

Les représentants des Puissances à Tanger se sont mis d'accord pour faire demander à l'Empereur d'Allemagne s'il lui serait agréable d'être reçu par eux au débarcadère.

Le paquebot «Hamburg» de la «Hamb. S. Amerika Linie» qui doit amener Sa Majesté sera escorté du croiseur cuirassé «Friedrich Karl». L'action allemande est représentée, à Tanger, par le Chargé d'Affaires, M. von Kühlmann, à Fez par l'agent consulaire M. Vassel, tous deux agents d'une activité remarquable. On ne ressent pas encore ici l'effet de pourparlers qui seraient engagés à Berlin pour la reconnaissance par l'Allemagne de la situation que réclame la France au Maroc.

La Mission Française a obtenu en principe l'assentiment du Gouvernement Chérifien à la pose d'un câble reliant les ports de la côte et à la construction de ponts entre Tanger et Larache.

Néanmoins le mauvais vouloir du Maghzen à l'égard du programme présenté par M. S^t René paraît de plus en plus évident.

4.

BRUXELLES, 17. 4. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 8 Avril 1905.)

La réception hebdomadaire du Corps diplomatique a eu lieu hier comme d'habitude au Département Impérial des Affaires Etrangères.

M. de Mühlberg m'a dit qu'il n'avait pas à me parler de la question marocaine parce que j'ai pu lire tout dans les communiqués officiels. Il n'a rien à ajouter sinon qu'il n'y a aucune arrière pensée. L'Allemagne lutte uniquement pour le maintien du principe de la porte ouverte. Elle défend donc non seulement ses intérêts mais ceux de tout le monde y compris l'Angleterre. Les débouchés deviennent si rares qu'on ne peut pas laisser fermer le peu qui en reste encore. On a reproché à l'Allemagne d'avoir tardivement protesté. Le Gouvernement Impérial a pu se taire jusqu'à présent, mais il a bien fallu élever la voix lorsque M. Saint René s'est prétendu investi d'un mandat européen. Pour l'Allemagne la question n'est pas à traiter avec la France ou le Maroc. Elle est internationale. Le Gouvernement impérial n'aurait aucune objection à ce qu'elle fût soumise à une Conférence de tous les intéressés conformément au précédent de 1880.

On soutient en France que le cas est différent, qu'il ne s'agissait à Madrid que d'une question de droit privé, tandis que maintenant il s'agit d'une question de droit public. Cette distinction n'est pas admissible. L'affaire de la protection est de droit public comme celle qui se discute aujourd'hui; mais il faudrait bien entendu que l'initiative de la réunion d'une Conférence fût prise par le Gouvernement marocain. Le sous-secrétaire d'Etat a parlé ensuite de l'attitude de la presse anglaise, qui fait ce qu'elle peut pour envenimer le débat, mais même en France on commence à comprendre que dans les circonstances actuelles l'Angleterre ne peut absolument rien faire pour venir en aide au Gouvernement français.

Ce n'est sans doute pas sans intention que dans sa réponse au toast du Roi d'Italie l'Empereur a dit que la triple alliance est un gage solide et sûr de la paix. Personne ne doute plus aujourd'hui du caractère purement défensif de la triple alliance. Si Sa Majesté a affirmé une fois de plus ce qui est connu de tout le monde, n'est-ce pas pour montrer d'un côté qu'il est très loin de ses intentions de chercher une querelle et de l'autre qu'il ne serait pas isolé si une agression était dirigée contre l'Allemagne?

Un télégramme a annoncé que, d'après des instructions reçues de Berlin, l'Ambassadeur d'Allemagne à Washington a remis à M. Taft un mémorandum déclarant que l'Allemagne a pris position en faveur de la porte ouverte au Maroc comme en Extrême Orient. M. Taft n'aurait pas exprimé d'opinion et aurait transmis le mémorandum au Président Roosevelt. Les journaux bien informés de Berlin disent qu'on n'a ici aucune connaissance d'une démarche semblable. •

Le monde financier de Berlin continue à avoir la confiance que l'affaire du Maroc ne conduira pas à des complications sérieuses.

5.

BRUXELLES, 13. 5. 1905.

(Extraits d'un rapport de Londres du 4 Mai 1905.)

Sa Majesté Britannique vient de rentrer dans ses états, après une absence de quatre semaines. Dans les cercles officiels on estime que son voyage, qui lui a permis de traverser deux fois la France, de visiter l'Algérie et d'avoir plusieurs entrevues avec le Président de la République et M. Delcassé, n'a pu que consolider l'entente cordiale avec le pays voisin et, pour le moment, ami.

Le public anglais, très germanophobe pour l'instant, aime à voir dans le voyage royal une manifestation plutôt anti-allemande et une réplique à la visite de l'Empereur Guillaume à Tanger.

La Grande Bretagne est, comme on le sait, peu préparée pour la guerre. Les ressources financières ont été atteintes par la longue campagne sud-africaine; son crédit militaire est affaibli en Europe par la difficulté qu'elle a eu à battre des troupes irrégulières; le Ministère de la Guerre est encore désorganisé et d'après les rumeurs qui ont cours, l'armement de sa marine est loin d'être aussi parfait qu'on s'était plu à le croire.

C'est dire que la nation désire la paix, et un des titres de gloire du Roi Edouard auprès de ses sujets est d'être un Sou-

verain pacifique. Il y a des raisons de penser que le mois dernier les événements de l'Extrême Orient ont causé une certaine inquiétude au Gouvernement. Le Japon commençait à s'indigner de la façon dont la France interprétait ses devoirs de neutralité et trouvait que l'hospitalité accordée aux escadres russes dans les ports coloniaux français était de nature à augmenter les chances de succès de la flotte russe. Aussi les Japonais en étaient-ils arrivés à demander que l'Angleterre n'oubliât pas les liens qui l'unissent au Japon. L'idée de devoir s'immiscer d'une façon quelconque dans le conflit était fort impopulaire ici. On croit généralement que, pour éviter cette éventualité, le Cabinet de S^t James n'a pas manqué d'agir à Paris dans la limite de ses moyens. Le départ de la flotte russe de la baie de Kammauh et le refus opposé par les autorités de Saïgon à des navires russes qui voulaient faire du charbon dans ce port ont donné satisfaction au Gouvernement japonais et causé une détente dans une situation internationale qui aurait pu devenir délicate.

6.

BRUXELLES, 3. 6. 1905.

(Extraits d'un rapport de Londres du 15 Mai 1905.)

Le Premier Ministre a fait hier devant le Parlement des déclarations dont l'intérêt dépasse de beaucoup celui des déclarations ministérielles habituelles.

Envisageant le cas d'une invasion de l'Angleterre alors que l'armée serait occupée dans une expédition lointaine, et la flotte éloignée des côtes, le Premier Ministre a établi que, sous la nouvelle organisation, il ne faudrait pas plus de 6 heures pour mettre à la mer 6 cuirassés et 6 croiseurs de 1^{re} classe, auxquels viendraient se joindre les 12 croiseurs qui ne quittent pas les eaux territoriales, ainsi que 24 «déstroyers» et 95 torpilleurs. D'après l'opinion des experts militaires les plus autorisés, les forces envahissantes ne pourraient être inférieures à 70 000 hommes pour avoir quelque chance de s'emparer de

Londres. Or supposant, contre toute probabilité, s'est empressé d'ajouter M. Balfour, que la France soit l'ennemi, elle n'aurait pas le nombre voulu de transports pour faire traverser la Manche à une armée aussi importante. De plus, 48 heures seraient à peine suffisantes pour le débarquement de ces troupes et pendant ce temps les transports auraient à subir les attaques des sous-marins et des torpilleurs.

On peut donc conclure que la chose est impossible¹⁾, a affirmé le Premier Ministre au milieu des applaudissements de l'assemblée.

Examinant ensuite la possibilité d'une invasion de l'Inde par la Russie, M. Balfour a montré toute l'importance qu'aurait, dans cette éventualité, la construction des chemins de fer stratégiques russes vers les frontières de l'Afghanistan. Mais il a fait remarquer que les Afghans ne semblent pas disposés à admettre les constructeurs de chemins de fer Russes dans leurs pays, et qu'ils seraient des adversaires très redoutables pour la Russie, s'ils obtenaient, comme ce serait le cas, l'assistance de l'Angleterre. A cet endroit de son discours, le Chef du Cabinet a pris une attitude presque solennelle, et, d'une voix grave, il a déclaré qu'il faudrait considérer comme un acte d'agression directe¹⁾ contre l'Angleterre toute tentative de pousser les chemins de fer russes jusque dans l'Afghanistan.

Ces paroles ont été accueillies avec un véritable enthousiasme par l'assemblée, et toute la suite de la discussion n'a été qu'un chœur d'approbation pour les paroles énergiques du Premier Ministre.

Ces déclarations ont cependant soulevé une foule de critiques dans la presse. Les journaux de l'opposition estiment que, si M. Balfour dit vrai, les dépenses faites pour la marine sont exagérées. Certains organes conservateurs blâment l'optimisme du Premier Ministre, qui tend à faire prévaloir une fausse idée de sécurité dans les esprits, et un grand mécontentement règne dans le rang des «volunteers» en voyant qu'on n'attache que peu d'importance à leur valeur comme défenseurs du territoire.

¹⁾ Im Zirkular unterstrichen.

La menace contre la Russie est vivement commentée à Saint Pétersbourg.

Une certaine inquiétude règne depuis longtemps dans les cercles militaires au sujet du recrutement, non seulement des simples soldats, difficulté déjà ancienne, mais des officiers. En ce moment, il y a environ 4000 vides dans les cadres d'officiers de l'armée britannique (y compris la militia et les volontiers). On constate beaucoup de démissions de jeunes officiers et peu d'engagements.

La raison est que jusqu'ici, les officiers fournissaient peu de travail, et avaient beaucoup de loisirs pour les sports. Les jeunes gens riches affluaient au régiment et se contentaient d'un traitement modeste. Aujourd'hui, les examens sont durs, les congés sont souvent refusés et on exige un travail sérieux. Ces nouvelles conditions rendues nécessaires pour lutter avec les progrès militaires des autres pays, et adoptées après les dures leçons reçues dans la guerre contre les Boers, éloignent de l'armée les jeunes gens fortunés; d'autre part les autres estiment que le traitement est insuffisant, et choisissent d'autres carrières. Pour parer à la situation, on en est arrivé à admettre temporairement, sans examen, des jeunes gens dans les régiments de la garde, en les prévenant que dans deux ans seulement ils devront subir l'épreuve.

7.

BRUXELLES, 1. 7. 1905.

(Extraits d'un rapport de Paris du 18 Juin 1905.)

Quoique les pourparlers continuent entre M. Rouvier et le Prince de Radolin, la situation n'a guère changé depuis le 11 de ce mois. On peut observer pourtant, malgré le secret des conversations officielles, que les situations respectives se dessinent plus nettement et ce n'est malheureusement pas là un bon symptôme surtout en ce qui concerne l'Allemagne. D'après des renseignements puisés aux sources les plus autorisées l'Allemagne aurait pris à l'égard de la Conférence proposée

une position si résolue tant à Fez que vis-à-vis des Puissances européennes qu'elle se serait mise volontairement et, au fond, sans nulle obligation dans la situation de ne plus pouvoir transiger sur cette question.

Ce fait est grave parcequ'il indique un parti pris de heurter la situation analogue de la France et de l'Angleterre qui ne peuvent accepter ce que veut l'Empereur Guillaume qu'au prix de sacrifices d'amour propre et de dignité nationale qui paraîtront sans doute excessifs.

On assure que, dans ses entretiens au quai d'Orsay, l'Ambassadeur d'Allemagne aurait laissé entendre que la retraite de M. Delcassé ne signifiait rien aussi longtemps que l'on continuait à soutenir ou à poursuivre la politique qu'il a dirigée pendant 7 ans dans un esprit d'hostilité à l'Allemagne et qui visait à l'isolement de cette Puissance. Le Prince de Radolin aurait ajouté que son Gouvernement était en droit d'exiger la garantie que le rapprochement anglo-français n'offrait aucun caractère de menace envers son pays. Toute l'éloquence de M. Rouvier n'aurait, paraît-il, pas suffi à calmer les inquiétudes plus ou moins sincèrement exprimées par son interlocuteur car auprès de ses amis il se serait montré de fort mauvaise humeur se bornant à dire : «On cause, mais le terrain est encore loin d'être déblayé.»

Certes il semble que la situation soit fort tendue et ne laisserait pas d'inspirer des inquiétudes si l'on n'arrive pas, sous peu, à une base d'entente. Les esprits les plus pondérés prétendent voir dans l'attitude de l'Allemagne un parti pris de détruire par quelque moyen que ce soit, l'œuvre de M. Delcassé et spécialement l'accord anglo-français, et l'on craint que si elle ne parvenait pas à obtenir par la voie diplomatique les garanties qu'elle juge nécessaires pour rétablir sa suprématie en Europe, elle ne se laisse aller à la tentation de profiter des circonstances favorables actuelles pour les exiger par la force.

Il est donc aisé de comprendre qu'il règne ici un malaise général que l'on cherche vainement à dissimuler dans les sphères officielles mais qui est d'autant plus justifié que l'on n'entre-

voit pas de solution possible sans des sacrifices auxquels les Puissances comme l'Angleterre et la France ne sauraient aisément se soumettre. L'Ambassadeur d'Angleterre a de fréquentes entrevues avec M. Rouvier et l'on affirme que l'accord entre les deux Gouvernements reste intact. On se demande si les efforts de l'Allemagne amèneront entre eux une rupture ou une alliance effective. La France paraîtrait plus disposée à s'entendre au sujet de la Conférence ou du moins à traiter directement avec l'Allemagne la question marocaine ce qui rendrait peut-être la Conférence inutile mais on ne semble vouloir entrer dans cette voie ni à Berlin ni à Londres.

8.

BRUXELLES, 1. 7. 1905.

(Extraits d'un rapport de Paris du 20 Juin 1905.)

Il y a 3 jours l'incident franco-allemand était dans une phase qui a inspiré des inquiétudes et a provoqué des deux côtés de la frontière des mesures de précaution qui n'étaient pas de nature à rassurer l'opinion publique. Depuis lors il faut constater une légère amélioration, car les dispositions que l'on montre de part et d'autre semblent plus conciliantes. A la réception qui a eu lieu hier dans les jardins de l'Élysée, tant du côté français que de la part du Prince de Radolin, on s'est efforcé d'exprimer la confiance dans un prochain arrangement et l'Ambassadeur d'Allemagne a eu avec le Président de la République et avec les ministres français des entretiens pleins de cordialité.

L'Allemagne continuerait pourtant à insister pour la réunion d'une Conférence tandis que M. Rouvier s'efforcerait d'arriver à une entente directe avec Berlin de façon à rendre la Conférence inutile, et à sauver la Convention du 8 Avril 1904:

D'autre part on affirme de bonne source, que l'Angleterre n'a pas formulé un refus formel d'assister à une conférence, qu'elle n'en reconnaît pas l'opportunité et conserve toute sa liberté d'action. Si le Cabinet de Londres observe cette réserve,

c'est, assure-t-on, qu'il a le désir de prêter à la France un concours loyal dans l'arrangement des difficultés actuelles. Quoique rien n'indique encore que ces difficultés soient aplanies, les nouvelles de Berlin donnent aujourd'hui l'espoir qu'on réussira à établir une transaction honorable. La question de la Conférence est toujours celle qui préoccupe le plus, car pour le reste, on paraît disposé ici à donner toutes les assurances possibles sur le caractère pacifique et nullement hostile à l'Allemagne du rapprochement franco-anglais.

Les négociations qui se poursuivent sont naturellement tenues très secrètes et aucun des Ambassadeurs, sauf ceux qui y prennent part, n'est au courant de leur base exacte, de leurs phases diverses et du point où elles sont arrivées.

9.

BRUXELLES, 4. 7. 1905.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 Juin 1905.)

Dès aujourd'hui M. Rouvier a reçu le Corps diplomatique à la place de M. Delcassé mais il s'est montré fort réservé au sujet des évènements qui ont amené la crise ministérielle actuelle.

Au sujet de la question marocaine M. Rouvier a dit pourtant qu'il ne connaissait qu'imparfaitement encore les propositions du Sultan du Maroc relatives à une Conférence, qu'il les examinerait avec soin mais qu'il lui semblait qu'une réunion de ce genre ne pourrait avoir d'intérêt que si toutes les Puissances acceptaient d'y prendre part.

D'après ce que l'on a pu comprendre, l'opposition de la France à ce projet serait devenue moins absolue, mais ce serait surtout à Londres que l'on refuserait toute entente à ce sujet.

D'après M. Rouvier, la politique marocaine de la France a été dirigée avec un esprit de conciliation et sur la base du respect des intérêts de toutes les Puissances.

Il semble s'établir de plus en plus clairement que l'incident marocain qui aurait pu aisément s'arranger par voie diplo-

matique depuis 1904, n'a en effet été qu'un prétexte saisi par l'Allemagne pour entraver la politique de M. Delcassé que l'on considérait à Berlin comme anti-allemande et au succès de laquelle on a voulu mettre un terme.

On ne prévoit pas jusqu'ici la possibilité de complications graves, mais il faut constater que les relations entre les deux pays sont assez tendues pour justifier les inquiétudes qui se manifestent dans toutes les sphères. L'attitude du Gouvernement français dans cet incident quelle que soit l'appréciation que l'on veuille en porter, est certes inspirée par un grand esprit de conciliation et par le désir manifeste de maintenir la paix.

Le but que se propose M. Rouvier semble être d'arriver à faire rompre le silence que le Cabinet de Berlin paraissait résolu à observer avec M. Delcassé et à entamer des conversations diplomatiques. Il travaillera sans doute après un temps d'arrêt désagréable et malheureux, à reprendre l'œuvre marocaine sur les mêmes bases dans une forme corrigée mais sans sacrifier aucun des résultats obtenus et sans rompre les solidarités et les liens établis. —

10.

BRUXELLES, — 7. 1905¹⁾.

(Extraits d'un Rapport de Paris du 3 Juillet 1905.)

L'échange de vues qui se poursuit activement entre les Cabinets de Paris et de Berlin est empreint du désir réciproque d'arriver promptement à une solution amicale de l'incident marocain.

Le refus de l'Allemagne d'accéder à la demande de la France d'établir un accord sur le programme de la Conférence qu'elle acceptait en principe, mettait M. Rouvier dans une situation fort délicate. Dans les derniers pourparlers l'Ambassadeur d'Allemagne a fait preuve d'une intention évidente de fournir au Gouvernement de la République le moyen de sortir de cette position sans compromettre sa dignité. L'accord préalable qui

¹⁾ Datum nicht ausgefüllt.

se refusait en principe pour des raisons très logiquement expliquées, s'établissait peu à peu en fait et les difficultés qui empêchaient la France d'accepter officiellement de se faire représenter à la Conférence de Tanger, s'écartaient grâce à la bonne volonté des Allemands qui ont donné au Gouvernement de la République tous les apaisements désirables sur le rôle qu'ils joueront à cette Conférence et le respect qu'ils auront pour les droits légitimes de la France au Maroc. On déclare également à l'Ambassade d'Allemagne qu'il n'entre pas dans les vues du Gouvernement impérial de porter atteinte aux rapports anglo-français établis par l'accord du 8 Avril 1904. Le Prince Radolin se loue beaucoup de la franchise et de la loyauté avec laquelle M. Rouvier lui a donné tous ses apaisements sur la nature et le but de cet accord et il se plaît, en outre, à déclarer qu'une parfaite cordialité existe dans les relations entre les deux Gouvernements.

L'Allemagne ne pouvait s'émouvoir, affirme-t-on à l'Ambassade impériale, que des avantages excessifs que M. Delcassé a eu l'imprudence de vouloir obtenir au Maroc sous l'égide d'une Convention qui l'avait grisé. Maintenant que la France a renoncé aux errements marocains de l'ancien Ministre des Affaires Etrangères, et qu'elle consent à s'unir avec d'autres intéressés dans une Conférence pour chercher la solution des difficultés intérieures du Maroc, il y a lieu de lui fournir toutes les facilités possibles pour accomplir ce revirement dans sa politique.

On comprend aisément après cela qu'un arrangement amical est prochain et qu'il est voulu à Berlin. L'entente paraît donc entièrement établie et l'on ne discute plus, pense-t-on, que la forme dans laquelle elle devra être annoncée aux Parlements et aux Puissances convoqués à la Conférence. On parle de l'envoi simultané d'une note émanant de la France et de l'Allemagne. —

BRUXELLES, 8. 8. 1905.

(Extrait d'un rapport de Paris du 24 Juillet 1905.)

L'entrevue qui a lieu en ce moment dans les eaux finnoises entre les Empereurs d'Allemagne et de Russie a paru si surprenante à Paris et elle était si peu prévue que l'on a douté jusqu'à hier de l'accomplissement de cet événement politique.

Au quai d'Orsay on ignorait le projet de l'Empereur Nicolas. M. Witte affirme que lors de son départ de St Pétersbourg il n'en était nullement question et que lors de son passage à Berlin il ne lui en a été fait aucune mention. Le Prince de Radolin n'a pas reçu de communication à ce sujet. On ne sait donc rien de précis sur le but ou sur les résultats de cette rencontre. On se borne à faire des conjectures et c'est l'Empereur d'Allemagne, croit-on, qui a provoqué l'entrevue. Vu le soin qu'il prend de réagir contre l'isolement que l'Allemagne redoute, l'Empereur a voulu agir, suppose-t-on sur l'esprit du Tsar au moment où des négociations de paix vont s'entamer. On craint à Paris qu'il ne veuille influencer ces négociations au profit de sa politique anti-anglaise et, pour éviter un rapprochement éventuel entre la Russie, le Japon, l'Angleterre et la France, qu'il ne veuille démontrer à l'Empereur Nicolas la nécessité de ne pas céder, en présence de la situation intérieure du pays, aux conditions de paix que proposerait le Japon, afin de soutenir très haut le prestige de l'armée.

La tendance du Cabinet de Paris est toute pacifique au contraire, et l'on se plaît à croire que dans ses entretiens avec le Président de la République et avec le Ministre des Affaires Etrangères, M. Witte a toujours entendu manifester le désir de voir la paix se conclure le plus tôt possible. M. Rouvier aurait même consenti, sur la demande de M. Witte, à solliciter l'intervention amicale de l'Angleterre pour engager le Japon à modérer ses exigences.

Il est aisé de comprendre que dans les circonstances actuelles, en présence des relations tendues qui ont existé tout récemment entre Paris et Berlin, on voie l'entrevue des deux Empereurs

avec autant de mécontentement que de surprise. Au moment où M. Witte donne et reçoit des assurances destinées à resserrer l'alliance franco-russe, le Tsar prend une décision inattendue que l'on ne considère pas comme étant de nature à accroître la confiance que l'on place dans cette alliance.

Il faudrait que la diplomatie russe fit sans retard des déclarations bien nettes à ce sujet si elle veut maintenir intact le sentiment russophile qui est encore très vif dans les sphères officielles françaises.

M. Witte a dit à Paris que la Russie ne consentirait pas à payer une indemnité de guerre au Japon; que le territoire national n'était pas entamé et que les forces du pays étant suffisantes pour une longue guerre, il ne pouvait souscrire à une clause humiliante. Cette déclaration, s'il faut la tenir pour sincère, est de nature à diminuer notablement l'espoir qu'on avait dans une prochaine entente. M. Witte aurait pourtant reçu, assure-t-on, de divers groupes financiers l'assurance que la Russie trouverait encore en France tout l'argent qu'il lui faudrait à la condition que la paix soit conclue sur des bases solides.

12.

BRUXELLES, 18. 8. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 29 juillet 1905.)

Les journaux ont donné la description de l'entrevue qui a eu lieu entre l'Empereur d'Allemagne et le Tsar dans les eaux finlandaises. Arrivé le dimanche soir à bord du «Hohenzollern» en face de l'île de Björkö, l'Empereur Guillaume accompagné du Prince Albert de Schleswig-Holstein s'est rendu aussitôt à bord de l'«Etoile Polaire» où il a été reçu par le Tzar et le Grand Duc Michel. Après un assez long tête-à-tête, les deux souverains se sont rendus sur le «Hohenzollern» d'où l'Empereur de Russie est revenu à son bord vers 1 heure du matin. Le lendemain, après avoir été l'hôte du Tsar au premier et au second déjeuner, l'Empereur est reparti pour Wisby dans la soirée de lundi.

Le fait matériel de l'entrevue n'a été connu à Berlin que dans

la journée de lundi. On en est réduit à des conjectures quant à la portée de l'entrevue et aux circonstances qui l'ont amenée. Il est même malaisé de formuler une opinion sur le point de savoir à qui en revient l'initiative, car les journaux officiels ont gardé le silence à ce sujet. Toutefois, la Gazette de Cologne, dans son numéro 769 du 25 juillet s'élève contre les affirmations d'une note de l'Agence Havas qui prétend être l'écho de l'opinion régnante à St Pétersbourg en affirmant que l'entrevue n'a été ni recherchée ni désirée par l'Empereur de Russie, mais subie par lui quelque compromettante qu'elle dût être pour la Russie aux yeux du monde. L'Empereur Guillaume en annonçant sa visite, aurait eu à cœur d'effacer la mauvaise impression causée en Russie par la réception à Berlin du Prince Arisugawa et par la participation de l'Allemagne à l'emprunt japonais. Le fait, que le Comte Lamsdorf n'assistait pas à l'entrevue aurait eu pour but d'atténuer l'importance de celle-ci.

La Gazette de Cologne s'élève contre cette interprétation de la rencontre: elle fait remarquer qu'il importe peu de savoir à qui en revient l'initiative: que l'intérêt réside dans le fait même de l'entrevue et dans les paroles qui ont été échangées. «**Même s'il était vrai, et cela n'est pas¹⁾**, que la rencontre n'a été ni cherchée ni désirée par le Tsar, il serait contraire à toutes les habitudes de courtoisie internationale, après que l'entrevue a eu lieu, de crier par dessus les toits et de raconter qu'elle a été imposée au Tsar, quelque compromettante que put être pour la Russie cette démonstration de l'Empereur d'Allemagne».

Ces lignes peuvent passer pour une affirmation que l'Empereur de Russie a désiré se rencontrer avec l'Empereur Guillaume, mais il n'en ressort pas que ce dernier n'ait pas manifesté le même désir. Les points sur lesquels les deux Souverains parents et ayant toujours eu les meilleures relations personnelles pouvaient désirer s'entretenir à cœur ouvert, ne faisaient pas défaut et il était assez naturel que la présence de l'Empereur d'Allemagne dans le voisinage de la côte finlandaise fit naître ou du moins précisât l'idée d'une entrevue.

Le «*Novoïe Vremia*» fait remarquer que la rencontre de

¹⁾ Im Zirkular unterstrichen.

Björkö n'est pas plus de nature à ébranler l'alliance franco-russe que l'entrevue du Roi Edouard VII avec le Président Loubet et la visite de l'escadre anglaise à Brest. Cette opinion est très admissible. Il est même probable que le Cabinet de St Pétersbourg a donné à ce sujet des assurances formelles à celui de Paris. Il eut été peu politique en effet de faire coïncider une manifestation désobligeante pour la France avec le séjour de M. Witte à Paris.

La présence de la flotte anglaise à Brest a été vue avec déplaisir à Berlin. Une correspondance de la Gazette de Cologne, de Paris, s'efforçait de diminuer la portée de cette manifestation en la présentant comme un legs de la politique de M. Delcassé auquel il n'avait pas été possible de se soustraire.

L'article faisait ressortir la froideur des Bretons, ennemis séculaires des Anglais, et la réserve des Autorités françaises. Il n'est pas improbable que l'Empereur d'Allemagne ait été bien aise de profiter de l'occasion qui se présentait pour donner un contrepoids à l'entente franco-anglaise en se rapprochant de la Russie.

13.

BRUXELLES, 12. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 28 Septembre 1905.)

Lors de son passage à Berlin, M. Witte a eu deux longs entretiens avec le Chancelier qui était revenu de Baden-Baden pour le voir.

Après la conclusion du traité de commerce russo-allemand M. Witte avait demandé une audience impériale qui n'avait pas pu lui être accordée par suite de circonstances indépendantes de la volonté de l'Empereur. Cette fois Sa Majesté a fait venir M. Witte à Rominten. Elle avait aussi convoqué le Prince de Bülow et Elle a retenu M. Witte un jour de plus que ne le prévoyait le programme primitif. La visite de M. Witte a donc un caractère politique bien marqué.

Parmi les questions dont le Ministre Russe a parlé se trouve celle du Maroc, dont il s'était déjà occupé à Paris. Est-ce grâce

à son influence ou par une simple coïncidence que les dernières difficultés pendantes entre l'Allemagne et la France ont été aplanies pendant qu'il était à Berlin? L'Ambassadeur de France, M. Bihourd, qui a vu le Prince de Bülow immédiatement après l'entrevue avec M. Witte, a appris par le Chancelier que la Conclusion de l'accord était imminente.

Dans les conversations de Berlin et de Rominten il aura sans aucun doute été beaucoup parlé des relations entre l'Allemagne et la Russie. M. Witte en aura emporté l'impression que non seulement le Gouvernement Impérial allemand ne nourrit aucun projet hostile à la Russie, mais qu'il désire vivement resserrer ses liens d'amitié avec son voisin de l'Est. On sait que cette politique a toujours été préconisée par M. Witte. Mais il n'est pas démontré que ce dernier sera, comme beaucoup de gens le pensent, le futur directeur de la politique intérieure et extérieure de la Russie.

M. Witte, en effet, n'est pas aimé de la Cour et des Grands Ducs et une partie au moins de l'opinion russe lui est hostile. La preuve en est que la municipalité de S^t Pétersbourg n'a pas cru possible de lui réserver l'ovation que proposait le Prince Metchersky et que l'éminent service récemment rendu méritait largement.

14.

BRUXELLES, 18. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 7 Octobre 1905.)

Certains journaux étrangers ont publié des informations circoscrites sur les affaires qui auraient motivé la récente entrevue du Chancelier et du Ministre des Affaires Etrangères d'Italie. L'invraisemblance de la plupart de ces prétendues nouvelles sautait aux yeux.

On se borne à dire au Département Impérial des Affaires Etrangères qu'aucun point particulier ne nécessitait la rencontre du Prince de Bülow et de M. Tittoni; mais il est naturel que le Ministre italien ait éprouvé le désir de se mettre en rapports personnels avec ses collègues des deux Empires alliés de l'Italie.

et de procéder à un échange de vues sur les questions de politique générale et sur les moyens à employer pour atteindre le but de la triple alliance, c'est-à-dire pour travailler au maintien de la paix universelle.

On comprend d'autant mieux le besoin d'examiner de près la situation générale que de très grands changements y ont été apportés dans ces derniers temps.

La triple alliance n'offre naturellement plus les mêmes garanties qu'autrefois. Si d'un côté les Puissances de l'Europe Centrale sont préservées pour un certain temps d'une attaque continentale sur deux fronts par suite des revers de la Russie le danger n'est pas supprimé, il n'est que reculé, et s'il se reproduit la force de résistance ne sera plus la même.

Il semble qu'il n'y ait plus en Hongrie parmi les Magyars que deux partis, celui qui veut la séparation complète d'avec l'Autriche, immédiate et au besoin par les moyens violents et celui qui tend au même but à terme et pacifiquement; tous sont d'accord sur le résultat final. Si l'union ne survit pas à l'Empereur François-Joseph ou si elle se dissout de son vivant les deux états de second ordre qui se constitueraient sur ces ruines n'auraient probablement pas intérêt à se détacher de la ligue de l'Europe Centrale, mais leur alliance n'aurait pas la même valeur que celle d'une grande monarchie, et serait encore diminuée par les querelles de nationalité qui les agitent aujourd'hui et que la séparation aggraverait encore.

La double alliance est aussi ébranlée. Elle n'a été si populaire en France au début que par ce que les Français en attendaient la revanche qu'elle ne leur a pas procurée. A Paris l'enthousiasme a disparu depuis longtemps. D'un autre côté on a dû être peu satisfait à S^t Pétersbourg de voir la France choisir pour se rapprocher de l'Angleterre le moment où la Russie était aux prises avec le Japon.

L'ancienne constellation des Puissances est dérangée et l'on tâtonne pour en constituer une autre. La campagne qui se poursuit pour isoler l'Allemagne a eu pour premier acte le rapprochement anglo-français, comme deuxième acte le traité d'alliance entre l'Angleterre et le Japon. Le troisième acte est

la tentative de rapprochement anglo-russe, préparée par la presse de Londres qui s'efforce d'expliquer que le traité anglo-japonais n'est pas dirigé contre la Russie et n'empêche nullement une entente entre l'Empire du Tsar et l'Angleterre.

Comme de raison l'Allemagne ne veut pas de l'isolement qu'on lui prépare. La récente guerre lui a donné l'occasion de montrer à la Russie par une bienveillante neutralité, que les préventions qu'on nourrissait contre elle étaient injustifiées. Bien des fois auparavant l'Allemagne avait tenté de renouer avec la Russie l'amitié qui est sa politique traditionnelle et à laquelle elle n'avait renoncé qu'à son corps défendant, lorsque la Russie montrait de l'irritation à cause de l'intervention du Prince de Bismarck pour la revision du traité de San Stefano.

Il est assez curieux de constater que c'est au moment où la Russie est battue et menacée d'une révolution politique que se manifeste une pareille rivalité pour obtenir son amitié.

D'après une opinion autorisée le courant est à Saint Pétersbourg beaucoup plus favorable à l'Allemagne qu'à l'Angleterre et la bonne entente avec le voisin de l'Ouest y est encore plus vivement désirée qu'à Berlin.

15.

BRUXELLES, 24. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Paris du 14 Octobre 1905.)

L'accord établi, le 28 Septembre d^r, entre M. Rouvier et le Prince Radolin sur la question Marocaine, avait été assez favorablement accueilli ici, parce qu'on se sentait soulagé de l'oppression produite par de longues et pénibles négociations et parce que l'on considérait les concessions faites par l'Allemagne comme une preuve, non seulement de ses intentions pacifiques, mais encore du désir qu'elle témoignait, en atténuant la mauvaise impression produite par l'incident de Tanger, de rendre possibles des relations plus amicales entre les deux pays. On espérait que le public français accepterait cet arrangement comme suffisant en laissant dans l'ombre et peut-être même

dans l'oubli les motifs réels et plus graves de l'ingérence allemande.

Les récentes communications faites par le Prince de Bülow à des journalistes français et la réplique qu'y a faite le «*Matin*» dans une série d'articles, ont de nouveau soulevé une regrettable polémique, ravivé la nervosité française et rendu plus délicates les relations entre les Cabinets de Paris et de Berlin.

Malgré les intentions conciliantes du Chancelier de l'Empire et le ton courtois de ses paroles on a dû voir, dans leur franchise même, la preuve que l'incident marocain n'avait été qu'un prétexte pour intervenir dans la direction donnée à la politique extérieure du Gouvernement de la République et en faire modifier l'orientation. Certes on le savait bien ici, mais comme on cherchait à se le dissimuler, la France a souffert de voir donner autant de publicité aux points qui sont spécialement la cause du sentiment pénible qu'elle éprouve.

Si le but de la politique allemande a été d'amener la France à un rapprochement, il faut constater qu'il est loin d'avoir été atteint. La retraite forcée de M. Delcassé et l'acceptation de la Conférence, même dans des conditions relativement bonnes, ont été des sacrifices trop durs pour l'amour-propre national pour qu'ils ne laissent pas une profonde impression et n'aient pas rallumé dans les cœurs français des ressentiments avec lesquels tout gouvernement aura à compter pour longtemps encore. La France ne saurait, dans ces conditions, pratiquer avec l'Allemagne une politique d'entente amicale et ne peut qu'observer envers elle une réserve loyale en s'abstenant de prêter l'oreille aux suggestions des partis qui la pousseraient à rechercher des alliances ou des amitiés peut-être plus dangereuses qu'utiles. S'il existait, il y a peu de temps encore, des hommes politiques qui envisageaient un rapprochement franco-allemand comme une possibilité désirable, il n'y en a plus un aujourd'hui qui oserait formuler un tel projet et M. Rosen, qui dans un récent dîner, a cherché à sonder les sentiments des partis de l'opposition a dû s'en convaincre.

Ce que la France reproche surtout à l'Allemagne, c'est que le but de la politique allemande depuis 1871 ayant été de la

tenir dans l'isolement, elle lui fait un grief, après 34 ans d'effacement pénible, d'avoir à son tour acquis des amitiés et cherché à occuper une place plus digne dans le concert des nations. Ces amitiés acquises sont précieuses pour la France qui tient à les conserver et elle reconnaît qu'elle les doit, en grande partie du moins, à M. Delcassé; mais à Berlin et ici même, quand on a vu l'usage inconsidéré qu'il voulait en faire, on s'est justement alarmé.

On a compris qu'il se grisait des avances de l'Angleterre et que si celle-ci se montrait si condescendante pour les intérêts français en Afrique, c'est qu'elle avait sans doute l'arrière pensée d'entraîner la France dans des liens plus étroits que ceux de l'amitié, liens que l'Allemagne était en droit de redouter et qui eussent pu avoir pour conséquence d'entraîner la France au seul profit de son alliée dans des événements qu'on ne pouvait envisager sans appréhension. Une alliance solide avec la Grande-Bretagne est pourtant encore préconisée, surtout depuis l'alliance anglo-japonaise, par certains groupes politiques comme le moyen le plus sûr d'immobiliser l'Allemagne. Ils trouvent que si l'Empire germanique est garanti contre toute agression par la triple alliance, la France a également le droit et le devoir de se prémunir contre une semblable éventualité sans que l'Allemagne puisse en prendre ombrage.

Si M. Delcassé a eu des conceptions utiles à son pays et capables d'en rehausser le prestige, il semble pourtant que même au point de vue français, il a été prudent de l'arrêter dans l'exécution de ses projets, parce qu'il les poursuivait d'une façon trop rapide et inconsidérée. Il se basait uniquement sur des avances et des promesses, réelles sans doute, mais probablement vagues et certes intéressées de l'Angleterre, sans tenir compte des autres facteurs qui lui étaient nécessaires pour réussir dans une politique aussi hasardeuse et qui lui faisaient défaut. L'ex-ministre des Affaires Etrangères n'a pas semblé se rendre suffisamment compte que toute la politique actuelle pivotait alors déjà sur l'antagonisme entre l'Allemagne et l'Angleterre et que la France ne devait se laisser entraîner dans l'orbite d'aucune des deux à moins d'être décidée et préparée

à suivre l'une d'elles dans une lutte gigantesque. Or, M. Delcassé devait savoir que le pays n'était ni disposé ni préparé à de semblables aventures, que la flotte et l'armée n'étaient pas dans les conditions voulues et que les forces de la Russie étaient paralysées dans l'Extrême-Orient. Aujourd'hui que la politique suivie par M. Delcassé est mieux connue on se montre extrêmement sévère à son égard.

Les récentes révélations publiées par «le Matin» ne sont certes pas de nature à lui ramener des sympathies. De toutes ces révélations, celle qui est la plus grave, la plus impardonnable et la plus grosse de conséquences est celle relative à des engagements précis qu'aurait pris le Gouvernement anglais au sujet du concours de la flotte et de l'armée dans le cas d'un conflit entre la France et l'Allemagne. Si l'on peut encore douter de l'exactitude absolue de ce projet de mobilisation on est certain que des assurances formelles étaient données pour un concours effectif de l'Angleterre en cas de conflagration non provoquée par la France. Les indiscretions du «Matin» sont généralement considérées comme émanant de M. Delcassé. Celui-ci le nie pourtant énergiquement et il a même affirmé à un très haut personnage qu'il déplorait cette publication et qu'elle avait été faite à son insu. La lettre qu'il a adressée au «Figaro» pour se disculper est trop vague et ambiguë pour être considérée comme une justification suffisante. En présence d'accusations aussi graves, un démenti plus formel s'imposait. Les propos publiés conservent donc un caractère officieux dont les Cabinets intéressés pourraient faire un usage dangereux s'ils ne sont pas guidés par un esprit de modération et de prudence supérieur à celui de la presse de leur pays.

L'Agence Havas se dit autorisée à déclarer que les récits publiés sont inexacts, mais ce nouveau démenti sommaire ne réussira pas à réfuter la thèse allemande sur la politique prétendument isolante et même agressive de la France. Si l'on se révolte à Berlin contre l'idée d'une alliance anglo-française ce ne peut être qu'envers les intentions britanniques qu'on pourrait témoigner de la défiance car on ne saurait admettre qu'en consentant à une telle alliance M. Delcassé eût eu des idées

agressives. Dans son esprit l'alliance de la France avec la Russie et l'Angleterre ne devait être que défensive pour garantir la France contre une attaque possible de l'Allemagne, comme la triple alliance garantit l'Allemagne dans l'hypothèse contraire.

Si l'Empereur Guillaume a tout mis en œuvre pour empêcher cette alliance de se réaliser, ce doit donc être qu'il a des raisons sérieuses de suspecter les intentions de l'Angleterre, car rien ne pouvait lui faire suspecter des intentions belliqueuses en France. M. Delcassé, imbu d'idées pacifiques, n'a pas compris que cette alliance pouvait devenir un «casus belli».

L'intervention allemande au Maroc promet donc non seulement d'être utile aux intérêts commerciaux de toutes les nations, mais elle a sauvé la France du péril où l'aveuglement de M. Delcassé eût pu la conduire. Un moment affolée en se voyant non préparée, au bord d'un mauvais abîme, la France se ressaisit peu à peu et la réorganisation de ses forces de terre et de mer est l'objet d'une nouvelle et patriotique sollicitude.

Pour ce qui est de la politique extérieure de M. Rouvier, on ne saurait dire encore avec précision quelle sera sa direction. Tous ses efforts ont dû se concentrer jusqu'ici à sortir avec habileté d'une situation fort difficile et à sauvegarder l'honneur et la dignité de son pays. M. Rouvier ne poursuivra probablement pas, comme son prédécesseur, un plan bien arrêté et ses tendances le porteront sans doute à suivre une politique de tâtonnement et d'opportunisme. Désireux avant tout d'éviter tout sujet de conflit, il voudra que la France se recueille et se remette de la secousse qu'elle vient de subir avant de songer à l'orientation nouvelle de sa politique. Quoiqu'il ait sacrifié M. Delcassé aux exigences de l'Allemagne, il n'entend pas pourtant lui sacrifier aussi les amitiés acquises à la France dans le libre exercice de son indépendance. On est autorisé à croire qu'il considérera comme de sa dignité de maintenir les bases de la politique de son prédécesseur en en faisant toutefois un usage plus prudent et moins inconsidéré. Son programme serait donc le maintien absolu de l'alliance russe et des amitiés acquises en évitant les liens qui pourraient avoir un caractère d'hostilité envers d'autres Puissances.

Dans ces conditions, la France pourrait n'inspirer de méfiance nulle part et attendre avec calme le cours des événements en Europe, mais on ne saurait prévoir quelles sont les surprises que les élections Présidentielles et législatives peuvent nous ménager l'an prochain.

Ce n'est pas sans une certaine inquiétude non plus qu'on envisage la réunion probable de la Conférence marocaine au mois de Janvier prochain; les rapports actuels entre les grandes Puissances ne semblent pas de nature à faciliter une entente sur un terrain semé d'obstacles.

16.

BRUXELLES, 25. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Londres du 12 Octobre 1905.)

Les articles du «Matin» de Paris, signés par M. Stephane Lauzanne, ont été reproduits par toute la presse anglaise. Dans les cercles politiques on trouve généralement que M. Delcassé, après avoir joué un assez beau rôle, aurait dû se montrer plus discret. Les révélations apparemment inspirées par lui de ce qui se serait passé au Conseil des Ministres à Paris, sont reprochées à l'ancien Ministre des Affaires Etrangères comme un manque de loyauté envers ses Collègues et même un manque de délicatesse envers la nation amie, incompatibles avec un caractère vraiment élevé.

Certains organes de la presse ne voient en tout ceci qu'un désir de se venger de M. Rouvier. On accueille d'ailleurs avec scepticisme la note de l'éditeur du «Matin» qui affirme que le Gouvernement anglais, par une communication verbale, aurait informé le Cabinet de Paris qu'il était disposé à mobiliser sa flotte, à saisir le canal de Kiel, et à débarquer 100,000 hommes sur les côtes du Schleswig-Holstein, si la France était attaquée par l'Allemagne, et que le Gouvernement britannique était prêt à prendre l'engagement précité par écrit.

On s' imagine difficilement une procédure aussi peu en rapport avec la politique habituelle du Cabinet de Londres et avec les dispositions, actuellement si pacifiques, de la nation anglaise.

Il est superflu d'ajouter que le Foreign Office traite les promesses formelles dont il s'agit de pure invention et que le corps diplomatique n'attache guère d'importance à la note de M. S. Lauzanne.

Que le Gouvernement ait verbalement fait comprendre à M. Delcassé que l'Angleterre ne lui refuserait pas son appui moral et diplomatique, cela paraît vraisemblable, mais qu'il ait été jusqu'à s'engager à soutenir la France par les armes dans un démêlé éventuel avec l'Allemagne, ceci dépasse, semble-t-il, les bornes de la probabilité.

17.

BRUXELLES, 26. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 Octobre 1905.)

Confidentielle.

Depuis le début du conflit marocain on a eu ici le sentiment que l'Angleterre ne négligeait rien pour envenimer la question et pour l'empêcher de recevoir une solution amiable. On l'a suspectée de vouloir faire faire la guerre contre l'Allemagne par la France à son profit. La manœuvre n'aurait échoué que parce que ni l'Empereur, ni le Gouvernement allemand ni les ministres français à l'exception de M. Delcassé ne voulaient pousser les choses à l'extrême.

L'attitude de l'Angleterre, dans la pensée des Allemands, répondait du reste à toute sa politique dans ces derniers temps : à la nouvelle répartition des forces navales britanniques, à certain discours d'un des Lords civils de l'Amirauté, et, en premier lieu, au rapprochement franco-anglais.

Mais, pour la première fois, les soupçons nourris contre l'Angleterre viennent de trouver leur expression dans un article évidemment inspiré paru dans le numéro d'hier de la «Gazette de Cologne». Chaque mot de cet article, qui revêt la forme d'un télégramme de Berlin, et dont le caractère officieux est nettement marqué, a été pesé et est à retenir.

L'auteur du télégramme croit à l'exactitude des révélations attribuées à M. Delcassé. Il croit que ces révélations proviennent de l'ex-ministre français et il montre qu'il croira, jusqu'à preuve évidente du contraire, que ce dernier a eu des raisons de compter, ou au moins de s'imaginer pouvoir compter, sur l'appui militaire de l'Angleterre.

On trouve ici difficile de se figurer que M. Delcassé ait lancé une assertion aussi grave sans aucun fondement ou, si les révélations ne proviennent qu'indirectement de lui, qu'il n'ait pas dégagé sa responsabilité par un démenti catégorique s'il avait été en mesure de le donner.

Mais d'un autre côté on n'admet pas que le Gouvernement français se fût montré aussi conciliant s'il avait eu la promesse d'un appui matériel de l'Angleterre formellement donnée par des Ministres responsables ayant qualité pour engager officiellement la nation anglaise.

L'explication que l'on suggère de cette contradiction apparente, c'est que les assurances données à M. Delcassé seraient provenues, comme l'insinue le télégramme de la Gazette de Cologne, d'un personnage sans responsabilité.

A l'appui de cette supposition on allègue la naïveté du plan d'agression contre l'Allemagne, qui, dit-on, émane d'une personne incompétente.

La récente guerre a en effet démontré l'inefficacité des cuirassés contre des batteries terrestres. Ce ne serait donc pas chose aisée que de forcer l'entrée des ports allemands et de s'emparer du Canal Kaiser Wilhelm.

Quant à l'appui de l'armée de terre anglaise, il serait sans doute fort appréciable s'il s'agissait de débarquer un contingent de 100,000 hommes en territoire français; mais les envoyer en Schleswig-Holstein serait, de l'avis des militaires, tout simplement livrer 100,000 prisonniers de guerre à l'Allemagne, en admettant qu'ils parviennent à prendre terre, ce qui est au moins douteux.

On estime ici que les révélations de M. Delcassé, si elles sont véridiques, comme l'absence de démenti formel porte à le croire, prouvent que dans l'intérêt de l'Allemagne et pour le repos

du monde il était hautement temps de déjouer les plans qui s'élaboraient entre Londres et Paris.

18.

BRUXELLES, 28. 10. 1905.

(Extraits d'un rapport de Londres du 23 Octobre 1905.)

Sir Edward Grey, ancien sous Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères, sous l'administration libérale, actuellement membre de la Chambre et un des chefs les plus écoutés de la gauche parlementaire, vient d'exposer dans un meeting le programme éventuel de son parti.

Il a combattu la théorie en vogue dans les milieux gouvernementaux et a nié que l'arrivée au pouvoir des libéraux aurait pour résultat une nouvelle orientation dans la politique extérieure de l'Angleterre.

Il a dit que les trois facteurs principaux de la politique actuelle du présent Gouvernement sont l'amitié avec les Etats-Unis, l'alliance avec le Japon et l'entente avec la France et il a déclaré qu'un Cabinet libéral maintiendrait ce programme. Il a ajouté qu'il espérait de meilleurs rapports avec la Russie et a dit qu'il n'y avait pas lieu de s'opposer à des relations plus satisfaisantes avec l'Allemagne à condition que celles-ci ne puissent nuire à l'amitié anglo-française.

En effet, quant aux 3 premiers points mentionnés ci-dessus, ils forment aujourd'hui partie du «Credo» politique, non seulement des conservateurs, mais de la majorité de la nation. Il y a longtemps que le Foreign Office a compris que la bienveillance des Etats-Unis lui est indispensable. Des efforts continus ont été faits pour l'obtenir.

La ténacité britannique a persévéré dans cette voie sans se laisser rebuter par de fréquentes difficultés et opposant à des procédés parfois un peu brutaux une patience exemplaire.

Le succès semble avoir couronné l'œuvre et ce serait le premier souci d'un Cabinet libéral de maintenir avec soin une situation dont on attend de grands résultats dans l'avenir.

L'auréole de la victoire a donné une consécration nouvelle à l'alliance anglo-japonaise, qui est populaire dans ce pays, tant auprès des radicaux que des tories.

Quant à l'entente avec la France, elle est assez récente pour avoir tout le charme de la nouveauté. L'opposition, si elle devait reprendre les rênes du Gouvernement, ne serait pas assez mal inspirée pour troubler cette lune de miel.

Il semble donc que Sir Edw. Grey ne se soit pas trop avancé, lorsque parlant on peut le dire, au nom de son parti, car sa situation politique autorise cette supposition, il a rassuré les électeurs sur ce qui serait la ligne de conduite du Gouvernement libéral au point de vue des affaires étrangères, si le parti conservateur venait à lui céder la place. Sans le vouloir il a fait implicitement l'éloge de Lord Lansdowne qui peut revendiquer une bonne part dans l'orientation donnée à cette politique extérieure à laquelle Sir E. Grey a rendu hommage.

Mais le speech de l'orateur était un discours avant tout électoral rendu nécessaire aux yeux de son parti pour combattre un argument que les conservateurs ont souvent mis en avant et qui consiste à dire au public :

« Si vous changez de Gouvernement vous verrez périliter la situation si satisfaisante dont la Grande Bretagne, grâce à nous, jouit en Europe. »

L'animosité contre la Russie, si vive dans le public après l'incident de la mer du Nord, a beaucoup diminué d'intensité, depuis qu'on ne craint plus ses attaques sur la frontière de l'Inde, car on la croit paralysée pour longtemps.

Toutes les antipathies du peuple anglais se concentrent maintenant sur l'Allemagne. Les rapports officiels entre les deux pays sont satisfaisants, mais la presse de Londres et celle de Berlin entretiennent une irritation constante et il n'est de choses désagréables que les journaux anglais ne disent de l'Empereur et de son Chancelier. On se refuse à croire que l'article de la *Neue Frei Presse* attaquant Lord Lansdowne ne soit pas inspiré directement par le Prince de Bülow bien que celui-ci en ait nié absolument la paternité dans un télégramme adressé à l'Empereur d'Allemagne.

Cet état d'âme est regrettable car le moindre incident, peu important en lui même et qui s'arrangerait de chancellerie à chancellerie en temps normal, prendrait tout de suite de grandes proportions s'il venait à se produire.

19.

BRUXELLES, 28. 10. 1905.

(Extraits d'un Rapport de Paris du 24 Octobre 1905.)

Le calme qui s'est fait autour des incidents orageux des dernières semaines provient plutôt du désir d'étouffer des polémiques dangereuses et des questions qu'on n'est pas prêt à résoudre que d'un sentiment de réelle sécurité.

Les événements qui se sont produits depuis le printemps passé ont ébranlé l'équilibre européen et jeté la perturbation dans la politique extérieure de la France. Il est donc naturel qu'après une semblable secousse on passe par une période de recueillement.

L'Allemagne nie avoir fait au Cabinet de Rome des confidences ou insinuations destinées à servir d'avertissement à la France et n'admet pas qu'elle doive se servir d'un intermédiaire dans ses rapports avec le gouvernement de la république.

Si l'on se remet ici des émotions causées par la politique de M. Delcassé, le ressentiment qu'a engendré l'attitude de l'Allemagne subsiste pourtant avec de profondes racines dans les cœurs français. Le chauvinisme national s'est réveillé, on discute l'efficacité de la défense nationale et on se montre disposé à faire de nouveaux sacrifices pour que l'armée et la flotte soient prêtes à toute éventualité. On semble admettre que dans l'état actuel des choses on se trouverait à la frontière dans des conditions tout aussi défavorables qu'en 1870. On déplore surtout le manque d'organisation, d'autorité des chefs et de discipline dans l'armée.

La France se rend compte que de l'orientation qu'elle va donner à sa politique extérieure ou de celle même qu'on lui attribuerait, peuvent naître de graves complications.

Le Gouvernement de la République, contre lequel se sont élevés les griefs germaniques, doit se rendre compte que s'il poursuivait la politique de M. Delcassé, ce serait la France qui deviendrait l'otage d'une lutte dont l'Angleterre bénéficierait.

Si M. Rouvier avait l'intention de s'engager dans cette politique, plus fière peut-être, mais plus hasardeuse, il n'aurait pas sacrifié M. Delcassé. Après un tel acte la reprise de la politique généralement blâmée de son prédécesseur semble impossible et pourtant on souffre de rester sous l'impression de ce pénible incident. On voudrait rehausser le moral de la France en donnant un témoignage de son indépendance politique, mais on se trouve fort embarrassé et par suite fort hésitant pour le moment.

Il paraît que l'Allemagne envisage de plus en plus comme possible un conflit avec l'Angleterre et qu'elle n'est pas sans nourrir de sérieuses inquiétudes à ce sujet. De là les insinuations de la presse officieuse qui semble vouloir mettre la France en demeure de déclarer de quel côté elle se rangerait. Ces articles produisent ici une impression irritante. On semble comprendre que, loin de se prononcer dans une telle éventualité, il est de l'intérêt de la France de maintenir la neutralité autant que possible car il est évident qu'elle ne pourrait pas prendre parti pour l'Allemagne et que si elle s'alliait à l'Angleterre elle risquerait fort de donner à l'Allemagne des compensations pour les désastres que la flotte britannique pourrait lui infliger. Il est donc à supposer que M. Rouvier a pour objectif d'éviter toute cause de conflit en Europe, et d'en tenir la France à l'écart s'il se produisait.

Ce n'est pas sans anxiété que l'on envisage la Conférence d'Algésiras. Le Sultan hésite à accepter le programme qui lui est soumis et l'Angleterre se dispose — dit-on — à le faire échouer. On s'accorde à reconnaître que cette réunion aura, dans les circonstances actuelles de tension générale, une importance toute spéciale et qu'elle peut avoir des résultats tout autres que ceux prévus par son programme. Là s'accroîtra le rôle de l'Angleterre. Le groupement des Puissances pourrait s'y effectuer sous son impulsion. L'Allemagne redoute, paraît-il, ce

groupement qui aurait pour premier effet l'avortement de la Conférence et elle serait, dit-on, plus disposée maintenant à accepter le sacrifice d'amour-propre d'un ajournement indéfini, que les conséquences possibles d'une réunion immédiate.

20.

BRUXELLES, 9. 11. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 27 Octobre 1905.)

La statue du Feld-Maréchal Comte de Moltke a été inaugurée hier à Berlin.

Le soir au diner de gala qui a suivi la cérémonie, l'Empereur a dit que la journée comportait deux toasts; le premier consacré au passé et à la mémoire. Profondément reconnaissant envers la Providence qui, à une grande époque a donné ses paladins au Grand Empereur, Sa Majesté boit son premier verre en silence, en souvenir du plus grand général de l'Empereur Guillaume.

Sa Majesté a continué en disant: «Le second verre est pour l'avenir et le présent. Ces Messieurs ont vu quelle est notre situation dans le monde. Donc la poudre sèche, les épées aiguisées, le but reconnu, les forces ramassées et les pessimistes bannis. Je lève mon verre à notre peuple en armes, à l'armée allemande et à son état major général! Hurra, Hurra, Hurra!»

Il est impossible de faire entendre plus clairement qu'en dépit de tous les démentis officiels l'Empereur continue à croire que la politique de l'Angleterre à Paris, à Tokio, à Saint Pétersbourg et à Washington a pour but non seulement d'améliorer les relations avec les Grandes Puissances européennes et extra européennes, ce qui n'aurait rien que de légitime; mais aussi et principalement d'isoler l'Allemagne.

Il règne ici une méfiance insurmontable contre l'Angleterre. Un très grand nombre d'allemands sont persuadés que l'Angleterre recherche des alliés pour une agression contre l'Allemagne, ou travaille à provoquer sur le continent une guerre à laquelle elle ne prendrait pas part et dont elle recueillerait les profits.

On dit que beaucoup d'anglais nourrissent des inquiétudes

analogues et craignent une agression allemande. L'Allemagne est cependant absolument incapable d'attaquer l'Angleterre. Pour débarquer une armée sur le sol anglais il faudrait être maître de la mer au moins pendant quelques jours et l'Allemagne n'a aucune chance de le devenir. Sa flotte embusquée aux deux extrémités du canal Kaiser Wilhelm et pouvant passer en une nuit d'une mer à l'autre pourrait peut-être être efficace pour empêcher le blocus des ports allemands. Elle aurait le choix du moment où il lui conviendrait d'attaquer une escadre ennemie aux équipages et aux machines fatigués. La flotte allemande n'a été construite que pour cela; mais elle serait hors d'état d'affronter une bataille navale sur les côtes de l'Angleterre. La disproportion numérique des forces est trop grande.

Quant à une attaque de l'Allemagne contre les colonies anglaises, il est inutile d'en parler. Il est évident qu'on n'y peut pas songer.

Un conflit anéantirait la flotte de guerre, la marine marchande et le commerce extérieur de l'Allemagne. Si l'Angleterre est à l'abri des coups, l'Allemagne au contraire est très vulnérable.

21.

BRUXELLES, 11. 11. 1905.

(Extraits d'un Rapport de Londres du 28 Octobre 1905.)

Deux nouveaux discours, qui méritent d'attirer l'attention, viennent d'être prononcés, l'un, par M. Brodrick, Secrétaire d'Etat pour l'Inde, Membre du Cabinet, l'autre par Lord Rosebery.

Venant après le speech de Sir E. Grey, ces discours prouvent que les politiciens sérieux se rendent compte du déplorable effet des excès de langage de la presse anglaise relativement aux relations avec l'Allemagne et croient nécessaire d'inviter leurs concitoyens à considérer la question avec calme et bon sens.

M. Brodrick a dit qu'il n'existait aucune question irritante entre les Gouvernements de la Grande Bretagne et de l'Allemagne, rien qui pût s'opposer à des sentiments amicaux. Cette

remarque est opportune et aura un certain effet dans le public puisque l'orateur fait partie du Cabinet anglais. M. Brodrick a qualifié de canard le plan, prétendûment révélé par certains journaux, de débarquer 100,000 hommes dans le Schleswig-Holstein dans les conditions que l'on sait.

Lord Rosebery, de son côté, a critiqué la polémique de presse qui se poursuit dans les deux pays, qui ne présente pas, a-t-il dit, les véritables sentiments des deux nations. Ces polémiques, a ajouté l'homme d'Etat libéral, constituent un danger pour la paix et ont une détestable influence sur la jeune génération dans les deux pays.

On voit que les esprits éclairés se rendent compte qu'on va trop loin dans le sens anti-allemand et commencent à craindre pour les relations avec Berlin. On ne désire pas la guerre, cela va sans dire, on n'est pas prêt à la faire. La France pour le moment n'en veut pas non plus; son alliée, la Russie, n'est pas en situation de l'aider. L'Allemagne, de toutes les nations d'Europe, semble être la seule qui soit actuellement en mesure d'entrer en campagne. Cela donne à réfléchir et inspire la prudence. Le ton belliqueux du toast de l'Empereur Guillaume à l'inauguration de la statue du maréchal de Moltke a été très remarqué.

22.

BRUXELLES, 11. 11. 1905.

(Extraits d'un Rapport de Londres du 30 Octobre 1905.)

Le moment ne paraît guère favorable à la consécration du rapprochement anglo-russe dont on a parlé, vu les événements qui se déroulent actuellement dans l'Empire du Tsar, mais Sir Charles Hardinge, dont le départ de Saint Pétersbourg a été retardé par les grèves de chemins de fer, est attendu ici et doit rester deux mois en congé. Pour l'instant il est assez difficile d'avoir des données certaines sur le projet d'entente, les personnages officiels se montrant fort discrets. L'on semble considérer cependant, dans les cercles politiques de Londres, qu'il existe une situation dont l'Angleterre pourrait profiter, étant

donné que les avances de l'Empereur Guillaume ont été repoussées, à ce que l'on croit. Les journaux disent que l'Empereur aurait offert au Tsar son intervention s'il éclatait une révolution en Pologne, son appui en cas de besoin dans la Baltique et ses bons offices lors d'un partage éventuel de l'Autriche-Hongrie et que, malgré l'avis favorable du Comte Witte, l'Empereur de Russie aurait préféré entrer en négociations avec le Cabinet de Londres. Cet échafaudage d'hypothèses ne paraît reposer sur aucune base certaine. mais présente, au point de vue britannique, un aspect attrayant en ce sens qu'il équivaldrait à l'isolement relatif de l'Allemagne, car pour les Anglais la triplice semble affaiblie, l'Italie étant assez anglophile dans ses sympathies et l'Autriche-Hongrie anémiée par ses discussions intestines. D'autre part on ne voit plus d'inconvénient à être en meilleurs termes avec Saint Pétersbourg car, avec la crainte, l'antipathie disparaît à son tour.

Une Russie victorieuse en Extrême Orient eût été une ennemie dangereuse, menaçant la Grande Bretagne aux Indes, et en Perse. La Russie actuelle n'est plus à redouter pour l'instant et il y aurait avantage à l'empêcher, si possible, de se jeter dans les bras de l'Allemagne.

Il semble que le Gouvernement de la République doive approuver un projet d'entente anglo-russe, ne fût-ce que par ressentiment contre la politique de Berlin, et qu'un rapprochement entre Londres et Saint Pétersbourg ne serait pas mal accueilli à Paris.

Quoiqu'il en soit, la situation intérieure en Russie comporte des développements qu'on ne peut prévoir et qui peuvent influencer d'une façon inattendue ses rapports avec les autres Puissances. D'après ce que disent ici des personnes assez autorisées, l'entente anglo-russe ne serait pas destinée à avoir l'ampleur de celle qui existe entre la Grande Bretagne et la France. —

BRUXELLES, 30. 11. 1905.

(Extraits d'un rapport de S^t Pétersbourg du 8 novembre 1905.)

Les avances faites récemment à la Russie par l'Allemagne et l'Angleterre ont été diversement commentées dans les milieux diplomatiques.

C'est surtout au point de vue des conséquences du traité anglo-japonais que la question a été débattue dans toute la presse européenne.

Il y a quelques semaines, le Prince de Bülow a ouvertement parlé d'une future entente russo-allemande en exprimant l'espoir d'y attirer la France de façon à rétablir au moyen de cette nouvelle Triplice, l'équilibre rompu par l'Alliance de l'Angleterre et du Japon.

On a prétendu que les grandes lignes de ce projet avaient déjà été tracées au cours de l'entrevue de Bjorko entre les Empereurs Guillaume et Nicolas et que certaines assurances auraient été données par le Tsar dans le sens d'une adhésion éventuelle à l'idée dont il s'agit.

La tension des rapports entre l'Allemagne et la France . . .¹⁾ à la suite de l'incident marocain, ayant démontré la difficulté de réaliser, avant longtemps le plan imaginé par l'Empereur Guillaume, le Gouvernement Britannique en aurait profité pour essayer de se rapprocher de la Russie en lui exposant les avantages d'un groupement des trois puissances destinées, par la force des choses, à dominer l'Extrême-Orient et l'Asie Centrale, la France, alliée de l'Empire Russe et amie de l'Angleterre, pouvant ultérieurement participer à cet accord.

A S^t Pétersbourg, même pendant la guerre avec le Japon, on a songé à la possibilité d'une entente de l'espèce à conclure lorsque les circonstances pourraient s'y prêter.

Nombre de personnes regrettaient la politique malhabile qui avait provoqué une rupture avec le Japon, alors que, par de raisonnables concessions, il eût été aisé de ne pas s'en faire un redoutable ennemi.

¹⁾ Ein Wort des Zirkulars unleserlich.

En présence des conjectures qui donnaient lieu à controverse sur l'orientation de la politique extérieure du Gouvernement Impérial, à savoir, s'il penchait du côté allemand ou s'il inclinait vers les offres anglaises, la presse russe a émis l'avis que la meilleure voie à adopter consiste à attendre les événements.

Cette attitude d'abstention temporaire ou de recueillement permettrait à la Russie d'élucider, d'une façon plus complète, les avantages que pourrait offrir chacune des Puissances qui cherchent sa collaboration.

Il convient, toutefois, de mettre en relief les appréciations formulées ici dans les sphères, passant pour officieuses, relativement aux causes déterminantes du récent traité anglo-japonais.

Voici, en résumé, le raisonnement que l'on y tient :

L'Alliance avec le Japon ne constitue, pour les Anglais qu'un pis aller qui, en réalité est loin d'être de leur goût.

Elle n'a rien de flatteur pour l'orgueil du Grand Royaume-Uni, Empire des Indes et, d'autre part, il n'est certes pas de l'intérêt de la Grande Bretagne de créer en Extrême-Orient une puissance maritime de premier ordre.

Au surplus, au point de vue commercial, la concurrence japonaise en Chine ne saurait être que préjudiciable aux exportations anglaises.

Ce n'est donc pas une solidarité d'intérêts qui a rapproché les deux alliés. Une telle union n'a été cimentée que par un seul facteur : une longue et peut-être même, assez légitime défiance à l'égard de la Russie.

Il suffit d'écarter le fantôme des nouvelles ambitions russes en Asie Centrale et en Extrême-Orient pour que l'alliance Anglo-Japonaise perde sa raison d'être.

Par conséquent, l'avenir de cette alliance se trouve indirectement placé entre les mains du Gouvernement du Tsar.

Plus celui-ci se hâtera de tranquilliser l'Angleterre et le Japon sur ses intentions, plus sera précipité le travail de désagrégation de cette union hybride.

Un personnage considérable, Membre du Conseil de l'Empire, disait au même propos : « La situation actuelle peut être comparée à celle où s'est trouvé Talleyrand au Congrès de

Vienne; après s'être heurté aux quatre Grandes Puissances alliées, il n'a pas tardé à remarquer que leurs intérêts étaient diamétralement opposés et que la seule crainte de la France empêchait leur séparation.

«Aussi s'est-il empressé de donner à chacune d'elles de sérieuses garanties des dispositions pacifiques de son pays et, deux mois après, la quadruple alliance se divisait en deux camps hostiles qui furent bien près de se déclarer la guerre.»

Dans cet ordre d'idées et malgré l'amitié personnelle qui lie les deux Empereurs, comme aussi les témoignages de sympathie donnés à la Russie par Guillaume II pendant la désastreuse campagne d'Extrême-Orient, on estime qu'une entente politique plus intime avec l'Allemagne n'est pas désirable, car elle ne ferait qu'augmenter les susceptibilités de l'Angleterre et consolider l'alliance anglo-japonaise à laquelle est assuré l'appui appréciable des Etats-Unis d'Amérique.

Il est permis de supposer que c'est en s'inspirant de ces considérations que le Gouvernement Impérial n'a pas écarté de récentes tentatives de réconciliation, dont, assure-t-on, le représentant du Roi Edouard, Sir Charles Hardinge, a été chargé auprès du Cabinet de Saint-Pétersbourg.

Le mot de réconciliation semble en effet bien préciser l'extrême froideur qui, sous les dehors de la correction officielle, caractérisait les relations entre les deux Puissances depuis le début de la guerre japonaise et surtout après l'incident de Hull.

D'après des renseignements de bonne source, des pourparlers ont été engagés dans ce but tant à Saint-Pétersbourg entre le Comte Lamsdorff et Sir Charles Hardinge qu'à Londres entre le Marquis de Lansdown et le Comte de Benkendorff, ce dernier partisan ardent et convaincu d'un rapprochement sur des bases solides, de la Russie et de l'Angleterre.

Il ne s'agirait, pour le moment, que du règlement des questions asiatiques pouvant donner matière à conflits, notamment celles qui concernent l'intégrité des territoires de l'Afghanistan et de la Perse; d'établir sur ces points spéciaux un «modus vivendi» qui éloignerait tout froissement de nature à compromettre le maintien de la paix.

Rien cependant n'est encore conclu. Il n'y aurait, en forme de commencement d'exécution, de l'accord à réaliser, que des jalons posés sur le terrain d'une loyale entente.

Un indice sérieux des dispositions dont est animé le Gouvernement Impérial dans le sens d'un retour aux bonnes relations avec l'Angleterre est l'audience donnée à Tsarskoë-Selo par l'Empereur Nicolas à Sir Charles Hardinge avant son départ en congé pour Londres. Le fait n'est pas conforme à l'usage en pareille occurrence. Aussi est-on admis à penser que la visite de l'Ambassadeur a été désirée par Sa Majesté.

L'entretien n'aurait d'ailleurs porté que sur des généralités sans importance particulière. L'Empereur se serait borné à charger Sir Charles Hardinge de transmettre à Son Royal Oncle d'affectueux souvenirs et l'expression de sa sincère amitié personnelle.

De son côté, le Roi Edouard VII aurait manifesté au Comte de Benkendorff son intention de se rendre à Saint Pétersbourg au mois de février ou de mars prochain.

La visite ne se ferait naturellement que si les circonstances, c'est-à-dire la situation politique intérieure de la Russie permettaient l'accomplissement de ce voyage à l'époque où la Famille Impériale se trouve habituellement réinstallée dans la Capitale.

24.

BRUXELLES, 8. 12. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 18 novembre 1905.)

Le plan d'augmentation de la flotte de guerre prévu par le budget de 1906 était déjà connu en substance avant la publication des détails, et il est bien accueilli par l'opinion publique. La chose est d'autant plus à remarquer que la situation des finances de l'Empire est loin d'être satisfaisante.

La marine de guerre était autrefois très impopulaire en Allemagne. Le revirement en sa faveur a commencé après les guerres du Transvaal et de Cuba que l'opinion publique allemande a considérées comme des actes de piraterie. Elle a voulu

mettre l'Empire à l'abri d'agressions semblables. La nouvelle organisation des forces navales britanniques a fait encore mieux sentir la nécessité de posséder une flotte, non dans le but d'attaquer l'Angleterre, ce à quoi personne ne songe et ce qui est d'ailleurs irréalisable, mais uniquement pour se défendre contre elle.

L'Allemagne n'est exposée à être attaquée sur le Continent que par la France ou la Russie. Dans l'éventualité d'un conflit avec elles, le sort de la guerre se décidera par les armées de terre et une bataille navale de quelque côté que reste la victoire, n'aura aucune influence sur les conditions de la paix. C'est donc l'Angleterre seule que l'Allemagne a à redouter et qui l'oblige à entretenir une marine hors de proportion avec les nécessités de la protection de ses intérêts commerciaux dans les pays exotiques.

Malheureusement l'attitude non seulement de la presse anglaise mais aussi celle des ministres anglais est de nature à nourrir ces défiances. On a beaucoup remarqué ici, dans les discours de Lord Lansdowne au club constitutionnel, et de M. Balfour au banquet du Lord Maire, pacifiques dans leur ensemble, certaines allusions qui, sans nommer l'Allemagne, ne pouvaient s'adresser qu'à elle.

Lord Lansdowne a dit que l'Angleterre avait été de temps en temps entravée par le fait que dans plusieurs parties du monde elle s'était trouvée en présence de rivalités qui ne pouvaient être avantageuses à personne sauf peut-être à quelque potentat astucieux qui savait comment en tirer profit.

M. Balfour a dit qu'il pensait qu'il n'y aurait pas de guerre à l'avenir à moins qu'il ne surgisse des nations ou des chefs d'Etats qui sentent qu'ils ne peuvent réaliser leurs plans d'agrandissement national qu'en foulant aux pieds les droits de leurs voisins. Le premier ministre anglais a toutefois ajouté qu'il ne voyait pas de perspective d'une pareille calamité pour l'Europe.

25.

BRUXELLES, 9. 12. 1905.

(Extraits d'un rapport de Londres du 18 novembre 1905.)

On croit généralement que le moment n'est pas favorable à une nouvelle orientation de la politique russe.

Bien que l'Allemagne, la Grande Bretagne et la France semblent toutes désireuses de s'assurer ou de garder une influence prépondérante à S^t Pétersbourg, la Russie a intérêt à être en bons termes avec toutes les Puissances, sans se lier plus intimement avec aucune d'elles et à jouer un rôle plutôt effacé. Si l'Angleterre veut pousser son projet d'entente avec l'Empire, il faudra qu'elle montre que cette entente n'est pas destinée à susciter la méfiance d'autres Etats, car dans les circonstances actuelles le Gouvernement de l'Empereur ne pourrait rien entreprendre qui fût de nature à compromettre ses bonnes relations avec les autres nations. La Russie a besoin de la bienveillance générale de l'Europe pour traverser cette crise dangereuse.

26.

BRUXELLES, 20. 12. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 2 décembre 1905.)

Le discours prononcé par l'Empereur le 28 novembre à l'occasion de l'ouverture du Reichstag a fait connaître à la nation la vérité tout entière sur les relations de l'Empire avec les Puissances étrangères, sans en rien déguiser.

Ce discours a produit beaucoup d'impression mais il a été accueilli avec un calme parfait. Cela provient sans doute de ce que l'on s'attendait en général aux déclarations de l'Empereur.

L'opinion publique, en effet, est assez pessimiste. De tous côtés, en dehors des sphères officielles on entend parler d'une agression anglaise comme d'une chose certaine dans un avenir plus ou moins éloigné.

Malgré la clarté du discours du trône l'opinion est divisée

sur la question de savoir si l'Angleterre seule est visée ou si la France l'est aussi, dans le passage où l'Empereur a parlé des Puissances avec lesquelles les relations sont correctes seulement.

La plupart des journaux français et anglais penchent pour la seconde hypothèse.

A coup sûr l'affaire du Maroc n'est pas encore complètement réglée mais la France a donné un gage de ses intentions pacifiques en abandonnant M. Delcassé.

Le passage du discours de l'Empereur concernant l'affaire marocaine ne trahit, au surplus, aucun mécontentement à l'égard du Gouvernement français.

Plusieurs journaux de Londres et de Paris prétendent également que Sa Majesté a assombri à dessein le tableau pour faire passer plus aisément les crédits relatifs à la marine. Il n'y a cependant rien dans le discours du trône qui ressemble à une tactique parlementaire. Il est absolument d'accord avec les discours de l'Empereur à Strasbourg, à Mayence, à Dresde et au toast porté par Sa Majesté le jour de l'inauguration du monument du maréchal Moltke. Il répond même à des préoccupations plus anciennes, mais qui n'ont pas été rendues publiques.

Déjà en 1900 le Prince de Bülow avait déclaré qu'il ne pouvait pas faire connaître en séance plénière du Reichstag les raisons pour lesquelles le Gouvernement voulait augmenter la marine de guerre, mais qu'il s'en expliquerait dans la commission. Le secret des travaux de cette commission a été bien gardé; mais il n'était pas difficile de deviner que le Chancelier avait motivé sa demande de crédit par la perspective d'une agression anglaise. L'Allemagne n'a besoin de vaisseaux de ligne que pour se défendre contre l'Angleterre. Une escadre et même une petite escadre de croiseurs suffirait pour protéger ses autres intérêts.

Pour n'avoir pas été cherché, l'effet n'en a pas moins été produit. Les conservateurs et les nationaux libéraux sont sans réserve partisans de l'augmentation de la flotte. Commentant le discours du trône, la Germania, organe du parti du centre, écrit, que le Reichstag a une tâche importante à remplir et saura faire le nécessaire pour assurer la prospérité, l'honneur

et la paix de l'Empire. Même les journaux freisinnigen¹⁾ ne font pas aux projets maritimes leur opposition accoutumée. Le vote en est donc assuré. Il est moins certain que le Reichstag crée les ressources nécessaires pour les payer.

27.

• BRUXELLES, 22. 12. 1905.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 11 décembre 1905.)

Le discours que le Chancelier a prononcé mercredi au Reichstag sur la politique extérieure a été très bien accueilli en Allemagne par la presse de tous les partis sauf par les journaux socialistes. Cette satisfaction générale est due à ce que, contrairement à ce qui s'est passé à Paris et à Londres, le langage du Prince de Bülow a été interprété ici dans un sens pacifique et répond ainsi aux sentiments du peuple allemand. L'immense majorité de la nation n'accepterait une guerre que si elle y était contrainte par une agression. Elle est satisfaite du partage politique de l'Europe, n'aspire pas à de nouvelles acquisitions territoriales et ne se soucie pas de compromettre par des aventures ce qu'elle possède déjà. On pourrait même dire que ces idées sont celles de tous les Allemands sans exception. Il n'y a pas à tenir compte en effet du groupe infime des pangermanistes sans autorité et sans influence, qui ne fait quelque impression à l'étranger que grâce au tapage de ses brochures et de ses journaux. Ceux-ci lui donnent l'apparence d'une importance qu'il ne possède pas.

La seule critique que l'on entend formuler par des allemands contre le discours du Chancelier est qu'il était peut-être regrettable de revenir sur des torts que la France a eus, mais qu'elle a reconnus et réparés.

La discussion sur la politique extérieure qui a suivi au Reichstag le discours du Prince de Bülow a montré que le Parlement est d'accord avec les journaux pour approuver l'attitude du Gouvernement.

¹⁾ So im Zirkular.

M. Bebel a parlé pendant plus de deux heures. Son argumentation peut se résumer ainsi: «Le voyage de l'Empereur à Tanger a été une provocation. L'augmentation de la flotte en est une autre à l'adresse de l'Angleterre et diminue la sécurité de l'Allemagne au lieu de l'accroître. Le Chancelier a commis une faute lorsqu'il a interdit à M. Jaurès de venir parler à Berlin dans l'intérêt de l'apaisement du conflit franco-allemand. Le socialisme est le seul parti réellement pacifique en Allemagne qui saurait au besoin empêcher la guerre malgré le Gouvernement.»

A part cette note discordante, tous les autres orateurs se sont rangés du côté du Chancelier. Déjà avant que le Prince de Bülow eût parlé, le sens de l'interpellation de M. Fritzen du Centre montrait que ses amis politiques approuvent la direction des Affaires Etrangères. Après le discours du Chancelier, M. le Baron de Richthofen (Député qu'il ne faut pas confondre avec le Secrétaire d'Etat), au nom des conservateurs, M. Bassermann et M. de Kardorff au nom des nationaux libéraux, et des conservateurs libres, se sont prononcés dans le même sens.

28.

BRUXELLES, 29. 12. 1905.

(Extraits d'un rapport de Paris du 19 décembre 1905.)

Le livre jaune et l'important discours de M. Rouvier qui a suivi sa publication, ont produit en France une très profonde impression. On se plaît à trouver dans la publication des documents officiels une preuve de la correction et de la franchise du Gouvernement de la République ainsi que de l'équité de ses intentions au point de vue international. On comprend donc de moins en moins ici l'attitude dans laquelle l'Allemagne semble persévérer et il s'est opéré un tel revirement dans l'opinion publique que l'on est arrivé à regretter les concessions que l'on a faites et à être bien résolu à attendre les événements sans plus en accorder. Ce livre jaune est envisagé comme une éloquente défense de la cause française. Si l'on ne peut y trouver la justification des accusations dirigées par l'Allemagne contre

les arrières-pensées de la politique marocaine de la France, il faut reconnaître pourtant que l'on n'y voit pas non plus la preuve de leur invraisemblance. En laissant la situation telle qu'elle était connue, cette publication ne change rien au fond de la question, et le mécontentement de l'Allemagne, basé sur ce que le cabinet de Berlin a été tenu à l'écart des négociations qui ont amené l'action française au Maroc n'en est pas atténué. Ici au contraire, l'impression produite par le Livre Jaune est que la politique française a été dans cette affaire à l'abri de tout reproche au point de vue international tandis que celle de l'Allemagne a été injuste et agressive. Il en résulte la satisfaction dangereuse de proclamer ses droits en jetant un jour défavorable sur l'attitude d'un antagoniste fort susceptible.

Il règne dans les sphères officielles une certaine inquiétude. Le silence dans lequel on se renferme à Berlin est-il de bon ou de mauvais augure? Y consentira-t-on à laisser l'Europe sous l'impression des publications françaises, ou cherchera-t-on à rallier l'opinion publique? Une nouvelle polémique plus âpre et plus directe risquerait alors de s'engager entre les deux Gouvernements et elle serait aussi regrettable que dangereuse surtout à la veille de la conférence.

L'impression produite ici par les derniers discours du Prince de Bülow a été très mauvaise. Si elle devait se réitérer, on ne serait plus disposé à tolérer l'insistance que l'on met à ne tenir aucun compte des déclarations ou des dénégations les plus formelles du Cabinet de Paris. C'est ainsi, entre autres, que l'on continue à soutenir d'une part que M. S^t René Taillandier a parlé à Fez au nom de l'Europe, tandis que de l'autre on le nie. Il est bien évident, comme on l'affirme ici, que le Ministre de France ne s'est pas présenté comme investi d'un mandat politique de l'Europe, mais il est fort probable et il ressort de l'esprit de ses instructions qu'en réclamant des réformes, il a dû parler au nom des intérêts de toute l'Europe. C'était là peut-être plus qu'il n'en fallait pour éveiller la susceptibilité de l'Allemagne dans l'état d'esprit où elle se trouvait en présence du rôle qu'assumait la France, rôle qu'elle n'avait pas été appelée à préparer de concert avec les autres puissances

intéressées, et dont elle se plaignait d'avoir été trop tardivement et trop superficiellement informée.

La déclaration qui a été lue à la Chambre par M. Rouvier a confirmé et grandement fortifié l'impression produite par le Livre Jaune.

On a eu parmi les députés la sensation que l'heure était solennelle et qu'il fallait se grouper en masse autour du Gouvernement de la France.

Les divers orateurs qui avaient annoncé des interpellations hostiles ont renoncé à la parole et la Chambre, par 501 voix contre 51 a approuvé les déclarations du Gouvernement et clôturé la discussion.

Le vote de la Chambre est un triomphe pour M. Rouvier et donnera une grande force aux plénipotentiaires de la France pour la défense des intérêts de leur pays à la conférence.

On est convaincu que les déclarations du Président du Conseil eussent été empreintes de moins de fermeté s'il n'avait pas été certain de l'appui que lui conserve l'Angleterre malgré le changement du Cabinet et l'on ne doute pas que l'entente cordiale subsiste sans altération.

M. Delcassé n'ayant pas été mis en cause par suite du retrait des interpellations, n'a pas eu à défendre sa politique. La France sincèrement désireuse du maintien de la paix, semble pourtant résolue à soutenir la position qu'elle a prise dans la question marocaine. Il faudra que la diplomatie allemande déploie une grande souplesse et fasse preuve d'un tact extrême pour atteindre sans le dépasser le but qu'elle s'est proposé par son intervention, et elle aura à tenir compte de la mentalité nouvelle qu'elle a provoquée ici, sans l'avoir peut-être prévue.

29.

BRUXELLES, 6. 1. 1906.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 24 décembre 1905.)

D'après des informations provenant d'une source très autorisée, le changement de ministère en Angleterre a été accueilli

avec satisfaction à Berlin. On croit dans les sphères officielles que le cabinet libéral suivra une politique très amicale pour la France et cherchera à se rapprocher de la Russie sans que ces deux tendances impliquent de l'hostilité pour l'Allemagne. Celle-ci compte parmi les nouveaux Ministres anglais trois amis déclarés tandis qu'elle n'en avait point dans l'ancien ministère.

Il semble qu'on ait ici dans la droiture de M. Campbell-Bannerman une confiance que n'inspirait pas M. Balfour. La manière dont a été préparée la guerre du Transvaal par l'expédition Jameson, l'attitude longtemps hésitante de M. Balfour vis-à-vis des plans de M. Chamberlain, la récente visite de la flotte anglaise dans la Baltique, la conduite de l'Angleterre dans l'affaire du Maroc et bien d'autres choses encore, n'étaient pas de nature à donner ici une idée favorable du cabinet conservateur britannique.

M. Campbell-Bannerman a déclaré dans son discours programme¹⁾ à l'Albert Hall que, pour ce qui concerne les relations de l'Angleterre avec l'Allemagne il ne voyait dans les intérêts des deux peuples aucune raison qui pourrait les troubler. Il a salué avec satisfaction les manifestations d'amitié non-officielles qui se sont produites récemment dans les deux pays. Il a annoncé que la politique libérale ne serait pas une politique d'agression et serait animée du désir d'entretenir les meilleures relations avec toutes les puissances.

La résolution amicale pour l'Angleterre, récemment votée dans une réunion des Anciens du commerce de Berlin, avait été communiquée à M. Campbell-Bannerman, et c'est à cette résolution que le Premier Ministre faisait allusion en parlant de manifestations d'amitié non officielles.

Il a répondu aux Anciens du commerce de Berlin par un télégramme des plus gracieux.

Cette résolution a été également communiquée au Chancelier. La réponse du Prince de Bülow conclut en disant que les idées exprimées dans ce document sont assurées de sa plus chaleureuse sympathie.

¹⁾ So im Zirkular.

BRUXELLES, 13. 1. 1906.

(Extraits d'un rapport de Paris du 11 Janvier 1906.)

Malgré la réserve que l'on s'impose dans un moment qui ne saurait être considéré comme opportun pour une polémique acerbe on ne parvient guère, dans les sphères officielles, à dissimuler la pénible impression produite par la publication du Livre blanc allemand.

M. Rouvier m'a dit aujourd'hui qu'il était étonné qu'après toutes les déclarations qu'on lui avait faites sur l'esprit de conciliation qui animait le Cabinet de Berlin, on insistât autant à ne tenir aucun compte de ses affirmations et de celles de M. S^t René Taillandier et que l'on persistât à affirmer que la vérité est dans l'interprétation donnée aux paroles du Ministre de France à Fez par les interprètes du Sultan. Son Excellence trouve cette insistance peu courtoise et ne peut la considérer comme un symptôme de conciliation.

On s'accorde pourtant assez à ne voir dans le Livre blanc que le désir de la Chancellerie allemande de justifier l'attitude énergique qu'elle a prise et que l'Europe, sous l'impression du Livre jaune, pouvait être entraînée à considérer comme excessive. On s'accorde aussi à en conclure que, bien qu'animée d'intentions conciliantes et pacifiques, l'Allemagne est résolue à ne rien abandonner du but qu'elle s'est proposée depuis son intervention dans les affaires marocaines.

M. Rouvier lui-même, quoiqu'il dise ignorer avec quelles instructions les plénipotentiaires allemands vont à Algésiras, ne croit pas que l'Allemagne y présentera des prétentions qui sortiraient du programme ébauché le 28 Septembre et qui seraient irréalisables. Ce programme étant susceptible d'interprétations assez élastiques, M. Rouvier a pu espérer que la Conférence l'appliquerait dans un sens aussi voisin que possible de celui de M. Delcassé, mais ses illusions semblent évanouies, et il se rend compte, comme tout le monde ici, qu'on se trouve en présence de la ferme résolution de l'Allemagne de ramener la question marocaine sur les bases de la Conférence de Madrid

en s'opposant à tout rôle prédominant d'une Puissance isolée.

L'Allemagne veut atteindre ainsi ce double but de réserver l'avenir du Maroc et de prouver à la France l'inanité de la Convention anglo-française. S'il semble donc certain d'une part, que l'Allemagne ne consentira pas à concéder un mandat spécial en dehors des régions frontières, il paraît également certain, d'autre part, que la France et les Puissances méditerranéennes ne consentiront pas à une internationalisation qui irait jusqu'à permettre à l'Allemagne de prendre pied, sous un prétexte quelconque sur le sol marocain. En présence de cette opposition on a accueilli avec satisfaction la nomination du Marquis Visconti Venosta comme délégué de l'Italie, parce qu'on y a vu la preuve que, sans vouloir jouer le rôle d'arbitre, le Cabinet de Rome avait pourtant l'intention de donner à son intervention une importance que l'on considère comme ne pouvant être que favorable à des mesures de conciliation et à des propositions transactionnelles cherchant à sauvegarder la dignité de la France tout en laissant intact le veto de l'Allemagne, protecteur des intérêts de la communauté des nations.

On attribue naturellement ici, et non sans raison peut-être, à des menées allemandes, l'attitude que la presse espagnole a prise tout récemment à l'égard de la France au sujet des obligations contractées par la Convention franco-espagnole.

On voudrait faire entendre que la France n'étant plus au Maroc dans la situation privilégiée où elle semblait devoir être lors de la signature de cette Convention, on n'est plus tenu d'en respecter les clauses.

Quoique le Cabinet de Madrid actuel n'inspire pas ici la même confiance que le précédent, on se refuse pourtant à croire à un acte félonie¹⁾ de sa part.

¹⁾ Im Zirkular „félonie“.

BRUXELLES, 20. 1. 1906.

(Extraits d'un rapport de Paris du 16 Janvier 1906.)

Les dernières impressions recueillies de sources sérieuses sur la situation politique au moment de l'ouverture de la Conférence d'Algésiras sont plutôt de nature à rassurer qu'à alarmer. Il ne ressort pas pourtant de ces informations que les deux Puissances principalement engagées dans le conflit marocain aillent à la Conférence avec un programme connu et destiné à aplanir toutes les difficultés. Rien n'a transpiré sur les prétentions qui seront présentées de part et d'autre et quoique cette incertitude maintienne l'opinion publique dans un état regrettable de nervosité inquiète, elle semble pourtant autoriser à croire qu'on ne manifestera ni d'un côté, ni de l'autre, des idées arrêtées et absolues et que le champ est ouvert aux transactions, à l'entente et à la conciliation.

Lors de son passage à Paris, le marquis Visconti Venosta a eu un entretien avec M. Rouvier et ensuite avec le prince de Radolin.

Le plénipotentiaire italien qui a pris très à cœur le rôle important qu'il est éventuellement appelé à jouer à Algésiras a dit qu'après la conversation qu'il avait eue avec le Président du Conseil et l'Ambassadeur d'Allemagne, il voyait mieux la possibilité d'une entente que lorsqu'il avait quitté Rome, où il avait été impressionné par le caractère plutôt intransigeant des confidences qui lui avaient été faites par les Représentants de la France et de l'Allemagne.

Il reste à savoir si c'est le prince de Radolin ou l'Ambassadeur à Rome qui est le plus fidèle interprète des idées de la Chancellerie Impériale.

Le marquis Visconti Venosta a dit au Comte Tornielli qu'il s'efforcerait d'exercer à Algésiras une influence conciliatrice, qu'il engagerait les représentants des Puissances à éviter de se grouper en camps opposés et rivaux et qu'il conseillerait à ses collègues de ne porter devant la Conférence aucune question sur laquelle un accord préalable n'ait été établi, dans les grandes lignes entre la France et l'Allemagne.

Selon lui c'est dans les pourparlers préliminaires qu'il faut chercher à aplanir les difficultés afin de ne porter devant la Conférence que des questions qui ne risquent plus d'exciter des rivalités d'amour propre national, et de réaliser le vœu déjà exprimé, qu'il n'y ait ni vainqueur ni vaincu. Il prépare sur les points délicats des solutions transactionnelles et il espère que si les dispositions qui se manifesteront à Algésiras sont analogues à celles qu'il a rencontrées ici, on pourra aboutir à une solution assez satisfaisante pour les intérêts de tous. Il ne se dissimule pas que la situation n'est pas encore claire et que certaines exigences formulées d'une part ou de l'autre pourraient rendre toute solution amicale impossible. Si l'Allemagne s'en tenait aux idées formulées dans la dépêche du 16 Juin 1905 et insistait sur une application trop étendue à son profit du principe de l'internationalisation des réformes, on se heurterait à des difficultés insurmontables. Il ne faudrait pas que l'Allemagne, tout en ayant l'air de reconnaître la situation privilégiée de la France au Maroc, cherchât à s'y créer une installation matérielle à ses côtés; elle rencontrerait sur ce terrain une opposition formelle de la part des Puissances méditerranéennes.

Tout danger n'est donc pas éliminé et il consiste surtout en ce que tout dépend de la volonté de l'Empereur Guillaume et que tant que le fond de sa pensée n'aura pas été exposé sur le tapis vert d'Algésiras, on peut toujours redouter des complications.

Le marquis Visconti Venosta ne pense pas que l'Empereur élève des prétentions qu'il sait irréalisables sans pousser les choses à l'extrême; il est persuadé qu'on se rend compte à Berlin du sentiment qui règne actuellement en France et qui indique qu'on y est arrivé au dernier degré de ce que la dignité nationale peut supporter. On sait, croit-il, que toute nouvelle prétention germanique se heurterait à une résistance qui ne fléchirait devant aucune éventualité, et que, dans ce cas extrême, la France trouverait un efficace appui dans son entente cordiale avec l'Angleterre.

M. Visconti Venosta se refuse à croire que l'Allemagne veuille

élever des prétentions qui cacheraient des intentions belliqueuses, il pense qu'elle pourrait se contenter des résultats très considérables de son intervention au Maroc, mais qu'il faut trouver le moyen de faire consacrer ces résultats par la Conférence afin que l'amour-propre germanique soit satisfait. Rien ne semble pouvoir motiver en ce moment la crainte d'un conflit que l'on pouvait redouter il y a environ un an. On est sous l'impression des conséquences d'un moment critique. La crainte d'une rupture immédiate a provoqué alors des mesures militaires préparatoires de part et d'autre et c'est l'écho de ce cliquetis d'armes qui, en arrivant aux oreilles du public, l'impressionne actuellement.

Il ne semble pas que si le fond de la pensée allemande eût été la guerre, on eût attendu jusqu'à ce jour pour profiter de la faiblesse de la France à qui le temps sert pour organiser sa défense.

Il est à noter que le changement survenu dans la politique intérieure de l'Angleterre, diminue sa combativité et exercera par la suite une influence calmante sur le continent. Le désir qui se manifeste ici de porter à la présidence de la République une personnalité qui offre des garanties de sécurité pour les relations extérieures est encore un indice rassurant.

On estime que si les préparatifs militaires que fait l'Allemagne se poursuivaient dans de grandes proportions, ce serait la preuve qu'elle veut la guerre, vu qu'elle n'a pas à craindre d'être attaquée par la France et que les inquiétudes qu'elle a pu avoir un moment du côté de l'Angleterre doivent être apaisées.

Du côté français on a naturellement pris sur toute la frontière des mesures de précaution, mais qui n'ont aucun caractère agressif et sont purement défensives. On assure que 270 millions ont été consacrés à cette réorganisation et que l'or est peu à peu retiré de la circulation pour constituer un trésor de guerre.

BRUXELLES, 29. 1. 1906.

(Extrait d'un rapport de Londres du 23 Janvier 1906.)

Jusqu'ici on ne remarque pas, dans les cercles bien informés du monde politique anglais, les signes de nervosité que l'on constate sur le continent. On n'a pas ici l'impression que la guerre doive éclater infailliblement entre la France et l'Allemagne. Au contraire, on croit pouvoir espérer que la question marocaine se résoudra pacifiquement. En effet, on se flatte que l'Allemagne hésitera à pousser la France à une rupture, puisque la République peut compter sur l'appui de la flotte britannique et que le cabinet Campbell-Bannerman est décidé à faire honneur aux engagements pris par le gouvernement qui l'a précédé, dans le cas où l'Empereur Guillaume attaquerait sans juste raison l'alliée de l'Angleterre. Il est vrai que le nouveau cabinet représente un parti, qui, en principe, est hostile à la guerre; les libéraux se sont toujours montrés moins enclins que les tories aux aventures militaires. Le parti ouvrier devenu subitement plus important, veut la paix. Le gouvernement doit donc compter avec cet état des esprits et se dire qu'une entreprise militaire serait en tous cas impopulaire. La dernière guerre a laissé des souvenirs cuisants au point de vue financier; les sacrifices faits en Afrique australe pèsent lourdement encore sur les classes moyennes et ouvrières. Or celles-ci ont aujourd'hui leur mot à dire et elles ont accueilli avec joie les promesses faites par M. Campbell Bannerman d'alléger autant que possible les charges militaires et navales qui pèsent sur la nation. Néanmoins si l'honneur, la parole donnée l'exigeaient impérieusement on soutiendrait la France. On l'a dit.

Mais en tout cas le cabinet actuel n'engagera pas, croit-on, la France à se montrer intransigeante à Algésiras. On pense qu'il agirait en sens inverse et pousserait à l'entente plutôt qu'à la rupture dans la crainte de devoir participer aux hostilités. On ne paraît guère attacher d'importance à l'idée d'un plan machiavélique qui a été attribué au gouvernement de

M. Balfour en vertu duquel celui-ci aurait encouragé sous main la République à entrer en conflit avec l'Allemagne, afin que celle-ci fut affaibli¹⁾ au profit du Royaume-Uni.

33.

BRUXELLES, 12. 3. 1906.

(Extrait d'un rapport de Paris du 6 mars 1906.)

Le Roi Edouard VII est arrivé samedi soir à Paris et il est descendu à l'Ambassade d'Angleterre.

Quoique Sa Majesté ait voulu conserver l'incognito, les circonstances donnent à sa présence à Paris et aux entrevues qu'Elle a eues ici une importance toute spéciale. Le Roi a échangé des visites avec le Président de la République et il l'a convié à dîner Dimanche à l'ambassade ainsi que M. Rouvier et le baron de Courcel qui vient de revenir de Berlin. De plus, et c'est là le point intéressant, il a reçu hier à déjeuner M. Loubet et M. Delcassé.

Cette marque de courtoisie envers M. Delcassé, en ce moment, est très commentée. Elle est généralement considérée comme une démonstration très significative qui déconcerte par l'étendue et la gravité des conséquences qu'elle peut avoir.

Il est naturel que le roi d'Angleterre ait désiré donner un témoignage spécial de sympathie au ministre qui s'était montré si empressé à entrer dans les vues de l'Angleterre, mais en appelant à lui celui dont l'Allemagne a exigé la retraite, il a donné une consécration nouvelle à l'accord du 8 avril 1904 et sanctionné une politique contre laquelle l'Allemagne proteste et que la France elle-même a répudiée.

Si quelques doutes pouvaient subsister encore sur les intentions de la grande Bretagne, ils sont dissipés; mais on se demande quelle est la portée réelle de cette démonstration et l'on hésite à en comprendre l'utilité et même la prudence dans les circonstances actuelles où les difficultés s'accumulent pour

¹⁾ So im Zirkular.

l'Allemagne et où son amour propre semble déjà suffisamment atteint par la marche des négociations d'Algésiras.

On n'est pas sans craindre que la coïncidence de ces événements ne produise une certaine irritation capable d'influencer d'une façon facheuse les décisions du cabinet de Berlin et ne l'empêche d'accepter avec tout le calme désirable l'échec bien prévu de la Conférence.

On envisage presque l'acte posé par le Roi Edouard comme une riposte de la descente de l'Empereur Guillaume à Tanger et on attache d'autant plus d'importance à cet acte qu'on ne conçoit pas qu'un souverain dont on connaît l'esprit pondéré ait pu s'y résoudre sans en mesurer toutes les conséquences et en assumer toutes les responsabilités.

Le Roi a voulu, paraît-il, montrer que la politique qui a provoqué l'énergique intervention de l'Allemagne est restée malgré cela la même parce que l'Angleterre a maintenu fermes et immuables les principes qui lui ont dicté l'accord du 8 avril 1904.

Dans les cercles diplomatiques cette manifestation est considérée comme inutile et fort dangereuse en ce moment. Dans le monde français elle est médiocrement appréciée vu qu'on se sent par là entraîné malgré soi dans la politique anglaise dont on redoute les effets et que l'on a généralement désapprouvée en conspuant M. Delcassé.

On craint en somme d'avoir vu se manifester ici un symptôme du désir que pourrait avoir l'Angleterre d'envenimer la situation au point de rendre la guerre inévitable.

Dans les sphères officielles pourtant et notamment au ministère des affaires étrangères, on affecte de prendre la chose avec beaucoup de calme. On considère la démonstration du Roi envers M. Delcassé comme une conséquence toute naturelle des rapports amicaux qu'ils ont eus pendant tant d'années et on ne veut y voir que le désir du Souverain de la grande Bretagne de donner dans un moment difficile un nouvel appui à la cause de la France.

Il est à constater que la presse française est jusqu'ici muette sur l'entrevue du Roi avec M. Delcassé.

BRUXELLES, 12. 3. 1906.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 mars 1906.)

Quoique la position du cabinet Rouvier fut peu solide on ne s'attendait pas au vote qui l'a renversé hier soir par 267 voix contre 234.

C'est sur la question des inventaires d'Eglises que le vote de confiance a été refusé à M. Rouvier.

On supposait que le Ministère resterait au pouvoir jusqu'après les élections; mais les difficultés tant intérieures qu'extérieures se sont accumulées; M. Rouvier ayant perdu la confiance du Bloc et n'ayant pas suffisamment conquis celle des centres modérés, n'a pas pu faire face à ces difficultés et il a compris que la lutte était devenue impossible pour lui. Il est tombé parce qu'il a voulu tomber et c'est pour cela qu'il n'a opposé qu'une résistance faible sachant bien que ses déclarations ne satisferaient personne.

Certes la loi de séparation et ses premières conséquences ont fait peser de graves responsabilités sur le cabinet et la situation intérieure du pays est pleine de périls, mais il faut voir dans la coalition qui a renversé M. Rouvier et surtout dans sa résignation à la retraite des motifs et des craintes qui sont dans tous les esprits mais qui n'ont pas été portés à la tribune ni divulgués dans la presse.

Les incidents d'hier sont le résultat de la situation faite au Ministère par la démonstration du Roi d'Angleterre en faveur de M. Delcassé. On a voulu voir par là le pays exposé de nouveau aux inquiétudes causées par la politique de M. Delcassé que l'Angleterre entraînait sur une pente fatale. Le Ministère, qui n'a pas su prévoir et empêcher cette démonstration compromettante, n'avait plus la confiance du pays et il ne pouvait résister au sentiment national ni aborder une discussion publique pour se justifier. M. Rouvier l'a compris et a senti que sa retraite s'imposait.

On pense que, quelque soit l'homme politique que le Président chargera de former le nouveau cabinet rien ne sera modifié dans l'attitude de la France dans la question marocaine.

35.

BRUXELLES, 21. 3. 1906.

(Extrait d'un rapport de Paris de 15 mars 1906.)

En ce qui concerne les relations extérieures, les membres du cabinet sont d'accord pour ne rien changer à l'orientation de la politique. La crise ministérielle survenue au moment où des résolutions décisives allaient être prises à Algésiras a peut être laissé espérer à l'Allemagne que les conditions intérieures de la France lui imposeraient de nouvelles concessions au Maroc; de là un temps d'arrêt dans les négociations; mais M. Bourgeois ne semble avoir modifié en rien les instructions données par M. Rouvier à M. Révoil.

S'il y a lieu de prévoir une légère modification dans l'orientation que M. Bourgeois donnerait à la politique suivie par M. Rouvier, il faudrait, pense-t-on, la chercher dans le désir du nouveau Ministre des Affaires Etrangères de s'affranchir un peu plus de l'influence anglaise; mais ce n'est là qu'une supposition qui n'est basée jusqu'ici sur aucune manifestation. L'entente cordiale serait maintenue mais on la soustrairait aux conséquences dangereuses pour la France d'un retour aux entraînements complaisants de M. Delcassé, et M. Bourgeois a sous ce rapport les mains plus libres que M. Rouvier.

36.

BRUXELLES, 30. 3. 1906.

(Extrait d'un rapport de St Pétersbourg du 22 mars 1906.)

Il y a un mois les impressions du comte Lamsdorff au sujet de la tournure prise à la Conférence d'Algésiras par le différend franco-allemand, étaient pessimistes.

Il semblait à Son Excellence que la question se trouvait placée sur le terrain de l'amour propre entre les deux grandes puissances rivales et que dès lors il devenait difficile de trouver un moyen de sortir de cette dangereuse impasse.

Les prétentions de la France, d'après le comte Lamsdorff,

étaient aussi modérées que justifiées et l'obstination de l'Allemagne à les combattre provenait plutôt d'une résistance personnelle de l'Empereur Guillaume que d'une exacte notion des intérêts internationaux qu'il s'agissait de sauvegarder dans l'Empire chérifien.

La France ayant fait toutes les concessions compatibles avec sa dignité, l'Allemagne aurait du tenir compte de cet esprit de conciliation. En continuant son opposition, elle donnait prise au soupçon de vouloir faire échouer la Conférence dont elle avait réclamé avec tant d'insistance la réunion.

Le comte Lamsdorff trouvait inadmissible de laisser plus longtemps les représentants des tierces puissances dans le rôle effacé où ils s'étaient tenus jusque là.

A la réception hebdomadaire du 21 mars le langage du ministre des affaires étrangères a été beaucoup plus réservé. Son Excellence s'est bornée à dire son espoir de voir bientôt résolues les difficultés soulevées par l'organisation de la police et de la banque au Maroc mais il n'a fait aucune allusion à l'intervention que l'on prête au gouvernement russe auprès du gouvernement français afin de décider celui-ci à accepter, ne fût-ce que pour la forme, le principe de l'internationalisation auquel l'Allemagne attache une si grande importance.

Il ne s'agirait pas d'adhérer à la proposition austro-hongroise, c'est à dire d'obtenir que la France consente à confier la surveillance de la police à une puissance neutre dont le représentant résiderait à Casablanca, mais d'une combinaison qui, en sauvegardant les intérêts et la dignité de la France, donnerait en même temps satisfaction aux prétentions irréductibles, semble-t-il, de l'Allemagne sur ce point.

Dans les milieux diplomatiques on est généralement d'avis que l'avènement de M. Léon Bourgeois à la tête du Département des affaires étrangères est d'un heureux augure pour l'arrangement des questions irritantes qui ont tenu jusqu'ici en suspens les résultats de la Conférence d'Algésiras.

M. Léon Bourgeois passe pour être partisan d'un rapprochement de la France avec l'Allemagne et ceux qui l'ont vu à la Conférence de la Paix de La Haye savent quelle est la fécondité

de ses ressources pour arriver à la solution des problèmes les plus compliqués.

Le gouvernement de la République peut être assuré, en tout cas, du soutien de la Russie, soutien dont il a reçu un gage effectif par les déclarations que le gouvernement du Tzar a chargé son délégué de faire à Algésiras pour appuyer la thèse française au moyen d'arguments concluants et dont le sens pratique a produit son effet.

37.

BRUXELLES, 18. 4. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 11 avril 1906.)

L'Allemagne ne participera pas au grand emprunt russe qui sera prochainement émis. Il est de règle ici qu'avant de prêter leur concours à des opérations de ce genre, les chefs des maisons de banque demandent au gouvernement si elles ne contrarient pas la politique générale de l'Empire.

D'après des informations qu'il y a lieu de croire exactes le chancelier aurait fait savoir mercredi dernier à M. von Mendelssohn, banquier du gouvernement russe en Allemagne, que le gouvernement Impérial ne pourrait pas approuver l'émission d'un emprunt russe. Le prince de Bülow a motivé cette communication en se basant sur des avis émanant de l'office du trésor de l'Empire, du ministère des finances de Prusse, de la banque de l'Empire et d'autres établissements financiers. L'état du marché est défavorable. Il y a plutôt pénurie qu'abondance de capitaux comme le prouve le fait que la banque de l'Empire maintient depuis longtemps le taux de l'escompte à 5 pour cent et qu'il n'est pas question de l'abaisser quoique la banque d'Angleterre lui en ait donné l'exemple. De plus l'Empire et la Prusse vont tous deux lancer des emprunts et demanderont environ 600 millions de crédit.

Il ne paraît pas que le prince de Bülow ait invoqué des raisons politiques à l'appui de sa décision, mais elles auront certainement joué un rôle. On s'attendait naturellement à

Berlin à ce que la Russie soutint son alliée, la France, dans la question marocaine, mais on croyait pouvoir compter sur quelque gratitude pour l'immense service rendu par la neutralité bienveillante de l'Allemagne pendant la guerre entre la Russie et le Japon. Au contraire, à peine la paix était-elle conclue, les journaux russes sont redevenus aussi hostiles à l'Allemagne qu'auparavant; mais on a été surtout froissé de la publication des instructions données au comte Cassini par le comte Lamsdorff relativement à la police des ports marocains. Cette publication était inutile et d'autant plus blessante qu'elle a eu lieu dans le journal le «Temps» qui pendant toute la durée de la Conférence s'est efforcé de la faire échouer.

Lors du débat récent sur le budget de la chancellerie, M. le Baron de Hertling avait exprimé l'opinion que l'Allemagne tout en désirant le relèvement de la Russie n'y devait pas contribuer par des prêts d'argent. Ce passage du discours du Baron de Hertling a provoqué de vives marques d'assentiment parties de tous les bancs de l'assemblée. Les orateurs qui ont parlé ensuite se sont prononcés dans le même sens et le chef du parti national libéral l'a fait d'une manière encore plus accentuée.

Déjà avant le dernier incident le public allemand était mal disposé pour les emprunts russes. L'année dernière, M. Martin, fonctionnaire du bureau de statistique avait publié sur les finances russes un livre fortement documenté pour prouver que la Russie marche fatalement à la banqueroute à cause de l'énorme dette extérieure et du système économique, qui a créé une industrie factice, enchéri le prix de tous les objets de première nécessité ainsi que des moyens de production et donné au trésor l'apparence d'une prospérité passagère par la ruine des contribuables. Ce livre a produit une très grande sensation.

M. Martin vient d'en publier un autre «Die Zukunft Russlands» par lequel il prétend démontrer que la Russie doit emprunter 3 milliards pour rembourser les emprunts à court terme faits pendant la guerre, qui sont à proprement parler des espèces de bons du trésor et d'autres nombreux milliards

pour réparer les dommages subis. De plus, l'avenir politique de la Russie est des plus incertains. La conclusion est que l'Allemagne fera sagement de laisser aux Français et aux Anglais le soin d'avancer des fonds à la Russie.

38.

BRUXELLES, 2. 5. 1906.

(Extraits d'un rapport de Londres du 28 avril 1906, N° 214.)

La portion anglaise de l'emprunt russe a été couverte à Londres sans difficulté par l'entrevue de la maison Baring Brothers. On prétend de source bien informée, que le **Ministre des Affaires Etrangères a engagé officieusement la haute finance de la capitale à soutenir l'emprunt dans un but politique afin d'améliorer les relations avec la Russie.** L'entente anglo-russe est dans l'air. On parle d'assurances mutuelles qui seraient à échanger entre Londres et Pétersbourg.

On suggère que si l'Angleterre pouvait donner quelque satisfaction à la Russie en Perse et surtout dans le golf persique, le gouvernement impérial prendrait des engagements qui tranquilliserait le gouvernement britannique quant à la sécurité de sa frontière indienne.

39.

BRUXELLES, 11. 5. 1906.

(Extrait d'un rapport de Paris du 7 mai 1906.)

Le Roi d'Angleterre a quitté Paris aujourd'hui après y avoir passé cinq jours. La présence de S. M. Britannique dans la capitale pendant cette période troublée entre le 1^{er} mai et les élections, lorsque tant de Français, terrorisés par les grèves et les menées anarchistes fuyaient leur pays, a produit une excellente impression, parcequ'elle a été un témoignage de confiance donné à la nation et à son gouvernement. Le Roi a su raffermir encore l'amitié qu'il inspire à la France depuis 1904.

A Algésiras il a donné des gages de sincérité qui ont dissipé certaines appréhensions dans les sphères politiques. A Paris, durant cette période où 50 000 hommes de troupes suffisaient à peine pour garantir l'ordre et la liberté du travail, le Roi s'est tenu en contact constant avec les membres du gouvernement. Edouard VII a voulu rassurer la France sur les motifs qu'on avait attribués lors de la chute de M. Delcassé, à son désir d'une entente cordiale. Il a voulu montrer que cette entente est sincère, basée sur ses idées pacifiques et qu'elle n'a nullement le fallacieux dessein d'entraîner la France dans une guerre contre l'Allemagne. Si tel avait été le but que poursuivait le gouvernement britannique il eut pu l'atteindre sans peine à Algé-iras, mais il a là soutenu loyalement les intérêts de la France en évitant de la mener à de dangereuses complications. Le gouvernement de la République a été d'autant plus touché de cette attitude qu'il n'était peut-être pas sans quelque appréhension sur les intentions secrètes et les arrières pensées du Cabinet de Londres. Aussi, voit-on M. Bourgeois qui est arrivé au pouvoir plein de méfiance être aujourd'hui sous le charme de l'entente cordiale presque autant que l'avait été M. Delcassé.

Cette entente, telle qu'elle est actuellement, après en avoir éliminé les entraînements dangereux et les rêves inconsidérés de M. Delcassé est envisagée par tous comme un avantage pour la France et une garantie de stabilité pour l'équilibre européen, à condition bien entendu, qu'ici on ne cesse de veiller à ne point se laisser entraîner par trop dans le sillon de la politique anglaise.

On se plaît à attribuer à la présence du Roi d'Angleterre à Paris un autre but encore et l'on semble avoir des raisons de croire qu'il tend à amener par l'entremise de la France un sérieux rapprochement entre la Grande-Bretagne et la Russie. Cette nouvelle triplice, fortifiée par l'alliance anglo-japonaise et par l'amitié que l'Italie manifeste de plus en plus à la France et à l'Angleterre, est déjà envisagée par ceux qui aiment à pronostiquer l'avenir comme un événement qui doit se réaliser prochainement et qui assurera pour une nouvelle et longue

période la paix européenne parceque l'Allemagne, malgré la mauvaise humeur qu'elle pourra en ressentir n'arrivera pas à s'opposer efficacement au courant d'idées qui entraîne actuellement vers cette combinaison politique nouvelle.

Si celle-ci est considérée comme un gage certain de paix, elle est envisagée par d'autres comme une manifestation trop évidente du désir d'isoler l'Allemagne pour que celle-ci ne cherche pas par tous les moyens possibles à se libérer du cercle de fer dans lequel on voudrait la resserrer. Ce serait en effet lui imposer, quoique avec des assurances et même de sincères idées pacifiques, une situation contre les premiers symptômes de laquelle elle a déjà si énergiquement protesté depuis plus d'un an.

La présence ici de Sir C. Hardinge ainsi que de M. Bompard et leurs entretiens avec M. Bourgeois laissent s'accréditer la supposition qu'une entente anglo russe n'est pas impossible.

L'Angleterre poserait actuellement des jalons dans ce but mais l'instabilité des cabinets de Paris et de S^t Pétersbourg donne peu de probabilité à une prompt solution d'une aussi importante question.

40.

BRUXELLES, 18. 5. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 10 mai 1906.)

Dans l'affaire de la presqu'île du Mont Sinai la France appuie à Constantinople les prétentions de l'Angleterre. Elle y est tenue par l'accord anglo français du 9 avril 1904 et pour reconnaître l'appui très efficace que le cabinet anglais lui a accordé à la conférence d'Algeciras.

La Russie s'en mêle aussi sans qu'on puisse discerner quel est son intérêt direct dans la question; elle ne peut être mue que par le désir de se rapprocher de l'Angleterre de même que le gouvernement anglais n'a sans doute favorisé que dans une pensée politique l'émission en Angleterre du dernier emprunt russe qui constitue un placement des plus aventureux.

Enfin l'abstention de l'Italie dans la question du Sinai ne

peut certainement pas être interprétée comme une désapprobation de l'attitude de l'Angleterre.

On voit donc se former le même groupement de puissances qu'à la conférence d'Algésiras.

On a déjà parlé d'une nouvelle triple alliance de la France, de l'Angleterre et de la Russie. C'est aller un peu vite en besogne.

La Russie a de trop grands embarras intérieurs pour exercer une action efficace en dehors de ses frontières, mais elle s'y prépare et ne paraît du reste pas se préoccuper de la gravité des événements qui se passent chez elle.

Néanmoins un certain mécontentement perce en Allemagne quoiqu'il soit convenu de dire officiellement que la conférence d'Algésiras a été un succès.

Le télégramme de l'Empereur au Comte Goluchowski a été une première manifestation de cet état d'esprit, car, en même temps qu'un remerciement à l'adresse de l'Autriche-Hongrie, il constituait une plainte par prétérition contre l'abandon où les autres puissances ont laissé l'Allemagne.

La visite que l'Empereur va faire au commencement du mois de juin à l'Empereur François-Joseph est une nouvelle manifestation dans le même sens. Elle n'entrait pas dans les plans primitifs de Sa Majesté pour l'emploi de la belle saison.

Il est permis de croire que la seconde visite du Roi d'Angleterre à Paris n'est pas étrangère à cette résolution soudaine. En allant à Schönbrunn l'Empereur d'Allemagne veut sans doute non seulement témoigner sa reconnaissance pour l'appui qu'on lui a prêté à Algésiras mais encore montrer qu'il n'est pas isolé et que lui aussi dispose d'amitiés sur lesquelles il peut compter au besoin.

41.

BRUXELLES, 23. 5. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 mai 1906.)

Les journaux hongrois se sont livrés ces jours-ci à des attaques contre l'Allemagne d'autant plus déplacées qu'elles se sont

produit au moment où l'Empereur Guillaume II va rendre visite à l'Empereur François-Joseph.

Entourés de trois côtés de populations slaves, et en minorité dans leur propre pays les magyars ont pourtant un pressant besoin de l'alliance allemande. On doit donc se demander ce qui leur fait perdre de vue leurs intérêts évidents.

Parmi les moyens mis en œuvre pour isoler l'Allemagne l'un des plus employés et des plus efficaces est la campagne de presse. Depuis des années on impute systématiquement à l'Allemagne des démarches machiavéliques qu'elle n'a jamais faites et des plans ambitieux auxquels elle n'a jamais songé. A force de répéter ces faussetés on est parvenu à faire considérer la politique allemande comme menaçant la tranquillité européenne oubliant qu'elle nous a procuré trente cinq années de paix et que le danger ne vient pas de l'Allemagne satisfaite de ce qu'elle possède; mais des puissances qui aspirent à changer la carte de l'Europe.

Le terrain a été soigneusement travaillé en Hongrie. En exagérant le péril de guerre suscité par l'affaire marocaine on a fait craindre aux Hongrois d'être entraînés par la triple alliance dans un conflit dont l'issue leur était indifférente.

Pendant la longue crise constitutionnelle en Hongrie on a dit et répété que l'Empereur d'Allemagne avait encouragé l'Empereur François-Joseph à la résistance.

Malgré l'in vraisemblance d'une immixtion de l'Allemagne dans les affaires intérieures d'un Etat étranger et de plus ami et allié, la manœuvre a réussi jusqu'à un certain point.

L'attitude de la presse magyare le prouve, de même que les discours de M. Weckerlé, de M. Polonyi et la rectification de ses propres paroles que M. Kossuth a jugé à propos de faire publier. Ces hommes d'état n'auraient pas trouvé nécessaire de faire coup sur coup l'apologie de l'alliance avec l'Allemagne s'ils n'avaient pas constaté en Hongrie l'existence d'un courant sérieux qui y est contraire.

Une autre cause de mécontentement est la mise en vigueur du nouveau tarif douanier allemand insuffisamment atténué par les traités de commerce et le système suivi par l'Allemagne en matière de police sanitaire. La Hongrie pays essentielle-

ment agricole et dont après l'Autriche, l'Allemagne est le principal débouché se trouve particulièrement atteinte.

On ne peut que regretter ce mouvement. La triple alliance a garanti pendant longtemps la paix en Europe. Il est douteux que le nouveau groupement des puissances qu'on s'efforce de compléter, offre la même sécurité.

42.

BRUXELLES, 6. 6. 1906.

(Extrait d'un rapport de Londres du 22 mai 1906.)

Le Times du 21 mai publie un article de fond sur l'entente anglo-russe, qui semble résumer la situation d'une façon fort sagace.

Ce journal attache peu de créance aux rumeurs d'une entente dès à présent conclue ou à conclure prochainement qui ont circulé dans la presse anglaise. Il fait remarquer en passant que ce serait de part et d'autre mal choisir le moment de négocier, que de prendre celui où un nouveau ministre russe, M. Isvolsky, vient d'entrer aux affaires Etrangères et où un nouvel ambassadeur d'Angleterre, Sir Arthur Nicholson, se rend à son poste. En outre, la politique intérieure de la Russie est si absorbante que l'Empereur et ses conseillers ont peu de loisir pour aborder les questions internationales, et la situation interne de l'Empire russe est si peu stable que l'Angleterre hésiterait à entamer des pourparlers immédiats.

Toutefois l'organe de la cité considère l'entente comme désirable en principe et destinée à être facilitée par le tact déployée (sic!) vis-à-vis de la Russie pendant la guerre en Extrême-Orient par Lord Lansdowne et les dispositions amicales témoignées depuis lors par le Foreign office. La réciprocité n'a pas manqué du côté russe. Tant à Algésiras qu'à Constantinople, les représentants de la Russie ont donné aux vues anglaises un appui cordial qui fait bien augurer de l'avenir.

Le «Morning Post» fait entendre une note différente. Il accueille aussi avec scepticisme la nouvelle de la conclusion

d'une entente, mais c'est parceque il trouve que la Grande-Bretagne n'a aucun intérêt à favoriser les désirs politiques d'un Etat qui n'a rien à lui offrir en échange.

Il semble en somme que la pensée dominante chez les hommes d'Etat anglais qui sont favorables à un rapprochement avec la Russie soit surtout de compléter et de maintenir l'isolement de l'Allemagne.

43.

BRUXELLES, 9. 6. 1906..

(Extraits d'un rapport de Saint Pétersbourg du 22 Mai 1906.)

Certains journaux anglais ont annoncé que des négociations entre la Russie et l'Angleterre au sujet d'un accord concernant la Turquie, la Perse, l'Afghanistan et le Thibet sont activement poursuivies et sur le point d'aboutir. D'après le Standard notamment, la Russie renoncerait à acquérir un port dans le Golfe Persique; les sphères d'influence de la Russie et de l'Angleterre seraient limitées aux parties septentrionales et méridionales de la Perse.

Le «Statu quo» serait maintenu en Turquie, en Afghanistan et au Thibet. Ces informations paraissent fort aventurées. Des renseignements puisés à bonne source donnent plutôt à croire que des pourparlers directs n'ont pas été jusqu'ici entamés pour la conclusion d'une entente anglo-russe et que les choses en sont restées à l'état embryonnaire. La situation politique intérieure de l'Empire n'a pas permis au Gouvernement du Tsar de s'occuper des questions internationales autres que l'intervention tout naturellement indiquée de la Russie en faveur de la France à la Conférence d'Algésiras. Le soutien accordé par la diplomatie impériale à l'Angleterre dans l'affaire de la presqu'île du Mont Sinaï est également la résultante des obligations imposées par l'alliance française et découlant de l'entente franco-britannique.

Sans doute peut-on considérer comme un symptôme de rapprochement entre les deux Puissances, dont les rapports étaient singulièrement tendus jusqu'au traité de paix Russo-

Japonais de Portsmouth, cette dernière manifestation amicale à l'égard de l'Angleterre répondant à l'empressement avec lequel a été accueilli le dernier emprunt russe sur le marché de Londres; mais de là à une combinaison devant aboutir à un groupement de Puissances auxquelles se joindrait l'Italie en conséquence de son attitude prise à Algésiras, sorte de quadruple alliance destinée à faire échec à l'Allemagne s'appuyant sur l'Autriche-Hongrie, il y a, semble-t-il, une grande distance à parcourir.

Au surplus, les relations entre la Russie et l'Allemagne, cimentées par l'amitié personnelle des deux Empereurs n'ont pas, malgré l'appui ostensible donné à la France par le Cabinet de St Pétersbourg dans le conflit marocain, subi l'altération qu'on se plaît à supposer. On est porté à en trouver la preuve dans le choix de M. Iswolsky comme remplaçant du Comte Lamsdorff. Les sympathies que le nouveau Ministre des Affaires Etrangères professe pour l'Allemagne, l'avaient depuis longtemps désigné pour succéder au Baron d'Ostensaken à l'Ambassade de Berlin.

En tout cas, il est peu probable qu'à peine entré en fonctions, il ait pu engager en vue de la conclusion d'une entente Anglo-Russe les pourparlers que l'on prétend déjà menés à bonne fin, ou ratifier ceux dont son prédécesseur, le Comte Lamsdorff, lui aurait, contrairement à toute vraisemblance, légué le favorable résultat.

44.

BRUXELLES, 18. 6. 1906.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 8 Juin 1906.)

L'Empereur d'Allemagne a quitté hier l'Empereur d'Autriche pour retourner dans ses Etats. La *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* a publié hier soir l'article officieux dont la traduction suit :

« Nous signalons avec une vive satisfaction les informations concernant la visite de Sa Majesté à Vienne et nous y joignons l'expression de la gratitude pour l'accueil aimable qui a été réservé à Vienne à Sa Majesté l'Empereur et Roi. Cette gra-

titude s'adresse à Sa Majesté l'Empereur et Roi François-Joseph, à la Maison Impériale Autrichienne, aux Gouvernements d'Autriche et de Hongrie ainsi qu'à la population de Vienne et à la presse des deux parties de la Monarchie qui s'est abstenue avec raison de rattacher à la visite des subtilités politiques qui n'auraient pas correspondu au but visé par les deux Monarques, par la manifestation de leur amitié inaltérable et de leur alliance.

«Un agréable complément de la rencontre des deux Empereurs est fourni par l'échange de télégrammes entre les Empereurs Guillaume et François-Joseph d'un côté et Sa Majesté le Roi Victor Emmanuel de l'autre. L'Union des Etats de l'Europe Centrale est un fait, après comme avant.

«Pour continuer à exister dans l'Europe remplie du besoin de la paix, la Triple Alliance n'avait pas à changer ses visées car celles-ci n'ont jamais été que défensives et dirigées dans le sens de la conservation de la paix. L'entrevue des Empereurs à Vienne s'est passée sous des impressions que nous pouvons saluer avec une satisfaction sans mélange comme une nouvelle confirmation de la tendance de l'alliance, prouvée depuis des dizaines d'années, d'agir en faveur du libre développement des peuples dans le sens d'une prospérité croissante.»

Comme le dit l'article officieux, il n'y a rien à modifier dans la triple alliance. Dès que le voyage de l'Empereur à Vienne a été annoncé on s'était empressé de proclamer ici qu'aucune affaire spéciale ne serait débattue entre les deux monarques. Rien de nouveau n'a surgi dans ces derniers temps et sur les questions anciennes, l'accord entre Berlin et Vienne est complet depuis de longues années. A la vérité, l'Empereur s'est fait accompagner par M. de Tschirschky, mais Sa Majesté ne voyage jamais sans un représentant du Département des Affaires Etrangères et du reste le nouveau Secrétaire d'Etat devait sa visite d'entrée en fonctions au Ministre des relations extérieures de la puissance alliée.

Quoique rien ne nécessitât un échange de vues entre les deux Empereurs, leur rencontre n'en a pas moins un caractère politique très accentué.

En présence des efforts continus pour isoler l'Allemagne, l'Empereur s'est évidemment proposé de montrer qu'il a aussi des amis sur lesquels il peut compter.

Il y avait de plus quelques malentendus qu'il importait de dissiper.

Lorsque la visite de l'Empereur à Vienne a été annoncée, elle a causé une entière inquiétude à Budapest. Une partie de la presse hongroise l'a considérée comme une manifestation en faveur de l'Autriche dans la querelle qui divise les pays en deça et au delà de la Leitha et aussi comme une tentative d'entraîner la Hongrie à la remorque de l'Allemagne dans une politique d'aventures. Ces soupçons ont blessé l'Allemagne avec d'autant plus de raison que ni l'Empereur ni son Gouvernement n'ont jamais songé à intervenir dans les affaires intérieures de l'Autriche-Hongrie et que les plans agressifs qu'on leur prête, n'ont jamais existé que dans l'imagination de politiciens étrangers. Les attentions dont M. Weckerlé a été l'objet de la part de l'Empereur ont remis les choses au point. La presse hongroise s'est mise à l'unisson de la presse autrichienne et en Allemagne on a enregistré avec une égale satisfaction les appréciations des journaux des deux pays au sujet de l'entrevue.

Lorsque le télégramme de l'Empereur au Comte Goluchowski a été publié, on en avait exagéré la portée; néanmoins cette démonstration avait causé un vif mécontentement en Italie. Le télégramme commun adressé par les Empereurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie au Roi d'Italie a eu pour but évident d'écarter les froissements qui se sont produits dans ces derniers temps entre l'Italie et ses deux alliés. Au télégramme cordial des Empereurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie, le Roi Victor-Emmanuel ne pouvait répondre que sur le même ton.

Le désir de l'Empereur d'Allemagne d'affirmer l'existence de la triple-alliance se comprend d'autant mieux qu'elle est incessamment battue en brèche par les puissances qui n'en font pas partie et que la fidélité de l'Italie est devenue au moins douteuse.

La politique de M. Delcassé a survécu à la chute de l'ancien

Ministre des Affaires Etrangères français. Elle a triomphé à Algésiras et continue à Paris dans les journaux inspirés.

Malgré les discours amicaux des hommes d'Etat anglais lors de la visite des bourgmestres allemands et la correction des relations officielles, l'attitude du Gouvernement britannique ne paraît pas avoir changé depuis l'avènement du ministère libéral. Sir E. Grey assure qu'il n'y a pas d'arrangement entre l'Angleterre et la Russie, mais évidemment on prépare un rapprochement et il est déjà au moins à moitié accompli. Que signifierait sans cela l'échange annoncé des visites des flottes russe et anglaise ?

Est-ce à cause de la solidité du crédit de la Russie que le marché anglais fermé jusqu'ici aux emprunts russes vient de leur être ouvert ? Que peut craindre ou espérer l'Angleterre d'un pays paralysé pour de longues années par des désastres militaires et par une révolution dont nul ne peut prévoir l'issue ? Comme on l'a dit avec raison, la pensée dominante des hommes d'Etat anglais favorables à un rapprochement avec la Russie semble être surtout de compléter et de maintenir l'isolement de l'Allemagne.

Les assurances qui ont été données à M. de Tschirschky et dont il a parlé dans son discours du 23 Mai au Reichstag ne changent rien à cette situation.

45.

BRUXELLES, 30. 6. 1906.

(Extraits d'un rapport de Rome du 20 Juin 1906.)

La Triple alliance a fourni matière de nouveau, ces jours derniers, à plusieurs discours parlementaires et à de nombreux articles de journaux. Après un récent discours de M. Tittoni, où il était plutôt question du désarmement général, c'est un député autrichien qui a vanté la solidité de l'alliance et en a célébré les avantages. On a cité encore à l'appui le récent échange de télégrammes entre les trois Souverains alliés.

Les Ministres qui dirigent la politique italienne ne se sont

jamais exprimés autrement. En toute occasion et particulièrement à la Chambre des Députés ils ont répété que l'Italie demeurerait fidèle aux engagements pris par elle avec les deux puissances de l'Europe centrale et l'on n'est pas en droit de suspecter la sincérité de ces déclarations si positives.

Mais on fait remarquer que les documents officiels constatant l'accession de l'Italie à l'Alliance des deux Empires n'ont jamais été publiés.

Personne ne sait clairement l'étendue des engagements de l'Italie. L'alliance a été renouvelée en 1902; l'a-t-elle été dans les mêmes termes que précédemment, ou bien, certains changements survenus dans la situation générale n'ont-ils pas été cause de restrictions qui y auraient été apportées?

On a vu, dans ces derniers temps, la presse allemande se répandre en plaintes amères sur l'attitude de l'Italie à la Conférence d'Algésiras. Ce mécontentement n'était pas du fait de quelques publicistes plus ou moins autorisés; il a été ressenti dans des sphères plus élevées, et l'on ne peut pas douter que l'Italie n'ait été très sérieusement accusée de s'être incomplètement acquittée des devoirs de l'alliance. Les récriminations des journaux n'étaient que l'écho fidèle de reproches venus de plus haut, et inspirés par un véritable ressentiment.

Il s'est donc, très probablement, produit un malentendu sur les vraies limites des devoirs de l'Italie. Pour expliquer cette divergence de vues, il n'est pas inutile de rappeler quel pouvait et devait être il y a vingt ans, l'objet de la triple alliance, conclue dans un but essentiellement défensif, pour la sauvegarde des intérêts nés des événements de 1870, et, comme on l'a dit depuis cette époque, pour le maintien de la paix.

Mais l'alliance comportait-elle que l'Italie fût désormais liée, d'une manière générale, à la politique allemande, et dût, en tout état de cause, suivre celle-ci hors du terrain préalablement circonscrit d'une manière plus ou moins précise.

Il s'est produit récemment non moins de deux circonstances où la politique italienne a cru pouvoir revendiquer sa liberté. A Algésiras, le Cabinet de Rome n'a pas cru qu'une conduite impartiale, et d'ailleurs inspirée par de légitimes intérêts, pût

porter ombrage à la Chancellerie allemande. On lui en a fort voulu cependant et les reproches ne lui ont pas été ménagés.

La presse ne pouvait pas parler aussi clairement d'un autre objet. La tension des rapports entre l'Allemagne et l'Angleterre n'est pas un mystère; elle est heureusement adoucie maintenant, et l'on peut deviner pourquoi. Cette querelle l'Italie n'a pas pu et n'a pas voulu l'épouser, et de plus, elle a multiplié envers l'Angleterre les témoignages de la plus grande cordialité au moment même où le Cabinet de Londres nouait l'entente cordiale avec le Gouvernement français. Dès lors, il était certain, que l'alliance, aux yeux des Italiens, ne les engageait pas à suivre l'Allemagne dans sa campagne anti-anglaise. C'était autant de perdu pour la Chancellerie impériale; elle a pu voir dans cette conduite une sorte de défection, mais il n'en est pas moins vrai qu'à partir d'un moment donné, l'animosité contre l'Angleterre est devenue moins bruyante en Allemagne, et que le soin de maintenir la paix, dont la triple alliance croyait avoir le privilège ne s'est plus trouvé confié à elle seule. L'Angleterre, aussi, a voulu la paix, et son entente avec la France en est un puissant instrument. L'Italie ne croit pas manquer à d'anciens engagements en s'associant à cette politique, toujours pacifique et défensive, puisqu'elle a pour but essentiel, on pourrait dire unique, de mettre obstacle à toute éventualité d'agression.

46.

BRUXELLES, 10. 7. 1906.

(Extrait d'un rapport de Londres du 23 Juin 1906.)

Un noyau de personnalités appartenant en général au parti libéral et à la tête duquel se trouve Lord Avebury (jadis Sir John Lubbock) essaie de lutter depuis longtemps contre le sentiment anti-allemand si dominant encore dans le public anglais. Il y a deux ans ce milieu a favorisé l'expédition en Allemagne du comité d'études municipales, organisé par Lord Lyveden qui a également visité la Belgique.

Cette année les mêmes personnages d'accord avec l'ambassade

d'Allemagne ont organisé la réception en Angleterre d'une grande députation de bourgmestres allemands. En ce moment ce sont les journalistes allemands, de passage à Londres que l'on fête. Banquets, discours de Lord Avebury et du Comte Metternich et visite obligatoire des monuments de la ville rien n'a été épargné pour rendre leur séjour agréable.

L'effet réel produit est à peu près nul. Le siège de l'opinion est fait; la presse anglaise a tellement abusé des attaques contre l'Empereur, son gouvernement et son peuple que le public reste méfiant. L'Allemagne est la grande rivale, commerciale, militaire et peut-être, dans l'avenir, navale; à ce titre tout bon citoyen se croit obligé de la détester, parce qu'il se dit que pour le moment c'est la seule nation dont il ait à craindre quelque chose, depuis l'affaiblissement de la Russie et de l'entente avec la France.

47.

BRUXELLES, 10. 7. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 2 Juillet 1906.)

Les cinquante journalistes allemands représentant la presse de toutes les nuances d'opinion depuis les plus conservateurs jusqu'aux socialistes sont rentrés en Allemagne après avoir été pendant une dizaine de jours les hôtes du comité d'amitié anglo-allemande dont le président d'honneur est le duc d'Argyll, beau frère du Roi d'Angleterre; le président effectif Lord Avebury et le secrétaire honoraire M. Francis William Fox. L'initiative de l'invitation adressée aux journalistes allemands avait été prise, il y a quelques mois déjà, par le journaliste anglais connu, M. Stead. Le but énoncé dans la lettre d'invitation était d'améliorer les rapports entre l'Allemagne et l'Angleterre en mettant en relations personnelles les publicistes des deux pays.

La presse quotidienne a donné les détails de la réception. Il suffit de constater qu'elle a été des plus brillantes et des plus cordiales de la part des confrères anglais, des autorités et de la population. La chambre des communes a offert aux journalistes allemands un déjeuner sous la présidence du ministre

du commerce, M. Lloyd George. La chambre des Lords les a reçus sur sa terrasse au bord de la Tamise; le ministre de la guerre M. Haldane les a conviés à un thé. Le lord maire de Londres a donné un banquet en leur honneur. Dans le discours que leur a adressé le lord Chancelier il a dit qu'aucun homme raisonnable en Angleterre ne souhaite d'avoir des relations autres qu'amicales avec l'Allemagne, alliée par le sang, qui n'a jamais croisé le fer avec l'Angleterre et qui au contraire a plusieurs fois combattu à ses côtés. Le Roi Edouard a fait recevoir les journalistes au château de Windsor par un chambellan et avait envoyé des voitures de la Cour pour les prendre à la gare.

De leur côté les journalistes allemands ont eu le tact d'éviter tout ce qui aurait pu éveiller les susceptibilités anglaises. Ils ont fait comprendre que le but de leur visite n'était nullement d'ébranler l'amitié récemment conclue entre la France et l'Angleterre. Le comte Metternich, ambassadeur d'Allemagne a expressément appuyé sur la même idée et a dit que la diplomatie allemande n'a jamais visé un pareil but.

La visite des journalistes allemands en Angleterre a été un succès. Il est à espérer qu'elle contribuera à rendre moins aigres les polémiques futures entre la presse des deux pays. Le ton des journaux a beaucoup contribué dans ces dernières années à augmenter la tension des relations; mais celle-ci a malheureusement des causes plus profondes, que des prévenances personnelles et des toasts amicaux ne peuvent pas faire disparaître.

48.

BRUXELLES, 9. 8. 1906.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 20 Juillet 1906.)

La nouvelle d'après laquelle une entente aurait été conclue lors du voyage de l'Empereur Guillaume à Vienne, entre l'Allemagne et l'Autriche Hongrie, pour le cas où une révolution générale éclaterait en Russie — nouvelle lancée naguère par la «*Wiener Allgemeine Correspondenz*» avait été aussitôt démentie.

Information et dementi avaient passé presque inaperçus à Berlin.

La nouvelle vient d'être rééditée par la **Rossia**. Ce journal dit qu'il y a eu à la fin de mai des pourparlers entre l'Allemagne et l'Autriche Hongrie sur les conditions d'une intervention active dans les affaires intérieures de la Russie.

Il est à peine besoin de dire qu'il n'y a jamais eu ici la moindre velléité semblable.

Il y a depuis des années une campagne de presse dont le but est de rendre l'Allemagne suspecte en lui attribuant tout espèce de projets ambitieux et des interventions occultes absolument imaginaires (sic!). On est si blasé à Berlin sur ces intrigues qu'on n'y fait plus attention.

Il est plus que probable que les Empereurs d'Allemagne et d'Autriche Hongrie auront parlé de la révolution russe dans leur récente entrevue. Elle a jusqu'à un certain point un caractère contagieux et intéresse à ce titre les pays voisins; mais c'est une conclusion dépassant absolument les prémisses que d'en déduire des projets d'intervention.

D'abord ce danger de contagion a diminué. Lors de l'insurrection de Moscou les socialistes allemands ont cru visiblement que c'était le signal d'une série de mouvements populaires qui devaient renverser tous les trônes de l'Europe. La répression de l'émeute moscovite leur a fait voir que l'heure des solutions violentes n'est pas encore venue. Depuis ils ont sensiblement changé de ton. Pour s'en convaincre il n'y a qu'à lire les discussions auxquelles on se livre dans le parti socialiste au sujet de la grève générale bruyamment acclamée au Congrès à Jena et que M. Bebel lui-même juge **actuellement**¹⁾ inopportune. Ensuite la stérilité de la Douma doit donner à réfléchir aux gens qui croyaient à la puissance créatrice de l'idée révolutionnaire.

Une intervention qui ne pourrait être que militaire ne serait pas le moyen de conjurer le péril. Elle peut servir, comme en 1849 en Hongrie, à anéantir une armée révoltée; mais en Russie il n'y a pas d'insurrection militaire générale. Ce qu'il faut rétablir c'est le principe d'autorité. L'occupation d'une partie

¹⁾ Im Zirkular unterstrichen.

du pays par des soldats allemands et autrichiens produirait un effet tout contraire. Elle enlèverait au Czar le prestige qu'il possède encore. Quand même l'Allemagne et l'Autriche Hongrie parviendraient à sauver la Russie de l'anarchie, il ne serait pas prudent de leur part de se mêler des affaires intérieures russes au mépris des règles du droit des gens. C'est un de ces services que l'obligé ne pardonne jamais à son bienfaiteur.

Au point de vue de la politique internationale il n'y a ni à Vienne ni à Berlin aucune raison non plus de hâter le moment où la Russie pourra recommencer à jouer un rôle actif. C'est l'effondrement russe qui a fait échouer le plan de coalition de M. Delcassé. C'est pour la même raison que l'interminable question macédonienne peut se prolonger sans que personne y voie un danger de conflagration. Que la Russie sorte de la crise par la restauration de l'absolutisme ou par l'établissement d'un régime parlementaire régulier, elle reprendra sa politique panslaviste et conquérante traditionnelle. C'est celle qui plaît au peuple et que le régime ancien a plutôt modéré qu'excité.

Ni l'Allemagne ni l'Autriche Hongrie n'ont de motif suffisant de s'imposer les énormes dépenses et de courir les aventures d'une intervention en Russie. Elles ont au contraire de très fortes raisons de conserver leurs forces intactes pour garantir leur propre sécurité. L'état de relations entre les grandes puissances leur en fait une obligation.

49.

BRUXELLES, 23. 8. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 10 août 1906.)

La Gazette de Cologne du 9 de ce mois relève un article de la «Riätchj» principal organe du parti des cadets. Cet article est un témoignage de plus de l'hostilité des cadets à l'égard de l'Allemagne. La «Riätchj» fait de nouveau allusion à la ridicule histoire de l'intervention allemande en Russie et affirme que la Cour de Berlin est satisfaite de la nouvelle orientation de la politique russe.

L'organe des cadets prétend en outre que l'amitié de l'Allemagne est pernicieuse à la Russie, cette amitié à l'en croire aurait été achetée par le C^{te} Witte au prix d'un traité de commerce défavorable aux intérêts russes.

La Gazette de Cologne cite encore une correspondance du «Vorwaerts» dont l'origine libérale russe est incontestable, et où il est dit que l'Empereur Guillaume aurait eu une entrevue avec l'Empereur de Russie dans le golfe de Finlande 15 jours avant la dissolution de la Douma; que cette dissolution aurait été faite à la suite des conseils et des promesses de l'Empereur d'Allemagne. Il suffit d'un rapprochement de dates pour constater qu'à ce moment l'Empereur Guillaume se trouvait sur les côtes du Nord de la Norvège.

On cherche par la diffusion de bruits mensongers à exciter l'opinion contre l'Allemagne.

Du reste remarque la Gazette de Cologne le principe de non intervention s'est renforcé depuis plusieurs années; de plus en plus on acquiert la conviction qu'il n'est de l'intérêt de personne de risquer sa peau pour autrui. Les exemples de l'histoire prouvent à satiété combien est pernicieuse la politique d'intervention.

Pour ce qui est de la Russie, il est incontestable qu'une intervention armée de l'étranger ne pourrait qu'irriter la nation contre l'Empereur.

L'idée d'une intervention armée de l'Allemagne à tout point de vue est absurde.

La Gazette de Cologne termine en exprimant le vœu de voir les fabricants de légendes politiques diriger l'activité de leur imagination vers d'autres thèmes.

50.

BRUXELLES, 8. 11. 1906.

(Extrait d'un rapport de S^t Pétersbourg du 20 octobre 1906.)

M. Iswolsky, Ministre des affaires étrangères a quitté S^t Pétersbourg il y a une dizaine de jours en vertu d'un congé qui lui a été accordé par S. M. l'Empereur.

La presse affecte d'attacher une grande importance au voyage en France et aux entrevues de S. E. avec les membres du gouvernement de la République. Toutefois dans les milieux officiels on assure qu'il ne faut en chercher le motif que dans l'accomplissement d'une formalité traditionnelle de courtoisie à laquelle doit se conformer vis-à-vis de la Puissance alliée, le ministre des affaires étrangères de Russie nouvellement entré en fonctions.

C'est ainsi que peu de temps après sa nomination, le comte Mouraview s'est rendu à Paris et qu'ensuite le comte Lamsdorff y a accompagné leurs Majestés Impériales.

Il se peut néanmoins que M. Iswolsky profite de l'occasion pour traiter avec M. Bourgeois d'affaires d'un intérêt spécial au point de vue des relations extérieures des deux pays, telles par exemple que la question du rapprochement de la Russie avec l'Angleterre et des rapports d'amitié qu'en même temps elle s'efforce de rendre plus intimes avec l'Allemagne.

On prétend aussi qu'il voudrait ramener à une notion plus exacte de la politique intérieure suivie par le pouvoir impérial, le gouvernement français qui, à en juger par le langage souvent agressif de ses organes attitrés semble mal renseigné sur ce point.

A tort ou à raison, on reproche ici à M. Bompard d'avoir ouvertement désapprouvé la dissolution de la Douma et d'avoir, dans des conversations privées, excusé avec trop de complaisance l'attitude violente des constitutionnels démocrates, voire même d'avoir jugé excessifs les procédés de répression du mouvement révolutionnaire auxquels a recouru M. de Stolypine. Le reflet de ces appréciations aurait été constaté chez M. Bourgeois.

Plusieurs journaux russes ont fait dernièrement, à ce sujet, des allusions transparentes et ont mis au même propos, en circulation le bruit d'un déplacement de l'Ambassadeur dont le départ en congé indiquerait l'intention de se démettre de son poste. Mais cette rumeur est formellement démentie par le personnel de l'ambassade, bien que l'absence de M. Bompard doive, paraît-il, se prolonger au delà de l'époque fixée primitivement à son retour à S^t Pétersbourg.

M. Boutiron, chargé d'affaires de France, avec le grade personnel de Ministre plénipotentiaire, qui a demandé sa mise en disponibilité a été prié de continuer ses fonctions jusqu'à une date indéterminée.

51.

BRUXELLES, 17. 11. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 25 octobre 1906.)

La presse inspirée allemande se montrera sans doute très sobre de réflexions sur la constitution du nouveau ministère français. C'est une affaire intérieure de la France qui ne regarde pas le gouvernement impérial, mais qui ne peut pas l'avoir agréablement impressionnée.

Journaliste, M. Clémenceau a plus d'une fois manifesté dans l'«Aurore» et dans la «Dépêche de Toulouse» ses sentiments hostiles à l'Allemagne et son désir de préparer la revanche. Tout récemment pendant sa tournée dans le midi, il a de nouveau fait résonner la corde chauvine. Il est entièrement sous l'influence de l'Angleterre. M. Clémenceau s'est entouré de collaborateurs de second ordre qui font de lui l'arbitre unique de la politique française. Si M. Bourgeois, considéré ici comme sincèrement pacifiste et désireux d'entretenir de bonnes relations avec l'Allemagne a refusé d'entrer dans le ministère, ce n'est peut-être pas seulement par motif de santé mais parce que il ne se soucie pas de courir les aventures où pourrait l'entraîner le caractère de M. Clémenceau.

J'entends exprimer l'espoir que le sentiment de la responsabilité calmera M. Clémenceau et l'empêchera de recommencer la politique de M. Delcassé condamnée par lui-même.

L'avènement du nouveau ministère français n'en constitue pas moins pour tout le monde une diminution de sécurité.

BRUXELLES, 17. 11. 1906.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 25 octobre 1906.)

La retraite du comte Goluchowski est un évènement qui touche l'Allemagne de près. Pendant les onze années qu'il a passées au ministère le comte Goluchowski a toujours eu une attitude des plus correctes et des plus amicales envers l'Allemagne. Tout récemment encore il lui a rendu un service signalé en suggérant à la conférence d'Algéciras une solution qui a permis à l'Allemagne de céder sans déshonneur dans l'affaire marocaine.

Le changement de personne n'implique pas un revirement de la politique extérieure de l'Autriche-Hongrie. Le baron de Beck l'a dit expressément hier à la Chambre des députés autrichienne, en répondant aux interpellations qui lui avaient été adressées. Il a déclaré que l'Autriche Hongrie resterait une monarchie pacifique basant sa politique sur la triple alliance qui est la meilleure garantie de la paix européenne et s'efforçant d'entretenir les meilleures relations avec les autres puissances, ainsi qu'avec les Etats des Balkans.

Le choix du successeur du comte Goluchowski confirme ces paroles. Le baron d'Aerenthal s'est toujours montré chaud partisan de l'union des puissances de l'Europe centrale. Il passe pour fort intelligent et comprend qu'au milieu des crises que traversent les deux parties de la monarchie austro-hongroise, la paix est un besoin impérieux. La publication des mémoires du prince de Hohenlohe est de nature à faire voir à ceux qui en doutaient encore, combien l'équilibre européen est instable et combien il est nécessaire de l'assurer par l'entente des puissances satisfaites du partage politique du continent.

Mais il n'en est pas moins vrai que c'est la Hongrie seule qui a mis le comte Goluchowski dans l'obligation de quitter le ministère. L'hostilité des hongrois envers l'ancien ministre commun des affaires étrangères a sans doute pour cause principale l'influence exercée, dit-on, par le comte Goluchowski sur l'Empereur François-Joseph pour retarder l'arrivée du parti

radical au pouvoir; mais il est à noter que les hongrois lui font en seconde ligne un grief de s'être montré trop complaisant envers l'Allemagne.

Il n'y a pas bien longtemps encore les Hongrois se montraient les plus chauds partisans de l'alliance avec l'Allemagne. Renfermant des populations hétérogènes mécontentes et enserrée de trois côtés par des états slaves, la Hongrie avait à un plus haut degré encore que l'Autriche, le besoin d'un appui garantissant le statu quo territorial. Le péril est écarté par la situation actuelle de la Russie; mais seulement pour un temps. Ou la Russie se ressaisira et reprendra sa politique traditionnelle; ou elle deviendra la proie de la révolution et sera plus panslaviste encore que sous le régime de l'autocratie. Le revirement de l'opinion publique en Hongrie ne s'explique donc pas; mais c'est un fait; de même que la prépondérance acquise par la Hongrie dans la monarchie des Habsbourg.

53.

BRUXELLES, 17. 11. 1906.

(Extrait d'un rapport de Paris du 27 octobre 1906.)

M. Iswolsky, Ministre des affaires étrangères de Russie, vient de quitter Paris après y avoir séjourné pendant dix jours.

Conformément à l'usage établi par ses prédécesseurs, M. Iswolsky a voulu visiter certaines capitales étrangères et se mettre en contact direct avec les hommes qui dirigent la politique des grandes puissances. La situation actuelle de la Russie et les fluctuations un peu incertaines de la politique générale l'ont engagé à prendre sans tarder contact avec ses collègues de Paris, de Berlin et de Vienne. Invité, paraît-il, à venir à Berlin où il a de nombreux amis, M. Iswolsky n'a pas voulu accepter cette invitation, dont le caractère politique eût pu être mal interprété, sans être d'abord venu à Paris.

Le Ministre russe a prolongé son séjour un peu plus qu'il ne le supposait à cause de la crise ministérielle et de son désir d'entrer en rapport avec les membres du nouveau Cabinet et

spécialement MM. Clémenceau et Pichon, avec lesquels il a eu divers entretiens.

D'après ce que j'ai pu apprendre jusqu'ici, la visite de M. Iswolsky au Gouvernement français avait surtout pour but de montrer, qu'en arrivant au pouvoir, il n'avait pas l'intention de porter atteinte aux rapports d'alliance et d'amitié qui unissent son pays à la France. Sa présence ici a servi à affirmer que rien n'est changé dans ces rapports, mais on ne pense pas qu'il ait jeté les bases d'arrangements internationaux nouveaux ou qu'il ait même prêté l'oreille à des combinaisons qui eussent pu éveiller la susceptibilité de l'Allemagne. Cela n'empêche pas les alliés de cultiver chacun de leur côté des amitiés et il est assez probable que celle de l'Angleterre a dû être envisagée dans *les entretiens de M. Iswolsky à Paris* comme un puissant facteur pour les événements à venir. }

Le monde officiel a naturellement beaucoup fêté le ministre russe et il a reçu le grand Cordon de la Légion d'honneur.

54.

BRUXELLES, 17. 11. 1906.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 6 novembre 1906.)

Depuis quelques jours un second croiseur français, portant à son bord le vice-amiral Campion — et une canonnière espagnole — sont en rade de Tanger. D'autres navires de guerre sont attendus. Cette double démonstration semble correspondre plutôt à des préoccupations politiques et parlementaires qu'à la résolution d'assurer efficacement le prestige et la sécurité des Européens.

La situation est pourtant devenue assez sérieuse pour justifier de la part des Puissances garantes de la police autre chose qu'une attitude expectante. Celle-ci serait peut-être interprétée par les indigènes comme une preuve de faiblesse.

Il y a quelques jours, des marins ont été, dans le canot même d'un croiseur français, assaillis d'une grêle de pierres par une troupe d'Arabes, et sérieusement blessés. La légation de France ne veut pas attacher grande importance à l'incident.

La population européenne manifeste un malaise justifié. Il est indubitable que, pour la première fois, les indigènes, convaincus maintenant de la disparition presque absolue de l'autorité chérifienne, commencent à croire par surcroît, qu'ils n'ont point à redouter pour le moment de représailles de la part des étrangers.

Raïssouli tendait depuis longtemps à devenir le maître unique, non seulement du Tahs mais de la ville de Tanger. Le Maghzen en l'invitant à rétablir l'ordre à Arzila, a presque complètement abdiqué entre ses mains toute autorité dans cette partie du pays.

Rien ne se fait plus guère ici que par l'intermédiaire de son Khalifa. Les délinquants de tout genre, sont fréquemment, par son ordre, bâtonnés sur le grand Soko. Il y a quelques jours il a chargé deux ou trois hommes de séquestrer l'aéromoteur et le puits de l'usine électrique espagnole. Personne n'a osé résister et la ville est restée quelque temps sans lumière.

Le jour où il le voudrait Raïssouli entrerait à Tanger comme il est entré à Arzila, peut-être sans coup férir. Cette éventualité, d'ailleurs improbable, ne cause aucune terreur aux habitants parce qu'ils en sont venus à voir en lui le seul élément d'ordre et de sécurité.

Loin de chercher des prétextes pour arrêter les progrès de l'anarchie, la France paraît plutôt disposée à fermer les yeux sur le plus d'incidents possible, au grand étonnement de la population.

Il est probable que l'Allemagne ne verrait guère aujourd'hui que des avantages à ce que la France allât de l'avant au Maroc. Ayant assuré en effet l'avenir et la liberté de son commerce dans ce pays, l'Empire allemand doit désirer que le commerce puisse désormais se développer dans des conditions suffisantes de sécurité.

BRUXELLES, 8. 12. 1906.

(Extrait d'un rapport de Londres du 20 novembre 1906.)

Le projet d'une entente plus cordiale avec la Russie ne paraît nullement abandonné. Dans les cercles politiques, on prétend que Sir E. Grey a l'intention d'examiner avec le gouvernement Russe diverses questions qui jusqu'ici ont divisé Londres et S^t Pétersbourg, en vue, si possible, de trouver un terrain d'entente; on s'arrangerait pour qu'il n'y ait pas d'empiètement d'un des deux pays sur la sphère d'activité pacifique que l'autre se réserve et on cite le Thibet, la Perse et l'Afghanistan comme étant les régions au sujet desquelles les conversations diplomatiques doivent l'engager, pour mettre une sourdine aux rivalités d'intérêts anglais et russes dans ces parties du monde.

Il semble cependant que l'Afghanistan doive être exclu de ces négociations, car la frontière Russo-afghane a déjà été dûment délimitée et la Russie a promis de ne pas la franchir.

En Perse depuis longtemps la Russie a adopté une politique de pénétration pacifique et a montré le désir d'arriver au Golfe Persique. Cette politique ne peut au point de vue stratégique et commercial que déplaire à la Grande-Bretagne.

On paraît espérer à Londres que vu les revers de la Russie, cette puissance sera aujourd'hui plus disposée à se résigner au maintien du «statu quo» en Perse et à signer avec l'Angleterre une déclaration obligeant les deux nations à respecter l'intégrité et l'indépendance du royaume du Shah tout en s'y répartissant des sphères bien distinctes d'intérêts commerciaux de façon à ne pas s'y contrecarrer inutilement.

Quant au Thibet, la Grande Bretagne et la Russie devraient toutes deux s'engager à ne pas chercher à s'immiscer dans les affaires du Gouvernement de Chassa.

On pense que, relativement à ce qui précède les cabinets de Londres et de S^t Pétersbourg, sans peut-être signer de véritable traité, se contenteraient de se donner des assurances réciproques en vue de diminuer les préjugés et les malentendus réciproques.

BRUXELLES, 18. 12. 1906.

(Extraits de rapports de Berlin des 27 nov. et 7 décembre 1906.)

Nul ne songe en Allemagne à contester le droit qu'ont la France et l'Espagne de garantir au Maroc, par une démonstration navale, la sécurité de leurs nationaux. On s'en offusque d'autant moins qu'en pareil cas le gouvernement allemand agirait de même sans la moindre hésitation.

Les ambassadeurs de France et d'Espagne ont remis au secrétaire d'Etat des notes identiques pour lui communiquer l'arrangement intervenu entre les deux pays au sujet de leur action dans les eaux marocaines. M. de Tchirsky¹⁾ a pris la note pour information et en remerciant.

La Norddeutsche Allgemeine Zeitung écrit que le contenu de la note n'a pu que fortifier l'opinion régnante à Berlin et d'après laquelle les deux puissances veulent se tenir loyalement dans les limites des attributions qui leur ont été conférées à Algé-
ciras.

BRUXELLES, 18. 12. 1906.

(Extrait d'un rapport de Paris du 7 décembre 1906.)

Une discussion importante s'est ouverte hier à la Chambre des députés au sujet des affaires du Maroc et de la ratification de l'acte d'Algé-
ciras. Les déclarations faites préalablement par le gouvernement sur la nature de son intervention dans les affaires marocaines avaient enlevé une partie de l'intérêt et de l'émotion avec lesquels on attendait ce débat vu que dans ces conditions, malgré l'éloquente opposition de M. Jaurès, le résultat en était prévu d'avance. M. Pichon n'a fait que préciser ses explications antérieures et rassurer l'opinion publique sur l'emploi éventuel des forces navales envoyées à Tanger. Il a lu à la Tribune la note concertée entre la France et l'Espagne qui a été remise à toutes les Puissances ayant assisté à la Con-

¹⁾ So im Zirkular.

férence d'Algéciras et qui n'a soulevé d'objection de la part d'aucune d'elles. Un communiqué à la presse indique comment la note franco-espagnole fut accueillie par les divers Cabinets. Les puissances ayant admis que la France et l'Espagne n'ont d'autre but que de remplir le mandat qui leur est conféré par l'acte d'Algéciras et que les forces navales ne sont destinées qu'à assurer la bonne exécution de ce mandat il ne pouvait y avoir d'objection de leur part à ce programme. Quoique la sincérité des déclarations faites par les cabinets de Paris et de Madrid ne puisse pas être mise en doute on sait que l'Allemagne suivra d'un œil attentif le cours des événements se réservant d'agir selon les circonstances si des complications entraînaient la France et l'Espagne au delà du but qu'elles se sont officiellement assigné. M. Jaurès prétend que ce but sera fatalement dépassé, que l'on s'engage de nouveau dans l'engrenage des difficultés marocaines, mais le leader socialiste, réduit au silence par un vote de confiance au Gouvernement et guidé par des considérations de parti a fini par se résigner à admettre la politique marocaine de M. Clémenceau et il l'a déclaré dans un entrefilet de son journal «l'Humanité».

Ce qui paraît le plus intéressant à noter dans le discours de M. Jaurès c'est l'expression, manifestée pour la première fois publiquement, de la crainte d'être entraîné par l'entente cordiale avec l'Angleterre à servir de complice inconscient à ses convoitises au détriment des intérêts de la France. Il redoute que, la France engagée au Maroc et poussée vers les aventures par la presse officieuse anglaise, ne puisse plus recouvrer toute l'indépendance et la liberté d'action qu'elle doit conserver en présence des avances de l'Angleterre et qu'ainsi le but de cette entente cordiale soit faussé. Quoique l'on se montre toujours très partisan d'un accord avec l'Angleterre, le sentiment d'une certaine défiance commence à se manifester dans l'opinion publique.

La Chambre a cloturé sa séance d'hier en approuvant à l'unanimité l'acte d'Algéciras et en votant par 457 voix contre 87 l'ordre du jour de confiance au gouvernement.

BRUXELLES, 20. 12. 1906.

(Extraits d'un rapport de Tanger du 24 Novembre 1906.)

Le Corps Diplomatique réuni aujourd'hui, a discuté la situation de la ville et de ses environs, au point de vue de la sécurité des résidents étrangers.

Le Ministre de France a donné lecture d'une longue liste des vexations, emprisonnements, bastonnades, démolition de boutiques, confiscations de propriétés, dont des sujets ou protégés français et algériens sont victimes de la part des émissaires de Raïssouli, sans que le Maghzen soit à même d'intervenir. Plusieurs chefs de mission ont cité des faits analogues en ce qui concerne leurs ressortissants.

Il a été décidé de signaler une fois de plus à Fez cet intolérable état de choses.

La pusillanimité de beaucoup d'habitants de la ville dont certains indigènes s'amuse à entretenir les terreurs en parlant tout haut de «couper la gorge à tous les chrétiens» contribue à répandre par la voie de la presse des alarmes exagérées. Il y a lieu de distinguer. Rien n'a jamais autorisé les étrangers à craindre pour leur vie, ni à prédire des hécatombes qui ne sont nullement dans les mœurs marocaines.

En revanche, la liberté individuelle, la sécurité des biens, l'administration de la justice, sont choses presque disparues. Raïssouli vient de renouveler la défense au Cadi et aux adouls (notaires), d'intervenir pour les formalités légales nécessaires aux transactions immobilières en dehors des murs.

La présence en rade des navires français et espagnols, — si elle rassure les personnes qui craignent des troubles d'une nature grave et générale, — n'est d'aucune utilité contre les incidents de tous les jours. Les indigènes sont depuis longtemps devenus sceptiques sur le danger des démonstrations navales.

BRUXELLES, 14. 2. 1907.

(Extraits d'un rapport de Paris du 4 Février 1907.)

Le Roi et la Reine d'Angleterre sont arrivés incognito à Paris; ils sont descendus à l'Ambassade. Ce voyage inattendu n'a été décidé que dans ces derniers jours et il a causé une certaine surprise, même au gouvernement de la République. M. Pichon en avouant hier soir à ses intimes son étonnement confessait qu'il n'en soupçonnait pas le but. On n'attribue jusqu'ici aucun motif spécial à cette visite, mais il semble qu'elle doive avoir un caractère politique d'autant plus important qu'il est moins spécifié. Il est certes trop tôt pour apprécier la portée de ce voyage et en prévoir les résultats. On ne peut faire que des conjectures basées sur la situation politique générale et sur celle qui existe actuellement en France. Depuis quelques années le gouvernement de la République a accueilli avec faveur et presque avec enthousiasme les avances de l'Angleterre qui, très discrètement a laissé à M. Delcassé et à ses successeurs tout le mérite de l'entente cordiale et cet accord était considéré par la grande majorité des français comme un appui moral et matériel fort précieux pour le maintien du prestige de la France et la sauvegarde de ses intérêts.

L'arrivée au pouvoir de M. Clémenceau a été le couronnement de l'influence anglaise. Le cabinet de Londres croyait trouver en lui un homme absolument dévoué à sa politique et ayant un caractère assez autoritaire et énergique pour l'imposer. Il semble qu'on a été assez déçu dans les espérances qu'on avait conçues de ce côté. D'autre part, bien des symptômes ont laissé entrevoir que l'opinion publique française devenait soupçonneuse à l'égard des avantages de l'entente cordiale et qu'elle commençait à manifester le désir d'affranchir la France de l'ingérence britannique. Il existe depuis peu une opposition encore sourde et timide, mais bien significative contre la politique qui tend à se laisser entraîner dans l'orbite de l'Angleterre. Les conseils et les desseins de cette puissance n'apparaissent plus aussi désintéressés qu'au début et il en résulte qu'il se forme

un parti disposé à secouer le joug de cette influence étrangère pour donner à la France une plus grande et plus honorable liberté d'action, tout en maintenant pourtant d'excellents rapports d'amitié avec sa voisine d'outre-Manche. Il est permis de croire que les tendances anglaises en Afrique et spécialement l'attitude envers l'Etat du Congo n'ont pas été étrangères au sentiment de défiance qui se manifeste ici.

Il n'est donc pas étonnant qu'en présence de cette situation le roi Edouard ait voulu venir causer avec les membres du gouvernement de la République et raffermir l'influence qu'il craint de lui voir échapper. On se demande quel sera le résultat de ce nouvel effort et s'il ne sera pas considéré comme une pression exagérée de nature à accentuer les tendances de réaction contre toute ingérence étrangère.

60.

BRUXELLES, 16. 2. 1907.

(Extrait d'un rapport de Londres du 5 Février 1907.)

Le voyage du Roi et de la Reine d'Angleterre à Paris fait l'objet des conjectures les plus variées.

Officiellement on parle d'un petit séjour d'agrément; on rappelle que le Roi comme le prince de Galles, faisait de fréquentes visites en France et que rien n'est plus naturel que sa présence actuelle dans la capitale voisine, où le Duc et la Duchesse de Lancastre se trouvent incognito. Mais les explications ne sont pas de nature à diminuer la curiosité du public.

Le départ de Leurs Majestés semble avoir été décidé assez subitement. Leur absence ne doit durer que huit jours, le Roi et la Reine devant être rentrés dans leurs Etats avant l'ouverture du Parlement fixée au 12 de ce mois.

La presse allemande estime que le Roi Edouard prétend donner des conseils au cabinet français et exercer une influence personnelle sur son action, en causant avec les membres d'un gouvernement, dont il voudrait faire le simple agent du gouvernement britannique.

La presse française semble se borner à accueillir avec plaisir

et respect l'auteur principal de l'entente cordiale, entente, qui ne peut que gagner à cette démarche spontanée de l'ami de la France.

La presse anglaise ne se prononce pas sur la question.

Le projet de tunnel sous la Manche, si favorablement accueilli par les Français, qui ont tout à y gagner, fait depuis quelque temps l'objet de nombreuses polémiques dans toute la presse britannique. Il ressort de toute cette campagne une impression plutôt défavorable à l'exécution d'un plan que des sommités navales et militaires réprouvent. Une certaine méfiance latente du public anglais à l'égard de la France a percé dans la discussion et il a paru que la nouvelle amitié pourrait en être atténuée, bien que ceux qui combattent le tunnel aient eu soin de prier les Français de ne rien voir de blessant pour eux dans leur désir de ne pas voir disparaître le rempart maritime de l'Angleterre. Les amis du projet, d'autre part, ont déclaré que s'il était rejeté, la France se sentirait froissée.

Il semble probable que la question du tunnel sera soulevée dans la prochaine session parlementaire et autant qu'on peut en juger, l'opinion publique n'est pas mûre pour cette innovation, qui augmenterait les dangers d'un coup de main hardi de la part d'une puissance continentale victorieuse, diminuerait la valeur de la flotte britannique et obligerait l'Angleterre à donner plus d'ampleur à ses forces militaires, ce qui est précisément contraire aux aspirations du cabinet actuel.

A-t-on escompté la probabilité d'un nouveau rejet du tunnel; a-t-on craint l'effet que ce rejet produirait sur l'amitié française et a-t-on voulu atténuer cet effet par une manifestation spontanée et cordiale qui a pris la forme d'une visite royale? On ne peut que signaler cette hypothèse.

PARIS, 6. 2. 1907.

(Bericht des belgischen Gesandten zu Paris A. Leghait an den belgischen Minister des Äußeren de Favereau).¹⁾

Je ne puis guère jusqu'ici que vous confirmer les informations générales que j'ai eu l'honneur de vous transmettre par ma lettre du 4 de ce mois²⁾, au sujet de la visite des Souverains anglais à Paris.

Dans les cercles officiels on observe la plus grande réserve, et M. Pichon ne recevra même pas aujourd'hui, comme de coutume, le Corps diplomatique. Dans la presse on s'abstient aussi de tout commentaire sur le motif qui a amené le Roi à Paris.

D'après ce qui me revient, Sa Majesté britannique aurait surtout à cœur de détruire les germes d'inquiétude qui naissent dans l'esprit français au sujet de ses intentions belliqueuses. On commençait à oser dire ici que l'entente cordiale menait fatalement à la guerre et que, comme personne ne la voulait en France, il ne fallait pas s'y laisser entraîner au bénéfice exclusif d'une autre Puissance.

Le seul Ambassadeur que le Roi ait reçu jusqu'ici, est le Prince de Radolin, Ambassadeur d'Allemagne, avec lequel il a eu un assez long entretien. Cette entrevue a produit une bonne impression, semblant indiquer le désir du Roi de prouver que l'amitié qu'il recherche avec la France, n'a aucun caractère agressif pour l'Allemagne. Un autre symptôme de ce désir, c'est que cette fois M. Delcassé n'a pas été convié aux réceptions en l'honneur du Roi, comme cela avait eu lieu au printemps dernier, non sans provoquer de commentaires à Berlin.

Edouard VII parviendra-t-il à persuader à tous que le but qu'il poursuit, en recherchant avec tant d'instances l'amitié d'une France forte, est complètement désintéressé et n'a en vue qu'un équilibre européen capable de maintenir la paix?

¹⁾ Von diesem Bericht wurde kein Zirkular versendet. Vgl. S. 29.

²⁾ Abgedruckt in den „Belgischen Aktenstücken 1905—1914“ unter Nr. 21, S. 24/25.

BRUXELLES, 18. 2. 1907.

(Extraits d'un rapport de Paris du 10 février 1907.)

Les souverains anglais ont quitté Paris hier pour rentrer à Londres. Ils ont conservé l'incognito et sauf pour le déjeuner offert en leur honneur par le Président de la République ils n'ont pas été en contact avec le monde officiel.

L'attitude affable et cordiale du Roi et de la Reine pendant leur séjour a séduit le public.

Dans les sphères officielles le Roi a, paraît-il, su resserrer encore les liens de sympathie entre les deux pays en affirmant sa politique pacifique et en développant les raisons pour lesquelles l'entente cordiale devait en être la base comme garantie de l'équilibre des puissances en Europe.

Dans ses entretiens avec M. Clémenceau et avec le ministre de la guerre le Roi a insisté sur la nécessité de maintenir fortes les armées de terre et de mer de la France.

Au prince de Radolin, il a donné les assurances les plus tranquillissantes et a dit que son voyage n'avait pour but que de distraire la Reine qui n'était plus venue à Paris depuis fort longtemps.

Il résulte de renseignements puisés à la meilleure source, que, durant son séjour à Paris, le Roi d'Angleterre a affecté de n'aborder aucune question politique spéciale et qu'il n'a pas mentionné le Congo.

On est généralement d'avis que, par sa présence à Paris le Roi a simplement voulu affirmer, et rappeler aux Puissances tierces, que l'accord avec la France est aussi complet que jamais.

Cette tactique qui a pour but apparent d'éviter la guerre risque causer du mécontentement à Berlin.

On se demande, quel est le but réel poursuivi par le gouvernement britannique.

Il y a des raisons de croire que le gouvernement de la République aurait autant aimé éviter cette dernière visite anglaise.

La France qui désire sincèrement la paix et l'amélioration

de ses relations avec l'Allemagne aura de grands efforts de diplomatie à faire pour démontrer à Berlin que l'entente cordiale ne peut rien avoir de déplaisant pour l'Allemagne et qu'elle n'est pas conclue pour mettre obstacle à son expansion.

On sent si bien ici qu'on est dans une situation délicate, que tous les organes officieux ou sérieux de la Presse gardent le silence sur cette situation et qu'aucun d'eux n'ose se réjouir de cette nouvelle démonstration de l'amitié anglaise.

D'autre part on vient de voir M. Pichon soutenir à la Chambre contre les socialistes l'utilité et la fermeté de l'alliance russe.

On comprend qu'il faudrait peu de chose pour éveiller les susceptibilités.

62.

BRUXELLES, 16. 3. 1907.

(Extraits d'un rapport de S^t Pétersbourg du 7 mars 1907, N° 65.)

Angleterre et Russie.

Les tentatives faites pour régler entre la Russie et l'Angleterre les questions litigieuses du ressort de leur politique orientale n'avaient abouti jusqu'ici qu'à une entente tacite limitée à la sauvegarde de leurs intérêts respectifs en Perse.

Les négociations ont été renouées dans ces derniers temps d'une manière plus active en vue d'élargir le cadre d'un accord, c'est à dire d'y comprendre d'autres régions de l'Asie centrale pouvant donner matière à conflits.

L'affaire avait subi un temps d'arrêt parceque à l'époque du gouvernement présidé par M. Balfour, les suggestions dont le comte de Benckendorf, ambassadeur de Russie à Londres, s'était chargé de prendre l'initiative avaient été écartées comme prématurées.

C'est du côté anglais que, cette fois, seraient venues les avances.

Lorsque M. Iswolsky, aussitôt après sa nomination au poste de Ministre des affaires étrangères s'est rendu à Paris et à Berlin, le nouveau chef du Foreign Office lui aurait fait savoir qu'il lui serait agréable de recevoir également sa visite.

M. Iswolsky s'est dérobé à cette invitation en alléguant l'obligation où il se trouvait de rentrer, sans plus de retard, à S^t Pétersbourg.

En réalité le ministre du Czar craignait que son voyage en Angleterre ne fut interprété comme une sorte d'engagement à s'aventurer dans une transaction dont il lui paraissait prudent de mesurer au préalable les conséquences. Des conversations ont été reprises depuis sur le sujet dont il s'agit entre Sir Arthur Nicholson, ambassadeur du Roi Eduard à S^t Pétersbourg et M. de Sementowsky, directeur du premier département au Ministère des Affaires Etrangères.

Leur conclusion ayant été approuvée par les deux gouvernements il en est résulté un projet d'arrangement dont les conditions peuvent se résumer ainsi:

La Russie et l'Angleterre conviennent de maintenir le Statu quo en Turquie, en Afghanistan et au Thibet, dont l'indépendance et l'intégrité territoriale seront respectées.

Les sphères d'influence en Perse seront partagées, la Russie se réservant la partie septentrionale et renonçant de la sorte à acquérir un port sur le golfe persique, tandis que la partie méridionale sera attribuée à l'Angleterre.

Les deux puissances s'engageront à ne pas s'immiscer dans la politique intérieure du pays, hormis le cas où la protection de leurs nationaux et de leurs intérêts commerciaux insuffisamment garantie par les autorités indigènes nécessiterait leur intervention en commun.

La sanction de cette entente n'empruntera pas la forme solennelle d'un traité. Les bases de l'accord seront simplement consignées dans des notes dont l'échange ne tardera pas, assure-t-on, à se faire à S^t Pétersbourg.

63.

BRUXELLES, 30. 3. 1907.

(Extrait d'un rapport de S^t Pétersbourg du 13 mars 1907.)

Les négociations entamées entre la Russie et le Japon en vue du règlement définitif des diverses questions touchant aux

intérêts immédiats de ces deux Puissances en Extrême-Orient semblent toucher à leur fin.

Les points sur lesquels l'accord paraissait difficile étaient le Traité de commerce, les limites à tracer au droit de pêche dans les eaux de l'Asie orientale, ainsi qu'aux entreprises privées de la même industrie à Kwan-tung et l'organisation en commun de la navigation de l'Amour.

S'y trouvait également comprise, à titre subsidiaire, la reconnaissance des possessions de la Croix-Rouge à Port-Arthur.

Après de longs et laborieux pourparlers, l'entente a fini par s'établir entre les Plénipotentiaires russes et japonais réunis à S^t Pétersbourg au ministère des affaires étrangères.

Il reste à régler la question également fort importante du partage ou de la cession des chemins de fer mandchouriens.

Sous la direction de M. Motono, Ministre du Japon et de M. Ventzel, adjoint au Président du Conseil d'administration de la société des chemins de fer de l'ouest de la Chine, s'est tenue récemment la première séance des délégués spéciaux désignés de part et d'autre pour l'examen des détails techniques se rapportant à la jonction des voies ferrées à Konantchenzé. On a l'espoir d'aboutir bientôt à une solution des problèmes demeurés en suspens et d'après ce que l'on assure la Convention générale qui ne tardera pas à être conclue sera, par sa rédaction claire et précise, assez complète pour écarter toute cause de conflit auquel pourrait donner lieu l'interprétation du traité de Portsmouth.

Le résultat favorable de ces négociations dont le début assez ardu, ne faisait pas présager une issue si satisfaisante, est dû en grande partie, à l'habilité déployée par M. Motono, qui, tout en montrant beaucoup de fermeté dans la défense des intérêts de son pays, a su, en certaines circonstances, témoigner d'un esprit de grande conciliation. On lui sait gré, dans les milieux russes, de cette attitude.

La signature de la Convention Russo-Japonaise suivra de près l'échange des déclarations relatives à l'accord Anglo-Russe sur la politique asiatique. Mais d'après des renseignements provenant d'une source autorisée cette coïncidence purement

fortuite n'implique pas une connexité des deux arrangements. Ce serait donc trop se hâter que d'y trouver l'indice d'une prochaine quadruple alliance entre l'Angleterre, la Russie, la France et le Japon, ainsi que la presse britannique et les journaux japonais se plaisent à l'annoncer en l'envisageant comme un gage de paix assurée pour de longues années en Extrême-Orient et en en faisant remonter l'honneur au Roi Eduard VII.

Il est à prévoir toutefois que les relations encore peu cordiales de la Russie et du Japon perdront bientôt de leur tension et que le gouvernement du Tsar ne tardera pas à accepter que le représentant du Mikado à S^t Pétersbourg soit promu au grade d'Ambassadeur à charge de réciprocité en faveur du Ministre actuel de S. M. Impériale à Tokio.

64.

BRUXELLES, 11. 4. 1907.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 24 mars 1907.)

Une nouvelle grave est arrivée hier à Tanger. Le docteur Mauchamp, médecin du dispensaire français de Marakkesch a été massacré par la foule, le 19 de ce mois.

Il avait installé sur sa maison un drapeau blanc pour servir de point de repère à des travaux de triangulation exécutés par l'explorateur Gentil du haut d'une autre maison française. Ce genre d'opérations excite toujours la méfiance et la colère des arabes de Fez et de Marakkesch, lesquels n'admettent guère qu'on prétende leur imposer un progrès contraire à leurs mœurs et à leurs goûts.

Les autorités locales envoyèrent avertir le docteur de l'émeute qui se préparait et le prier de rester au dispensaire et de ne pas rentrer chez lui. M. Mauchamp ne voulut rien entendre. A son approche, la foule se précipite vers lui; le docteur sortit son revolver mais tomba aussitôt frappé de coups de poignard et sous une grêle de pierres. On parvint à soustraire son corps à la fureur des meurtriers.

De son côté, le médecin anglais de Marakkesch, réfugié dans

sa maison, tira des coups de feu sur la foule qui l'assiégeait et tua, dit-on, un Chérif. Une autre personne fut tuée par les soldats du Maghzen dans la bagarre — M: et M^{me} Gentil durent se réfugier dans le Mellah (quartier juif) — dont on ferma les portes.

La mission du D^r Mauchamp était politique autant qu'humanitaire. L'établissement, sur différents points de l'Empire, de médecins, chargés de gagner la confiance des indigènes, fait partie du programme français de «pénétration pacifique».

65.

BRUXELLES, 12. 4. 1907.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 29 mars 1907.)

On sait maintenant que l'assassinat du D^r Mauchamp à Marakkesch, est dû principalement à son imprudence. Il avait arboré sur sa maison en guise de signal, un chiffon blanc au bout d'un bâton qu'on pouvait confondre avec un drapeau blanc, privilège des chérifs. Son compagnon, M. Genty, avait de son côté profondément blessé les indigènes en stationnant sur le toit de sa demeure pour faire des travaux de triangulation: dans les villes arabes, les hommes doivent s'abstenir de monter sur les terrasses, où les femmes se promènent à visage découvert.

Deux mille hommes environ de troupes algériennes ont occupé aujourd'hui Oudjda sans coup férir.

L'occupation d'Oudjda laisse assez indifférente la population indigène de Tanger. Par contre les nouvelles de Marakkesch annoncent une certaine effervescence. Le consul d'Allemagne a interdit à ses ressortissants de quitter leurs maisons; le consul d'Angleterre a fait signer aux résidents européens une lettre rendant responsables de leur sécurité les autorités de la ville.

BRUXELLES, 12. 4. 1907.

(Extrait d'un rapport de Londres du 28 mars 1907.)

Depuis que la direction des affaires étrangères de Russie a été confiée à M. Iswolsky, un rapprochement sensible s'est produit entre les Cabinets de S^t James et de S^t Pétersbourg et l'accord sur beaucoup de questions qui, il y a 2 ans encore paraissait impossible, semble aujourd'hui à la veille de se réaliser.

L'incident du Doggerbank, les sympathies britanniques pour le Japon lors de la guerre de 1904, les rivalités ardentes en Perse sont choses du passé et, s'il faut ajouter foi à certains indices, la diplomatie anglaise, dont toutes les ressources tendent à l'isolement de l'Allemagne, semble nous réserver pour un avenir rapproché le spectacle d'une entente anglo-russe.

Ainsi qu'en 1905, la réception de la flotte française en Angleterre était le signal avant coureur de l'entente cordiale, on peut par analogie voir dans l'accueil fait actuellement à une escadre russe à Portsmouth les prémices de relations plus cordiales avec la Russie. Les visites de courtoisie ont été échangées entre amiraux russes et anglais et le commandant en chef de Portsmouth, l'amiral Sir D. H. Bosanquet a donné un banquet en l'honneur de l'escadre étrangère. Un télégramme du Roi Edouard adressé ces jours-ci à l'Amirauté contient le désir formel de Sa Majesté de voir un nombre d'officiers et marins russes visiter Londres. En conséquence 20 officiers et une centaine de marins sont arrivés avant-hier par train spécial dans la capitale et ont été les hôtes de l'Amirauté. Il y a eu les lunchs, diners et spectacles de rigueur, en la présence de hautes personnalités du Foreign office et de l'Amirauté. La foule a ovationné les marins russes à l'Alhambra et les a acclamés à leur arrivée à la gare. Les journaux sont unanimes à se féliciter de cette réception et ne manquent pas d'attirer l'attention du public sur la similitude des fêtes actuelles avec celles offertes aux marins français.

Le «Times» fait remarquer que d'ailleurs l'entente cordiale

devait avoir comme* «corollaire» inévitable un rapprochement de l'Angleterre et de la Russie et dans un avenir plus lointain un rapprochement intime entre ces deux pays la France et le Japon, de nature à assurer d'une façon puissante et inattaquable au monde entier les bienfaits d'une ère durable de paix et de prospérité.

67.

BRUXELLES, 15. 4. 1907.

(Extrait d'un rapport de Madrid du 8 avril 1907, N° 72.)

Angleterre et Espagne.

Jusqu'au dernier moment on a cru à Madrid que l'entrevue de Carthagène n'aurait pas lieu. D'excellentes raisons s'offraient pour l'ajourner: l'état de santé de la Reine Victoria dont les couches sont imminentes; la situation du Maroc où l'Espagne peut être appelée à tout moment à envoyer ses vaisseaux de guerre.

On assure qu'il fut discrètement fait allusion à tout cela mais que le Roi Edouard tint pour son idée, en soulignant même le caractère solennel dont il entendait revêtir sa visite. Rien n'a été négligé en effet de ce qui peut contribuer à la signification de l'entrevue de Carthagène.

Cette entrevue avait été préparée de longue main par le cabinet libéral espagnol. On ne peut donc pas dire qu'elle soit directement motivée par les événements récents du Maroc. Néanmoins le Maroc retiendra certainement l'attention des souverains et c'est à cause de cela précisément que le cabinet conservateur actuel n'est peut-être pas sans quelque appréhension. Il redouterait, en effet, de se voir dans la nécessité de s'engager plus avant encore dans l'affaire marocaine dont l'Espagne n'a guère de chances de tirer profit.

On croit qu'en recherchant avec insistance l'occasion de rencontrer le Roi Alphonse XIII, Edouard VII se proposait un triple but.

Il y a d'abord la Conférence de La Haye en vue de laquelle la Grande Bretagne veut dès à présent s'assurer des concours,

ne fût-ce que pour répondre à la démarche du chancelier de Bülow auprès de M. Tittoni.

Il y a ensuite et surtout la question marocaine qui vient d'entrer dans une phase nouvelle, d'une part par l'occupation d'Oudjda, d'autre part par le prétendu compromis franco-allemand dont on commence à parler comme d'une chose imminente, sinon faite.

L'occupation d'Oudjda pourrait, d'après les circonstances, se prolonger ou même devenir permanente. Elle peut être le prélude de l'occupation d'une série d'autres points stratégiques, notamment de Figuig. Pour s'assurer, en vue de pareilles éventualités, le bon vouloir de l'Allemagne, la France devrait faire des sacrifices et consentir à des concessions sur d'autres terrains. Aussi croit-on ici à l'exactitude des bruits qui courent et d'après lesquels on négocierait à Paris et à Berlin une entente économique dont la Télégraphie sans fil ferait les premiers frais.

Il est certain qu'une telle entente ne pourrait être vue avec faveur par l'Angleterre qui doit désirer que le marché économique du Maroc reste ouvert à tous et à des conditions égales. De là assure-t-on, le désir du Roi Edouard de se servir de l'Espagne pour faire contre-poids et de lui rappeler qu'elle aussi possède sur le Maroc, dès avant Algéçiras, des droits considérables qu'elle doit être prête à défendre.

Enfin il n'y aurait rien d'étonnant à ce que le Roi d'Angleterre trouve le moment venu de régler définitivement au profit de son pays la question de suprématie dans la Méditerranée. Pour que l'Angleterre y soit maîtresse il faut qu'elle puisse compter sur la péninsule ibérique. Le Portugal lui est acquis depuis longtemps. Le moment peut paraître opportun pour attacher l'Espagne, toujours un peu hésitante, à une forte alliance. Il serait d'un prix inestimable pour la Grande-Bretagne, en échange d'une promesse d'appui, d'avoir en retour et en toute conjoncture à sa disposition, l'abri des ports espagnols.

Telle est l'impression d'ensemble qu'a produit à Madrid, parmi ceux qui cherchent à pénétrer le secret des choses, l'annonce de l'entrevue solennelle qui se célèbre en ce moment. Ce ne sont assurément qu'hypothèses mais nul ne pourrait

s'étonner de voir le Roi Edouard préoccupé de réunir en une alliance les pays ibériques qui sont le prolongement de la France amie. Sans compter que l'Espagne mieux que toute autre, peut empêcher que le Maroc ne devienne la chose d'une seule puissance et aider ainsi à laisser la porte ouverte à tous ceux qui y cherchent l'emploi de leur activité.

68.

BRUXELLES, 30. 4. 1907.

(Extraits d'un rapport de Madrid du 16 avril 1907, N° 76.)

Angleterre et Espagne. Entrevue de Carthagène.

La «Epoca» en date d'hier a publié un communiqué officiel relatif à l'entrevue de Carthagène. Ce communiqué dit que la visite du Roi d'Angleterre est un acte de courtoisie; que si on veut lui attribuer une signification politique ce ne peut être que dans ce sens qu'elle a fourni à l'opinion publique des deux pays l'occasion de manifester une fois de plus des sympathies réciproques et de reconnaître les intérêts communs qui lient les deux Puissances; que si, dans les conversations entre les ministres anglais et espagnols il a été fait allusion aux événements politiques du jour, tels que la Conférence de la Paix ou les incidents du Maroc, rien n'a été changé à la ligne de conduite antérieure de l'Espagne.

Ce communiqué mériterait à peine de retenir l'attention s'il avait été donné spontanément à la presse par le gouvernement. Mais on sait à Madrid qu'il n'en est pas ainsi et que c'est sur les instances pressantes de l'Ambassadeur d'Allemagne qu'on s'est décidé à publier cette version de l'entrevue des deux souverains.

Au lendemain du retour de Carthagène M. de Radowitz avait en termes assez vifs, marqué son étonnement de la contradiction existant entre les propos des membres du gouvernement qui ôtaient à l'entrevue toute signification particulière et le langage des journaux qui, au contraire lui attribuaient une portée politique considérable.

Le communiqué est le résultat de cette intervention. Il est fort commenté.

La réserve de ceux qui furent témoins de l'entrevue de Carthagène est, au surplus extrême. Quelques uns d'entre eux vont partout répétant que la visite du Roi Edouard VII a été de pure courtoisie. Cette affirmation s'harmonise mal avec la série de faits dans laquelle elle s'encadre : hier c'était la création du commandement général des forces britanniques dans la Méditerranée, conféré au duc de Connaught, frère du Roi ; demain ce sera l'entrevue de Gaëte. Enfin, du côté anglais, perce une satisfaction trop visible pour que l'entrevue de Carthagène n'ait pas répondu aux espérances qu'on avait fondées sur elles.

BRUXELLES, 30. 4. 1907.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 15 avril 1907, N° 66.)

La France et l'acte d'Algeciras.

L'occupation d'Oudjda est une opération militaire d'importance médiocre en soi. Cette place avait été, à plusieurs reprises, à la merci du Prétendant et le Maghzen lui-même avait naguère demandé le secours des troupes algériennes contre le Rogni opérant dans la région.

L'arrivée du général Liautey a produit peu d'effet sur les populations indigènes du Moghreb. Le Sultan, dans une récente lettre, lue publiquement dans les mosquées, a rendu ses sujets responsables de cette humiliation, en la représentant comme une conséquence de leur refus de se ranger à ses sages conseils.

La portée véritable de l'occupation d'Oudjda s'étend bien au delà d'une simple expédition punitive. Certes le meurtre du docteur Mauchamps justifie pleinement l'atteinte à la «Souveraineté du Sultan et à l'intégrité de son territoire»; mais d'autres symptômes indiquent simultanément l'intention d'ébranler la Convention d'Algesiras, aujourd'hui vieille d'un an. Rappelons la tentative d'établissement de la télégraphie sans fil; — le privilège revendiqué par la France quant au choix de

l'ingénieur, — l'inobservation de l'art. 49, § 3 (cet article porte que «tous les employés de la Société [Banque] seront recrutés autant que possible, parmi les ressortissants des diverses Puissances qui ont pris part à la souscription du Capital». Or la Banque d'Etat prend purement et simplement à son service, en bloc, tous les employés français du Comptoir national d'Escompte de Paris — agence de Tanger).

La France, forte aujourd'hui par l'effet des combinaisons diplomatiques, semble regretter de s'être laissé conduire à Algesiras, et ce, malgré les privilèges fort appréciables qu'elle en a rapportés. Elle cherche à détruire les effets de la convention du 7 avril 1906 et à revenir à la situation créée par l'accord anglo-français du 8 avril 1904.

70.

BRUXELLES, 30. 4. 1907.

(Extraits d'un rapport de Rome du 21 avril 1907.)

Sans le bruit fait autour de l'entrevue de Gaëte par la presse de Vienne et de Berlin, la visite du Roi Edouard au Roi Victor Emmanuel aurait passé presque inaperçue. L'opinion et la presse en Italie eussent eu le droit de se montrer froissées si le Roi d'Angleterre était venu naviguer dans les eaux italiennes à proximité de la Sicile et de Naples sans faire un geste pour saluer Victor Emmanuel qui précisément à ce moment était allé inaugurer une exposition à Catane.

Un personnage italien de haute situation a donné récemment à ce sujet son opinion à un diplomate étranger dans les termes suivants :

«On ne nous empêchera pas d'aimer l'Angleterre car nous sommes redevables de notre rénovation politique à son appui moral pleinement désintéressé et au concours armé de la France. Et, du reste, même si nous n'avions pas une dette de reconnaissance envers la Grande Bretagne, nous serions obligés de la ménager en toutes circonstances, car, en cas de conflit, elle serait à même d'envoyer, en quelques jours, ses flottes bombarder

et ravager toute la longue ligne de nos côtes, ou bien proclamer le blocus qui ruinerait notre commerce.

«Un journal de Rome a dit récemment que les gouvernements de Berlin et de Vienne ont été prévenus que jamais à aucun prix l'Italie ne consentirait à se laisser entraîner par ses alliés dans une guerre contre la Grande Bretagne. C'est exact, et la déclaration dont il s'agit fait aujourd'hui partie intégrante de notre code international public.»

71.

BRUXELLES, 3. 5. 1907.

(Extrait d'un rapport de Rome du 19 avril 1907, N° 188.)

Italie et Angleterre. L'entrevue de Gaëte.

La «Tribuna» a publié avant hier un communiqué dans lequel il est déclaré que le Roi d'Italie a été prévenu à Athènes du désir qu'avait le Roi d'Angleterre de rencontrer le chef de la maison de Savoie dans les eaux italiennes après la visite au Roi de Grèce. «Ainsi fut convenue l'entrevue de Gaëte» ajoutait le journal officieux.

Les renseignements donnés par la «Tribuna» ne sont pas exacts car depuis plus de six semaines c'est-à-dire avant l'entrevue de Rapallo, l'Ambassade de la Grande Bretagne à Rome avait été chargée de se préparer à l'arrivée du Roi Edouard et à la rencontre des deux souverains. Donc l'entrevue d'hier n'a pas été une réponse à celle de Rapallo.

L'Allemagne n'a pas dissimulé sa joie après l'entrevue de Rapallo qui a paru effacer les souvenirs et les déceptions d'Algeras et le prince de Bülow a proclamé à diverses reprises pendant son séjour sur les rives de la mer Ligurienne, combien il était enchanté de son entrevue avec M. Tittoni dont l'attitude semblait devoir ramener complètement l'Italie dans l'orbite de la politique austro-allemande. Depuis lors le voyage à Athènes avait déjà impressionné défavorablement l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie et voici que l'entrevue de Gaëte exaspère la presse et l'opinion dans les deux Empires du Centre.

La «Tribuna» d'hier soir a publié un nouvel entrefilet officieux qui, cette fois, donne la note juste. En voici la traduction: «La rencontre qui a eu lieu sous forme privée, entre le Roi d'Angleterre et le Roi d'Italie est une preuve nouvelle des sentiments d'affection personnelle unissant les deux souverains. Cette rencontre n'a été motivée par aucune considération politique; néanmoins elle produira le meilleur effet sur les rapports si intimes et si cordiaux qui existent entre les deux pays. L'entrevue des deux souverains dont les sentiments pacifiques sont connus est pour tout le monde une promesse et une garantie de paix.»

On raconte partout dans la presse que le Roi d'Angleterre a voulu, en venant à Gaëte, faire échec à la politique allemande; il est impossible de savoir si tel est le fond de la pensée de S. M. Britannique; mais, en tous cas, d'une part l'entrevue de Gaëte a été décidée en principe avant celle de Rapallo, et d'autre part, le Roi d'Italie ne pouvait faire autrement que de se rendre à la demande par laquelle le Roi d'Angleterre exprimait le désir de se rencontrer avec lui dans les eaux italiennes.

A ce dernier point de vue il faut se rappeler que l'année dernière, le Roi Edouard avait débarqué à Naples et traversé toute l'Italie en chemin de fer pour se rendre à Paris sans chercher à voir le Roi Victor-Emmanuel. Si cette année encore Edouard VII avait navigué à proximité des côtes de la Sicile et de l'ancien royaume de Naples sans exprimer le désir de saluer le Roi d'Italie, on aurait pu croire que les rapports traditionnels d'amitié qui lient la Grande Bretagne et l'Italie et qui sont particulièrement chers à tous les Italiens patriotes avaient perdu de leur cordialité.

72.

BRUXELLES, 4. 5. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 9 avril 1907.)

A un second article du «Temps» de Paris relatif à la possibilité d'un arrangement entre la France et l'Allemagne, la «Gazette

de Cologne» a répliqué hier par un nouvel article officieux dont la traduction suit: «Le Temps s'occupe de nouveau à l'occasion des observations faites par la Gazette de Cologne, de la question d'une entente de la France et de l'Allemagne dans les affaires marocaines et soutient, comme l'a fait aussi M. Tardieu dans une conférence publiée plus tard, que les stipulations politiques de l'acte d'Algesiras qu'on doit naturellement respecter aussi longtemps qu'elles existent, n'ont qu'une durée de cinq ans. L'acte est sans limite de durée dans la plupart de ses stipulations, telles que celles qui concernent la porte ouverte, la banque d'état, la contrebande des armes, l'adjudication publique des commandes et des travaux de l'Etat et autres semblables. L'acte n'a de limite de durée qu'en ce qui concerne le mandat donné à la France et à l'Espagne pour l'organisation de la police, au sujet duquel il faudra sans doute négocier de nouveau après cinq ans. Relativement à d'autres propositions du Temps, nous avons déjà fait nos réserves et nous devons les faire encore; mais nous reconnaissons volontiers que le ton général de l'article nous est absolument sympathique et nous croyons aussi que sur beaucoup de points une entente entre l'Allemagne et la France n'est pas seulement désirable, mais aussi possible, dans l'intérêt des deux peuples. D'ailleurs nous avons toujours défendu ce point de vue et ce n'est pas notre faute si cette conviction n'est pas encore devenue propriété commune des deux nations. Que ces ententes soient possibles est démontré par l'histoire des stations de télégraphie sans fil au Maroc, qui d'abord a paru très inquiétante et qui marche maintenant vers un règlement amical par la voie d'un échange calme d'idées entre les intéressés.»

Le télégramme officieux de la Gazette de Cologne est inspiré par le souci de ne pas rouvrir la question marocaine. **On veut montrer ici beaucoup de patience et se prêter à des concessions, pourvu que l'attitude et les exigences de la France ne les rendent pas impossibles.** La même leçon ressort de la réponse faite par M. de Tschirschky à la notification de l'occupation d'Oudjda.

Le premier article du Temps était une avance repoussée, en termes modérés, parce qu'elle était inacceptable. Le télégramme

officieux d'hier signifie que des ouvertures reposant sur des bases conformes à la dignité de l'Allemagne et qui seraient de même conciliables avec les engagements pris, ne déplairaient pas.

D'après certaines indications que l'on trouve dans les journaux ce serait une des premières affaires dont aurait à s'occuper le nouvel ambassadeur de France M. Cambon qui a présenté hier ses lettres de créance à S. M. l'Empereur.

73.

BRUXELLES, 3. 6. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 13 mai 1907.)

On s'est beaucoup occupé la semaine dernière à Berlin, du traité qui a été conclu ou qui va l'être entre la France et le Japon.

Le Département Impérial des Affaires Etrangères a reçu à ce sujet des informations contradictoires. On lui a télégraphié de Tokio qu'il ne s'agit que d'un arrangement commercial. D'après d'autres rapports l'arrangement est exclusivement politique. A en juger par le langage des journaux français qui sont en relation avec le quai d'Orsay, c'est la dernière version qui est la vraie. La France et le Japon se seraient entendus pour garantir l'intégrité de la Chine et leurs possessions actuelles en Extrême-Orient; c'est à dire le statu quo. S'il en est ainsi le gouvernement Impérial n'a aucune raison de s'alarmer de l'arrangement intervenu. L'Allemagne n'a aucune possession en territoire chinois. Elle est simplement locataire de Kiautschau. La garantie du statu quo comprend ce contrat de location comme le reste et l'Empire ne peut que se féliciter de tout ce qui consolide la paix en Extrême-Orient.

Certes en considérant isolément le traité franco-japonais et en le supposant conforme aux informations des officieux français, il ne contient rien qui ait un caractère agressif contre l'Allemagne. La presse allemande ne s'en est pas moins émue. La précipitation avec laquelle elle a commenté un traité dont le texte ni même l'objet précis ne sont pas encore connus, est un nouveau symptôme de la nervosité qui la domine et à la-

quelle le prince de Bülow l'a invitée à ne pas se laisser aller, dans le discours qu'il a prononcé au Reichstag sur la politique extérieure. Cette nervosité a sa raison d'être.

La garantie de l'intégrité de la Chine est surabondante. C'est pour le principe de l'Asie aux asiatiques que le Japon a fait la guerre de Mandchourie. Si la Russie voisine a succombé dans la lutte, quelle puissance européenne ou américaine séparée par des milliers de lieues de sa base d'opération, pourrait-elle songer à recommencer l'aventure? Sans doute l'Allemagne n'a occupé Kiautchau que pour avoir sa part du démembrement de la Chine qui il y a dix ans paraissait imminent. Elle a dû perdre cette illusion, si elle n'y avait déjà renoncé auparavant lorsque l'alliance entre l'Angleterre et le Japon a été conclue. Le traité franco-japonais ne peut donc pas constituer une déception pour elle. Dès lors on ne démêle pas quel en est le but.

La garantie de l'intégrité du Japon est superflue. Cet empire est de taille à se défendre tout seul. Il en est de même, au moins pour le moment des possessions françaises en Indo-Chine. Le jour viendra peut-être où le Japon travaillera à l'expulsion des européens de l'Extrême-Orient; mais il est encore éloigné. Pendant de longues années le Japon aura assez à faire pour mettre la Corée en valeur, pour assimiler Formose où son autorité n'est pas mieux établie que ne l'était auparavant celle de la Chine. Il doit restaurer ses finances, compléter son outillage économique, développer son commerce et son industrie. Il ne pourra le faire qu'en recourant largement au crédit que l'Europe seule peut lui fournir. En présence d'un traité dont l'utilité n'apparaît pas clairement, on se demande naturellement s'il ne cache pas quelque arrière pensée.

La mode est aux arrangements internationaux. Ils se concluent tous en dehors de l'Allemagne et entre puissances qui pour une raison ou l'autre sont hostiles à l'Allemagne: Angleterre—Japon; Angleterre—France; Angleterre—Russie; France—Japon.

La défiance du Japon date de loin. Lorsqu'il y a douze ans l'Allemagne s'est jointe à la Russie et à la France pour frustrer

le Japon du fruit de sa victoire sur la Chine, on s'était imaginé à Berlin avoir fait un coup de maître en jetant les bases d'un rapprochement, avec les puissances de la double alliance. L'évènement a prouvé que c'était au contraire une grosse faute politique. La France et la Russie n'ont su aucun gré à l'Allemagne de sa coopération et le Japon en a été d'autant plus outré que peu après la Russie occupait elle-même les territoires que la révision du traité de Simonosaki l'obligeait à évacuer. Le ressentiment du Japon dure encore et a été ravivé par la neutralité bienveillante pour la Russie qu'a observée l'Allemagne pendant la dernière guerre.

L'émotion de la presse allemande est peut être exagérée; mais elle se comprend. **Des journaux français et anglais se sont empressés de représenter l'accord franco-japonais comme un nouveau succès de la campagne menée par le Roi d'Angleterre en personne pour isoler l'Allemagne.**

Depuis des années les grands journaux anglais ne cessent pas de parler des intentions agressives de l'Allemagne. Il faut croire que cette thèse plait à leurs lecteurs, puisqu'ils continuent à la développer en dépit de toute vraisemblance. En réalité toute la politique extérieure et intérieure de l'Empire est inspirée par la crainte d'une agression.

74.

BRUXELLES, 6. 6. 1907.

(Extrait d'un rapport de Londres du 24 mai 1907.)

Les relations anglo-allemandes continuent à être officiellement d'une froide correction, mais l'antipathie qu'on ressent en Angleterre dans toutes les classes du public pour la nation germanique est aussi marquée que par le passé.

Certains bons esprits se rendent cependant compte de l'inconvénient qu'il y a à maintenir un pareil état d'esprit, mais les palliatifs qu'on a employés et que le gouvernement libéral favorise, restent jusqu'ici impuissants. C'est en vain qu'on a organisé et qu'on organise encore des visites à Berlin de con-

seillers municipaux, de membres de la Chambre et de représentants de journaux importants.

Une certaine catégorie de la presse, connue en Angleterre sous le nom de presse jaune, est en grande partie responsable de l'inimitié que l'on constate entre les deux nations. Que doit-on, en effet, attendre d'un journaliste comme M. Harmsworth, aujourd'hui devenu Lord Northcliffe¹), éditeur du Daily Mail, du Daily Mirror, Daily Graphic, Daily Express, Evening News et Weekly Dispatch et qui dans une interview qu'il donne au «Matin», s'écrie: «Oui, nous détestons les Allemands et cordialement. Ils se rendent odieux à toute l'Europe. Je ne permettrai pas qu'on imprime dans mon journal la moindre chose qui pût blesser la France, mais je ne voudrais pas qu'on y insérât quoique ce fût qui pût être agréable à l'Allemagne.»

Et en 1899, ce même éditeur attaquait les Français avec une égale violence, voulait boycotter l'exposition de Paris et écrivait: «Les Français ont réussi à persuader John Bull qu'ils sont ses ennemis acharnés. L'Angleterre a longtemps hésité entre la France et l'Allemagne, mais elle a toujours respecté le caractère allemand tandis qu'elle en est arrivée à avoir du mépris pour la France. Une entente cordiale ne peut subsister entre l'Angleterre et sa plus proche voisine. En voilà assez de la France, qui n'a ni courage ni sens politique.»

Ce sont ces journalistes là, éditeurs de feuilles à bon marché et de lecture courante qui faussent à plaisir l'esprit de tout un peuple.

Les sympathies de l'Angleterre officielle vont à une politique qui tend à aboutir à l'isolement de l'Allemagne et que le Roi Edouard n'a pas dédaigné de mettre son influence personnelle au service de cette idée, mais il y a un danger évident à envenimer aussi ouvertement l'opinion publique que le fait la presse irresponsable dont il s'agit.

¹) So im Zirkular.

BRUXELLES, 3. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Paris du 8 Juin 1907, N° 1338.)

Accord franco-japonais.

Le six mai dernier à la veille de la rentrée des Chambres, lorsque le ministère Clémenceau semblait devoir être renversé, un télégramme de Tokio annonçait la conclusion d'un accord franco-japonais garantissant à la France l'intégrité de l'Indo-Chine.

Cette nouvelle avait été lancée prématurément dans l'espoir qu'elle produirait sur l'opinion publique une impression assez favorable pour que le ministère y trouvât un appui dans la situation critique où il se trouvait. En effet quoique l'on ne connût pas alors les clauses exactes de ce traité on fit à cette nouvelle un excellent accueil et elle a certainement contribué à fortifier la position du cabinet compromis dans les difficultés de la politique intérieure. Lors de l'importante discussion qui a suivi la rentrée des Chambres M. Clémenceau se trouvait exposé à la chute ou à de nouvelles concessions à l'extrême gauche, lorsque le cabinet a été sauvé par le talent et la fermeté de M. Briand et par le prestige de ce qui apparaît comme un succès dans la politique étrangère.

L'arrangement franco-japonais est une nouvelle preuve de l'activité du gouvernement anglais pour écarter l'influence allemande et fortifier celle de la France et du groupe des alliés et amis de l'Angleterre.

L'accord russo-anglo-japonais se rattachant à la France en Extrême-Orient a une importance capitale et sera d'un grand poids dans la direction des événements qui se dérouleront dans cette partie du monde. Le statu quo garanti par ces accords soulage la France des inquiétudes qu'elle pouvait avoir pour l'Indo-Chine et lui permet de disposer plus librement de ses forces en Europe.

Quant aux Japonais ils auront l'avantage de pouvoir placer leurs emprunts sur le marché français. Il ne faut attribuer que

- * très peu de crédit aux autres conséquences éventuelles que l'on prévoit de l'accord franco-japonais et qui se rapporteraient au débarquement à Marseille d'une armée japonaise dans le cas où la France serait attaquée par l'Allemagne.

76.

BRUXELLES, 6. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 22 Juin 1907, N° 1008.)

Sommaire: Allemagne et Angleterre.

Les journaux annoncent que le Roi d'Angleterre a invité en termes très amicaux l'Empereur d'Allemagne à lui rendre visite.

* Cette nouvelle est donnée par la Gazette de Cologne, d'après son correspondant télégraphique à Berlin qui est toujours bien informé.

Elle est également affirmée par un diplomate étranger en mesure d'être très bien renseigné.

Au département d'Etat on ne confirme pas la nouvelle mais on avoue que l'affaire fait en ce moment à Kiel, entre l'Empereur et le Chancelier, l'objet de délibérations dont le résultat sera très prochainement rendu public.

L'Empereur a manifestement éprouvé un extrême désir d'un rapprochement avec l'Angleterre. Il a fait dans ce sens de nombreuses démarches qui jusqu'à présent n'avaient eu aucun succès.

Le peuple allemand est animé des mêmes sentiments. Il l'a prouvé par l'accueil réservé récemment aux journalistes anglais et, la semaine dernière, au Lord maire de Londres.

Si l'on délibère à Kiel c'est peut-être pour montrer qu'on ne veut pas d'un rapprochement à tout prix, et qu'on ne s'empresse pas d'accourir au premier appel du Roi d'Angleterre qui dirige personnellement dans le monde entier une politique dont le but final semble être l'isolement de l'Allemagne.

BRUXELLES, 6. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Rome du 21 Juin 1907, N° 306.)

Les journaux allemands ont prétendu ces derniers jours que les arrangements conclus entre la France, l'Angleterre et l'Espagne impliquaient une forte dose de méfiance envers l'Italie.

L'Indépendance Belge, le Figaro et d'autres journaux ont affirmé que la conclusion des accords dont il s'agit avait provoqué une grande émotion dans les cercles gouvernementaux et parlementaires de Rome.

Cette émotion n'a pas du tout été remarquée ici, et la presse italienne s'est à peine occupée des conventions conclues par l'Espagne.

Cette affaire ne concerne pas l'Italie pour laquelle elle ne présente pas d'importance.

On peut se demander quel est l'avantage que les accords en question offrent pour la France et l'Angleterre. Personne en effet ne menace les communications de la Grande Bretagne avec ses possessions méditerranéennes ni celles de la France avec l'Algérie et la Tunisie. **Dès lors on est amené à croire que les arrangements intervenus visent surtout à mécontenter quelque autre Puissance.**

L'Indépendance Belge dans son numéro du 19 juin déclare que, dans un avenir prochain l'Italie entrera elle aussi, probablement, dans l'accord méditerranéen. Cela paraît peu vraisemblable, car l'Italie aurait l'air de demander l'appui de puissances envers lesquelles aucun pacte ne la lie, contre les puissances vis-à-vis desquelles elle a des engagements formels et réciproques en cas de guerre.

BRUXELLES, 6. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Madrid du 19 Juin 1907, N° 126.)

Sommaire: Accords de l'Espagne avec la France et l'Angleterre.

Comme on pouvait le prévoir, l'entrevue des souverains anglais et espagnol à Carthagène a été le prélude d'une entente entre les deux pays, entente qui est venue compléter et fortifier l'accord existant, dès avant la Conférence d'Algésiras, entre la France et l'Espagne.

Les notes qui viennent d'être communiquées aux grandes Puissances se bornent à dire que l'Espagne et la Grande Bretagne d'une part, l'Espagne et la France d'autre part, sont tombées d'accord pour se garantir mutuellement le maintien du statu quo dans l'océan Atlantique et la Méditerranée.

Les notes ajoutent qu'il ne s'agit pas d'alliances et qu'aucune convention militaire n'a été signée. En ce qui concerne l'Espagne toutefois il est à remarquer que le dernier budget prévoit une augmentation considérable des crédits de la marine qui correspond évidemment aux engagements qui ont été pris à Carthagène. L'Espagne ne peut en effet prêter de services utiles à l'Angleterre qu'à la double condition de mettre ses principaux ports en état d'abriter à toute réquisition une grande flotte, et d'avoir une marine suffisante pour couvrir les dits ports.

Tout cela n'a guère le caractère pacifique sur lequel les communiqués à la presse insistent avec tant de persévérance. La presse de Madrid d'ailleurs est généralement favorable à cette nouvelle orientation de la politique espagnole et le gouvernement tient pour un grand succès le rapprochement franco-anglo-espagnol.

Il est certain que maintenant que l'Espagne s'est engagée dans l'aventure marocaine au point d'y avoir contracté de lourdes charges, elle ne peut plus aller de l'avant sans être sûre de ne pas être abandonnée à ses propres forces et d'être soutenue à l'heure critique. C'est ainsi qu'elle a été amenée à se lier les mains et à suivre l'exemple du Portugal dont la politique est depuis longtemps inféodée à celle de l'Angleterre.

BRUXELLES, 6. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 22 Juin 1907, N° 1004.)

Sommaire: L'Allemagne et les alliances.

A en juger par les premières appréciations publiées par les journaux ayant accès à la Chancellerie impériale, le gouvernement allemand veut observer une attitude tout-à-fait passive en présence des deux nouvelles ententes internationales qui viennent de nous être révélées.

L'arrangement entre la France et le Japon consacre deux principes: l'intégrité de la Chine et la porte ouverte, reconnus et proclamés depuis longtemps par l'Allemagne.

L'accord anglo-franco-espagnol n'est pas encore publié et l'intention des puissances contractantes était de ne le faire connaître qu'au mois d'août. Une indiscretion commise à Rome l'a livré prématurément aux journaux.

Il n'y a rien dans ces arrangements qui touche aux intérêts de l'Allemagne. Le gouvernement impérial a été tenu au courant des négociations franco-japonaises par les deux gouvernements intéressés. Les notes échangées entre la France, l'Espagne et l'Angleterre ont été également communiquées à Berlin par les ambassadeurs de ces trois pays.

Rien ne pourrait donc servir de base à une plainte de la part de l'Allemagne.

L'impression produite à Berlin n'en a pas moins dû être fort pénible.

Les deux derniers accords surtout ne répondent pas à des nécessités politiques. S'ils ne cachent pas d'arrière pensée on pourrait dire qu'ils ont un caractère ornemental. On admettra difficilement que l'Angleterre ait besoin du secours de l'Espagne pour défendre ses positions en Egypte, à Chypre, à Malte et à Gibraltar. La France n'est pas moins en sécurité en Algérie et à Tunis.

S'ils ne contiennent aucune clause secrète, les arrangements récents semblent n'avoir été conclus que pour laisser une fois de plus l'Allemagne en dehors du règlement des intérêts mondiaux.

Ces précautions prises contre des périls imaginaires sont de nature à éveiller et à nourrir chez les peuples, l'idée que l'Allemagne est la puissance agressive contre les entreprises de laquelle les autres pays sont obligés de se liguer.

Il n'y aurait pas grand mal si ces traités n'étaient que superflus mais ils compromettent la cause de la paix qu'ils prétendent servir, parce que ils font naître dans les milieux hostiles à l'Allemagne la confiance que le moment approche où leurs desseins pourront se réaliser.

La presse allemande est mécontente; mais aucun communiqué officieux n'a encore paru.

80.

BRUXELLES, 11. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Paris N° 1427 du 17 Juin 1907.)

La France, l'Espagne et l'Angleterre.

Les relations amicales et l'entente qui existent depuis environ deux ans entre la France l'Angleterre et l'Espagne viennent de s'affirmer par des liens plus précis qui caractérisent nettement le groupement des puissances et le soin qu'elles prennent de se prémunir par des stipulations pacifiques contre d'autres éventualités.

La France et l'Angleterre viennent chacune de conclure simultanément avec l'Espagne un arrangement identique. D'après les déclarations faites hier par M. Pichon cet accord est d'ordre purement diplomatique et ne contient ni convention militaire, ni clauses secrètes. Il a pour objet le maintien du statu quo dans les parties de la Méditerranée et de l'Atlantique qui intéressent les puissances contractantes. Celles-ci se garantissent mutuellement leurs possessions respectives et la liberté de leurs communications avec ces possessions. Le texte de cet arrangement a été communiqué aux gouvernements d'Allemagne, de Russie, d'Autriche-Hongrie, d'Italie, du Japon, des Etats-Unis et du Portugal. Il ne s'agit pas d'une triple alliance ni même d'un accord à trois qui eussent donné à cet arrangement

une importance qui eût pu paraître alarmante à certaines chancelleries, mais si on considère le but identique et la simultanéité des deux arrangements on se rend compte qu'il existe bien un triple accord avec un même objectif.

Après l'arrangement franco-japonais, la France trouve de nouvelles garanties pour ses possessions d'outre-mer en s'associant à la politique de la Grande Bretagne qui veut assurer le statu quo dans la Méditerranée et empêcher qu'une autre puissance puisse y exercer une influence ou y acquérir des possessions.

On se plaît à reconnaître que ces accords ont un caractère fort pacifique et l'on aime même à croire qu'ils sont une garantie de paix mais **on se demande aussi quelles sont les menaces qui justifient de si grandes précautions**; la France bénéficie pour le moment de l'entente cordiale avec l'Angleterre, mais **il ne manque pas de gens qui craignent qu'à force de vouloir assurer la paix on ne provoque la guerre**; cette crainte est dans tous les esprits sages et ils s'efforcent de prémunir l'opinion publique et le Parlement contre la tentation de se laisser griser par ces succès sans prendre les précautions voulues contre les dangers auxquels ils exposent¹⁾; ils rappellent sans cesse que si des difficultés devaient surgir en Europe, la France serait la première, à en supporter le poids et en subir les conséquences.

Aussi est-il permis de supposer qu'il existe entre elle et le Gouvernement britannique un accord plus complet que celui de l'entente cordiale mais qui resterait à l'état latent jusqu'au jour où les événements exigeraient la mise au jour de ses stipulations.

81.

BRUXELLES, 11. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Paris N° 1428 du 18 Juin 1907.)

Visite des souverains danois et norvégiens à Paris.

Le Président de la République vient de recevoir à quelques jours d'intervalle la visite officielle de deux souverains: le roi et la reine de Norvège puis le roi et la reine de Danemark sont

¹⁾ So im Zirkular.

venus saluer la France et ils y ont été reçus avec toute la pompe qu'il est d'usage de déployer en de telles circonstances.

Quoique ces visites n'eussent pas d'autre but apparent que la courtoisie, on s'est un peu étonné de cette démonstration simultanée des cours du nord envers la République et l'on a cherché les motifs de ce grand étalage d'amitiés et de sympathies réciproques.

On se plaît à croire que ce serait le Roi d'Angleterre qui aurait engagé son gendre et son beau-frère à venir saluer M^r et M^{me} Fallières.

Il est certain que le roi Edouard ne néglige rien pour rehausser le prestige de la France et pour lui assurer des amitiés auprès des Cours et des gouvernements étrangers.

Il désire que ces liens se manifestent avec un certain éclat en ce moment et il entre sans doute dans ses vues de montrer que les Cours du Nord ne sont pas inféodées à la politique germanique.

C'est là une des phases de l'évolution qu'il opère avec une admirable habileté pour détacher peu à peu, au profit du groupement nouveau, dont il est le centre, tout ce qui semblait être sous l'influence allemande.

Il est bien à supposer que l'impression produite est le seul résultat que ces visites aient eu en vue et qu'aucun acte diplomatique n'a été préparé ou rédigé.

Les deux souverains étaient pourtant accompagnés de leur ministre des affaires étrangères, mais il faut supposer que c'était seulement pour donner à ces voyages l'apparence d'une plus grande portée politique.

Le Président de la République se propose de rendre, dans le courant de l'été, à Copenhague et à Christiania les visites officielles qui lui ont été faites à Paris.

BRUXELLES, 19. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 1^{er} Juillet 1907, N° 1045.)

Relations franco-allemandes.

La presse allemande s'est occupée, sans du reste y insister beaucoup, de l'invitation à dîner que l'Empereur a adressée à Kiel à M. Etienne et des deux longs entretiens qui l'ont suivie. Le compte rendu de ces audiences publié par **Le Journal** de Paris en dénature évidemment le caractère. Il attribue à l'Empereur des paroles que Sa Majesté n'a certainement pas prononcées. Plus vraisemblable est la version donnée, d'après un télégramme de la **Gazette de Voss** par le sénateur Saint Germain, ami de M. Etienne. L'Empereur aurait dit qu'il était prêt à se joindre aux autres puissances pour presser le Makhzen d'exécuter les réformes sur lesquelles on s'est mis d'accord à Algéciras et qu'il n'a pas d'objection à ce que la France exerce la police sur la frontière qui sépare l'Algérie du Maroc.

Quel qu'ait été le sujet de la conversation, un fait est certain ; c'est que Sa Majesté a accueilli M. Etienne de la manière la plus aimable et que celui-ci en a été très agréablement impressionné. Sa Majesté reçoit du reste toujours avec une distinction très marquée, tous les Français qui se présentent à Elle.

De Kiel, M. Etienne s'est rendu à Berlin où il a eu un très long entretien avec le chancelier. Une petite notice publiée par les journaux et évidemment inspirée dit que le Prince de Bülow aura sans doute été charmé par la personne de l'homme d'état éminent qui lui a rendu visite et que l'accueil amical et flatteur que M. Etienne a trouvé à Berlin aura correspondu à celui que l'Empereur a réservé à Kiel à ses hôtes français.

Il est visible que le nouvel ambassadeur de France à Berlin, M. Cambon, a le désir d'améliorer les relations de son pays avec l'Allemagne et il y a lieu de croire qu'il a présenté des propositions concrètes ou qu'il se propose d'en faire lorsqu'il jugera le moment favorable.

Le voyage de M. Etienne à Kiel et la manière dont il y a été reçu, sont donc à noter comme des symptômes, dont il ne faut

toutefois pas exagérer l'importance. Des relations correctes entre Berlin et Paris sont le maximum de ce qui peut être obtenu. Pour un rapprochement vrai et durable il faudrait ne plus penser à la revanche et il n'y a guère de Français qui n'en conserve l'espoir au fond du cœur.

83.

BRUXELLES, 20. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Paris du 2 Juillet 1907, N° 1557.)

La visite de M^r Etienne à l'Empereur. — Relations franco-allemandes. — Relations anglo-allemandes.

L'accueil particulièrement courtois que l'Empereur d'Allemagne a fait à diverses personnalités françaises et spécialement à M. Etienne lors des dernières fêtes de Kiel a fait renaître la supposition qu'un rapprochement pourrait s'effectuer prochainement entre les deux pays. Le voyage de M. Etienne en Allemagne n'avait aucun caractère officiel et le vice-président de la Chambre n'était même chargé d'aucune mission officieuse. Toutes les déclarations les plus rassurantes sur les intentions du gouvernement de la République à l'égard de l'Allemagne et sur le but du triple accord méditerranéen ont été faites par l'Ambassadeur de France à Berlin et par M. Pichon au prince de Radolin ici, de sorte que le besoin d'une mission ne se faisait nullement sentir pour expliquer une situation qui n'avait provoqué aucune observation ni tension spéciale dans les relations officielles des deux gouvernements. Il n'en est pas moins vrai qu'ici on a été satisfait qu'un homme politique du poids et du talent de M. Etienne se fasse entendre à Berlin et que là on a été enchanté de causer avec lui. Cet incident fortuit peut-être, démontre une fois de plus le désir que l'on a de part et d'autre de causer et d'amener sinon une entente entre les deux pays, du moins une détente dans leurs relations officielles. Il est évident que le Cabinet de Paris le désire vivement et qu'il attend des ouvertures quoiqu'il doive se rendre compte que la politique dans laquelle il s'est engagé n'est pas de nature à provoquer des sentiments de confiance et d'amitié de l'autre côté du Rhin.

Il semblerait pourtant que des tentatives auraient été faites de la part du gouvernement Allemand pour entamer une conversation amicale ayant pour base des arrangements coloniaux. L'Allemagne, comprenant que le rôle de protectrice d'une puissance musulmane dans la Méditerranée a été une illusion difficile et dangereuse à poursuivre, serait disposée à cesser la politique d'obstruction qu'elle fait au Maroc contre l'influence française si elle pouvait obtenir en échange de sérieuses compensations. On lui attribue ici le désir de rechercher l'appui financier et moral de la France pour l'entreprise du chemin de fer de Bagdad. A Berlin, on sait très bien qu'un tel arrangement entraînerait la rupture de l'entente cordiale avec l'Angleterre et c'est là surtout ce que l'on viserait afin de rompre le faisceau des amitiés groupées autour de la rivale. Le cabinet de Paris ne voulant prêter l'oreille à aucune conversation entamée sur cette base, il ne peut être donné suite pour le moment du moins à une tentative d'entente malgré le désir évident que l'on aurait de part et d'autre à la réaliser. Il est possible que M. Etienne, avec son talent et son habileté, soit parvenu, *motu proprio*, à profiter de ces dispositions pour préparer un arrangement. Les conjectures que l'on fait à ce sujet sont naturellement subordonnées à celles que l'on peut faire sur le but visé par la politique de l'Angleterre. A ce sujet, on entrevoit l'horizon moins sombre qu'il n'apparaissait il y a quelque temps. Qu'elles soient sincères et fondées ou non, il faut constater que les appréciations sur la politique anglaise, et sur le but qu'elle poursuit sont généralement plus optimistes. Il n'est sans doute pas étonnant qu'en France on soit porté à se laisser aller à ce sentiment réconfortant et à mettre en lumière avec une intensité peut être exagérée les symptômes qui peuvent calmer les inquiétudes de l'opinion publique sur les conséquences de l'entraînement auquel l'entente cordiale conduit la France.

On entend émettre l'avis que la politique suivie par l'Angleterre dans ces dernières années est plus pacifique et moins machiavélique que certains esprits inquiets aiment à le supposer. On prétend que son but est uniquement économique et que pour l'atteindre elle doit et veut simplement arrêter l'essor de

l'Allemagne et empêcher que celle-ci n'acquière la suprématie mondiale qu'elle vise; il ne s'agirait ni de conquêtes ni d'annexions de territoire.

Par ses derniers arrangements l'Angleterre a assuré la stabilité et la sécurité de ses possessions dans la Méditerranée, elle s'est libérée de l'obligation d'y maintenir une partie de ses forces navales et elle s'est ainsi assurée la possibilité de les concentrer en cas de besoin, dans la mer du Nord. En groupant des amitiés et formant pour ainsi dire une ligue pour empêcher pacifiquement l'extension prépondérante de l'Allemagne la Grande-Bretagne ne pouvait se dissimuler qu'elle risquait une terrible explosion de mécontentement de la part du peuple et du gouvernement allemands. C'est pourquoi elle s'est préparée par des accords fort habiles à toute éventualité. On dit et croit ici que ces précautions ne sont prises que dans le but de maintenir la paix en rendant la guerre impossible.

Le but attribué à sa politique semblant être atteint, le Roi Edouard a voulu le confirmer et affirmer ses intentions pacifiques en invitant l'Empereur Guillaume à faire un séjour officiel à Londres. Quoique l'on n'attende aucun résultat spécial de cette visite, elle est considérée ici comme un grand triomphe pour la diplomatie anglaise et elle produit une impression immense de soulagement car elle est un symptôme sérieux de détente et un gage précieux pour le maintien de la paix.

84.

BRUXELLES, 20. 7. 1907.

(Extrait d'un rapport de Madrid du 25 Juin 1907, N° 130.)

L'Espagne et la France.

Le nouvel ambassadeur de France à Madrid, M. Revoil, a remis hier ses lettres de créance à Sa Majesté le Roi Alphonse XIII, qui a voulu que cette solennité fut entourée du plus grand appareil. Le Roi est revenu tout exprès de son Palais de la Granja, pour recevoir le représentant de la Puissance amie. Le discours de l'Ambassadeur et la réponse du Roi ont

été remarqués à cause de la signification qu'ils empruntent aux récents accords, dont on vient de tant s'entretenir.

M. Revoil s'est exprimé à peu près en ces termes: «Le voisinage, l'affinité des races et la communauté des aspirations ont créé de tout temps entre l'Espagne et la France une mutuelle et invincible sympathie, et dans ces dernières années de nouveaux liens sont venu consolider l'amitié qui unit les deux peuples et rendre plus étroite la solidarité de leurs intérêts. La France se félicite de cette heureuse intelligence, si favorable à la cause de la paix, du progrès et de la civilisation.»

Le Roi a répondu:

«J'ai grand plaisir à constater que les relations entre la France et l'Espagne, fondées sur le voisinage, l'affinité des races et la solidarité des intérêts, se sont encore resserrées pour le plus grand bien des deux pays et pour servir la cause de la paix et de la civilisation.»

L'entrée en fonctions de M. Revoil a ainsi fourni une nouvelle occasion qu'on n'a pas laissé perdre, d'affirmer l'orientation de plus en plus française de la politique espagnole.

85.

BRUXELLES, 10. 8. 1907.

(Extrait d'un rapport de S^t Pétersbourg du 2 août 1907.)

L'Entrevue de Swinemünde.

La présence du chancelier de l'empire allemand et de M. Iswolsky aux entretiens que le Tzar et l'Empereur Guillaume auront à Swinemünde dénote le caractère essentiellement politique de l'entrevue.

Cette rencontre est commentée de telle sorte qu'on l'envisage à S^t Pétersbourg comme un évènement de la plus grande importance. Elle n'était pas nécessaire pour resserrer entre les deux monarques des relations personnelles qui n'ont cessé d'être très-amicales.

Toutefois il est douteux qu'il en résulte un accord prémédité sur une question spéciale, bien que l'opinion dominante soit

celle d'une orientation plus marquée de la politique du Tzar dans le sens allemand, au préjudice de l'alliance avec la France dont semblent s'éloigner les sympathies des cercles conservateurs russes, ainsi qu'en témoigne une campagne de presse récente entreprise par des journaux auxquels on attribue des attaches officielles.

86.

BRUXELLES, 24. 8. 1907.

(Extrait d'un rapport de Tokio du 3 juillet 1907, N° 55.)

Le traité entre la France et le Japon.

L'ambassadeur de France a offert un banquet aux autorités japonaises à l'occasion de la signature de l'accord franco-japonais.

Le Ministre de Russie et le chargé d'affaires d'Angleterre étaient les seuls membres du corps diplomatique résidant à Tokio qui assistaient à cette fête.

Des discours ont été prononcés par M. M. Gerard et le Vicomte Hayashi. L'ambassadeur de France en paraphrasant les déclarations faites à Paris par M. M. Pichon et Kurino a une fois de plus insisté sur le caractère pacifique de l'accord. Il est, ajoutait-il, en harmonie avec les alliances et les ententes déjà contractées par les deux gouvernements ainsi qu'avec l'ensemble des arrangements conclus ou en voie prochaine d'être accomplis entre la Russie et le Japon.

Le Vicomte Hayashi n'est pas moins explicite. L'accord ainsi fondé, dit-il, sur la situation politique réelle de l'Asie constitue un des facteurs les plus puissants par l'appui mutuel que se prêtent les gouvernements contractants pour le maintien de la paix générale et pour le développement de la civilisation universelle.

On est à tort porté à croire en Europe qu'un des principes de la politique japonaise est «l'Asie aux Asiatiques». Aucune puissance n'est menacée dans ses intérêts en Asie; les positions acquises sont respectées, elles seront consolidées par l'arrangement franco-japonais qui a pour but d'éviter les causes de conflits ou de froissements d'intérêts.

Les journaux ont parlé d'un accord entre l'Allemagne et le Japon. Interrogé à ce sujet le Ministre des Affaires étrangères a déclaré que l'Allemagne n'ayant pas de possessions en Extrême Orient, il n'y avait pas lieu de conclure un pareil engagement. Si toutefois l'Allemagne a des appréhensions au sujet du territoire affermé de Kiaotcheau, ajoute le Vicomte Hayashi, nous sommes prêts à lui donner l'assurance que le Japon n'a nullement l'intention de contester les droits qui ont été accordés par la Chine à l'empire d'Allemagne.

87.

BRUXELLES, 5. 9. 1907.

(Extrait d'un rapport de S^t Pétersbourg du 7 août 1907, N° 224.)

L'Alliance franco-russe.

Une partie de la presse russe a mis récemment en question l'opportunité du maintien de l'alliance avec la France et s'est livrée, à cette occasion, contre cette puissance et contre son représentant diplomatique à S^t Pétersbourg à des critiques aussi désobligeantes dans le fond que dans la forme.

La *Novoïe Vremia* à laquelle on se plaît à attribuer des attaches officieuses, a pris l'initiative de cette campagne où elle s'est trouvée secondée par quelques organes des partis conservateur et réactionnaire.

D'après ces journaux, l'alliance franco-russe a été bien plus un mariage de raison que d'inclination.

Elle fut, il est vrai, accueillie avec une satisfaction expansive dans les premiers jours de sa conclusion. Mais les temps sont loin des explosions d'enthousiasme qui ont marqué les visites de Cronstadt et de Toulon et il n'est guère probable que le même lyrisme se manifesterait si elles venaient à se renouveler.

Au cours des dix années écoulées depuis lors, se sont produites des déceptions qui autorisent aujourd'hui le dosage des avantages recueillis par une combinaison politique dont le bilan ne répond pas aux illusions d'antan.

Traitant des rapports financiers de la Russie avec la France,

le «Russ» a été jusqu'à insinuer que la Russie par ses emprunts, a fait une sorte de charité à l'épargne française en lui donnant la préférence pour le placement de ses capitaux à un taux d'intérêt que celle-ci n'aurait pas trouvé ailleurs.

«Si renversant la proposition, ajoute ce journal, on ose prétendre que c'est la France qui a plutôt rendu service à la Russie par ses prêts d'argent, il est permis de répondre que dans les données de l'équation franco-russe, il y a des valeurs plus positives que celles à convertir en monnaie courante.»

«Les fonds russes ne sont pas seulement des coupons de rente dont bénéficient, en toute sécurité, les créanciers français, mais aussi des titres payables à vue sous forme d'appui politique et à cet égard la Russie n'a jamais failli à ses engagements. Un exemple suffit à le prouver; celui de l'attitude énergique prise par elle pour la défense de son alliée à la Conférence d'Algésiras, grâce à laquelle l'Allemagne a fini par reconnaître dans la situation qui appartient de droit à la France une réalité intangible.

«Et ce n'est pas le seul mauvais pas d'où elle a tiré cette puissance.

«Est-ce à dire que le soutien diplomatique prêté par la Russie à la France ait été conforme à ses propres intérêts? Cela est fort douteux.

«Il faut en conclure que la Duplice étant, somme toute, une union mal assortie, union hybride d'une autocratie aristocratique avec une démocratie socialiste, il vaut mieux, puisque les cœurs n'y sont plus, se séparer à l'amiable.»

Ce dernier trait est la riposte aux attaques violentes lancées par la presse française contre le gouvernement russe après la dissolution de la première Douma et à l'assaut livré contre l'alliance par M. Jaurès, lorsque du haut de la tribune de la Chambre des députés le leader socialiste s'écriait :

«Nous ne voulons pas qu'un peuple qui lutte pour sa liberté puisse accuser la France de travailler à la continuation de son esclavage.»

On assure que la campagne anti-française dont il s'agit, entamée sans motif plausible est due à l'instigation de personnages notables du parti conservateur.

Quoiqu'il en soit, les appréciations malveillantes émises au sujet de l'alliance franco-russe n'ont pas provoqué de protestation bien vive de la part de la presse progressiste.

Le *Journal de S^t Pétersbourg* qui, après avoir été, au temps du comte Lamsdorff, l'organe attitré du ministère des affaires Etrangères, affecte maintenant des allures indépendantes et surtout germanophobes, a rompu, assez mollement du reste, une lance en faveur du statu quo. «Si, a-t-il dit, par simple myopie politique, on commence à voir dans la Duplice une chose qui a déjà fait son temps, l'exemple de nos voisins devrait suffire pour ramener au bon sens les amateurs de fantaisie diplomatique.

«Les avances de l'Allemagne à l'adresse de la France se précisent trop pour laisser le moindre doute sur l'importance de l'amitié française. Devant cette attitude, il est bon que nous songions à garder une alliance que d'autres mettent tant de soins à conquérir.

«Les assiduités de l'Allemagne ne sont-elles pas une démonstration assez probante du prix qu'elle attache à la possibilité d'introduire des valeurs allemandes sur le marché de Paris et à s'assurer le concours financier de la France pour des entreprises coloniales et autres qui périclitent faute d'argent.»

Les sentiments de sympathie réciproques si bruyamment affichés naguère sont devenus comme on le voit, une quantité négligeable dans l'examen de la question posée aujourd'hui uniquement sur le terrain mercantile.

Il est de fait qu'à ce point de vue, les liens entre les deux nations paraissent singulièrement relâchés et que les détracteurs de l'alliance ne se comptent pas seulement dans une certaine presse mais aussi dans les cercles les plus rapprochés du Trône, dans l'entourage des grands Ducs, dans la haute société aristocratique où l'on affecte de ne parler de la France, en tant que Puissance républicaine, qu'avec une sorte de dédain.

En même temps, le représentant officiel de la République à S^t Pétersbourg a été pris personnellement à partie dans les articles de la «*Novoïe Vremia*». Ce n'est pas la première fois que M. Bompard est dénoncé par les journaux russes reflétant

l'opinion des milieux conservateurs comme n'étant pas «the right man in the right place». On lui reproche, à tort ou à raison, d'avoir critiqué la politique intérieure du gouvernement Russe, d'avoir, dans des conversations privées, désapprouvé trop ouvertement la dissolution de la première Douma et excusé avec trop de complaisance les violences du parti constitutionnel démocratique, en jugeant également excessifs les procédés de répression du mouvement révolutionnaire employés par le ministère Stolypine. On lui fait même un grief d'avoir dans le courant de l'année dernière entrepris un voyage dans les régions industrielles de la Russie méridionale où il n'aurait été que pour y contrôler les agissements des autorités locales et constater la situation du pays au point de vue de ses ressources dans l'ordre financier. Au surplus, ce serait, prétend-on, d'après ses conseils que le ministre des finances, M. Caillaux a déclaré à la Chambre des députés que le gouvernement français n'autoriserait plus l'émission d'emprunts russes qui n'auraient pas été, au préalable, approuvés par la Douma.

Bien que, lors de la célébration de l'anniversaire du 14 Juillet, l'ambassadeur, amené à parler, dans une conversation avec ses nationaux, des articles de la «*Novoïe Vremia*» et du «*Russ*», ait affirmé qu'il ne s'agissait que d'une boutade de presse dont la portée ne dépasse pas l'importance d'une opinion individuelle, on est d'avis, dans les milieux diplomatiques où sont d'ailleurs relevés comme il convient l'incorrection et le danger de ces attaques contre le représentant d'une puissance amie, que la situation de M. Bompard se trouve assez ébranlée pour motiver sa demande de déplacement.

Le long congé qu'il compte prendre prochainement serait le prélude de sa retraite de S^t Pétersbourg où il aurait, croit-on, pour successeur M. Barrère, actuellement ambassadeur à Rome.

Un changement de titulaire du poste aurait, peut-être, pour effet de restituer aux rapports des deux puissances le caractère d'ancienne cordialité que des malentendus et des froissements ont pu momentanément altérer.

Aussi ne faudrait-il pas attacher trop grande importance aux attaques dirigées contre la France par quelques journaux con-

servateurs et par une partie de la société russe inféodée aux principes réactionnaires et ne se souciant que médiocrement des responsabilités gouvernementales. En déduire que l'alliance franco-russe se trouve sérieusement compromise serait s'aventurer. Sans doute ne peut-on pas espérer voir renaître entre nations de régimes politiques si disparates une grande intimité. Mais les intérêts respectifs qui ont présidé à la conclusion de l'alliance subsistent en dépit de certaines tendances à faire orienter la Russie dans la direction de l'Allemagne et d'une étroite union des trois Empires. Ils démontrent la nécessité de son maintien aussi bien que l'antipathie notoire entre Autrichiens et Italiens n'a pas réussi à amener la dissolution de la Triplice.

BRUXELLES, 17. 9. 1907.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 30 août 1907, N° 1373.)

La visite que vient de faire l'ambassadeur de France au chancelier de l'Empire à Norderney est diversement commentée à Berlin. Les uns, ceux qui soutiennent qu'un rapprochement est à la veille de se produire entre l'Allemagne et la France, y voient l'indice de la prochaine réalisation de leurs prévisions; les autres, envisageant la situation plus froidement, et sans doute plus exactement aussi, l'interprètent comme la preuve des négociations actives, mais pleines de bienveillance réciproque, qui se poursuivent entre les deux Etats au sujet des affaires du Maroc. C'est cette signification qu'il conviendrait de lui donner, d'après les communiqués publiés par la «**Nord-deutsche Allgemeine Zeitung**» et reproduits par presque tous les journaux importants du monde. Le fait, qu'immédiatement avant de se rendre à Norderney, M. Cambon a passé quelques jours à Paris, évidemment pour y recevoir des instructions en vue de sa rencontre avec le prince de Bülow, indique l'importance qu'il y a lieu d'attacher à cette entrevue; mais on aurait tort d'y voir le point de départ d'une nouvelle orientation de la politique des deux pays.

Dans les sphères gouvernementales, on dit ici que les assurances les plus formelles ont été données à l'Allemagne par la France au sujet de ses intentions au Maroc, et on ajoute que aussi longtemps que la France respecte l'acte d'Algésiras, l'Allemagne n'a aucune raison d'intervenir. Cela semble indiquer que jusqu'à présent au moins, le point de vue allemand n'a pas varié dans l'affaire marocaine. On peut admettre cependant, sans grand danger de se tromper, que M. Cambon aura trouvé à Norderney les meilleures dispositions envers la France en général, et en particulier pour donner à l'acte d'Algésiras l'interprétation la plus large en vue de faciliter au gouvernement de Paris la tâche qu'il a entreprise au Maroc. Mais, on peut admettre aussi, que l'Allemagne attend certaines compensations pour son attitude bienveillante; compensations d'ordre politique et surtout d'ordre financier. La situation à ce dernier point de vue n'est pas brillante à Berlin et si les valeurs allemandes pouvaient trouver un meilleur accueil sur les marchés français, il est certain que ce serait de nature à y porter remède.

Sans aucun doute les diverses entrevues qui ont eu lieu ces derniers temps entre Souverains et hommes d'Etat sont l'indice de la détente qui s'est heureusement produite en Europe. Détente dans les relations entre l'Allemagne et l'Angleterre à la suite de l'entrevue de Wilhelmshöhe; détente entre l'Allemagne et la France à la suite de celle de Norderney. Dans les cercles les mieux informés on ne va pas jusqu'à parler de rapprochement à propos de ces rencontres; quant à la visite du Tzar à Swinemunde, l'attitude particulièrement amicale de Nicolas II à l'égard de l'Empereur a été très remarquée. Il semble bien que les relations russo-allemandes sont en voie de devenir très cordiales et que de ce côté un réel rapprochement ait eu lieu.

BRUXELLES, 17. 9. 1907.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 23 août 1907, N° 155.)

Evènements du Maroc.

A l'occasion des bruits qui circulent concernant la proclamation d'un nouveau Sultan, le chargé d'affaires de France réaffirme la ferme intention de son gouvernement de vouloir pour le moment éviter à tout prix une action militaire dont les limites dépasseraient la défense des ports de la côte.

On peut déjà dès aujourd'hui envisager le désir de la France de voir les Puissances signataires d'Algéciras lui élargir son mandat; elle consentirait alors à rétablir l'ordre à l'intérieur du pays mais moyennant des compensations de quelle nature?

Il est certain que la tactique adoptée à Casablanca ne peut amener pour le moment aucune pacification. Le nombre des Kabyles autour de la place ne fait qu'augmenter; elles se considèrent supérieures aux Français tant que ceux-ci resteront dans leurs retranchements et se borneront à des escarmouches journalières qui, d'ailleurs, finiront par épuiser le Corps d'occupation. D'un autre côté la poursuite des tribus à l'intérieur nécessiterait 25 000 hommes. On voit que le problème de Casablanca est loin d'avoir une solution et que l'on ne verra pas si tôt mettre à exécution l'excellente idée de faire payer les indemnités du bombardement par les tribus dont les seuls chaouïas pourraient, dit-on, verser à eux seuls trois millions de douros.

Quant au gouvernement espagnol, il se montre de plus en plus craintif et fait tous ses efforts pour réduire autant que possible son intervention. On a même parlé d'un léger dissentiment entre le général Drude et le commandant des forces espagnoles à Casablanca.

L'affaire Mac Lean-Raïssouli est entrée dans une phase stationnaire qui jette une grande inquiétude car toutes les communications sont rompues avec Raïssouli; aucun des messagers envoyés ces derniers temps n'est revenu; on est sans nouvelles et dans une incertitude complète sur le sort du captif.

Il convient d'ajouter à cet aperçu de la situation le retard qui résulte des derniers événements pour l'accomplissement des réformes. La majorité du Corps diplomatique a estimé que dans l'état d'effervescence contre les Européens, il n'était pas de sa dignité de se réunir en séance à la Kasbah. L'adoption définitive des règlements avec leurs réserves en sera fort retardé¹⁾.

90.

BRUXELLES, 22. 10. 1907.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 30 septembre 1907, N° 396.)

Visite du Duc de Connaught à Vienne.

Le Duc de Connaught, frère du Roi d'Angleterre, a passé quelques jours à Vienne.

Le prétexte du voyage du Prince était de passer en revue le régiment des Hussards n° 4, qui porte son nom depuis 1893. Le Duc a été reçu avec les honneurs accoutumés. Il a pris logement à l'Ambassade d'Angleterre où un grand dîner a été donné en son honneur, de même qu'à la Burg. Il a accepté à déjeuner à l'Ambassade de France.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Londres Comte de Mensdorf-Pouilly était venu à Vienne pour la circonstance.

Le voyage du Duc de Connaught avait été décidé lors de la visite du Roi Edouard à Ischl.

Le Roi désire de bons rapports avec toutes les Puissances et notamment avec l'Autriche-Hongrie à cause de l'Allemagne.

L'Autriche-Hongrie, de son côté, cherche, en toutes circonstances, à ménager l'Angleterre à cause de la Macédoine, et surtout à cause de la Bosnie-Herzégovine. Il suffirait d'un mot de l'Angleterre encourageant les Bosniaques et les Herzégoviniens, toujours mal assimilés, pour amener l'Italie à en faire autant et créer à l'Autriche, au Monténégro, en Serbie et ailleurs, de sérieuses difficultés.

Le Cabinet de Vienne fait dès lors le possible pour être agréable à la Grande-Bretagne. Lorsque le Roi a demandé comme

¹⁾ So im Zirkular.

Ambassadeur à Londres, le Comte Mensdorff-Pouilly, on n'a pas hésité à le nommer bien qu'on eût d'autres candidats.

Le Duc de Teck, beau frère du Prince de Galles, et attaché militaire britannique à Vienne depuis trois ans, est l'objet d'attentions particulières de la Cour et il continue à resserrer les liens de bonne entente entre les deux pays.

Le Roi a donné récemment un gage de son désir d'éviter tout ce qui pourrait donner ombrage à l'Empereur. Il a décliné de recevoir à Marienbad le Ministre du Commerce hongrois, M. Kossuth, qui avait demandé audience. Sa Majesté donnait pour prétexte qu'Elle ne désirait pas intervenir, même indirectement, dans les affaires de la Monarchie.

Le fait est exact bien qu'il ait été nié par les journaux hongrois.

On cite un mot d'Edouard VII prouvant l'influence qu'il exerce sur les relations extérieures de l'Angleterre; M. Clémenceau demandait au Roi, à Marienbad, «s'il est toujours content de M. Campbell-Bannerman. — Oui, répondit Sa Majesté, en riant, c'est un Ministre très constitutionnel. Je lui demandais dernièrement communication d'un dossier relatif à une de nos colonies. Il me l'a refusé, prétextant que le Souverain ne doit pas s'immiscer dans les affaires administratives. Je l'ai beaucoup approuvé et lui ai répondu que j'espérais bien qu'il ne chercherait pas non plus à intervenir dans la politique extérieure que je dirige.»

91.

BRUXELLES, 30. 10. 1907.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 29 septembre 1907, No. 1498.)

Accueil fait à l'accord anglo-russe à Berlin.

La publication de l'accord anglo-russe n'a rien appris de nouveau. Sa teneur était connue depuis longtemps à Berlin et la Gazette Générale de l'Allemagne du Nord rappelle à ce sujet que déjà au mois de novembre dernier, le Prince de Bülow disait au Reichstag: «Depuis quelque temps se poursuivent entre l'Angleterre et la Russie des négociations en vue d'amener une entente relativement à certaines contrées de l'Asie, no-

tamment du Thibet, de l'Afghanistan et de la Perse où il existe des causes de rivalité entre ces deux Puissances. Nous n'avons aucun intérêt à troubler ces négociations et elles ne doivent pas éveiller de méfiance en nous. Nous avons reçu des déclarations loyales qui nous donnent l'assurance que si au cours des négociations, les intérêts ou les droits de l'Allemagne devaient être touchés, ils seraient pris en considération.»

Jusqu'à présent la presse à Berlin commente fort peu cet accord, qu'elle accueille plutôt avec indifférence. L'Allemagne n'a en effet pas d'intérêts politiques spéciaux dans les contrées dont il s'agit; certes, il peut ne pas lui être indifférent de voir l'Angleterre, tranquille en Asie, en mesure de porter toute son attention et, éventuellement toutes ses forces, sur d'autres parties du globe; mais, le maintien de la paix a pour elle une plus haute importance. A ce point de vue, elle ne peut, comme tout le monde, que se réjouir de voir intervenir un traité qui est de nature à écarter des causes de conflits entre deux grandes Puissances; d'autant plus, qu'en théorie au moins, cet accord n'apporte aucune entrave à la liberté commerciale.

Pour ce qui concerne la main-mise de l'Angleterre sur le sud de la Perse, l'Allemagne était préparée depuis longtemps à cette éventualité. Lorsqu'elle a songé, il y a quelques années, à un établissement allemand dans le Golfe persique, aboutissement naturel du chemin de fer de Bagdad, elle s'est heurtée à une opposition absolue de l'Angleterre. L'accord anglo-russe n'a donc rien apporté de nouveau pour elle de ce côté.

L'attitude de la presse a d'ailleurs d'autres motifs encore. Elle comprend qu'il serait profondément maladroit de sa part de froisser l'Angleterre en ce moment, par des récriminations inutiles contre un fait accompli. L'Allemagne vient en effet, au prix de bien des efforts, d'améliorer sensiblement ses relations avec l'Angleterre, et dans peu de semaines, l'Empereur et l'Impératrice se rendront à Londres, et il est de la plus grande importance que Leurs Majestés y reçoivent un accueil enthousiaste. Celui-ci semble d'ailleurs Leur être assuré. Le moment serait donc mal choisi pour une campagne hostile que la teneur du traité ne justifierait du reste pas.

BRUXELLES, 31. 10. 1907.

(Extrait d'un rapport de Londres du 11 octobre, N° 467.)

Relations anglo-allemandes.

Le Times a publié le 10 octobre, au sujet de la prochaine visite de l'Empereur d'Allemagne, un article de fond qui est très commenté. Le journal en question saisit l'occasion pour décocher au Prince de Bülow une série de traits acérés. Il lui reproche de feindre un désir sincère de rapprochement avec l'Angleterre, tout en encourageant sous main la presse reptile dans ses attaques. Il insinue que s'il revient en apparence à de meilleurs sentiments à l'égard de la Grande Bretagne, c'est uniquement que l'entente cordiale entre Londres et Paris et l'arrangement anglo-russe ont ouvert les yeux du Chancelier sur la forte position de l'Angleterre. Et puis la flotte allemande n'est pas prête.

«Espérons plutôt, ajoute le Times, que l'on regrette à Berlin l'attitude hostile adoptée lors de la guerre des Bôrs. Nous sommes prêts à pardonner mais pas à oublier cet incident, pourvu que le repentir soit sérieux, ce que rien dans l'attitude allemande au Maroc ou à La Haye n'a prouvé jusqu'ici. S'il veut montrer sa sincérité que le Chancelier fasse à nos amis les Français des avances analogues à celles qu'il nous prodigue aujourd'hui. Sir Edward Grey a dit que des bonnes relations entre l'Allemagne et la France dépend l'amélioration des rapports entre l'Allemagne et l'Angleterre.»

La presse libérale condamne ce langage, qu'elle qualifie d'insolent et de maladroit. La «Tribune» et la «Westminster Gazette» notamment, l'apprécient sévèrement, et affirment que l'Empereur sera bien accueilli. Quant aux socialistes, ils ont annoncé qu'ils se chargent de montrer au Kaiser, lorsqu'il traversera les rues de Londres, ce que l'ouvrier pense de Sa Majesté Impériale, mais on ne paraît pas prendre ces menaces au sérieux et on espère que des mesures de précaution seront suffisantes pour empêcher tout incident.

L'Empereur et l'Impératrice doivent arriver en Angleterre, accompagnés probablement du Prince de Bülow, le 11 du mois prochain et logeront à Windsor. Le 13, Leurs Majestés viendront déjeuner chez le Lord Maire dans la Cité pour rentrer ensuite à Windsor où Elles feront un séjour d'une huitaine de jours en tout.

93.

BRUXELLES, 9. 11. 1907.

(Extraits d'un rapport de S^t Pétersbourg du 8 octobre 1907,
N° 402.)

Accueil fait en Russie à l'accord anglo-russe.

Si la presse britannique a accueilli avec une faveur marquée la signature de la Convention anglo-russe, il n'en est pas tout à fait de même de l'opinion publique en Russie, surtout dans les milieux conservateurs.

La plupart des journaux, hormis les organes officiels, témoignent une médiocre satisfaction de l'accord qui scelle la réconciliation avec l'ennemi héréditaire.

Le récent rapprochement diplomatique n'a pu éteindre la sourde malveillance qui couve depuis si longtemps dans l'âme slave à l'égard de la Grande Bretagne.

Cette animosité s'est trouvée alimentée par les événements de date récente. On ne peut oublier que l'alliance de l'Angleterre avec le Japon a seule permis à celui-ci d'entreprendre la guerre de Mandchourie, que la crise intérieure de la Russie a provoqué en Angleterre des clameurs telles que la dissolution de la première Douma a trouvé à Londres un écho de solidarité avec les révolutionnaires jusque dans une exclamation d'un membre du Gouvernement.

De Constantinople à Péking, la politique russe s'est toujours vue contrecarrée par l'Angleterre. Il y eut une série de luttes dont la guerre russo-japonaise a été l'épilogue, car on ne doute pas ici que la « perfide Albion » ne se soit habilement employée à sa préparation.

Si l'évocation de ce passé n'a pas empêché le Gouvernement

Impérial d'accomplir l'œuvre utile du traité destiné à prévenir toute cause de conflit entre les deux grandes Puissances sur le terrain asiatique, il refroidit néanmoins la manifestation laudative du public russe dont le sentiment n'était pas favorable à une orientation vers une politique anglophile.

On ressent, au surplus, quelque dépit de se voir traîné en quelque sorte à la remorque de la France, la presse française n'ayant pas manqué d'étaler avec complaisance l'appui de la République alliée qui aurait pesé d'un poids décisif pour le succès des négociations d'une convention considérée comme le corollaire de l'entente cordiale franco-anglaise.

Ces impressions constatées dans les sphères conservatrices et auxquelles l'esprit de parti antigouvernemental n'est pas étranger, finiront par se dissiper.

Au fond, le nouveau traité est à bon droit, envisagé comme un gage sérieux de la paix.

L'absence d'effusion du côté russe à l'occasion de la signature de la Convention n'est, on peut l'affirmer, qu'un dernier soubresaut d'une vieille antipathie comme aussi de la rancune gardée à l'Angleterre, à cause de la dernière guerre à laquelle elle aurait incité le Japon, de l'humiliation que cette désastreuse campagne a infligée au Grand Empire du Nord et des complications intérieures qu'elle ne pouvait manquer d'engendrer.

94.

BRUXELLES, 12. 11. 1907.

(Extraits d'un rapport de Paris du 31 octobre 1907, N° 2413.)

Relations franco-espagnoles.

Le Roi et la Reine d'Espagne se rendant en Angleterre se sont arrêtés une journée à Paris.

Quoique Leurs Majestés voyageassent incognito, il y a eu échange de visites officielles et grand dîner en Leur honneur à l'Élysée où des discours ont été prononcés.

Ce serait, paraît-il, d'après un désir exprimé à Londres que le Roi Alphonse XIII aurait saisi l'occasion de faire une dé-

monstration amicale à la France pour mettre un terme aux bruits fâcheux qui circulaient sur les relations franco-espagnoles depuis les événements de Casablanca. On s'est en effet efforcé de donner tous les témoignages possibles d'une entente cordiale et parfaite, spécialement sur tout ce qui concerne le Maroc.

Pour affirmer le caractère politique que l'on voulait donner à cette visite, le Ministre des Affaires Etrangères d'Espagne a accompagné le Roi à Paris, sans se rendre avec lui en Angleterre et il a profité de son séjour pour faire des déclarations qui ne peuvent laisser aucune illusion sur l'intention de son gouvernement d'afficher les excellents rapports qu'il a avec celui de la République.

Pas plus ici qu'à Londres et à Madrid, on ne voulait, à la veille de l'arrivée du Roi Guillaume en Angleterre, laisser subsister un doute sur la solidité de la chaîne d'amitiés que la diplomatie britannique a si habilement forgée.

95.

BRUXELLES, 18. 11. 1907.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 28 octobre 1907, N° 1651.)

Voyage de l'Empereur en Angleterre.

Lorsque la nouvelle de l'invitation adressée par le Roi Edouard à l'Empereur d'Allemagne a été publiée, on avait annoncé que le chancelier accompagnerait Sa Majesté en Angleterre. On en pouvait conclure que des arrangements politiques étaient en vue quoiqu'il fut très difficile de deviner sur quoi ils pouvaient porter, puisqu'il n'y a aucun litige pendant entre les deux pays. La seule affaire importante à régler, est celle du renouvellement du traité de commerce dénoncé depuis longtemps et remplacé successivement par des arrangements provisoires de courte durée; mais la question est insoluble pour le moment.

Aussi a-t-on appris sans étonnement avant hier par des articles officieux que le prince de Bülow n'irait pas en Angleterre.

Il est dit dans ces articles que le prince de Bülow ne croit

pas pouvoir à la veille de la rentrée du Reichstag, entreprendre un voyage qui le retiendrait hors de l'Allemagne du 9 au 22 novembre. On ne peut pas perdre de vue non plus, dit la correspondance officieuse, que le fait que l'Empereur serait accompagné par son premier fonctionnaire serait exploité pour attribuer au voyage de Sa Majesté un caractère décidé de politique d'affaires que d'après la manière de voir commune des personnes dirigeantes en Allemagne et en Angleterre, il ne doit pas avoir. La diplomatie allemande ne se propose nullement de frapper un grand coup politique par la réception du couple Impérial en Angleterre. La vraie signification des manifestations germano-anglaises auxquelles donnera lieu la visite de l'Empereur, n'en sera pas diminuée.

Ces communiqués officieux confirment qu'il y a détente et non entente dans les relations entre l'Allemagne et l'Angleterre. On veut ici éviter de créer des illusions qui seraient à coup sûr déçues et qui par conséquent rendraient les rapports pires qu'ils n'étaient auparavant. C'est ce qui est déjà arrivé plusieurs fois.

Il est probable aussi que du côté anglais on est soucieux de ne pas donner prise à des soupçons qui pourraient refroidir l'intimité entre l'Angleterre et ses nouveaux amis.

•

96.

BRUXELLES, 4. 12. 1907.

(Extraits d'un rapport de Londres du 12 novembre 1907, N° 514.)

Relations anglo-allemandes. Voyage de l'Empereur en Angleterre.

L'Empereur et l'Impératrice d'Allemagne accompagnés de M. de Schoen, Ministre des Affaires Etrangères, du Comte Eulenburg, grand maréchal de la Cour et d'une suite très nombreuse, sont arrivés à Portsmouth le 11 de ce mois, par un brouillard intense, sur le yacht impérial «Hohenzollern». Une escadre anglaise de quarante-cinq navires de guerre avait été mobilisée pour recevoir Leurs Majestés et le Prince de Galles. Les attendait au débarcadère.

La presse de toutes nuances, ayant l'air d'obéir à un mot d'ordre, s'est efforcée, depuis quelques jours, de créer dans le public une opinion plus favorable à l'Empereur en vue évidemment d'éviter tout incident fâcheux pendant son séjour comme hôte du Roi Edouard. Les journaux ont beaucoup insisté sur sa proche parenté avec la famille royale d'Angleterre, sur le respect qu'il a toujours montré pour feu la Reine Victoria, sur sa vie privée exempte de tout reproche et sur le fait que l'Impératrice qui avait cru devoir renoncer au voyage, de crainte d'apporter avec Elle la contagion d'une chambre de malade, avait consenti à se rendre à Windsor sur les instances réitérées du Roi Edouard et de la Reine Alexandra. Il n'est plus question pour l'instant des ambitions dangereuses de l'Allemagne, ni des télégrammes à sensation du Kaiser. On sent que l'on a tant monté la nation anglaise contre sa grande rivale l'Allemagne que le siège de l'opinion est fait, mais on proclame une trêve momentanée et on tâche de favoriser un état d'âme personnellement sympathique à Sa Majesté l'Empereur Guillaume, quitte à reprendre après son départ, la campagne anti-allemande, qu'on mène depuis longtemps (et que les récents scandales de Berlin ont facilitée dans le gros public)¹).

97.

BRUXELLES, 6. 12. 1907.

(Extraits d'un rapport de Londres du 14 novembre 1907, N° 521.)

Relations anglo-allemandes. Visite de l'Empereur.

Hier l'Empereur et l'Impératrice ont été les hôtes de la cité de Londres. L'accueil qui leur a été fait, sans être très chaleureux, a été fort convenable et n'a été marqué par aucun incident fâcheux, ce dont tout le monde officiel se réjouit fort. Le discours de Sa Majesté Impériale à Windsor avait produit un très bon effet sur l'opinion; le ton cordial du Roi Edouard pour son neveu n'a pas passé inaperçu et peut-être les articles élogieux de la presse, parus il est vrai à la onzième heure, ont-

¹) Die Klammern waren nachträglich handschriftlich hinzugefügt.

ils contribué à arrondir les angles de la situation. Le Lord Maire, dûment décoré dès le matin (ainsi que les sheriffs), de l'Aigle Rouge, a fait un discours de circonstance au déjeuner du Guildhall, auquel l'Empereur a répondu, en insistant beaucoup sur ses intentions pacifiques. Le cortège royal, précédé et suivi d'escadrons de life guards, a parcouru les rues de la Cité au milieu d'une foule curieuse, mais pas hostile. L'Empereur et l'Impératrice étaient en calèche à la Daumont. Guillaume II portait l'uniforme prussien des hussards de la mort et gardait une attitude réservée. L'Impératrice souriait et saluait avec une amabilité très remarquée. Quant aux socialistes et aux membres avancés du parti ouvrier qui avaient annoncé leur intention de troubler la fête, ils ne se sont pas montrés, se contentant de tenir un meeting à Tower Hill pour protester contre les dépenses municipales faites pour honorer un sinistre personnage, représentant toutes les idées réactionnaires, alors que les sans-travail manquent de pain. Ils se sont répandus en menaces contre la société moderne, contre laquelle le prolétaire n'a plus d'armes que la force, arme qu'il emploiera bientôt.

Mr. de Schoen, Ministre des Affaires étrangères, qui accompagne l'Empereur, s'est fait interviewer par le correspondant de Reuter et a fait une déclaration très habile, dont le thème était celui-ci: Les relations entre les deux pays ont toujours été correctes, car aucune question politique ne les divise, mais on désire à Berlin qu'elles deviennent aussi affectueuses que celles qui unissent les deux cours. L'Allemagne ne recherche cependant aucune entente qui puisse causer de l'appréhension à d'autres Puissances.

Mr. de Schoen répondait ainsi aux critiques de ceux qui croiraient voir dans la visite Impériale une tentative première pour miner l'entente anglo-française ou le rapprochement anglo-russe.

BRUXELLES, 4. 12. 1907. .

(Extraits d'un rapport de Berlin du 19 novembre 1907, N° 1778.)

Relations anglo-allemandes. Visite impériale en Angleterre.

D'après des renseignements recueillis au Ministère impérial des affaires étrangères il n'y a pas grand chose à ajouter à ce qu'ont publié les journaux au sujet de la visite de l'Empereur en Angleterre.

Il ne paraît pas qu'on ait parlé de politique.

L'Empereur a été très bien reçu par le Roi d'Angleterre et au Guildhall. La réception de la députation du Comté de Londres et des journalistes anglais a été aussi fort satisfaisante. On a évité les exagérations des deux côtés. L'Empereur s'est montré très aimable; mais aussi très réservé. De même les appréciations de la presse allemande ont été fort calmes. Il y a même déjà dans certains journaux anglais, une légère pointe de mécontentement provenant de ce que les journaux allemands ne se sont pas mis au même diapason qu'eux. Il est à espérer que la visite de l'Empereur aura servi à dissiper certains malentendus. Ici on ne peut que se féliciter de la détente qui s'est produite pour le temps qu'elle durera.

Des deux côtés on a paru préoccupé d'empêcher qu'il y ait méprise sur le caractère de la visite impériale.

Les Anglais ont voulu sans doute éviter d'éveiller la défiance de leurs nouveaux amis français et russes.

En Allemagne on a de bonnes raisons pour ne pas susciter un excès de sécurité que la situation ne comporte pas.

Le Chancelier qui devait accompagner l'Empereur en Angleterre n'y est pas allé, en prétextant les grands travaux que lui impose la prochaine rentrée du Reichstag. Il savait, il y a quatre mois aussi bien qu'aujourd'hui, qu'à cette époque de l'année, il est toujours surchargé de besogne.

Dans son entrevue avec le correspondant spécial du bureau Reuter, M. de Schoen a dit qu'il n'y avait pas de raison d'attribuer à la visite impériale une importance politique particulière.

L'Allemagne n'a l'intention de traiter aucune question. Du reste il n'y a aucun litige pendant entre les deux pays. Leurs relations n'ont jamais cessé d'être correctes; mais ce n'est pas assez. Il est à espérer qu'elles redeviendront aussi intimes qu'autrefois.

Dans les toasts de Windsor les deux Souverains n'ont guère parlé que de leurs rapports de famille. Nous aurions pu éprouver quelque surprise en leur entendant dire qu'ils n'ont jamais cessé d'être des plus cordiaux, si cette affirmation n'était pas de rigueur en pareille circonstance.

Les vœux en faveur de la conservation de la paix sont de style aussi. Du côté de l'Allemagne il n'y a pas de doute qu'ils ne soient sincères. L'Empereur l'a prouvé pendant un règne de dix-neuf ans.

Il est à souhaiter que le Roi d'Angleterre soit animé des mêmes sentiments.

99.

BRUXELLES, 5. 12. 1907.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 19 novembre 1907, N° 1781.)

Réduction de la durée de service des navires de guerre allemands. Signification politique.

Le Reichstag vient d'être saisi d'un projet qui modifie la loi organique de la flotte de guerre du 14 juin 1900.

D'après cette dernière loi, la durée du service des vaisseaux de ligne et des croiseurs était fixée à 25 ans. Le projet la réduit à 20.

Comme les navires de guerre ne peuvent être mis en service que plusieurs années après le vote du premier crédit accordé pour leur construction, ils sont maintenant comptés en réalité dans l'effectif pendant 30 ans environ. L'expérience a prouvé qu'ils sont auparavant trop fatigués et trop démodés pour prendre part à un combat. Si le nouveau projet est adopté la durée du service nominale de 20 ans sera en réalité de 25.

Le projet en dit long sur la confiance qu'inspirent les relations de l'Allemagne avec l'Angleterre. On sait que l'Allemagne n'a augmenté le nombre de ses vaisseaux de ligne que pour tenir ses ports ouverts en cas de guerre avec l'Angleterre.

La construction d'une escadre indépendante de six grands croiseurs est inspirée par la même pensée. L'infériorité du nombre rend vain tout espoir de battre la flotte anglaise en haute mer. L'idée d'un débarquement en Angleterre est absurde. Le seul moyen de nuire à l'Angleterre dont puisse disposer l'Allemagne, est la destruction de navires marchands anglais. C'est évidemment dans ce but que l'escadre des grands croiseurs a été proposée et acceptée.

Les préparatifs maritimes de l'Allemagne sont d'autant plus significatifs qu'ils nécessiteront une augmentation de dépense d'environ 150 millions de mark et que l'état des finances de l'Empire est loin d'être brillant. Le déficit existe toujours. Les nouveaux impôts créés l'année dernière n'ont pas réussi à le combler. Leur rendement est resté fort au dessous des prévisions. Il y a eu récemment à Berlin une conférence des ministres des finances des états particuliers. Ils ont été unanimement d'avis que l'Empire ne peut pas recourir aux impôts directs sans mettre en péril l'équilibre de leurs propres budgets. On ne voit pas quel nouvel impôt indirect pourrait être créé, à part celui sur le tabac, pour lequel le Reichstag a manifesté à plusieurs reprises une répugnance invincible.

On a parlé du monopole de la production de l'alcool; mais il faudrait commencer par dépenser une somme énorme pour indemniser les distillateurs. De plus, sans la distillation les agriculteurs de l'Est ne pourraient pas vivre.

Il faut que la nécessité des dépenses navales apparaisse bien impérieuse pour qu'on se résigne à les développer, quand l'ensemble de la situation commande l'économie.

100.

BRUXELLES, 6. 12. 1907.

(Extraits d'un rapport de Paris du 10 novembre 1907, N° 2492.)

La France et le Maroc.

Le livre jaune français relatif au Maroc, qui vient de paraître, fait suite à celui qui a été publié en 1905 et porte sur les faits

qui se sont produits du 13 janvier 1906 au 22 octobre 1907, c'est-à-dire, sur la période difficile et pénible pour la France qui a suivi la Conférence d'Algésiras. Les documents que l'on y trouve ont par là un intérêt spécial. Ils indiquent le sentiment qui règne entre les Puissances à la suite de cette conférence et de quelle façon éphémère celle-ci a tranché les difficultés de la question marocaine.

Par la lecture de ces pièces on se rend plus que jamais compte que :

1°) l'Allemagne en imposant la réunion de la Conférence n'avait comme objectif que de dissoudre l'entente franco-anglaise;

2°) que l'Angleterre n'avait pour objectif en y allant que d'empêcher la rupture d'un accord qui est la clef de voûte de toute sa nouvelle politique mondiale;

3°) en conséquence les affaires marocaines qui servaient de prétexte pour couvrir cet antagonisme n'ont pu être réglées que dans des conditions anormales, par une suite de concessions réciproques inspirées bien plus par la crainte de complications européennes que par les nécessités locales.

Dans les événements que relate le «Livre jaune» on constate que les Puissances agissent encore sous l'impression de ce sentiment. Tout en se soumettant au rôle qui lui a été attribué au Maroc et en se conformant scrupuleusement aux stipulations de l'acte d'Algésiras, la France supporte mal les restrictions apportées à la liberté d'action qu'elle avait si légèrement rêvée et que l'Angleterre lui avait si habilement concédée. L'opinion publique s'est émue de l'attitude timide et modeste de la France qui semble abdiquer le rôle de Grande Puissance. On critique le soin excessif qu'a pris le Gouvernement d'expliquer et peut-être même d'excuser sa conduite, comme s'il était contraint à regret par les événements et avait à se défendre contre des soupçons. On évoque l'entente cordiale, mais on oublie que cette entente n'est pas l'œuvre de la France, et que, tout en l'ayant accueillie à bras ouverts, elle n'y est que l'instrument de l'Angleterre et le rouage principal de sa politique. Quoiqu'en puisse penser le chauvinisme français, la conduite du Gouvernement de la République a été correcte et prudente dans les

derniers évènements et on a déployé toute l'énergie que les circonstances autorisaient. Il n'est donc pas douteux que le Cabinet obtiendra un vote d'approbation lors de la discussion qui aura prochainement lieu au Parlement sur la question du Maroc.

Mais si le souci qu'a pris le Gouvernement de se conformer aux stipulations d'Algésiras lui assure l'approbation du Parlement pour le passé, il ne s'en suit pas qu'une certaine réaction ne se manifesterait pas bientôt contre cet acte et que l'on ne protesterait pas contre l'impossibilité où seront la France et l'Espagne d'accomplir, dans les conditions imposées, le mandat qui leur a été confié.

Le «Livre jaune» confirme l'attitude amicale et conciliante de toutes les Puissances. L'Allemagne a favorablement accueilli toutes les mesures prises par la France, même l'éventualité d'un débarquement dans les ports pour y protéger l'organisation de la police. L'Angleterre, se tenant à l'arrangement du 8 avril 1904, renonce à toute intervention de la flotte et laisse à la France seule le soin et la responsabilité de la protection des Européens. Et depuis, par des arrangements successifs, elle a su se prémunir contre toutes les complications latentes qui eussent éventuellement pu nécessiter un jour son intervention. L'Espagne reste la collaboratrice loyale de la France et on proclame hautement que l'accord le plus parfait règne entre les deux Cabinets. Cela semble exact jusqu'ici, mais il reste à savoir s'il en sera de même pour l'avenir, lorsque les grosses difficultés relatives à l'organisation de la police surgiront, et si l'accord sur lequel on insiste tant n'est pas basé sur l'intention de profiter de la détente qui s'est manifestée à Berlin, pour demander la revision des formes exécutives du mandat collectif qu'on se voit presque dans l'impossibilité d'exécuter et par lequel l'Espagne surtout redoute d'être entraînée à une action trop étendue. Il se pourrait que la diplomatie fut saisie de cette question après l'entrevue des Souverains qui va avoir lieu à Londres.

En résumé, on voit que le Cabinet de Paris s'efforce avec toute la prudence qu'exigent les circonstances de ramener à lui toute la confiance du Sultan et de lui enlever la tentation

de spéculer sur la rivalité des Puissances pour se soustraire à ses obligations. Il semble que M. Pichon parvienne peu à peu à réussir dans cette tâche sans se heurter à des difficultés européennes, mais il n'oublie sans doute pas que ce résultat dépend de la fermeté avec laquelle le Gouvernement Britannique amène l'Allemagne à se départir, pour le moment du moins, de sa politique active d'obstruction au Maroc. Mais tant que des preuves effectives d'intentions amicales ne seront pas données le Cabinet de Paris devra se résoudre à l'attitude prudente et timide de ces derniers temps.

101.

BRUXELLES, 6. 12. 1907.

(Extraits d'un rapport de Paris du 14 novembre 1907, N° 2537.)

La France au Maroc.

Comme on pouvait le prévoir le ministère Clémenceau a obtenu à la Chambre l'approbation de sa politique marocaine par une énorme majorité, 462 voix contre 54.

Pas une voix sérieuse, pas une critique de valeur ne s'est élevée contre la politique du Gouvernement et M. Ribot, lui-même, l'a approuvée dans un discours sensationnel, plein de patriotiques aspirations sur le rôle qui incombe à la France au Maroc.

M. Pichon en répondant aux interpellations a refait l'historique des événements qui se sont produits au Maroc depuis la Conférence d'Algésiras et il a eu soin de réagir contre l'impression qui avait été ressentie à la lecture du «livre jaune», c'est-à-dire contre le reproche d'une politique trop timide et plus empreinte de soucis internationaux qu'inspirée par les droits et les intérêts de la France. Depuis l'époque des dépêches publiées dans le «livre jaune» l'attitude de l'Allemagne s'est modifiée et en présence de la visite de l'Empereur Guillaume à Londres, M. Pichon s'est senti encouragé à faire des déclarations plus énergiques sur la protection des intérêts français au Maroc. Il laisse entendre que des forces suffisantes seront employées pour

maintenir l'ordre et la sécurité dans les ports et dans une banlieue d'environ 10 kilomètres.

Les paroles de M. Pichon, entourées pourtant de prudentes réserves, ont produit une excellente impression sur la Chambre et on suppose que dans les circonstances actuelles il en sera de même à l'étranger.

102.

BRUXELLES, 24. 4. 1908.

(Extrait d'un rapport de Rome du 31 mars 1908, N° 157.)

L'Italie et la triple alliance.

Chaque année, à l'époque où réapparaît le printemps, une grande effervescence se manifeste en Italie en matière de combinaisons diplomatiques et d'entrevues de souverains et d'hommes d'Etat qualifiés pour représenter les tendances politiques de leurs pays respectifs.

L'année dernière, le Roi d'Angleterre, naviguant dans la Méditerranée, profitait de ses escales pour tenter, en apparence du moins, sinon de détacher l'Italie de la triple alliance, du moins de la rapprocher de l'amitié anglo-française.

Cette année-ci, la triple alliance qui avait paru, il y a un an, observer une attitude de recueillement, a une tendance visible à s'affirmer et à s'imposer aux méditations des cercles politiques et à l'attention du monde entier.

Il est certain que cette campagne diplomatique a sa raison d'être, car on commençait réellement à faire trop bon marché de l'alliance unissant les trois monarchies du centre de l'Europe et à attribuer une importance exagérée au rapprochement qui s'est produit entre l'Italie d'une part, et la Russie ainsi que la France et l'Angleterre d'autre part.

Il est donc permis de supposer qu'à Berlin on entend en ce moment préciser que la triple alliance n'a aucunement dégénéré, qu'elle n'a rien perdu de son caractère obligatoire, et qu'elle conserve la puissance nécessaire pour servir, comme par le passé, de pivot à toutes les combinaisons politiques qui s'organisent en Europe.

Dans la presse, obéissant aux inspirations françaises, on a pris l'habitude de plaindre l'Italie qui serait obligée, par la force des choses et par les souvenirs d'un passé lointain, à rester fidèle à une alliance dont ses intérêts et ses aspirations nouvelles condamnent le maintien. Ces doléances sont sans fondement et ces suppositions erronées. La triple alliance n'est pas impopulaire en Italie, car elle a rendu à ce pays le même service que l'alliance franco-russe a assuré à la France. **La triple alliance a mis pendant longtemps l'Italie à l'abri de tout danger; elle lui a rendu sa confiance en elle-même et lui a permis de se consacrer entièrement à son relèvement économique.**

Jadis, le pacte liant les trois monarchies protégeait l'Italie contre la France; aujourd'hui il la protège contre l'Autriche-Hongrie. La disproportion des forces à la frontière italo-autrichienne est tellement grande que, si un jour, un conflit éclatait dans ces parages, l'armée italienne y serait certainement écrasée; un conflit de ce genre est inadmissible dans les circonstances actuelles; mais, si la triple alliance était dissoute, l'Italie serait forcée de procéder immédiatement à des armements fort coûteux pour protéger sa frontière orientale. La triple alliance garantit donc l'Italie contre les dangers d'une lutte de races du côté de Trieste et de Trente, et le pays se rend si bien compte des avantages qui en découlent au point de vue des dépenses militaires, que les violences irrédentistes et les démonstrations hostiles à l'ennemi héréditaire se sont considérablement atténuées et ont même presque entièrement disparu depuis quelque temps.

VERZEICHNIS DER ZIRKULARE

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
1	Tanger 13. 1. 1905	27. 1. 1905	51
2	Tanger 5., 6., 12. 2. 1905	2. 3. 1905	52
3	Tanger 24. 3. 1905	7. 4. 1905	53
4	Berlin 8. 4. 1905	17. 4. 1905	54
5	London 4. 5. 1905	13. 5. 1905	56
6	London 15. 5. 1905	3. 6. 1905	57
7	Paris 18. 6. 1905	1. 7. 1905	59
8	Paris 20. 6. 1905	1. 7. 1905	61
9	Paris 8. 6. 1905	4. 7. 1905	62
10	Paris 3. 7. 1905	— 7. 1905	63
11	Paris 24. 7. 1905	8. 8. 1905	65
12	Berlin 29. 7. 1905	18. 8. 1905	66
13	Berlin 28. 9. 1905	12. 10. 1905	68
14	Berlin 7. 10. 1905	18. 10. 1905	69
15	Paris 14. 10. 1905	24. 10. 1905	71
16	London 12. 10. 1905	25. 10. 1905	76
17	Berlin 13. 10. 1905	26. 10. 1905	77
18	London 23. 10. 1905	28. 10. 1905	79
19	Paris 24. 10. 1905	28. 10. 1905	81
20	Berlin 27. 10. 1905	9. 11. 1905	83
21	London 28. 10. 1905	11. 11. 1905	84
22	London 30. 10. 1905	11. 11. 1905	85
23	Petersburg 8. 11. 1905	30. 11. 1905	87
24	Berlin 18. 11. 1905	8. 12. 1905	90
25	London 18. 11. 1905	9. 12. 1905	92
26	Berlin 2. 12. 1905	20. 12. 1905	92
27	Berlin 11. 12. 1905	22. 12. 1905	94
28	Paris 19. 12. 1905	29. 12. 1905	95
29	Berlin 24. 12. 1905	6. 1. 1906	97
30	Paris 11. 1. 1906	13. 1. 1906	99
31	Paris 16. 1. 1906	20. 1. 1906	101
32	London 23. 1. 1906	29. 1. 1906	104

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
33	Paris 6. 3. 1906	12. 3. 1906	105
34	Paris 8. 3. 1906	12. 3. 1906	107
35	Paris 15. 3. 1906	21. 3. 1906	108
36	Petersburg 22. 3. 1906	30. 3. 1906	108
37	Berlin 11. 4. 1906	18. 4. 1906	110
38	London 28. 4. 1906	2. 5. 1906	112
39	Paris 7. 5. 1906	11. 5. 1906	112
40	Berlin 10. 5. 1906	18. 5. 1906	114
41	Berlin 16. 5. 1906	23. 5. 1906	115
42	London 22. 5. 1906	6. 6. 1906	117
43	Petersburg 22. 5. 1906	9. 6. 1906	118
44	Berlin 8. 6. 1906	18. 6. 1906	119
45	Rom 20. 6. 1906	30. 6. 1906	122
46	London 23. 6. 1906	10. 7. 1906	124
47	Berlin 2. 7. 1906	10. 7. 1906	125
48	Berlin 20. 7. 1906	9. 8. 1906	126
49	Berlin 10. 8. 1906	23. 8. 1906	128
50	Petersburg 20. 10. 1906	8. 11. 1906	129
51	Berlin 25. 10. 1906	17. 11. 1906	131
52	Berlin 25. 10. 1906	17. 11. 1906	132
53	Paris 27. 10. 1906	17. 11. 1906	133
54	Tanger 6. 11. 1906	17. 11. 1906	134
55	London 20. 11. 1906	8. 12. 1906	136
56	Berlin 27. 11. 1906		
	• u. 7. 12. 1906	18. 12. 1906	137
57	Paris 7. 12. 1906	18. 12. 1906	137
58	Tanger 24. 11. 1906	20. 12. 1906	139
59	Paris 4. 2. 1907	14. 2. 1907	140
60	London 5. 2. 1907	16. 2. 1907	141
60a	Paris 6. 2. 1907		143
61	Paris 10. 2. 1907	18. 2. 1907	144
62	Petersburg 7. 3. 1907	16. 3. 1907	145
63	Petersburg 13. 3. 1907	30. 3. 1907	146
64	Tanger 24. 3. 1907	11. 4. 1907	148
65	Tanger 29. 3. 1907	12. 4. 1907	149
66	London 28. 3. 1907	12. 4. 1907	150
67	Madrid 8. 4. 1907	15. 4. 1907	151
68	Madrid 16. 4. 1907	30. 4. 1907	153
69	Tanger 15. 4. 1907	30. 4. 1907	154
70	Rom 21. 4. 1907	30. 4. 1907	155
71	Rom 19. 4. 1907	3. 5. 1907	156
72	Berlin 9. 4. 1907	4. 5. 1907	157

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
73	Berlin	13. 5. 1907	3. 6. 1907	159
74	London	24. 5. 1907	6. 6. 1907	161
75	Paris	8. 6. 1907	3. 7. 1907	163
76	Berlin	22. 6. 1907	6. 7. 1907	164
77	Rom	21. 6. 1907	6. 7. 1907	165
78	Madrid	19. 6. 1907	6. 7. 1907	166
79	Berlin	22. 6. 1907	6. 7. 1907	167
80	Paris	17. 6. 1907	11. 7. 1907	168
81	Paris	18. 6. 1907	11. 7. 1907	169
82	Berlin	1. 7. 1907	19. 7. 1907	171
83	Paris	2. 7. 1907	20. 7. 1907	172
84	Madrid	25. 6. 1907	20. 7. 1907	174
85	Petersburg	2. 8. 1907	10. 8. 1907	175
86	Tokio	3. 7. 1907	24. 8. 1907	176
87	Petersburg	7. 8. 1907	5. 9. 1907	177
88	Berlin	30. 8. 1907	17. 9. 1907	181
89	Tanger	23. 8. 1907	17. 9. 1907	183
90	Wien	30. 9. 1907	22. 10. 1907	184
91	Berlin	29. 9. 1907	30. 10. 1907	185
92	London	11. 10. 1907	31. 10. 1907	187
93	Petersburg	8. 10. 1907	9. 11. 1907	188
94	Paris	31. 10. 1907	12. 11. 1907	189
95	Berlin	28. 10. 1907	18. 11. 1907	190
96	London	12. 11. 1907	4. 12. 1907	191
97	London	14. 11. 1907	6. 12. 1907	192
98	Berlin	19. 11. 1907	4. 12. 1907	194
99	Berlin	19. 11. 1907	5. 12. 1907	195
100	Paris	10. 11. 1907	6. 12. 1907	196
101	Paris	14. 11. 1907	6. 12. 1907	199
102	Rom	31. 3. 1908	24. 4. 1908	200

Ministère
des
Affaires Étrangères.

Direction I. 6016

N^o d'ordre

Bruxelles, le 6 Juillet 1907.

Extrait d'un rapport de Berlin
du 22 Juin 1907. n^o 1008

Sommaire : Allemagne et Angleterre

Les journaux annoncent que le Roi d'An-
gleterre a invité en termes très amicaux l'Empereur
d'Allemagne à lui rendre visite.

Cette nouvelle est donnée par la Gazette
de Cologne, d'après son correspondant télégraphique
à Berlin qui est toujours bien informé.

Elle est également confirmée par un diplo-
mate étranger en mesure d'être très bien renseigné.

Le Département d'État on ne confirme
pas la nouvelle mais on avoue que l'affaire fait
en ce moment à Kiel, entre l'Empereur et le
Chancelier. L'objet de délibérations sont le
résultat sera très prochainement rendu public.

L'Empereur a manifestement éprouvé une
extême joie d'un rapprochement avec l'Angleterre
Il a fait dans ce sens de nombreuses démarches
qui jusqu'à présent n'avaient eu aucun succès.

Le peuple allemand est animé des mêmes
sentiments. Il l'a prouvé par l'accueil réservé
recemment aux journalistes anglais et, la
semaine dernière, au Lord maire de Londres.

Si l'on délibère à Kiel c'est peut-être pour
montrer qu'on ne veut pas d'un rapprochement à
tout prix, et qu'on ne s'empresse pas d'accourir
au premier appel du Roi d'Angleterre qui dirige
personnellement dans le monde entier une poli-
tique dont le but final semble être l'isolement
de l'Allemagne.

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig.

